

ROSEMARIE NAVE-HERZ



Rosemarie Nave-Herz

Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland

Herausgegeben von der
Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung

Hannover 1997
Redaktion: Ekkehard Stüber

Fünfte, überarbeitete und ergänzte Auflage

Umschlaggestaltung: Schwanke u. Raasch, Hannover

Titelbild: Unter Verwendung eines Ausschnitts aus dem Foto: Weimarer Nationalversammlung 1919,
Gruppenaufnahme von Parlamentarierinnen
Foto: Landesbildstelle Berlin

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der
Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung dar.
Für die inhaltlichen Aussagen trägt die Autorin die
Verantwortung.

Druck: CW Niemeyer Druck GmbH, Hameln

Umweltfreundlich hergestellt auf Recycling-Papier

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	3
Einführung in die fünfte Auflage	4
Vorwort zur ersten Auflage	5
1. Die deutsche Frauenbewegung von ihren Anfängen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts	7
1.1 <i>Die Ausgangslage</i>	7
1.2 <i>Die Schwierigkeiten der deutschen Frauenbewegung</i>	10
1.3 <i>Die bürgerliche Frauenbewegung von 1865 bis 1894, von der Gründung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins bis zur Gründung des Bundes Deutscher Frauenvereine</i>	11
1.4 <i>Die proletarische Frauenbewegung</i>	16
2. Die Frauenbewegung von 1894 bis 1933	23
2.1 <i>Die bürgerliche Frauenbewegung</i>	23
2.2 <i>Die proletarische Frauenbewegung</i>	26
3. Zusammenfassender Rückblick	29
5. Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg	35
6. Die Frauenverbände und die Neue Frauenbewegung in West-Deutschland	37
6.1 <i>Der Deutsche Frauenrat und die Frauenverbände</i>	37
6.2 <i>Die Neue Frauenbewegung</i>	39
6.2.1 <i>Ihre Entstehung</i>	39
6.2.2 <i>Die Phase der betonten Selbsterfahrungs-Gruppenbildung</i>	41
6.2.3 <i>Die Phase der feministischen Projekte</i>	44
6.2.4 <i>„Gegenströmungen“ oder eine „innere Wende“ in der Neuen Frauenbewegung?</i>	48
6.2.5 <i>Die Phase der zunehmenden Institutionalisierung</i>	51
6.2.5.1 <i>Die Institutionalisierung von Frauenforschung</i>	51
6.2.5.2 <i>Internationale und nationale Einrichtungen zur Gleichstellung der Frau</i>	53
7. Die Frauenfrage in der DDR ¹⁾	63
7.1 <i>Die Frauenpolitik in der DDR und der Demokratische Frauenbund Deutschlands</i>	63
7.2 <i>Die Anfänge einer Neuen Frauenbewegung in der DDR</i>	66
7.3. <i>Die Frauenbewegung nach der Wende</i>	68
8. Gibt es eine Frauenbewegung im geeinten Deutschland?	73
9. Zusammenfassung und Versuch einer Systematisierung der politischen Konzepte der Frauenbewegung	75
Autorenvita	78

Einführung in die fünfte Auflage

Als ich 1981 die erste Ausgabe dieses Bandes verfaßte, hatte ich mir nicht vorgestellt, daß nach 15 Jahren die fünfte Auflage dieses Buches erscheinen sollte und ich das Manuskript zum fünften Mal überarbeiten und ergänzen würde.

Bereits nach kurzer Zeit war die erste Auflage bei der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung (Hannover) vergriffen, und Gleiches galt für die zweite, die 1986 von der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz (Mainz) herausgegeben und 1987 von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen (Düsseldorf) übernommen wurde. 1989 überarbeitete und ergänzte ich erneut das Buch für die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung; diesen Band übernahm dann die Bundeszentrale für politische Bildung (Bonn) und verbreitete ihn als Lizenzausgabe in hoher Auflagenzahl. 1993 hatte ich die Möglichkeit, meine Ausführungen mit den in der Zwischenzeit erfolgten neuen "historischen" Ereignissen zu ergänzen. Denn nach der deutschen Wiedervereinigung wurde es notwendig zu fragen, wie die Frauenfrage in der DDR behandelt worden war und warum sich dort erst während und nach der politischen Wende eine Neue Frauenbewegung entwickelt hat. Um diese Frage zu beantworten, wurden in der vierten Auflage zwei neue Kapitel eingefügt, Kapitel 5: "Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg", in dem die gemeinsame soziale Lage der Frauen in Ost- und West-Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg behandelt wurde, und Kapitel 7 "Die Frauenfrage in der DDR".

In der jetzigen fünften Neuauflage wurden alle Kapitel aktualisiert und viele neue Forschungsergebnisse und Literaturhinweise aufgenommen, ohne daß aber das ursprünglich Geschriebene sich als unzutreffend erwiesen hätte, sondern nur Ergänzungen waren notwendig geworden. Ferner mußte nach Bestand oder Veränderungen von Frauenprojekten, Institutionen u.a.m., die im Zuge der Neuen Frauenbewegung entstanden sind, recherchiert werden. Neue Untergliederungen von Kapiteln wurden des größeren Umfanges wegen durchgeführt; und die Frage nach der jüngsten Entwicklung in der Frauenbewegung mußte schließlich abschließend beantwortet werden.

Insgesamt hat sich aber das Ziel des vorliegenden Bändchens nicht verändert: es ist als eine gegenwartsbezogene Geschichtsschreibung zu charakterisieren.

Oldenburg, im August 1996

Rosemarie Nave-Herz

Vorwort zur ersten Auflage

Die Anfänge der Frauenbewegung in Deutschland reichen bis in die 40er Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück. Wenn sich auch zuvor einzelne Persönlichkeiten der Frauenfrage angenommen hatten, einzelne Schriften, Bücher usw. über die Situation und die gesellschaftlichen Probleme der Frauen erschienen waren, so sind sie doch lange Zeit ohne breitere Wirkung geblieben.¹⁾

Erst aus dem freiheitlich gesinnten deutschen Bürgertum jener Zeit, das wiederum in seinem Fühlen und Denken, in seiner gesamten Lebensführung geprägt war von dem Gedankengut des deutschen Idealismus und der Romantik, ging eine Bewegung hervor, die getragen wurde von einem Zusammengehörigkeitsgefühl vieler Frauen aufgrund eines gemeinsamen Protestes, das ab 1865 seinen Ausdruck in ersten organisatorischen Zusammenschlüssen fand. Die Frauen kämpften - und kämpfen seitdem - den Kampf um ihre Gleichberechtigung auf ökonomischem, politischem, sozialem und kulturellem Gebiet. Die deutsche Frauenbewegung umfaßt zwei Epochen. Die erste Frauenbewegung datiert von ihren Anfängen bis 1933. Während dieser Zeit gab es viele, aber im wesentlichen zwei - sich gravierend unterscheidende - Richtungen: die bürgerliche (die ältere) und die proletarische Frauenbewegung. Nach 1945 lebten verschiedene Frauenverbände aus der Ersten Frauenbewegung wieder auf, die heute im Deutschen Frauenrat zusammengeschlossen sind. 1968 entstand die Neue Frauenbewegung.

Im folgenden soll versucht werden, die Geschichte der Frauenbewegung bis zur Gegenwart in ihrer chronologischen Abfolge zu beschreiben - eine nicht immer einfache Aufgabe bei der Vielzahl von Verbandsgründungen und Zusammenschlüssen zu Beginn unseres Jahrhunderts und den kaum vollständig überschaubaren Gruppen und Gruppierungen der „Neuen Frauenbewegung“. Deutlich werden soll damit das Nebeneinander der verschiedensten Organisationen sowie die Veränderungen in der Zielsetzung, der Strategie usw. innerhalb der organisierten und - später - nicht organisierten deutschen Frauenbewegung. Trotz dieses Anliegens müssen jedoch - um den Leser und die Leserin nicht völlig zu verwirren -, die beiden Hauptströmungen der ersten Frauenbewegung, die bürgerliche und die proletarische, getrennt beschrieben werden.

Ferner wird sich die Darstellung nicht nur auf die Emanzipationsbewegung selbst konzentrieren, sondern auch die Lebenssituation der Frauen und Mädchen während der jeweiligen Zeitabschnitte kurz einbeziehen, denn ohne dieses Wissen wären bestimmte Forderungen, Haltungen, Einstellungen für uns heute unverständlich. Um ein möglichst plastisches Bild der ersten und der Neuen Frauenbewegung zu entwerfen, werden viele Originalzitate wiedergegeben.

Es sei jedoch betont, daß, je länger ich mich mit der Geschichte der Frauenbewegung befaßte, mir desto stärker das problematische Unterfangen bewußt wurde, die Entwicklung in einem kleinen Band zusammenzufassen. Die Strömungen schienen mir zu vielfältig, die Gründungen von Organisationen und Zeitschriften zu zahlreich, die Erforschung der Quellen bisher noch zu gering. Dennoch hielt ich an meinem Entschluß fest, da ich gleichzeitig immer erneut feststellen mußte, daß die Kenntnis, ja die geringste Information sowohl über die erste (und gerade auch bei Vertreterinnen der Neuen Frauenbewegung) als auch über die Neue Frauenbewegung trotz ihrer Vielzahl an Aktivitäten in breiten Kreisen fehlt. Selbst in Geschichts- und Sozialkunde-Schulbüchern werden andere soziale Bewegungen beschrieben, die Frauenbewegung dagegen bleibt höchstens kurz erwähnt.²⁾ Die vorliegende Abhandlung soll primär - im Sinne eines Überblicks - eine breite und erste Information geben. Wer an bestimmten Fragen, Problemen, Aktivitäten besonders interessiert ist, dem bietet der Band die Möglichkeit, sich anhand der in den Anmerkungen abgedruckten Literaturhinweise in die gewünschte Problematik weiter einzuarbeiten.

Die unterschiedliche Ausführlichkeit, mit der eine Organisation (oder auch ein Problem) beschrieben wird, ist kein Indiz für unterschiedliche Bedeutungen; sie hängt häufig vom vorliegenden Quellenmaterial oder von der Notwendigkeit einer ausführlichen Erklärung ab, um Mißverständnissen oder Mißdeutungen vorzubeugen.

So ist - und dies sei gleich eingangs ausdrücklich betont - aus der sehr knappen und gedrängten Darstellung der im Deutschen Frauenrat zusammengeschlossenen Verbände keinesfalls eine Einschätzung ihrer Arbeit ablesbar. (Ich meine, der aufgeführte Katalog von Aktivitäten und Zielen

spricht hier für sich!). Während die Mitgliedsverbände des Deutschen Frauenrates selbst oder durch ihren Dachverband - also aufgrund ihrer Organisationsform - jedoch eine Vertretung nach außen besitzen, ist die Neue Frauenbewegung keine „Institution“ in diesem Sinne. Ihre unorthodoxen, z.T. spektakulären Strategien und Zielsetzungen haben zwar eine gewisse - kritische - Publizität erlangt, die aber gleichzeitig mit Mißdeutungen und Fehleinschätzungen verbunden war. Der relativ große Bekanntheitsgrad einiger dieser Gruppen bei dennoch insgesamt unzureichender Information sowie das uneinheitliche Spektrum von Gruppierungen der Neuen Frauenbewegung mit unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkten und Zielsetzungen rechtfertigen, so meine ich, den ihnen in diesem Band gewährten Raum.

Die vorgenommene - historische - Phaseneinteilung entspricht z.T. dem Organisationsgrad der Frauenbewegung, z.T. der Verschiebung von Aktivitäten. Phasenbildungen sind immer problematisch und lediglich im nachhinein möglich, aber für eine chronologische Darstellung unumgänglich. Sie dürften allerdings von der Leserin oder dem Leser nicht überinterpretiert werden, da sie keine derartigen geschichtlichen Zäsuren darstellen, wie mit ihnen optisch der Eindruck hervorgerufen wird.

Dieses Buch widme ich meiner Tochter Rosegret in der Hoffnung, daß sie - indem sie die schwer erkämpften formalen Rechte und Chancen für Frauen heute selbst aktiv nutzt - sich gleichzeitig weiter dafür einsetzen wird, daß die ausgelöste gesellschaftliche Unruhe bis zum Fortfall ihres Grundes nicht erlischt.

Oldenburg/Arnsberg, im August 1981

Rosemarie Nave-Herz

-
- 1) vgl. hierzu C. Koepcke: Die Frau und die Gesellschaft, München 1973, S. 17ff. - Lexikon der Frau 1953, S. 1102. - 1. Uhlmann: Die Frau - Kleine Enzyklopädie, 6. Auflage, Leipzig 1967, S. 718 und 740. - E. Dautzenroth: Kleine Geschichte der Mädchenbildung, Ratingen/Wuppertal 1971. - G. Bäumer: Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland; in: Handbuch der Frauenbewegung, 1. Teil, hrsg. v. H. Lange und G. Bäumer, Berlin 1901, S. 4ff.
 - 2) Eine Ausnahme bildet inzwischen das Geschichtsbuch "Oberstufe, Bd. 2, Das 20. Jahrhundert", hrsg. v. H. Günther-Arndt, D. Hoffmann und N. Zwölfer mit dem Kapitel: "Von allem die Hälfte? - Die Frauenbewegung in der Bundesrepublik Deutschland", Berlin (Cornelsen Verlag) 1996, S. 346-353. - R. Berg/R. Selbmann: Grundkurs Deutsche Geschichte, Bd. 1: 1800 - 1918, Berlin (Cornelsen Verlag) 1988, S. 306-314.

1. Die deutsche Frauenbewegung von ihren Anfängen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts

1.1 Die Ausgangslage

Als Gründerin der deutschen Frauenbewegung gilt Louise Otto-Peters (1819 - 1895), die von der politischen Begeisterung ihrer Zeit und den weltanschaulichen Ideen jener Epoche von Freiheit, Gleichheit, Selbständigkeit ganz erfaßt worden war und wegen ihrer politischen Poesie als „Lerche des Völkerfrühlings“ gefeiert wurde. Die Kombination von politisch-sozialem Engagement und literarischem Talent half ihr bei der Formulierung und Durchsetzung ihrer Anliegen.¹⁾ 1843 forderte sie: „Die Teilnahme der Frauen an den Interessen des Staates ist nicht ein Recht, sondern eine Pflicht“²⁾. Und sie ergänzte 1847 diese Ausführungen: „Selbständig müssen die deutschen Frauen werden, nur dann werden sie auch fähig sein, ihrer Pflicht, teilzunehmen an den Interessen des Staates, immer und auf die rechte Weise nachzukommen. Diese Selbständigkeit kann nur durch individuelle Bildung befördert werden; denn nur ein selbständiges Herz führt zu selbständigem Handeln“.³⁾

Nicht nur Louise Otto-Peters, sondern auch andere Frauen jener Zeit waren über die Begeisterung der sozialen und demokratischen Bewegung in Deutschland um die 1848er Revolution auf die spezielle gesellschaftliche Lage der Frauen aufmerksam geworden und setzten sich in „Wort und Tat“ für eine Veränderung ein.⁴⁾ Wenn auch der formale Zusammenschluß und damit die organisierte Frauenbewegung erst 1865 entstand, so ist aber ihr Ursprung in jene Zeit zu datieren.

Louise Otto-Peters gründete - für eine Frau in damaliger Zeit höchst ungewöhnlich - 1849 eine eigene politische Frauen-Zeitung⁵⁾ und verlieh ihr das Motto: „Dem Reich der Freiheit werb' ich Bürgerinnen“. Als Ziel dieser Zeitschrift formulierte sie: „Die Geschichte aller Zeiten, und die heutige ganz besonders, lehrt: daß diejenigen auch vergessen werden, welche an sich selbst zu denken vergaßen! ... Dieser selbe Erfahrungssatz ist es, welcher mich zur Herausgabe einer Frauenzeitung veranlaßte. Mitten in den großen Umwälzungen, in denen wir uns alle befinden, werden sich die Frauen vergessen sehen, wenn sie selbst an sich zu denken vergessen! Wohlauf denn, meine Schwestern, vereinigt Euch mit mir, damit wir nicht zurückbleiben, wo alles um uns und neben uns vorwärts drängt und kämpft. Wir wollen auch unser Teil fordern und verdienen an der großen Welterlösung, welche der ganzen Menschheit, deren eine Hälfte wir sind, endlich werden muß. Wir wollen unseren Teil fordern: das Recht, das Rein-Menschliche in uns in freier Entwicklung aller unserer Kräfte auszubilden, und das Recht der Mündigkeit und Selbständigkeit im Staat. Wir wollen unser Teil verdienen: wir wollen unsere Kräfte aufbieten, das Werk der Welterlösung zu fördern, zunächst dadurch, daß wir den großen Gedanken der Zukunft: Freiheit und Humanität ... auszubreiten suchen in allen Kreisen ..., in den engeren der Familie durch Beispiel, Belehrung und Erziehung ...“⁶⁾

Louise Otto-Peters, überhaupt die erste Generation der Frauenbewegung, so auch Alice Schmidt (1833 - 1903), Henriette Goldschmidt (1825 -1920) und andere, glaubten, ihr Ziel, den Frauen Selbständigkeit und Mündigkeit zu erkämpfen, nur über das Recht auf Bildung und Arbeit zu erreichen. Die Befreiung der Frau sollte jedoch nicht Selbstzweck sein, sondern „der Gesellschaft nutzen“ und „dem Fortschritt der Menschheit“ bis hin zur Verringerung des bestehenden sozialen Elends und dem Abbau der sozialen Klassengegensätze dienen.⁷⁾ Sie stellten das Streben nach voller Entfaltung der Persönlichkeit durch Bildung unter die für die Frauen ohnehin geltenden Normen der „Hingabe“, „Liebe“ und „Aufopferung“.⁸⁾ Nicht für sich selbst forderte man das Recht auf Bildung und Arbeit, sondern um seinen Beitrag „am Dienst der Menschheit“ und vor allem an seiner „Vervollkommnung“ leisten zu können. Louise Otto-Peters schrieb in der „Frauen-Zeitung“: „Eine Versündigung, nicht nur am Weibe, sondern an der Menschheit, am Prinzip der Schöpfung ist's: das Weib in Knechtschaft zu stoßen und darin zu erhalten, es auf den engen Kreis der Häuslichkeit beschränken zu wollen und somit auszuschließen von jenen anderen Zwecken des Menschentums, welche sich nicht auf die Familie beziehen.“⁹⁾ Ähnlich berichtete Agnes von Zahn-Harnack, ebenso eine Vertreterin der Ersten (oder Alten) Frauenbewegung, rückblickend: „Die Frau des 19. Jahrhunderts erkannte, daß sie in einer Männerwelt lebte: Sie sah, daß die Familie, der Beruf, die Bildungsmöglichkeiten, die Stadt, der Staat, die innere und die äußere Politik, ja auch die Kirche von Männern nach Männerbedürfnissen und -wünschen eingerichtet waren; und sie sah weiter, daß alle diese Bildungen mit schweren Mängeln behaftet waren. Unter diesen Mängeln litt die Frau; aber das war

nicht das Schlimmste; unter diesen Mängeln litt die Menschheit; sie verkümmerte, sie vergrößerte, ihre Schöpfungen wurden Mechanismen, ihre Mittel waren roh, ihre Wirkungsmöglichkeiten gering. Um mathematisch zu reden: Keine Gleichung, kein Exempel stimmte, denn im Ansatz fehlte immer ein Faktor. Und es erwachte in der Frau die Überzeugung, daß sie selbst, ihre Eigenart, dieser fehlende Faktor sei; daß sie sich einsetzen müßte mit ihrem Können, ihrer psychologischen Feinheit, ihrer Logik, ihrem Mut, um die Aufgaben zu lösen, die mit dem Grundfehler im Ansatz unlösbar sein müßten.¹⁰⁾

Doch die Forderung nach Recht auf Bildung sollte nicht nur der Korrektur bzw. Ergänzung des kulturellen Lebens, sondern auch der beruflichen Qualifikation dienen und damit den Frauen gleichzeitig eine selbständige, materielle Existenzmöglichkeit bieten. Aber sogar dieses „Recht auf Arbeit“ mußte erst erkämpft werden. So forderte Auguste Schmidt: „Wir verlangen, daß die Arena der Arbeit auch für uns und unsere Schwestern geöffnet wird.“¹¹⁾ Das klingt, von der damaligen Situation der weiblichen Bevölkerung her gesehen, paradox; wird diese Forderung doch in einer Zeit gestellt, in der der Teil der arbeitenden weiblichen Bevölkerung bereits sehr groß ist! Der wirtschaftliche Zwang zur Arbeit, sowohl für die junge Arbeiterin als auch für die Arbeiterfrau mit Kindern, unter z.T. fast unmenschlichen Bedingungen, die hohe Zahl von weiblichem Dienstpersonal mit sehr geringer Entlohnung und hoher Arbeitsstundenzahl¹²⁾ bestimmten das Bild von der arbeitenden weiblichen Bevölkerung jener Zeit. Daneben gab es jene bürgerlichen Töchter, die von jeder Art von Erwerbstätigkeit und jeder Art von körperlicher Arbeit ausgeschlossen waren. Sie durften allerhöchstens als Bildungsweg den Besuch der sog. höheren Töchterschule wählen.

Das Wort „höhere“ Töchterschule bezog sich im übrigen nicht auf ein höheres Bildungsniveau, sondern lediglich auf die soziale Herkunft ihrer Schülerinnen. Diese schulische Unterweisung endete mit dem 14. Lebensjahr. Zuweilen erhielten sie danach noch zwei Jahre Privatunterricht in Gruppen oder einzeln, nämlich Konversations-, Klavier-, Gesangs- oder Malunterricht und wurden in familienartige Pensionate geschickt, die die Kenntnisse der jungen Frauen, vor allem in der deutschen Literatur, Mythologie, Französisch, Geschichte, Erdkunde und Religion, ergänzen sollten.¹³⁾ Die anschließende „Wartezeit“ bis zur - erhofften und ersehnten - Hochzeit wurde mit Näh- und Stickarbeiten, insbesondere auch mit der mühseligen Perlen- und Petit-Point-Stickerei, Klavierspielen, Malen und anderen Beschäftigungen sowie mit gesellschaftlichen Ereignissen, wie Theater- und Konzertbesuchen, Bällen, Tee-Einladungen usw., verbracht.

Eheschließungsgrund sollte zwar einzig die „liebevollte Zuwendung“ der Ehepartner sein, de facto mußte aber an eine ökonomische Versorgung der Töchter gedacht werden. Die „Wartezeit“ war deshalb keineswegs für alle jungen Frauen eine frohe, unbeschwerte Phase, sondern Enttäuschungen sowie Angst und Sorge, keinen Heiratsantrag zu erhalten, bestimmten den Alltag mancher Mädchen. Denn die Frauen, die unverheiratet blieben, hatten ein doppelt schweres Los: Sie galten vom „eigentlichen“ Frau-Sein ausgeschlossen und fielen außerdem ihrer Familie zumeist ökonomisch und auch sonst „zur Last“. Für sie bot sich allerhöchstens die Möglichkeit, Gouvernante oder Gesellschafterin zu werden - beide Positionen waren schlecht bezahlt und bedeuteten eine allgemein bemitleidete Zwitterstellung zwischen Familienangehörigkeit und Dienstboten-Dasein.¹⁴⁾

Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts konnten sie auch den Lehrerinnenberuf ergreifen, wobei sie aber zunächst nur als Hilfskraft für den Lehrer eingestellt wurden.“ Doch selbst dieser einzige Beruf für bürgerliche Frauen war überfüllt. Von 1825 bis 1861 war ihre Zahl allein in Preußen von 705 auf 7.366 gestiegen, und es kam vor, daß sich auf eine Stelle 114 Bewerberinnen meldeten. So waren Wartezeiten und Vertretungspositionen die Regel.¹⁶⁾

In jener Zeit und in jener Schicht kam ferner in vielen Familien der zunehmende „heimliche“ Beschäftigungszwang vieler Bürgertöchter und -frauen hinzu, „heimlich“ insofern, als es in jenen Kreisen einerseits als unvereinbar mit der standesgemäßen Lebens- und Haushaltsführung galt - wie betont -, einer Erwerbsarbeit nachzugehen, andererseits aber gerade diese sie zur Arbeit und zum Geldverdienen zwang. Für die Ausbildung der Söhne mußte alles verfügbare Geld geopfert werden, die Ausbildung war lang, gesellschaftlich betont und damit finanziell aufwendig. Für die Töchter mußten außerdem Geselligkeiten arrangiert werden, um ihnen die Chance der Heirat und damit die materielle Sicherheit zu gewährleisten. Margrit Twellmann schreibt: „Oft herrschte echte Not in den Familien, der dann in der üblichen Weise durch Sparen und heimlich ausgeführte 'standesgemäße' Näh-, Stick-, Häkel- und anderen Handarbeiten begegnet werden mußte - heimlich! Familienväter fürchteten, den Kredit zu verlieren, falls man von jenen Arbeiten hörte, oft wurden sie auch gar nicht davon in Kenntnis gesetzt, vor allem dann nicht, wenn die Töchter um Geld für eine standesgemäße Garderobe nähten, denn schließlich mußten sie ja doch einen Freier finden!“¹⁷⁾

Die Heiratsaussichten waren, wie regionale Heiratsstatistiken zeigen, sehr begrenzt, wiederum durch die wirtschaftliche Situation mitbedingt.¹⁸⁾ Da ferner das Ansehen der unverheirateten Frauen sehr gering war, mußte alles aufgewendet werden, um diesem Los zu entgehen. Ehen, die in diesen Kreisen geschlossen wurden, waren für die Töchter vorwiegend Versorgungsinstitutionen.

Zudem veränderte sich durch zunehmende Funktionsausgliederung, schwindende Vorratswirtschaft und durch technische Fortschritte (in der Reinigung, Beleuchtung, Heizung usw.) der bürgerliche Haushalt immer mehr: Gertrud Bäumer schreibt: „Von den vierziger Jahren an, da die erste Nähmaschine als Kuriosität auf den Jahrmärkten für einen Groschen gezeigt wurde, wird diese Umwandlung, man mag sagen, was man will, die keine entsprechende Kompensation durch die Steigerung der Lebensansprüche erfuhr, von den Frauen selbst stärker und stärker empfunden. Forderte die Führung eines Haushaltes früher ein erhebliches Maß an Umsicht, Nachdenken, Voraussehen und Berechnen, neben körperlicher Leistungsfähigkeit und technischen Fertigkeiten, so war sie nun mit weit geringerem Aufwand an Zeit, Kraft und Kunst zu bewerkstelligen. Diese Veränderung hatte zunächst die Folge, daß hauswirtschaftliche Fähigkeiten im Wert sanken, weniger Arbeitskräfte in der Hauswirtschaft beschäftigt werden konnten, daß alle die unverheirateten weiblichen Familienmitglieder, seien es erwachsene Töchter, seien es unverheiratete ältere Angehörige, im Hause nicht mehr ein Maß von Arbeit leisten konnten, das einerseits ihrer Kraft und Fähigkeit, andererseits an Kosten ihrer Erhaltung entsprach ... Und es ist kein Zweifel, daß das geistige Niveau der bürgerlichen Frau durch diese Beschränkung des Kreises ihrer Verantwortung und ihrer Pflichten sank, daß Oberflächlichkeit, Kleinlichkeit, Reizbarkeit, Putzsucht usw., usw. überdurchschnittlich zunahm, es ist kein Zweifel, daß die ungesunde Übertreibung der Geselligkeit in bürgerlichen Kreisen im Zusammenhang damit stand, daß die Frauen zu viel Zeit und zu wenig Gelegenheit hatten, an den ernstesten allgemeinen Interessen teilzunehmen.“¹⁹⁾ Der „standesgemäßen“ Lebensführung in dieser Schicht entsprach es ferner, trotz der Abnahme der hauswirtschaftlichen Tätigkeiten, nicht auf Dienstpersonal zu verzichten. Im verarmten Mittelstand wurde sogar lieber am Essen gespart als dem Dienstmädchen - dem Statussymbol - gekündigt.²⁰⁾

Es gab also im vorigen Jahrhundert vornehmlich vier verschiedene Gruppen von Frauen, die sich in ihrer Daseinsform stark unterschieden: 1. die Frauen und Töchter der bürgerlichen Mittel- und Oberschicht ohne Recht auf Arbeit (mit Ausnahme des Gouvernanten-, Lehrerinnen- oder Gesellschafterinnenberufs bei Ledigbleiben), 2. die in der Landwirtschaft, im Handel und Gewerbe tätigen Frauen, 3. die Fabrikarbeiterinnen (ledig oder verheiratet mit Kindern) und 4. die unverheirateten Dienstmädchen sowie verheirateten Dienstboten (wie Wäscherinnen, Köchinnen für besondere Anlässe usw.). Die ersten Vertreterinnen der organisierten Frauenbewegung waren Vertreterinnen der ersten Gruppe und forderten das Recht auf Erwerbsarbeit auch für ihre Schicht. Sie wollten nicht ihre Daseinserfüllung allein im Warten auf die standesgemäße Heirat sehen. Auch wollten sie in der Lage sein, ihren Lebensunterhalt selbst „standesgemäß“ zu verdienen und sich damit von der Herkunftsfamilie zu „emanzipieren“.

1865 schlossen sich erstmals in der deutschen Geschichte Frauen zusammen, um sich für die Anliegen der weiblichen Bevölkerung einzusetzen. Louise Otto-Peters und ein Hauptmann a.D., A. Korn, der sich für die Belange der Frauen energisch öffentlich eingesetzt hatte, luden vom 16. bis 19. Oktober 1865, den Gedenktagen der Völkerschlacht, zur ersten Frauenkonferenz Deutschlands ein. 120 Frauen folgten der Einladung, auch August Bebel. Zum ersten Mal leitete eine Frau eine große öffentliche Versammlung²¹⁾, nämlich Louise Otto-Peters. Da sie wußte, daß sie selbst mit ihrer leisen Stimme und ihrem stark sächselnden Dialekt keine gute Rednerin war, übertrug sie die Festansprache Auguste Schmidt, deren „zündende Rednergabe“ immer wieder - auch später - gerühmt wurde.²²⁾

Dieses Ereignis rief in der zeitgenössischen Presse Aufmerksamkeit und Aufregung hervor und wurde spöttisch auch mit „Leipziger Frauenschlacht“ bezeichnet.²³⁾

Im Rahmen dieser Konferenz wurde der „Allgemeine Deutsche Frauenverein“ gegründet, dessen erklärtes Ziel es war, „die erhöhte Bildung des weiblichen Geschlechts und die Befreiung der weiblichen Arbeit von allen Hindernissen“ zu erkämpfen.²⁴⁾ Erste Vorsitzende wurde Louise Otto-Peters (1819-1895), zweite Vorsitzende Auguste Schmidt (1833-1902). Mit der Gründung dieses Vereins begann in Deutschland die organisierte Frauenbewegung.

Ferner wurde in Leipzig vereinbart, jährliche Mitgliederversammlungen als „Deutsche Frauentage“ an wechselnden Orten abzuhalten und eine eigene Vereinszeitschrift mit dem Titel die „Neuen Bahnen“

zu konzipieren, die „dem weiblichen Fortschritt“ dienen sollte und „keine Modebilder, keine Stick- und Schnittmuster, keine Recepte“ enthalten sollte - „dies alles findet sich anderwärts zur Genüge“. ²⁵⁾ Von 1866 bis 1895 wurde diese von Louise Otto-Peters und Auguste Schmidt gemeinsam herausgegeben. Sie erschien 14tägig bis 1920 und umfaßt 50 Jahrgänge.

Abschließend seien noch einige kurze biographische Notizen über Louise Otto-Peters, die Gründerin der Deutschen Frauenbewegung, angefügt: Sie war als Tochter eines Gerichtsdirektors in einem Haus aufgewachsen, wo politische Diskussionen zwischen den Eltern und den vier Töchtern an der Tagesordnung waren, wo mehrere Zeitungen abonniert wurden, und der Vater die Töchter aufforderte: „Lest, damit, wenn von der Zeitgeschichte die Rede ist, ihr nicht dumm dabeisitzt und euch schämen müßt“. Ihr Leben veränderte sich plötzlich, als zunächst eine Schwester (1831), dann die Eltern (1835) starben. Die drei Schwestern beschlossen, einen eigenständigen Haushalt zu führen und ihr Vermögen selbst zu verwalten, was zwar in Sachsen, wo sie wohnten, möglich war, aber in anderen Ländern zu jener Zeit nicht. Als sie später (1840) bei einem Besuch im Erzgebirge das Elend der Arbeiter und Arbeiterinnen kennenlernte, wird sie aus dieser Erfahrung zur „sozialen Schriftstellerin“. Für Louise Otto-Peters politische, geistige sowie menschliche Haltung ist ferner kennzeichnend ihre Verlobung mit dem im Zuchthaus eingekerkerten Dichter und Freiheitskämpfer August Peters, den sie erst sieben Jahre später, nach seiner Begnadigung, heiraten konnte.

Vergleicht man die Biographien der Vertreterinnen der Ersten Frauenbewegung, so ist bei allen ein außergewöhnlicher Lebensweg gegeben; sie stammen zumeist aus vermögendere Elternhäusern, vielfach wurden politische Diskussionen im Familienkreis geführt; der Vater förderte die geistige Auseinandersetzung seiner Töchter mit aktuellen Problemen oder die Töchter kämpften gegen ihn. Von den Müttern ist sehr viel seltener in den Biographien die Rede; manche wuchsen auch mutterlos auf. ²⁶⁾

1.2 Die Schwierigkeiten der deutschen Frauenbewegung

Es ist bemerkenswert, daß die Frauenbewegung in den ersten Jahren ihrer Konstituierung ernsthaftem Widerstand kaum begegnete. Erst Ende der 60er Jahre, also nach der Gründung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins, und zwar vor allem nach Erscheinen der deutschen Übersetzung des Buches „Subjection of Women“ von John Stuart Mill und des Buches „Für und Wider die deutschen Frauen“ ²⁷⁾ von Fanny Lewald-Stahr setzte eine lebhaftige Diskussion ein. So schrieb z.B. Philipp von Nathusius gegen diese Schriften zusammenfassend: „Unsere Zeit stellt alles in Frage. So müssen sich auch die lieben Frauen gefallen lassen, daß aus ihnen eine Frage gemacht wird ... Dagegen soll 'die liebe Frauenwelt' eine 'glückliche, stille, grüne Oase' sein, 'ein Quell' der Lebenspoesie, ein Rest aus dem Paradiese. Und den wollen wir uns von keiner 'Frauenfrage', von keinem unglücklichen Blaustrumpf und von keinem überstudierten Nationalökonom nehmen lassen. Wir wollen sie dem 'schulgequälten', wir wollen sie soviel als möglich auch dem armen und ärmsten 'Arbeiter' mit Gottes Hilfe erhalten.“ ²⁸⁾ Und H. Jakobs schreibt: „Im übrigen aber ist die durch Natur und Evangelium gebotene Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern die, daß der Mann für Kampf und Arbeit bestimmt ist, die Frau aber in der Pflege reiner, warmer und inniger Gefühle, in der Bewahrung der Güter, die der Mann erworben, in der Ordnung, Leitung und dem Schmuck des Hauses, die von Gott ihnen anvertraute Aufgabe suchen. Dem Manne gebührt der Kampf und die Arbeit, aber das Weib wische den Schweiß von seiner Stirn und stärke seine Kraft, indem sie durch ihr Sein und Walten das Haus zu einer Stätte der Harmonie und des Friedens, zu einer idealen Welt bilde.“ ²⁹⁾ Diese Zitate sind nur stellvertretend für viele ähnliche in damaliger Zeit hier wiedergegeben; auf sie alle paßt die Kritik von Gertrud Bäumer, daß ihre Verfasser Urteile abgaben „aus vorgefaßten Meinungen, ohne Kenntnis der wahren Sachlage, ohne auch nur das Gefühl der Notwendigkeit einer solchen Kenntnis...“, aber gewürzt mit dem Pathos einer als sittliche Autorität auftretenden Partei. ³⁰⁾ Der Sturm der Entrüstung, den die Frauenbewegung in jener Zeit gerade auch bei gebildeten Männern des Bürgertums entfachte, hatte weniger mit Konkurrenzkampf zu tun ³¹⁾ als damit, daß die bestehende Weltdeutung, das „Ergänzungstheorem der Geschlechter“, in Frage gestellt wurde, obwohl dies viele Vertreterinnen der Ersten Bürgerlichen Frauenbewegung selbst gar nicht beabsichtigten. (Hierauf wird später noch ausführlicher eingegangen). Sie versuchten, die Argumentation „streng wissenschaftlich“ zu führen. ³²⁾

Gegner der Frauenbewegung waren - von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen - zwar einerseits die Männer, die z.T. mit „wissenschaftlichen“ Untersuchungen und Argumenten die Unfähigkeiten der

Frauen zu beweisen glaubten, zum anderen aber auch viele Frauen, die an „der männlich orientierten Welt“ nichts auszusetzen fanden, sich in ihrer „gottgewollten Abhängigkeit“ wohlfühlten oder zu einem Nachdenken über die ganze Frage überhaupt nicht kamen.³³⁾ Sie verharrten entweder in unerschütterlicher Gleichgültigkeit ohne jeden Protest, obwohl ihr Dasein oftmals mit größter Aufopferung einherging (aber das wiederum entsprach ja gerade dem Frauenideal), oder sie stimmten sogar in den Chor der männlichen Gegner mit ein. Diese Haltung gerade auch seitens der Frauen hielt im übrigen noch sehr lange an, selbst als Frauen zum Universitätsstudium zugelassen worden waren. Folgende reale Gesprächsszene, aufgeschrieben von einer der ersten Studentinnen in Deutschland, illustriert diese Einstellung:

Freiburg 1907, die Studentin der Geschichtswissenschaft, Lina Kulenkampff, sitzt neben der Ehefrau des Professors für mittelalterliche Geschichte, Frau von Below: „Stopfen Sie Ihre Strümpfe selbst?“ Studentin Kulenkampff: „Ja.“ Frau von Below: „Nähen Sie denn auch mit dem Fingerhut?“ Studentin Kulenkampff: „Ja.“ Frau von Below: „Ach, dann ist ja noch nicht alle Weiblichkeit verloren ...!“³⁴⁾

Der Kampf um die Gleichberechtigung war darüber hinaus dadurch erschwert, daß die Frauen zu jener Zeit politisch völlig rechtlos waren. Am stärksten wurden sie in den beiden größten Bundesstaaten Preußen und Bayern behindert durch die „Verordnung über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechts“, denn hierin hieß es: „Politischen Vereinen ist die Aufnahme von Frauenpersonen, Schülern und Lehrlingen verboten. Auch dürfen solche Personen nicht an Versammlungen und Sitzungen teilnehmen, bei denen politische Gegenstände verhandelt werden.“³⁵⁾ Nur die Männer konnten bestimmen, ob Reformen zugunsten der Frauen durchgeführt wurden oder nicht. Die Frauen waren also auf das Wohlwollen und die Geneigtheit der Männer angewiesen. Da sie zudem durch ihren Ausschluß vom öffentlichen Bildungssystem nicht die nötigen rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Kenntnisse besaßen, mußten sie autodidaktisch das notwendige weitere Wissen erwerben. Hinzu kam ihre finanzielle Ohnmacht, zu der sie durch das deutsche Rechtssystem verurteilt waren, denn über das Vermögen, selbst über den eigenen Verdienst der Frau, bestimmte der Ehemann. Weiterhin hinderte ihre Erziehung sie daran, die spezifischen „weiblichen Tugenden“ in Frage zu stellen: Als erstrebenswerte Eigenschaften galten für eine Frau „Unschuld, Sanftmut und Bescheidenheit, Artigkeit, Schamhaftigkeit und ein freundliches, aufgeheitertes Wesen.“³⁶⁾ Auch im öffentlichen Leben hatte die Frau - selbst nach Auffassung der damaligen Frauenrechtlerinnen - „der versöhnende und harmonisch ausgleichende Mittelpunkt“ zu sein; das „ewig Weibliche“ sollte „in der Menschheit zur Geltung gebracht werden, damit es nicht nur den Einzelnen, sondern die ganze Menschheit hinanziehe zu höheren Standpunkten zum Ziele der Vollendung.“ Demzufolge schied jeglicher Kampf als ein Mittel zur Überzeugung der Öffentlichkeit aus; es blieben nur die „sanften Waffen“ übrig, und dazu zählte moralischer Zwang. Vornehmlich durch Pflichterfüllung sollte bewiesen werden, daß die Frauen würdig und fähig seien, weitere Pflichten und damit verbundene Rechte zu übernehmen. „Arbeit - Leistung - Pflichterfüllung standen immer an erster Stelle, die Forderung eines Rechtes weit ab an zweiter, wenn ihm nicht ganz die Qualität einer 'Belohnung' beigelegt wurde.“³⁷⁾ Durch diese Haltung ist die Erste Frauenbewegung gekennzeichnet. Zu Recht schreibt Elisabeth Meyer-Renschhausen: „Weil Frauenbewegung in jener Zeit am geltenden bürgerlichen Frauenbild festhielt und Frauen allein für den 'privaten' und 'häuslichen' Bereich, resp. den 'unpolitischen' Teil des Lebens“, zuständig erklärte, wird sie von heutigen Frauenforscherinnen häufig als konservativ oder als unpolitisch etikettiert. Zu fragen wäre allerdings, ob sie nicht 'konservativ', hier im Sinne Edward P. Tompson verstanden: das Sich-Beziehen auf ältere Moralsysteme, um mittels dieser einen legitimen Protest überhaupt formulieren zu können.“³⁸⁾

1.3 Die bürgerliche Frauenbewegung von 1865 bis 1894, von der Gründung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins bis zur Gründung des Bundes Deutscher Frauenvereine

Der 1865 gegründete „Allgemeine Deutsche Frauenverein (ADF)“ sollte „für die erhöhte Bildung des weiblichen Geschlechts“ und für das Recht auf Erwerbsarbeit eintreten. Der Grundsatz der Gerechtigkeit und Freiheit für alle Bürger bildete die Argumentationsbasis für die Forderung nach dem Recht auf Arbeit.³⁹⁾ Arbeit wurde von den Gründerinnen als erzieherischer Wert und als Voraussetzung zur Selbständigkeit begriffen. Die folgende Resolution wurde auf der ersten Frauenkonferenz Deutschlands verabschiedet: „I. Die erste deutsche Frauenkonferenz erklärt die Arbeit, welche die Grundlage der ganzen neuen Gesellschaft sein soll, für eine Pflicht und Ehre des

weiblichen Geschlechts, sie nimmt dagegen das Recht der Arbeit in Anspruch und hält es für notwendig, daß alle der weiblichen Arbeit im Wege stehenden Hindernisse entfernt werden. II. Wir halten es für ein unabweisbares Bedürfnis, die weibliche Arbeit von den Fesseln des Vorurteils, die sich von den verschiedensten Seiten gegen sie geltend machen, zu befreien. Wir halten in dieser Hinsicht neben der Agitation durch Frauenbildungsvereine und die Presse die Begründung von Produktivassoziationen, welche den Frauen vorzugsweise empfohlen werden, die Errichtung von Industrie-Ausstellungen für weibliche Arbeitserzeugnisse, die Gründung von Industrieschulen für Mädchen, die Errichtung von Mädchenherbergen, endlich aber auch die Pflege höherer wissenschaftlicher Bildung für geeignete Mittel, dem Ziele näher zu kommen." ⁴⁰⁾ Ebenso wurde ein Vereinsstatut entworfen und angenommen, dessen § 2 eine heftige Diskussion ausgelöst hatte und dem Verein von Außenstehenden den Vorwurf der Männerfeindlichkeit einbrachte, da er Männer nur als Berater und nicht voll stimmberechtigt zuließ. Er lautete: „§ 2 - Frauen und Mädchen, welche die Großjährigkeit erreicht haben, erlangen die Mitgliedschaft durch Eintrittserklärung, eine einmalige Eintrittsgebühr von 1/2 Thaler und einem jährlichen Beitrag von 2 Thalern. Jüngere Mädchen können gegen einen Jahresbeitrag von 1 Thaler als Zuhörerinnen ohne Stimmrecht zugelassen werden und an allen Vorteilen der Vereinigung teilnehmen. Männer, die sich für die Zwecke des Vereins interessieren und diese bestätigen, können als Ehrenmitglieder mit beratender Stimme aufgenommen werden. Ebenso solche Frauen im Auslande, die für die Frauensachen in rühmlicher Weise tätig waren." ⁴¹⁾

Der Verein griff sofort die z.T. noch heute aktuellen Themen auf: Forderung nach Industrie- und Handelsschulen für Mädchen, nach Arbeiterinnenschutz, Mutterschutz, Chancengleichheit im Beruf, nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit, gleicher Gewerbefreiheit für Frauen und dem Frauenwahlrecht. ⁴²⁾ Insbesondere nahm er sich von Anfang an der Frauenbildungsfrage an, indem er literarische, historische, naturkundliche u.a. Vortragsabende veranstaltete, zu denen auch Arbeiterinnen, sowohl Fabrik- als auch Handarbeiterinnen, eingeladen wurden. Aus der Sicht der Veranstalterinnen suchte man das Beste, das man besaß, zu geben: die Bildung, ⁴³⁾ obwohl man dadurch die akuten Anliegen der Arbeiterinnen völlig verkannte. ⁴⁴⁾ Durch Wanderveranstaltungen wurden überall in Deutschland neue Ortsverbände des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins gegründet. ⁴⁵⁾ Der ADF hatte mit einer Mitgliederzahl von 34 begonnen, verdoppelte diese im ersten Jahr und nach fünf Jahren war die Zahl auf 10.000 angewachsen.

Am 27. Februar 1866 wurde in Berlin der „Verein zur Förderung der Erwerbstätigkeit des weiblichen Geschlechts" (später: Lette-Verein genannt) gegründet ⁴⁶⁾; die Leitung wurde einem Ausschuß übertragen, der aus 20 Männern und 5 Frauen bestand. Frau Jenny Hirsch wurde 1. Schriftführerin; der Präsident des „Zentralvereins in Preußen für das Wohl der arbeitenden Klasse", Dr. Adolph Lette, übernahm den Vorsitz. Er hatte sich für die Förderung der weiblichen Bildung in der Öffentlichkeit stark eingesetzt, lehnte aber ebenso entschieden jede politische Emanzipation von Frauen ab. So hatte er ein Jahr zuvor in einer Denkschrift gefordert, daß „unsere sonst so vortrefflichen Töchterschulen" den späteren praktischen Lebensberuf stärker berücksichtigen und daß spezielle Schulen zur Berufsausbildung für Mädchen errichtet werden sollten. Gleichzeitig aber betont er: „Was wir nicht wollen" - das „nicht" ist von ihm doppelt unterstrichen worden -, „und niemals, auch nicht in noch so fernen Jahrhunderten, wünschen und bezwecken, ist die politische Emanzipation und Gleichberechtigung der Frauen". ⁴⁷⁾ Dieser Verein wird wegen der männlichen Führung und der politischen Haltung des damaligen Vorsitzenden nicht von allen Vertreterinnen der Frauenbewegung als einer der ihren anerkannt. ⁴⁸⁾ Adolph Lettes Nachfolger, Franz von Holtzendorff, hingegen trat ganz entschieden für die berufliche und politische Gleichberechtigung der Frauen ein. ⁴⁹⁾

Der Verein konzentrierte sich auf die Frauen der bürgerlichen Stände, um ihnen die „Freiheit der Arbeit" zu sichern, d.h., den Mädchen nach Abgang von der höheren Töchterschule eine entsprechende Erwerbsfähigkeit zu vermitteln und sie nicht nur, wie bisher, allein auf den Lehrerinnenberuf verweisen zu müssen. Zum Ziele des Vereins wurde erklärt: „1. Beseitigung der der Erwerbstätigkeit der Frauen entgegenstehenden Vorurteile und Hindernisse; 2. Beförderung von Lehranstalten zur Heranbildung für einen kommerziellen und gewerblichen Zweck; 3. Nachweisung gewerblicher Lehrgelegenheiten und Vermittlung der Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen, soweit nicht durch bestehende Anstalten bereits genügende Fürsorge dafür getroffen ist; 4. Begründung von Verkaufs- und Ausstellungslokalen für weibliche Handarbeiten und künstlerische Erzeugnisse; 5. Schutz selbständig beschäftigter Personen weiblichen Geschlechts gegen Benachteiligung in sittlicher oder wirtschaftlicher Beziehung, vorzugsweise durch Nachweisung geeigneter Gelegenheiten für Wohnung und Beköstigung." ⁵⁰⁾

Weitere Frauenerwerbsvereine wurden überall in Deutschland errichtet. Sie schlossen sich 1869 auf Reichsebene in einem besonderen Dachverband zusammen.⁵¹⁾ 1867 beantragte der Allgemeine Deutsche Frauenverein und etwas später - 1869 - der Lette-Verein die Zulassung von Frauen zum Bahn-, Post- und Telegraphendienst, jedoch beide ohne Erfolg. Erst ab 1872 und 1873 wurden den Frauen weitere Berufsmöglichkeiten eröffnet durch die ersten Kindergärtnerinnenseminare⁵²⁾ und durch die endlich erfolgte Zulassung zum Bahn-, Post- und Telegraphendienst. In jener Zeit entstehen nunmehr überall in Deutschland private Handelslehrinstitute zur Vorbereitung auf eine gehobene kaufmännische Tätigkeit für Frauen, ferner Gewerbe-, Telegraphen- und Sekretärinnen- sowie Koch- und Haushaltungsschulen.⁵³⁾ Von den höheren Berufspositionen und dem höheren Schulwesen blieben die Frauen jedoch weiterhin ausgeschlossen.

Zur selben Zeit forderte Hedwig Dohm gleiche Ausbildung für beide Geschlechter von der Elementarschule bis zur Universität, gleichen Zugang beider Geschlechter zu allen Berufen (wobei sie auch vor einer Berufstätigkeit der Ehefrau nicht „zurückschreckte“) und die absolute Gleichstellung der Männer und Frauen im privaten und öffentlichen Recht. Sie erklärte das Frauenstimmrecht zur unabdingbaren Notwendigkeit, um diese Ziele zu erreichen.⁵⁴⁾ Berühmt geworden ist ihr Ausspruch „Menschenrechte haben kein Geschlecht!“, womit damals eine Diskussion über das Verhältnis zwischen Geschlechtern und Politik begann, die sich heute in der Neuen Frauenbewegung fortsetzt, nunmehr im Diskurs um „Geschlecht als soziale Strukturkategorie“. ⁵⁵⁾ Hedwig Dohm erntete mit ihren Forderungen damals lediglich Hohn und Spott, und selbst durch die organisierte Frauenbewegung erhielt sie keine besondere Unterstützung, da diese in jener Zeit heftige, offene Auseinandersetzungen vermied und die Schriften von Hedwig Dohm als Provokation wirkten. Ferner unterschied sie sich in ihrer Auffassung über die Gleichheit der Geschlechter von den damals führenden Frauen in der organisierten Frauenbewegung prinzipiell, da diese das Ergänzungstheorem der Geschlechter - im Gegensatz zu ihr - weiter anerkannten.

Erst ab 1876 wurden vom Deutschen Frauenverein und vom Lette-Verein⁵⁶⁾ gemeinsame Petitionen um Zulassung der Frauen zum Universitätsstudium eingereicht, doch erfolglos.

Ebenso richtete nun der Allgemeine Deutsche Frauenverein eine Petition in bezug auf die familienrechtlichen Bestimmungen an den Reichstag und forderte, bei Abfassung des neuen Civilgesetzbuches die Stellung der Frauen im Familienrecht gleichrangig zu berücksichtigen.⁵⁷⁾ Denn die bis zum Jahr 1900 - dem Jahr der Inkraftsetzung des BGB für das gesamte Reich - gegebene Rechtslandschaft im Kaiserreich muß man sich „wie einen bunten Flickenteppich vorstellen, in dem sich verschiedene Rechtsgebiete und Rechtsgewohnheiten je nach früheren Ländergrenzen und Staatsgewalten überlagerten und mischten, und wer zu seinem Recht kommen wollte, mußte oftmals erst gerichtlich klären lassen, welches Recht denn nun anwendbar war“. ⁵⁸⁾

Die Frauenbewegung wandte sich in ihren Forderungen gegen das gesetzliche eheliche Güterrecht, die allgemeine Beschränkung der Handlungsfähigkeit der Ehefrau, das alleinige Erziehungsrecht des Vaters und die rechtliche Bevorzugung der Söhne gegenüber den Töchtern. Vereinzelt forderten damals bereits die Namenskontinuität und die Abschaffung einer besonderen Anrede für ledige Frauen.⁵⁹⁾ Keine dieser Forderungen wurde erfüllt, und trotz aller Proteste der verschiedensten Gruppierungen innerhalb der Ersten Frauenbewegung wurden auf juristischer Ebene mit Einführung des BGB keine Veränderungen zugunsten der Frauen aufgenommen, sondern ihre „Unmündigkeit“ sogar noch vergrößert. Die in Zürich promovierte Juristin Anita Augspurg rief sogar nach Inkrafttreten des BGB zum „Eheboykott“ auf und setzte sich damit einer Lawine von Diffamierungen aus: „Für eine Frau von Selbstachtung, welche die gesetzlichen Wirkungen der bürgerlichen Eheschließung kennt, ist es nach meiner Überzeugung unmöglich, eine legitime Ehe einzugehen; ihr Selbsterhaltungstrieb, die Achtung vor sich selbst und ihr Anspruch auf Achtung ihres Mannes, läßt ihr nur die Möglichkeit einer freien Ehe offen.“ ⁶⁰⁾

Verteidigt wurde das Recht z.B. mit folgendem Argument: „Aber weil dieses Leben ein gemeinschaftliches ist und sein soll, muß bei Meinungsverschiedenheiten die Stimme eines der Gatten den Ausschlag geben und dies kann nach der natürlichen Ordnung des Verhältnisses nur die des Mannes sein.“ ⁶¹⁾

Das BGB schrieb fest, daß mit der Eheschließung die Frau nicht nur den Nachnamen ihres Mannes zu führen hatte, sondern er bestimmte auch den Wohnort. Ferner wurden die Verwaltungs- und Nutznießungsrechte des Mannes am Vermögen seiner Frau noch erweitert; konkret: sobald eine Frau heiratete, verlor sie die Verfügung über ihr eigenes Vermögen. War sie erwerbstätig, blieb ihr Lohn

zwar ihr Eigentum, aber der Ehemann konnte jederzeit ohne ihre Zustimmung, sogar ohne ihr Wissen, ihr Arbeitsverhältnis kündigen. Nur ein privater Ehevertrag, abgeschlossen vor der Heirat, konnte die Frau vor diesen Gesetzen schützen. So blieb dem Deutschen Frauenverein nur die Möglichkeit, Rechtsschutzstellen, d.h. Auskunftsstellen für Frauen in allen Rechtsfällen zu gründen, die nach und nach in 20 deutschen Städten entstanden.⁶²⁾

1885 gründete Gertrud Guillaume-Schack in Berlin den „Verein zur Wahrnehmung der Interessen der Arbeiterinnen“. Sie hatte zuvor die aus England stammende „Sittlichkeitsbewegung“ in Deutschland gegründet und wurde durch diese Arbeit auf den Zusammenhang von Prostitution und Lohnniveau aufmerksam. Der neue Verein setzte sich deshalb folgendes Ziel: „Hebung der geistigen und materiellen Interessen der Mitglieder, insbesondere Regelung der Lohnverhältnisse, gegenseitige Unterstützung bei Lohnstreitigkeiten, Aufklärung durch fachgewerbliche und wissenschaftliche Vorträge, Beschaffung einer Bibliothek, Pflege der Kollegialität durch gesellige Zusammenkünfte und die Errichtung eines Arbeitsnachweises. Der monatliche Beitrag war auf 20 Pf. und das Eintrittsgeld auf 25 Pf. festgesetzt. Männer hatten gewöhnlich keinen Zugang zu den Vereinsversammlungen.“⁶³⁾ Dieser Verein fand - vor allem durch die Aktivität von Gertrud Guillaume-Schack - unter den Arbeiterinnen großen Anklang. Zwei Arbeiterbezirke spalteten sich noch im selben Jahr von dem Gründungsverein ab und bildeten selbständige Institutionen, der Berliner-Arbeiterinnen-Verein im Norden und der Fachverein der Berliner Mantelnäherinnen. Alle drei Vereine stellten eine Art von Frauengewerkschaft dar. Als ihre Anhängerschaft immer größer wurde und staatliche Stellen die öffentliche Ordnung gefährdet glaubten, wurden sie unter Bezugnahme auf das geltende Versammlungs- und Vereinigungsrecht verboten und aufgelöst.⁶⁴⁾

Im gleichen Jahr, 1887, richtete Helene Lange mit fünf anderen Frauen eine Petition an den Preußischen Unterrichtsminister und das Preußische Abgeordnetenhaus, worin die wissenschaftliche Ausbildung der Lehrerinnen an höheren Mädchenschulen und ihre Beteiligung am Unterricht gefordert wurde. Die Petition erregte vor allem durch die Begleitschrift, die sogenannte „Gelbe Broschüre“, Aufsehen. Hierin prangerte Helene Lange das von den männlichen Pädagogen verfochtene Bildungsziel an, wonach das Mädchen bis zum 16. Lebensjahr „allseitig harmonisch“ gebildet werden sollte. Für die Mädchen-Schulpädagogen galt es nämlich, „dem Weibe eine der Geistesbildung des Mannes in der Allgemeinheit der Art und der Interessen ebenbürtige Bildung zu ermöglichen, damit der deutsche Mann nicht durch die geistige Kurzsichtigkeit, durch Engherzigkeit seiner Frau an dem häuslichen Herde gelangweilt und in seiner Hingabe an höhere Interessen gelähmt werde, daß vielmehr das Weib mit Verständnis diesen Interessen und der Wärme des Gefühls für dieselben zur Seite stehe.“⁶⁵⁾

Ein anderes derzeit vielgerühmtes Erziehungsbuch sah die Bestimmung der Frau darin, „einem Manne durch ihre Annehmlichkeit die süßesten Freuden des gesellschaftlichen Lebens zu schenken, seinen, durch anhaltendes Nachsinnen ermüdeten Geist durch ihren Umgang aufzuheitern, ihm als Freundin, Ratgeberin, Gesellschafterin und Regiererin des Hauswesens zu gefallen, mit einem klugen, nachgebenden Wesen an der Herrschaft über Kinder und Gesinde teilzunehmen, ihrem ewigen Freunde die Erwerbung nötiger Bedürfnisse zu erleichtern und ihm mancher kleinen Übel und Verdrießlichkeiten zu überheben.“⁶⁶⁾ Nach Helene Lange aber sollte die Schule „die großen menschlichen Anlagen und Kräfte entwickeln, die Kraft des Glaubens und der Menschenliebe, ebensowohl wie die intellektuellen Fähigkeiten“ und diese Forderungen wären nur zu erfüllen, wenn der Frau die Bildung ihres eigenen Geschlechtes übertragen würde. „Daß sie (die Frau, d. Verf.) Mädchen mit ganz anderem Verständnis, mit mehr Liebe und Interesse gegenübersteht als der Mann, daß ihr andere Methoden erzieherlicher Einwirkung zu Gebote stehen, ist selbstverständlich.... Der Frau gebührt in der Mädchenschule die Klassen- und Schulleitung.“⁶⁷⁾ In zweifachem Sinne bedrohte damit - so betont Heike Fleßner - die „Gelbe Broschüre“ das Monopol der Lehrer. „Sie bestritt den Lehrern die alleinige Zuständigkeit für die Bildung der Mädchen und damit das Privileg des Arbeitsplatzes; schlimmer noch - sie erklärte sie zu Usurpatoren (d.h. zu unrechtmäßigen Besetzern) eines originären Frauenbereichs. Also: eine Offensive weiblicher Identität auf der ganzen Linie!“⁶⁸⁾ Die Petition wurde abgelehnt.

Im Mittelpunkt der Erziehung war jedoch bei Helene Lange, Gertrud Bäumer und anderen führenden Frauen der bürgerlichen Frauenbewegung ganz eindeutig die zukünftige Mutter: „Denn unerschütterter steht eines auch in der neuen Zeit: der Gedanke, daß der höchste Beruf der Mutterberuf ist, insofern er den Beruf der Erzieherin des heranwachsenden Geschlechts in sich schließt.“⁶⁹⁾ Sie und viele Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung meinten mit „Mutterschaft“ auch eine „geistige Mutterschaft“. Diesen Begriff hatte schon 1865 Henriette Schrader-Breyman geprägt⁷⁰⁾. Durch ihn

werden die den Frauen und Männern polar zugeordneten Eigenschaften und Verhaltensweisen ⁷¹⁾ weiter fortgeschrieben. „Geistige Mutterschaft“ besaß auch die ledige berufstätige Frau. Zu Recht betont Herrad-Ulrike Bussemer, daß nunmehr die Qualität der „geistigen Mutterschaft“ nicht mehr „an die biologische Mutterschaft gebunden oder auf eine bestimmte Lebensphase beschränkt (war); sie verband instinkthafte, 'angeborenes' Verhalten mit erworbenem Wissen und hielt die Definition der Frau durch ihre familiäre Rolle aufrecht, ohne ihre Funktion auf die Institution Familie einzuengen.“ ⁷²⁾ Die Vertreterinnen dieses gesellschaftlichen Konzepts ordneten den Geschlechtern jeweils einen spezifischen Platz zu und diktierten der Frau die Aufgabe einer besonderen „Kulturmission“ - wie sie es nannten - zu.

Dieser Richtung innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung stand ein zahlenmäßig kleiner, radikalerer Flügel gegenüber. Bärbel Clemens hat beide Richtungen zutreffend gekennzeichnet, indem sie schreibt: „Grob kann man in der europäischen Diskussion unterscheiden zwischen einem egalitären und einem dualistischen Menschenbild, das die Grundlage bildete für unterschiedliche Strategien der Frauenbewegung. Die verschiedenen Strömungen der in eine Vielzahl von Einzelanliegen aufgefächerten Frauenbewegung lassen sich bis heute zurückführen auf zwei Grundformen von Politik: eine Politik der Egalität, die die Gleichheit der Menschen beiderlei Geschlechts betont und eine Politik der Weiblichkeit, die ausgeht von der Differenz der Geschlechter und ihre Unterschiede deutlich machen will. In der deutschen bürgerlichen Frauenbewegung hatten egalitäre wie dualistische Konzeptionen ihre Anhängerinnen, die sich in verschiedenen Organisationen als gemäßigter und radikaler Flügel innerhalb des Dachverbandes der bürgerlichen Frauenbewegung, dem Bund Deutscher Frauenvereine, gegenüberstanden.“ ⁷³⁾

Unzufriedenheit mit dem vorsichtigen Vorgehen des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins führte 1888 zur Gründung des Frauenvereins „Reform“, der sich ganz besonders der höheren Mädchen- und Frauenbildung annahm und deshalb die Errichtung von Mädchengymnasien und die Öffnung der Universitäten für Frauen forderte. ⁷⁴⁾ Kaum hatte er sich konstituiert, reichte er 1888 und 1889 bei den Kultusministerien aller deutschen Bundesstaaten eine Petition um Zulassung des weiblichen Geschlechts zur „Maturitätsprüfung“ (heute Abitur genannt) an Gymnasien und Realgymnasien sowie um Zulassung zum Studium an Universitäten ein, allerdings ohne Erfolg. ⁷⁵⁾

Erst 1889 gelang es Helene Lange, Realkurse für Frauen einzurichten. 1890 gründete sie den „Allgemeinen Deutschen Lehrerinnen-Verein“, den sie 31 Jahre als erste Vorsitzende leitete. ⁷⁶⁾ Ein Jahr später, 1891, wurde eine Massenpetition um Zulassung von Frauen zum ärztlichen Studium eingereicht und erneut 1892 - immer ohne Erfolg.

Aber ab 1892 wurden endlich Mädchen in Preußen (bald im ganzen Deutschen Reich) wenigstens zur Reifeprüfung an öffentlichen Jungen-Gymnasien zugelassen und eine Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens durchgeführt, weswegen es Helene Lange ein Jahr später (1893) gelang, ihre Realkurse in Gymnasialkurse mit dem Ziel der Reifeprüfung umzuwandeln. Eine Studienmöglichkeit gab es für Frauen in Deutschland jedoch in jener Zeit immer noch nicht.

1893 wurde wiederum eine Petition mit 60.000 Unterschriften zum Frauenstudium abgelehnt, nicht anders geschah dies 1894 (und das war nun schon die vierte Petition in dieser Sache). - Die bürgerliche Frauenbewegung im vorigen Jahrhundert legte also eindeutig den größten Wert auf die Verbesserung der Mädchen- und Frauenbildung, um fähig zu werden, über neue Pflichten neue Rechte zu gewinnen.

Vorsichtiger - vermutlich aus strategischen Überlegungen ⁷⁷⁾ - wurde das Thema der politischen Gleichberechtigung behandelt. Das Frauenstimmrecht wurde von den meisten Frauen als Fernziel, als „Krönung“, betrachtet. Die Forderung danach wurde im vorigen Jahrhundert weder von allen Frauenvereinen gemeinsam klar formuliert noch in den eigenen Reihen diskutiert und vertreten. ⁷⁸⁾ Nur die 1895 gegründete Berliner Frauenrechtsbewegung nahm sich dieser Forderung radikal an. ⁷⁹⁾

Am 29. März 1894 schlossen sich viele der bestehenden Frauenverbände zum „Bund Deutscher Frauenvereine“ (BDF) zusammen. Die Idee einer umfassenden Dachorganisation aller Frauenbestrebungen war aus dem Ausland, den USA, gekommen. 1888 war der „International Council of Women“ (ICW) gegründet worden, dem sich der BDF anschloß. ⁸⁰⁾ Dem Aufruf nach Zusammenschluß folgten im Laufe der Zeit zahlreiche Verbände. Zur ersten Vorsitzenden wählte man die Leiterin des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins, Auguste Schmidt. Der Dachverband hatte sich das folgende Ziel gesetzt: „Der Bund Deutscher Frauenvereine vereinigt die deutschen Frauen

jeder Partei und Weltanschauung, um ihre nationale Zusammengehörigkeit zum Ausdruck zu bringen und die allen gemeinsame Idee von der Kulturaufgabe der Frau zu verwirklichen. Wir erfassen die Kulturaufgabe der Frau aus dem Grundsatz der freien Persönlichkeit, die sich in selbständig gewählter Verantwortung an die Gemeinschaft gebunden fühlt, aus diesem Bewußtsein heraus ihre Kraft entwickelt und in selbstloser Hingabe für das Ganze einsetzt. Diesem Grundsatz getreu wollen wir an Form und Inhalt des Gemeinschaftslebens arbeiten." ⁸¹⁾ Dieses Programm entsprach noch ganz der Tradition der ersten Frauenvereinsgründerinnen. Auch war der Rahmen so weit gefaßt, daß die verschiedensten Vereine Aufnahme finden konnten und fanden.

Da sich der BDF mehr und mehr der umfassenden Zielsetzung der Frauenbewegung insgesamt widmete, spezialisierte sich der (ältere) Allgemeine Deutsche Frauenverein später als „Verband für Frauenrechte und Frauenarbeit in der Gemeinde“. Der kommunalen Arbeit sollten sich nach Henriette Goldschmidt vor allem auch die Frauen annehmen. „Wir haben Stadtväter,“ - pflegte sie zu sagen - „aber wo bleiben die Mütter?“ Als Deutscher Staatsbürgerinnenverband wird er bis zum heutigen Tag fortgeführt. ⁸²⁾

Mit der Gründung dieses Dachverbandes begann - schon rein äußerlich - ein neuer Abschnitt in der Frauenbewegung. Der Zusammenschluß der in bezug auf Zielsetzungen und Strategien sehr heterogenen Vereinigungen löste zunächst Richtungskämpfe innerhalb des neugegründeten Vereins aus. So z.B. wurde lange und heftig darüber diskutiert, ob die sozialistischen Arbeiterinnenvereine aufgenommen werden sollten. Die Mitglieder sprachen sich schließlich gegen eine Aufnahme mit dem Hinweis auf das seit 1850 geltende Vereinsgesetz aus, das besagte: „an Vereinen, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, dürfen keine Frauenpersonen teilnehmen.“ ⁸³⁾ Auguste Schmidt gab hierzu folgende Erklärung ab: „Da das Vereinsgesetz einen Zusammenschluß politischer Vereine verbietet, so ist auch ein Anschluß sozialdemokratischer Vereine an den Bund unmöglich. Vereine von Arbeiterinnen, die ihre Fortbildung und die Verbesserung ihrer Lage zum Zweck haben, sind selbstverständlich ebenso willkommen wie Vereine aus anderen Kreisen mit dem gleichen Zweck.“ ⁸⁴⁾ Weitere bei der Gründung des Dachverbandes umstrittene Fragen bezogen sich auf alternative Lebensstile für Frauen, Probleme der Einstellung zu Ehe und Mutterschaft, der Prostitution, des Mutterschutzes und vor allem des Frauenstimmrechtes. Doch bald verloren die radikalen Strömungen an Gewicht und die konservativen konnten sich durchsetzen. Gerade durch die Heterogenität seiner Mitglieder büßte nämlich der BDF an Veränderungskraft ein.

Hierauf wird später ausführlicher eingegangen werden. Zuvor aber ist über die Entstehung, Zielsetzung und Veränderung der proletarischen Frauenbewegung zu berichten, weil deren Wurzeln ebenfalls in das vorige Jahrhundert zurückreichen.

1.4 Die proletarische Frauenbewegung

Zu Anfang der Frauenbewegung, vor allem auch bei Louise Otto-Peters, war die Forderung nach der Veränderung der sozialen Lage der Arbeiterinnen nie ausgeschlossen worden. ⁸⁵⁾ Ernst Bloch nannte sie deshalb eine „deutsche Pionierin aus dem Vormärz, eine rote Demokratin.“ ⁸⁶⁾ Gertrud Guillaume-Schack hat seinerzeit in Berlin den „Verein zur Wahrung der Interessen der Arbeiterinnen“ gegründet (vgl. 5.22), und auch andere Aktivitäten hatten sich bewußt ausschließlich auf die soziale Lage der Arbeiterinnen bezogen. Dennoch wird die Gründung der proletarischen Frauenbewegung fast allein mit dem Namen Clara Zetkin assoziiert. ⁸⁷⁾ Sie schreibt selbst über das geschichtliche Verhältnis von bürgerlicher und proletarischer Frauenbewegung in ihrem Buch „Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung in Deutschland“: „Das Beste, was die bürgerliche Frauenbewegung an Vorarbeit für die proletarische Frauenbewegung geleistet hat, ist die Betonung der Bedeutung, die der Berufsarbeit für die Gleichberechtigung der Frau und dem Manne zukommt, ist die damit begründete Forderung politischer Rechte, ist der Kampf gegen altersgraue Vorurteile von der Minderwertigkeit des Weibes.... Unbestritten, daß die bürgerliche Frauenbewegung in der Frühzeit ihrer Entwicklung den Boden gelockert hat, auf dem auch die proletarische Frauenbewegung säte, unbestritten ebenso, daß sie manche schlummernden Kräfte - zumal im Kleinbürgertum - geweckt und ermutigt hat, die später in der Sozialdemokratie erfolgreich wirkten. Allein trotzdem: die proletarische Frauenbewegung steht ihr weder organisatorisch noch ideologisch in der Rolle des Kindes gegenüber, das sich der Mutter undankbar entfremdet hat.“ ⁸⁸⁾ An anderer Stelle betont sie: „Die klassenbewußte proletarische

Frauenbewegung Deutschlands" ist „keineswegs ein wildwuchernder Absenkling der bürgerlichen Frauenbewegung, wie manche glauben." ⁸⁹⁾

In der Tat unterscheiden sich die bürgerliche und die proletarische Frauenbewegung in ihrer Konzeption grundsätzlich voneinander ⁹⁰⁾: Volle Frauenemanzipation durch Reform der bürgerlichen Gesellschaft oder durch Revolution - das ist die Frage, die die beiden Bewegungen grundsätzlich und faktisch voneinander trennte. Die bürgerliche Frauenbewegung war von Anfang an in dem Sinne „feministisch" orientiert, da sie Anliegen und Forderungen der Frauen durch Frauen innerhalb der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erkämpfen wollte und damit auf eine selbständige, organisatorische Einheit Wert legte. Die proletarische Frauenbewegung dagegen war - gemäß ihrer Zielsetzung - organisatorisch eingebettet in die sozialistische Arbeiterbewegung ⁹¹⁾. Sie hatte der Arbeiterin das Bewußtsein ihrer Klassenlage zu vermitteln und hier galt, daß das Schicksal der Frauen ebenso wie das der Männer gebunden sei an den sozioökonomischen Prozeß und die Befreiung nur möglich sei durch die Aufhebung der derzeitigen Gesellschaftsform. Insofern fand die proletarische Frauenbewegung in ihren eigenen Reihen, selbst bei einigen Sozialistinnen, wie bei Rosa Luxemburg, keine sehr starke Unterstützung. Denn „Frauenbewegung war für sie keine Qualität an sich. Es ging für sie um große historische Auseinandersetzungen, innerhalb derer die Frauenfrage lediglich ein Aspekt unter vielen anderen, mindestens gleichrangigen, war und die gelöst sein würden, wenn statt der Klassengesellschaft die klassenlose Gesellschaft entstanden sein würde." ⁹²⁾

Damit wird deutlich, daß die ersten Trägerinnen der proletarischen Frauenbewegung (Clara Zetkin, Emma Ihrer u.a.) zuweilen an drei „Fronten" zu kämpfen hatten: 1. Für die Durchsetzung der Forderung der Arbeiterbewegung allgemein, 2. für die Durchsetzung der Belange und Forderungen der Frauen innerhalb der Arbeiterbewegung, 3. für die Mitbeteiligung an den innerparteilichen Auseinandersetzungen. Durch diesen dreifachen Kampf ist die Geschichte der proletarischen Frauenbewegung geprägt.

Die organisierte proletarische Frauenbewegung setzte in einer Zeit ein, als „der Kampf um Arbeit" durch den massenhaften Eintritt der Arbeiterinnen in die Industrie mit ihrem Sieg geendet hatte, dies also ganz im Gegensatz zur bürgerlichen Frauenbewegung, deren Ausgangspunkt gerade dieser „Kampf um Arbeit" war. ⁹³⁾

Auf Kosten der höher zu bezahlenden männlichen Arbeitskräfte war die Zahl der Fabrikarbeiterinnen angestiegen. Dieser Tatbestand wiederum zwang verheiratete Frauen mit Kindern, an Stelle ihrer arbeitslosen Männer selbst für die Existenzsicherung ihrer Familie zu sorgen. Hier konnte der Gedanke des „Rechts auf Arbeit", wie es die bürgerliche Frauenbewegung in jener Zeit forderte, nicht aufkommen, hier galt für viele Frauen der unfreiwillige Zwang zur Arbeit unter sehr harten Arbeitsbedingungen. Innerhalb der Arbeiterorganisation herrschten in jener Zeit unterschiedliche Einstellungen zur weiblichen Erwerbsarbeit. Ein Teil der Arbeiter und auch ihrer Sprecher forderten die Abschaffung der Fabrikarbeit für Frauen in der Hoffnung, durch ein geringeres Arbeitskräfteangebot die eigenen Löhne aufbessern zu können. ⁹⁴⁾ Dieser „proletarische Antifeminismus" ⁹⁵⁾ rechtfertigte seine Forderung mit einer weiteren, der Forderung nach dem Recht auf eine bürgerliche Familienform: „Schafft Zustände, worin jeder herangereifte Mann ein Weib nehmen, eine durch Arbeit gesicherte Familie gründen kann.... Den Frauen und Müttern gehören die Haus- und Familienarbeiten, die Pflege, Überwachung und erste Erziehung der Kinder, wozu allerdings eine angemessene Erziehung der Frauen und Mütter vorausgesetzt werden muß. Die Frau und Mutter soll neben der ernsten öffentlichen und Familienpflicht des Mannes und Vaters die Gemütlichkeit und Poesie des häuslichen Lebens vertreten, Anmuth und Schönheit in die gesellschaftlichen Umgangsformen bringen und den Lebensgenuß der Menschheit veredelnd erhöhen." ⁹⁶⁾ Oder: „Der Platz der Frauen ist am häuslichen Herd, inmitten ihrer Kinder, über die sie wachen und ihnen die ersten Grundsätze einhauchen müssen. Ihr Beruf ist groß, wenn wir ihnen den Platz anweisen, der ihnen gebührt, wenn wir sie den verderblichen Einflüssen entheben, so werden sie eine Stütze der Freiheit und Demokratie sein." ⁹⁷⁾ Gisela Losseff-Tillmanns weist zu Recht darauf hin, daß diese Haltung nur aus der sozialpsychologischen Situation der Arbeiterschaft zu verstehen ist: „Die Frauen im Produktionsprozeß, in der Mehrzahl als ungelernete Arbeiterinnen und von der Gesellschaft schon in einer dem Manne untergeordneten Position eingestuft, sind besonders geeignet, der Befriedigung des Bedürfnisses nach Herrschaft zu dienen. Die Herrschaft des Arbeiters gegenüber der Arbeiterin gründet sich im Betrieb auf die bessere Ausbildung, die bessere Entlohnung, die größere Körperkraft und in der Familie auf die Tatsache, der einzige kontinuierliche Verdienner zu sein. Anerkennung der Frauenarbeit nicht nur als gesellschaftliches Übel, sondern als gesellschaftlicher Fortschritt, hätte gleiche Ausbildung, gleiche Bezahlung, gleichen Berufserfolg und

damit Gefährdung der männlichen Herrschaftsposition bedeutet." ⁹⁸⁾ Die Argumente gegen die Erwerbstätigkeit der Frauen wurden von vielen Mitgliedern der Arbeiterorganisation nicht ohne Widerspruch hingenommen. So ist 1868 im „Vorboten“ zu lesen: „Mangel an Erziehung, Überladung der Arbeit, zu geringe Belohnung und schlechte Bedingungen der Gesundheit in den Manufakturen sind jetzt für die Frauen, welche darin arbeiten, die Ursache physischer und moralischer Verkommenheit; diese Ursachen können vernichtet werden. Durch eine bessere Organisation der Arbeit, das heißt durch Kooperation. Man muß trachten, die Arbeit, welche die Frau zu ihrer Lebensfristung nötig hat, ihrer Kraft angemessener zu machen, aber sie ihr nicht wegnehmen.“ ⁹⁹⁾ Ebenso trat Clara Zetkin solchen Auffassungen entschieden entgegen mit dem Argument, „daß die Berufsarbeit der Frau die breite tragende Grundlage für die soziale Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts bildet, weil ohne wirtschaftliche Unabhängigkeit des Weibes vom Manne, von der Familie, die Emanzipation unmöglich wird.“ ¹⁰⁰⁾ Nicht die industrielle Frauenarbeit selbst sei also abzuschaffen, sondern die Form, in der sie ausgeführt werde. ¹⁰¹⁾

Noch auf dem „allgemeinen deutschen sozial-demokratischen Arbeiterkongreß“ 1869 in Eisenach wurde ein Antrag von den Lassalleanern, der die Abschaffung der Frauenarbeit zum Programmpunkt erheben wollte, von den Marxisten mit der Begründung abgelehnt, daß dadurch die notleidenden, auf Erwerb angewiesenen Frauen nur zur Prostitution getrieben würden. Die weibliche Konkurrenz könnte nur durch die gemeinsame Organisation mit den Männern abgeschafft werden. ¹⁰²⁾

In jener Zeit (Ende der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts) versuchten nunmehr einige Arbeiterorganisationen, die Arbeiterin in ihre Organisation einzugliedern. ¹⁰³⁾ Insbesondere in Sachsen und in der 1869 in Crimmitschau/Niedererzgebirge gegründeten „Internationalen Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter“ sowie später in Berlin wurden Frauen Mitglieder in örtlichen Arbeiterorganisationen. ¹⁰⁴⁾ Daß insbesondere Frauen des Textilgewerbes ein politisches Potential bildeten, lag an den bedrückenden Arbeits- und Existenzbedingungen in diesem sich in einer Krise befindenden Wirtschaftszweig und an dem hohen Anteil weiblicher Arbeitskräfte. Schon 1870 waren von den ca. 6.000 Mitgliedern etwa 1.000 Frauen, vor allem Textilarbeiterinnen aus Sachsen. ¹⁰⁵⁾ Dennoch blieben die Organisationsformen örtlich recht unterschiedlich. Werner Thönnessen schreibt: „Es gab im Laufe der Zeit sowohl reine Frauengewerkschaften, als auch gemischte Organisationen von Männern und Frauen und schließlich Frauenvereinigungen, die den Männergewerkschaften kooperativ angeschlossen waren. Die Kampagne, welche von den sozialistischen Frauen gegen die bürgerliche Frauenbewegung wegen ihres Klassencharakters und ihrer Gefühlsphilanthropie geführt wurde, zwang dazu, auch von dem Prinzip der reinen Frauengewerkschaft abzurücken, weil dort die 'Frau' statt der Proletarierin zu Wort käme. Das 'Frauliche' oder 'Weibliche', das dort kultiviert wurde, verhöhnten die Sozialisten als bürgerliche Ideologie, woran gewiß die Furcht vor der Konkurrenz bürgerlicher Frauenorganisationen nicht unbeteiligt war. Gerade als die Arbeiterbewegung anfang, das Prinzip der gemeinsamen Organisation von Frauen und Männern zu verwirklichen und die Frauen sich in größerem Umfang den Gewerkschaften anzuschließen begannen, erzwangen die Vereinsgesetze wieder die organisatorische Trennung.“ ¹⁰⁶⁾ Die Trennung zwischen männlichen und weiblichen Arbeitskräften wurde jedoch nicht nur aus der rechtlichen Situation heraus erklärt, sondern auch aus dem Gedanken der Frauenbewegung. „Wollten sie (die Genossinnen) den Sozialismus unter die Masse der proletarischen Frauen tragen, so mußten sie deren politische Rückständigkeit, ihre seelische Eigenart, ihre zweifache Pflichtenbürde im Hause und in der Fabrik, kurz alle Sonderheiten ihres Daseins, Wirkens, Empfindens und Denkens berücksichtigen. Demgemäß mußten sie bei ihrer Arbeit zum Teil andere Mittel und Wege einschlagen, andere Methoden anwenden, andere Anknüpfungspunkte suchen wie die Genossen bei ihrer Aufklärungs- und Organisationsarbeit unter dem männlichen Proletariat.“ ¹⁰⁷⁾ Dennoch fehlte der proletarischen Frauenbewegung von Anfang an ein festes organisatorisches Gefüge. ¹⁰⁸⁾

In den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts bahnte sich innerhalb der Arbeiterorganisation langsam eine Änderung in der Haltung zur Frauenfrage an. Anteil an dieser Entwicklung hatte das 1878 erschienene Buch „Die Frau und der Sozialismus“ von August Bebel ¹⁰⁹⁾, das großen Einfluß auf das Bewußtsein der Frauen selbst und auf die Beurteilung ihrer Stellung in der Gesellschaft auch über die proletarische Frauenbewegung und die Arbeiterorganisation hinaus ausübte. Zum ersten Mal wurden nunmehr Forderungen für die Frauen von der Gesamtheit der Arbeiterorganisationen aufgestellt, so z.B. die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit, nach einem Arbeiterinnenschutz (1877 Forderung an den Reichstag, erst 1891 faktische Einführung eines Arbeiterinnenschutzes), nach dem Wahlrecht (1895), gleichen Bildungschancen, privatrechtlicher Gleichstellung, nach Mutterschutz und Beseitigung der Gesindeordnung zur Befreiung der Dienstboten (1891, später nochmals 1916). ¹¹⁰⁾

Clara Zetkin setzte sich ferner für eine Lösung des Problems der Berufstätigkeit der Frau und ihrer Familienverpflichtungen ein, indem sie wie Bebel forderte, daß die Familie als „wirtschaftliche Einheit“ verschwinden und zur „sittlichen Einheit“ werden sollte.¹¹¹⁾

Seit 1890 erschien eine eigene Frauenzeitschrift, zuerst „Die Arbeiterin“, geleitet von Emma Ihrer, seit 1891 „Die Gleichheit“, herausgegeben von Clara Zetkin.¹¹²⁾ Der Parteitag 1892 in Berlin griff erneut die Frage der Organisationsmöglichkeiten der Frauen und ihre Einbeziehung in die Partei auf. Nun wurde eine Form der Organisation geschaffen, die man bis zur Aufhebung des Vereinsgesetzes 1908 beibehielt. Das System der Vertrauensmänner wurde auf die Frauen übertragen. Aufgabe der Vertrauenspersonen war jetzt die Wahrung der Frauenrechte den Genossen gegenüber und die Agitation unter den noch indifferenten Frauen.¹¹³⁾

Die gemeinsame Agitation der proletarischen und der bürgerlichen Frauenbewegung gegen die benachteiligenden Bestimmungen für Frauen im Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuches blieb erfolglos.¹¹⁴⁾ Im übrigen wurde sowohl von sozialistischer als auch von bürgerlicher Seite die Trennung beider Richtungen betont, so z.B. von Clara Zetkin in ihrem Referat auf dem Gothaer Parteitag von 1896, das sie in Anlehnung an ihre Schrift von 1889 „Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart“ hielt und das nach Werner Thönnessen die sozialistische Theorie der Frauenemanzipation vollendete)¹¹⁵⁾ Als wichtigstes Unterscheidungsmerkmal hob sie hervor, „daß die bürgerliche Frauenbewegung einen Kampf gegen die Männer der eigenen Klasse führe, während die Proletarierinnen im Verein mit den Männern ihrer Klasse für die Abschüttelung der Kapitalherrschaft kämpften.“¹¹⁶⁾

Nicht alle prominenten Vertreterinnen der proletarischen Frauenbewegung unterstützten ihre bewußte Trennung von der bürgerlichen Seite, so z.B. Lily Braun. Zwischen ihr und Clara Zetkin war es schon zuvor zu harten Auseinandersetzungen auch in anderen Fragen und zu Macht- und Führungskämpfen gekommen, und dies führte letztlich zum Ausschluß von Lily Braun aus der proletarischen Frauenbewegung.¹¹⁷⁾

-
- 1) L. Otto-Peters; in: Weibliche Führungskunst - Frauenkarrieren in der Geschichte -, hrsg. v. M. R. Siegel, Frankfurt/Main 1993, S. 189ff.
 - 2) G. Bäumer: Gestalt und Wandel - Frauenbildnisse, Berlin 1950, S. 332. - vgl. auch C. Koepcke: Louise Otto-Peters - Die rote Demokratin, Freiburg 1981.
 - 3) L. Otto-Peters: Die Teilnahme der Frauen an den Interessen des Staates; in: Vorwärts, Leipzig 1847, S. 51; neu abgedruckt in: M. Twellmann: Die deutsche Frauenbewegung - Ihre Anfänge und erste Entwicklung - Quellen: 1843 - 1889, Meisenheim 1972, S. 14 (im folgenden in Unterscheidung zur Monographie von M. Twellmann, vgl. Anmerkung 8), kurz „Quellenband“ genannt).
 - 4) U. Gerhard: Über die Anfänge der deutschen Frauenbewegung um 1848. Frauenpresse, Frauenpolitik, Frauenvereine; in: Frauen suchen ihre Geschichte, hrsg. v. K. Hausen, München 1983, S. 196.
 - 5) Es gab zwar zuvor auch bereits andere, periodisch erscheinende Publikationen, die für Frauen bestimmt waren, aber es handelte sich hierbei um sog. Journale (vgl. C. Koepcke, a.a.O., 1981, S. 431. - H. Brandes: Der Wandel des Frauenbildes in den deutschen Moralischen Wochenschriften - Vom aufgeklärten Frauenzimmer zur schönen Weiblichkeit; in: Zwischen Aufklärung und Restauration, hrsg. v. W. Frühwald und A. Markino, Tübingen 1989, S. 49ff.
 - 6) L. Otto-Peters: Frauen-Zeitung/Programm vom 21.4.1849; abgedruckt in: M. Twellmann, a.a.O., 1972 (Quellenband), S. 34f. und in: R. Möhrmann: Frauenemanzipation im deutschen Vormärz - Texte und Dokumente, Stuttgart 1978, S. 203. Bereits nach drei Jahren, nämlich 1852, mußte die Zeitschrift wieder eingestellt werden, da nach einem neuen Gesetz die Schriftleitung nur ein Mann inne haben durfte.
 - 7) D. Frandsen: Helene Lange, Hannover 1974, S. 23. - H. Schenck: Die feministische Herausforderung, München 1980, S. 25.
 - 8) M. Twellmann: Die deutsche Frauenbewegung - Ihre Anfänge und erste Entwicklung, 1843 - 1889, Meisenheim 1972, S. 21.
 - 9) L. Otto-Peters: „Das Ewig-Weibliche“; in: Frauen-Zeitung, Nr. 45 vom 23. November 1851, S. 321ff.; abgedruckt in: M. Twellmann, a.a.O., 1972 (Quellenband), S. 36. - Ähnlich argumentiert L. Dittmar: Wider das verkochte und verbügelte Leben der Frauen (1849), abgedruckt in: R. Möhrmann, a.a.O., 1978, S. 55ff.
 - 10) A. von Zahn-Harnack: Die Frauenbewegung - Geschichte, Probleme, Ziele, Berlin 1928, S. 11.
 - 11) L. Otto-Peters: Das Vierteljahrhundert des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins, Leipzig 1890, S. 3. 12
 - 12) I. Weber-Kellermann: Die deutsche Familie, Frankfurt 1974, S. 118ff.
 - 13) J. Zinnecker: Sozialgeschichte der Mädchenbildung, Weinheim 1973, S. 57ff. - G. Tornieporth: Studien zur Frauenbildung, Weinheim 1977, S. 47ff.
 - 14) H. Schenk, a.a.O., 1980, S. 19.
 - 15) R. Nave-Herz: Die Rolle des Lehrers, Neuwied 1977, S. 9ff.
 - 16) L. Braun: Die Frauenfrage (Nachdruck der Ausgabe von 1901), Berlin 1979, S. 117f.
 - 17) M. Twellmann, a.a.O., 1972 (Quellenband), S. 27. - Ebenso U. Gerhard, a.a.O., 1983, S. 209.

- 18) vgl. R. Nave-Herz: Soziologische Aspekte der Frühehe; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1967, H. 3, S. 48ff. - R. Möhrmann, a.a.O., 1978, S. 10ff.
- 19) G. Bäumer, a.a.O., 1901, S. 39ff.
- 20) H. Schenk, a.a.O., 1980, S. 18.
- 21) G. Bäumer, a.a.O., 1901, S. 50.
- 22) U. Gerhard: Unerhört - die Geschichte der Deutschen Frauenbewegung, Hamburg 1995a, S. 81.
- 23) U. Gerhard, a.a.O., 1995a, S. 76.
- 24) L. Braun, a.a.O., 1979, S. 119.
- 25) zit. in H.-U. Bussemer: Frauenemanzipation und Bildungsbürgertum - Sozialgeschichte der Frauenbewegung in der Reichsgründungszeit, Weinheim 1985, S. 134.
- 26) vgl. hierzu u.a. die verschiedensten Kurzbiographien in dem Buch von U. Gerhard, a.a.O., 1995a und von M. R. Siegel, a.a.O., 1993. - Ferner: H. Lange: Lebenserinnerungen, Berlin 1921. - Hermine Häusler-Edenhuizen: Die Lebenserinnerungen im Kampf um den ärztlichen Beruf der Frau, Opladen 1996 (Hermine Edenhuizen war die erste deutsche Frauenärztin).
- 27) F. Lewald-Stahr: Für und Wider die deutschen Frauen, Berlin 1896.
- 28) zit. in G. Bäumer, a.a.O., 1901, S. 69 und in M. Twellmann, a.a.O., 1972 (Quellenband), S. 176.
- 29) zit. bei G. Bäumer, a.a.O., 1901, S. 71.
- 30) G. Bäumer, a.a.O., 1901, S. 69. Besonders lesenswert und z.T. noch aktuell ist die geistreiche und ironische Antwort auf derartige Bücher von Hedwig Dohm: „Was die Pastoren von den Frauen denken“, Berlin 1872; abgedruckt in M. Twellmann, a.a.O., 1972 (Quellenband), S. 177ff. Ebenso bekannt waren und noch heute lesenswert sind ihre späteren Ausführungen, betitelt „Jesutismus im Hausstand“, Berlin 1873 und „Die wissenschaftliche Emanzipation der Frau“, Berlin 1874. Beide in Auszügen abgedruckt in: M. Twellmann, a.a.O., 1972 (Quellenband), S. 208ff. und 395ff.
- 31) vgl. hierzu U. Frevert: Frauen - Geschichte zwischen bürgerlicher Verbesserung und neuer Weiblichkeit, Frankfurt 1986, S. 77.
- 32) vgl. hierzu ausführlicher M. Schmidbauer: Bürgerlich-nationale antifeministische Argumentationsmuster im beginnenden 20. Jahrhundert; in: Ariadne - Almanach des Archivs der deutschen Frauenbewegung - 1989, H. 13, S. 4ff.
- 33) A. von Zahn-Harnack, a.a.O., 1928, S. 14.
- 34) Wiedergegeben von ihrer Tochter, Frau Professor Dr. Ilse Mayer-Kulenkampff, Oldenburg.
- 35) zit. in A. von Zahn-Harnack, a.a.O., 1928, S. 76.
- 36) G. Bäumer, a.a.O., 1901, S. 15.
- 37) A. von Zahn-Harnack, a.a.O., 1928, S. 22.
- 38) E. Meyer-Renschhausen: Radikal, weil sie konservativ sind?; in: Die ungeschriebene Geschichte - Historische Frauenforschung, hrsg. v. Wiener Historikerinnen, Himgberg bei Wien 1985, S. 21f.
- 39) vgl. M. Twellmann, a.a.O., 1972 (Quellenband), S. 157.
- 40) zit. in G. Bäumer, a.a.O., 1901, S. 50.
- 41) Statuten des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins, angenommen am 17.10.1865 auf der Frauenkonferenz in Leipzig; abgedruckt in: M. Twellmann, a.a.O., 1972 (Quellenband), S. 136f.
- 42) D. Frandsen: Frauenfrage der Gegenwart (Referat) hektographiert, 1975, S. 4. - G. Bäumer, a.a.O., 1901, S. 53.
- 43) M. Twellmann, a.a.O., 1972, S. 147.
- 44) Die Unkenntnis der Belange von Arbeiterinnen und die Unfähigkeit, ihnen aktiv, nicht nur karitativ zu helfen, blieb im übrigen immer symptomatisch für die bürgerliche Frauenbewegung, wenn sie auch zuweilen ihr Interesse für die Arbeiterinnen öffentlich bekundete. Doch die Mehrzahl der bürgerlichen Frauen wußten und verstanden nichts von wirtschaftlichen, rechtlichen und arbeitsrechtlichen Problemen der Arbeiterinnen. Allein Louise Otto-Peters setzte sich immer wieder mit den Problemen der Frauen-Fabrikarbeit und der Arbeiterinnenfrage auseinander (vgl. M. Twellmann, a.a.O., 1972 (Quellenband), S. 147, 157. - G. Bäumer, a.a.O., 1901, S. 37ff.); ebenso Lina Morgenstern, die in Berlin einen nur kurze Zeit existierenden „Verein zur Fortbildung und geistigen Anregung der Arbeiterfrauen“ geleitet hatte (M. Twellmann, a.a.O., 1972 (Quellenband), S. 156).
- 45) vgl. hierzu ausführlicher H.-U. Bussemer, a.a.O., 1985, S. 141ff. - D. Beavan und B. Faber: „Wir wollen unseren Teil fordern ...“ - Frauenbewegung im deutschen Kaiserreich, Köln 1987, S. 46ff.
- 46) H.-U. Bussemer, a.a.O., 1985, S. 101ff.
- 47) zit. in G. Bäumer, a.a.O., 1901, S. 46.
- 48) vgl. hierzu: A. von Zahn-Harnack, a.a.O., 1928, S. 170.
- 49) M. Twellmann, a.a.O., 1972 (Quellenband), S. 55.
- 50) G. Bäumer, a.a.O., 1901, S. 47. - H.-U. Bussemer, a.a.O., 1985, S. 108f.
- 51) M. Twellmann, a.a.O., 1972 (Quellenband), S. 111ff. - D. Frandsen, a.a.O., 1975, S. 25.
- 52) E. Boedeker: Marksteine der deutschen Frauenbewegung, Hannover 1969, S. 1.
- 53) M. Twellmann, a.a.O., 1972 (Quellenband), S. 123ff. - H. Schenk, a.a.O., 1980, S. 27.
- 54) M. Twellmann, a.a.O., 1972 (Quellenband), S. 62. - H. Schröder (Hrsg.): Die Frau ist frei geboren - Texte zur Frauenemanzipation -, Bd. 2: 1870 - 1918, München 1981, S. 253ff.
- 55) B. Clemens: „Menschenrechte haben kein Geschlecht!“ - Zum Politikverständnis der bürgerlichen Frauenbewegung, Pfaffenweiler 1988, S. 1.
- 56) Der Lette-Verein wurde nunmehr von einer Frau geleitet, von der Tochter des Gründers, Frau Scheppler-Lette.
- 57) M. Twellmann, a.a.O., 1972 (Quellenband), S. 195.
- 58) U. Gerhard, a.a.O., 1995a. - vgl. auch U. Gerhard: Frauenbewegung und Ehekritik - Der Beitrag der Frauenbewegung zu sozialem Wandel; in: Familie im Brennpunkt von Wissenschaft und Forschung, hrsg. v. B. Nauck und C. Onnen-Isemann, Neuwied 1995b, S. 59ff.
- 59) M. Twellmann, a.a.O., 1972 (Quellenband), S. 129, 159, 199ff.
- 60) A. Augspurg: Ein typischer Fall der Gegenwart; in: Die Frauenbewegung 1905, S. 81.
- 61) Planck; zit. bei U. Gerhard, a.a.O., 1995a, S. 64.
- 62) G. Bäumer, a.a.O., 1901, S. 126.
- 63) G. Losseff-Tillmanns: Frauenemanzipation und Gewerkschaften, Wuppertal 1978, S. 74.
- 64) G. Bäumer, a.a.O., 1901, S. 75. - M. Twellmann, a.a.O., 1972 (Quellenband), S. 171.
- 65) C. Koepcke, a.a.O., 1981, S. 48.

- 66) F. S. Bock: Lehrbuch der Erziehungskunst, Leipzig 1780; zit. bei G. Bäumer, a.a.O., 1901, S. 15.
- 67) H. Lange: Die gelbe Broschüre; in: Frauenbewegung und Frauenbildung, hrsg. v. E. Dauzenroth, Bad Heilbrunn 1964, S. 33ff. - vgl. auch: D. Frandsen, a.a.O., 1974.
- 68) H. Fleßner: Helene Lange - Die Zukunft ist uns noch alles schuldig; in: FrauenStärken - ändern Schule, hrsg. v. A. Kaiser, Bielefeld 1996, S. 47.
- 69) zit. in A. von Zahn-Harnack, a.a.O., 1928, S. 30. - Eine kritische Auseinandersetzung mit der pädagogischen Zielsetzung Helene Langes bietet die Dissertation von K. Steffens: Leitbilder der Pädagogik der Helene Lange, Köln 1980, S. 182ff.
- 70) E. Hoffmann: Henriette Schrader-Breyman, 2. Aufl., Weinheim 1962, S. 11.
- 71) vgl. hierzu ausführlicher R. Nave-Herz: Das Dilemma der Frau - Der Anachronismus in den Rollenerwartungen, 2. Aufl., Neuwied 1975.
- 72) H.-U. Bussemer: Bürgerliche Frauenbewegung und männliches Bürgertum 1860-1880; in: Bürgerinnen und Bürger, hrsg. v. U. Frevert: Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 77, Göttingen 1988a, S. 200. - In den letzten Jahren wurde das strategische Vorgehen der Vertreterinnen der Ersten Frauenbewegung sehr unterschiedlich bewertet; vgl. hierzu I. Stoehr: „Organisierte Mütterlichkeit“ - Zur Politik der deutschen Frauenbewegung um 1800; in: Frauen suchen ihre Geschichte, hrsg. v. K. Hausen, München 1983, S. 221ff. - U. Gerhard, a.a.O., 1995a. - H. Fleßner, a.a.O., 1996.
- 73) B. Clemens, a.a.O., 1988, S. 3.
- 74) L. Braun, a.a.O., 1979 (Nachdruck der Ausgabe von 1901), S. 145.
- 75) M. Twellmann, a.a.O., 1972 (Quellenband), S. 93.
- 76) D. Frandsen: Helene Langes Wirken; in: Informationen für die Frau 1980, S. 17.
- 77) G. Bäumer, a.a.O., 1901, S. 148.
- 78) M. Twellmann, a.a.O., 1972 (Quellenband), S. 223.
- 79) B. W. Bouvier: Einleitung zu: L. Braun, a.a.O., 1979 (Nachdruck der Ausgabe von 1901), S. XIII.
- 80) D. Frandsen, a.a.O., 1974, S. 55. - vgl. ausführlich Ch. Klausmann, R. Schäfer, E. Schüller und U. Wischermann: Internationale Kongresse in der alten und neuen Frauenbewegung; in: Feministische Studien, 1994, S. 100ff.
- 81) A. von Zahn-Harnack, a.a.O., 1928, S. 21.
- 82) D. Frandsen, a.a.O., 1980, S. 17.
- 83) R. Möhrmann, a.a.O., 1978, S. 12.
- 84) A. von Zahn-Harnack, a.a.O., 1928, S. 278.
- 85) vgl. C. Koepcke, a.a.O., 1981.
- 86) zit. bei J. Menschik (Hrsg.): Grundagentexte zur Emanzipation der Frau, Köln 1976, S. 14.
- 87) Clara Zetkin, geb. Eisner, war übrigens Schülerin von Auguste Schmidt in deren Lehrerinnenseminar in Leipzig gewesen (vgl. C. Koepcke, a.a.O., 1981, S. 79).
- 88) C. Zetkin: Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands, Frankfurt 1971, S. 58.
- 89) C. Zetkin, a.a.O., 1971, S. 11.
- 90) vgl. hierzu auch D. Beavan und B. Faber, a.a.O., 1987.
- 91) I. Stoehr kritisiert deshalb die Bezeichnung proletarische, aber gleichzeitig auch der bürgerlichen Frauenbewegung: „Der Begriff 'bürgerlich' kann für Frauen und Frauenbewegung nur mit Vorsicht benutzt werden. Denn 'bürgerlich' waren Frauen nur als Töchter oder Ehefrauen von Bürgern. Als solche hatten sie z.B. keine Verfügungsgewalt über Eigentum. Und den vielen Unverheirateten ging es in materieller Hinsicht oft nicht 'besser' als Arbeiteröchtern, im Gegensatz zu diesen durften sie nicht einmal erwerbstätig sein. Der Begriff 'bürgerliche Frauenbewegung' suggeriert außerdem, daß es eine autonome Arbeiterinnenbewegung gegeben hätte. Die sog. proletarische Frauenbewegung war jedoch in Deutschland eine sozialdemokratische Frauenorganisation“ (a.a.O., 1983, S. 75). Hinzuzufügen ist jedoch, daß sich aber beide Bezeichnungen vor allem auf unterschiedliche ideologische Konzepte beziehen.
- 92) C. Koepcke, a.a.O., 1981, S. 54.
- 93) L. Braun, a.a.O., 1979 (Nachdruck der Ausgabe von 1901), S. 431.
- 94) C. Zetkin, a.a.O., 1971, S. 61. - W. Thönnessen: Die Frauenemanzipation in Politik und Literatur der deutschen Sozialdemokratie (1863-1933), Diss., Frankfurt 1958, S. 15.
- 95) W. Thönnessen, a.a.O., 1958, S. 26.
- 96) Der Vorbote, Genf 1868, S. 44; zit. bei W. Thönnessen, a.a.O., 1958, S. 19.
- 97) Der Vorbote, a.a.O., 1868, S. 149; zit. bei W. Thönnessen, a.a.O., 1958, S. 21.
- 98) G. Losseff-Tillmanns: Frauenemanzipation und Gewerkschaften (1800-1975), Diss., Bochum 1975, S. 81.
- 99) Der Vorbote, a.a.O., 1968, S. 152; zit. bei W. Thönnessen, a.a.O., 1958, S. 22.
- 100) C. Zetkin, a.a.O., 1971, S. 83.
- 101) C. Zetkin, a.a.O., 1971, S. 83.
- 102) G. Bölke: Die Wandlung der Frauenemanzipationstheorie von Marx bis zur Rätebewegung, 2. Aufl., Hamburg 1971, S. 17. - W. Thönnessen, a.a.O., 1958, S. 27.
- 103) C. Zetkin, a.a.O., 1971, S. 120.
- 104) C. Zetkin, a.a.O., 1971, S. 120. - 1. Uhlmann: Die Frau - Kleine Enzyklopädie, Leipzig 1967, S. 743.
- 105) M. Merfeld: Die Emanzipation der Frau in der sozialistischen Theorie und Praxis, Hamburg 1972, S. 75.
- 106) W. Thönnessen, a.a.O., 1958, S. 28.
- 107) O. Baader; zit. in: W. Thönnessen, a.a.O., 1958, S. 29.
- 108) C. Zetkin, a.a.O., 1971, S. 215.
- 109) 1909 kam die 50. Aufl. dieses Werkes heraus (U. Frevert, a.a.O., 1986, S. 136).
- 110) W. Thönnessen, a.a.O., 1958, S. 5. - 1. Uhlmann, a.a.O., 1967, S. 743.
- 111) C. Zetkin, a.a.O., 1971, S. 95ff.
- 112) L. Braun, a.a.O., 1979 (Nachdruck der Ausgabe von 1901), S. 452. - D. Beavan und B. Faber, a.a.O., 1987, S. 216.
- 113) G. Bölke, a.a.O., 1971, S. 23f.
- 114) M. Merfeld, a.a.O., 1972, S. 76
- 115) W. Thönnessen, a.a.O., 1958, S. 40.
- 116) W. Thönnessen, a.a.O., 1958, S. 49.
- 117) R. J. Evans: Sozialdemokratie und Frauenemanzipation im deutschen Kaiserreich, Bonn 1979, S. 128ff. - Lily Braun, geb. von Kretschmann (Tochter eines Generals), hatte das für sie standesgemäße Leben und entsprechende Heiratspläne ihres Vaters abgelehnt. Unterstützt wurde sie hierin von ihrer Großmutter. Schließlich heiratete sie in erster Ehe einen

gelähmten Universitätsprofessor, Georg von Gizycke. Zwei Jahre später starb dieser. In zweiter Ehe war sie mit dem SPD-Politiker Heinrich Braun verheiratet, womit sie nun den völligen Bruch mit ihrer Familie heraufbeschwor.

2. Die Frauenbewegung von 1894 bis 1933

Praktische erste Erfolge hatte die Frauenbewegung im vorigen Jahrhundert de facto nur auf dem Bildungs- und Berufssektor zu verzeichnen, aber auch hier erreichte sie vieles - vornehmlich das Universitätsstudium - nicht. 1896 bestanden zwar die ersten sechs Abiturientinnen in Berlin als Externe die Reifeprüfung, ein anschließendes Studium mit Abschlußexamen war jedoch nur im Ausland möglich. Voraussetzung für den Schulerfolg der ersten Abiturientinnen in Deutschland waren sehr engagierte Lehrer, die den Unterricht nebenamtlich am Nachmittag erteilten, ferner die geringe Schülerinnenzahl pro Klasse und die hohe Eigeninitiative der jungen Frauen, gekoppelt mit sehr viel Selbststudium. Ferner stand jede dieser ersten Schülerinnen bzw. Abiturientinnen auf dem Prüfstand für ihr ganzes Geschlecht und mußte zudem festzementierte Vorurteile widerlegen.¹⁾

Ab 1895/96 nahmen die Universitäten Göttingen und Berlin Frauen als Gasthörerinnen auf, deren Zulassung jedoch von der Erlaubnis des jeweiligen Dozenten und der Genehmigung des Unterrichtsministers abhängig war.²⁾ Besonders anhaltend und groß war der Widerstand gegen ein Frauenstudium von seiten der medizinischen Fakultät. Die Professoren sorgten sich nämlich „um Sitte und Anstand der Männer und das Schamgefühl der Frauen, wenn sie in Hör- und Sezierräumen zusammenkämen“, und sie fürchteten - nach Ute Gerhard - sich vor weiblicher Konkurrenz.³⁾ Einen Überblick über die Argumente seitens der Professoren der Theologie gegen ein Studium von Frauen gibt Ilse Meseberg-Haubold in anschaulicher Weise wieder.⁴⁾

Erst mit der Jahrhundertwende erhielten die Frauen endlich das lang erkämpfte Immatrikulationsrecht, zunächst in Baden (1900), dann in Bayern (1903), Württemberg (1904), Sachsen (1906), Thüringen (1907), Hessen (1908), Preußen (1908), Elsaß-Lothringen (1908), Mecklenburg (1909). 1920 erhielten die Frauen das Habilitationsrecht und ab 1922 durften sie in den Justizdienst eintreten und Richterinnen werden. Zwischen 1908 und 1933 promovierten in Deutschland 10.595 Frauen, doch nur 54 wurden Dozentinnen, 24 Professorinnen und nur 2 erhielten einen Lehrstuhl: Margarethe von Wrangell, Botanikerin, und Mathilde Vaerting, Pädagogik. In dieses erste Jahrzehnt fallen ebenso die Gründungen der ersten sozialen Frauenschulen, die rasch eine große Verbreitung fanden.⁵⁾

2.1 Die bürgerliche Frauenbewegung

Gleichfalls um die Jahrhundertwende setzte eine rege Frauenbewegung auf allen Ebenen und in allen Kreisen mit Gründungen neuer Frauenvereine ein, die sich alle dem Bund Deutscher Frauenvereine anschlossen. Dieser zählte um die Jahrhundertwende „nur“ 70.000 Mitglieder und war bis zum Ersten Weltkrieg auf 250.000 angestiegen.⁶⁾ 1899 veranstaltete die evangelische Kirche einen Frauentag in Kassel und gründete den Deutsch-Evangelischen Frauenbund. Im Jahr 1903 entstand in Köln der Katholische Frauenbund Deutschlands. Sein Zweck war nach § 2 seiner Satzung „die Förderung der Frauenbewegung nach den Grundsätzen der katholischen Kirche.“⁷⁾ 1904 bildete sich der jüdische Frauenbund.⁸⁾ Weiterhin wurden in jener Zeit die verschiedensten Berufsverbände gegründet.⁹⁾ Sie schlossen sich z.T. in einer Arbeitsgemeinschaft deutscher Frauenberufsverbände zusammen, die sich in ihren Zielen ebenfalls der Frauenbewegung zugehörig fühlte: „So sind wir nicht nur Arbeitnehmerbewegung mit all den Sonderkämpfen um unseren Berufskreis, wir sind und wollen sein Frauenbewegung auf beruflicher Grundlage. Die berufliche Grundlage ist es, welche uns von der allgemeinen Frauenbewegung unterscheidet. Wir betrachten dieselbe als einen Vorzug unseres Frauenverbandes, weil sie mit aller Kraft uns mit dem persönlichen Menschenleben, mit dem Leben des Volkes verbindet. Wir sehen es als eine Aufgabe der Zukunft an, daß die Frauenberufsverbände sich in arbeitgemeinschaftlicher Form zusammenfinden, daß darüber hinaus ohne Verwischung der beruflichen und weltanschaulichen Linien eine Verbindung bestehe mit und zwischen den großen Gruppen der deutschen Frauenbewegung überhaupt.“¹⁰⁾

Als am 15.5.1908 die Vereinsfreiheit für Frauen in Kraft trat, auf welche die Frauen und mit ihnen Links- und Mittelparteien schon lange Jahre hinzuwirken versucht hatten und Frauen somit Parteimitglieder werden konnten (ohne jedoch wählen und gewählt werden zu können), entstanden außerdem noch in einigen Parteien weitere weibliche Gruppierungen, welche die Anliegen der Frauenbewegung hier verwirklichen zu können glaubten.

Die Vielzahl von Vereinen in jener Zeit bildet ein recht verwirrendes Bild. Einerseits ist sie Ausdruck für das sich anbahnende veränderte Bewußtsein und Selbstbewußtsein der Frauen in weiten Kreisen der Bevölkerung. Auf der anderen Seite aber löste die breite Öffnung nach allen Seiten hin ein retardierendes Moment in der Frauenbewegung aus, zumal den Leiterinnen des Bundes Deutscher Frauenvereine die Rücksichtnahme auf ihre breite Anhängerschaft eindeutig wichtiger war als öffentliche, harte politische Vorstöße, wie sie allerdings nur einige wenige unter den Mitgliedern forderten. So bildete sich innerhalb des BDF eine Kluft zwischen der gemäßigten Führung (Auguste Schmidt, Helene Lange) und ihrer radikalen Opposition (Minna Cauer, Maria Stritt, Anita Augspurg).¹¹⁾ Außerdem entstanden damals auch vereinzelt organisierte Gegenemanzipationsbestrebungen, z.B. der Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation.¹²⁾

Im folgenden soll die Haltung der organisierten bürgerlichen Frauenbewegung im ersten Viertel dieses Jahrhunderts an drei Problembereichen kurz verdeutlicht werden: 1. an der Verteidigung der bürgerlichen Ehe- und Familienform, 2. an ihrer Einstellung zur Haushaltstätigkeit und 3. an der Art ihres Kampfes um politische Gleichberechtigung.

Der Bund Deutscher Frauenvereine wandte sich z.B. entschieden gegen die „neue Ethik“ und den 1905 von Helene Stöcker¹³⁾ gegründeten „Bund für Mutterschutz und Sexualreform“¹⁴⁾, der erstmals eine Diskussion über Probleme der Sexualität in weite Kreise der Bevölkerung hineinrug¹⁵⁾, die freie Ehe proklamierte, sich für die unehelichen Mütter einsetzte und die Abschaffung des § 218 forderte. Der Bund für Mutterschutz wurde mit dem Zweck gegründet, „ledige Mütter und deren Kinder vor wirtschaftlicher und sittlicher Gefährdung zu bewahren und die herrschenden Vorurteile gegen sie zu beseitigen.“ Diese Ziele suchte der Bund zu erreichen, indem er ledigen Müttern bei der Erringung wirtschaftlicher Selbständigkeit behilflich sein wollte, dabei insbesondere diejenigen, die ihre Kinder selbst aufzuziehen beabsichtigen, durch die Schaffung von (ländlichen oder städtischen) Mütterheimen. Er trat ferner für eine allgemeine Mutterschaftsversicherung und für eine Verbesserung der rechtlichen Lage der unehelichen Mütter und Kinder ein. Der Bund Deutscher Frauenvereine lehnte die Aufnahme des Bundes für Mutterschutz mit dem Hinweis auf § 1 seiner Satzung ab, der besagte: „Der Bund Deutscher Frauenvereine bezweckt die Vereinigung aller Organisationen deutscher Frauen, welche die Förderung des weiblichen Geschlechts in wirtschaftlicher, rechtlicher, geistiger und körperlicher Hinsicht und die Hebung des Allgemeinwohls anstreben.“¹⁶⁾ Mit dieser Ablehnung sprach er aus, daß er eine Förderung des Allgemeinwohls in dieser neuen Vereinigung nicht sah und die nichtehelichen Mütter als nicht zu seinem Kreis gehörig empfand. Auch nach Ende des Ersten Weltkrieges, als verstärkt vom Recht auf sexuelle Freiheit des einzelnen auch außerhalb ehelicher Beziehungen gesprochen wurde, reagierte die organisierte Frauenbewegung durchweg ablehnend mit dem Argument, daß diese Einstellung der Bejahung von Ehe und Familie zuwiderlaufe.

In der ab 1908 beginnenden Diskussion um den § 218¹⁷⁾ nahm der Bund Deutscher Frauenvereine eine vermittelnde Rolle zwischen den konservativen und reformerischen Gruppierungen ein. Eine Rechtskommission wurde mit den Vorarbeiten beauftragt, und diese empfahl, die Streichung des § 218 zu fordern, vornehmlich mit der Begründung „die Frau muß als freie Persönlichkeit Herr ihres Körpers sein dürfen.“¹⁸⁾ Auf der Bundesversammlung fand diese Forderung keine Zustimmung.

Erst 1925 - als der § 218 im Hinblick auf den Rückgang der Bevölkerungszahl in der Öffentlichkeit erneut diskutiert wurde¹⁹⁾ - faßte der Bund Deutscher Frauenvereine folgende Resolution: „Der Bund Deutscher Frauenvereine stimmt dem § 218 und 219 des Entwurfes zum Strafgesetzbuch zu, insbesondere insofern, als in Übereinstimmung mit früheren Forderungen des Bundes der § 218 bei Aufrechterhaltung der Strafbarkeit an sich das Strafmaß für die Unterbrechung der Schwangerschaft für die Schwangere herabsetzt und die Zuchthausstrafe für sie abschafft. Er wünscht aber, daß diese Paragraphen sofort zum Gesetz erhoben werden und nicht erst gewartet wird, bis der Strafgesetzentwurf als Ganzes angenommen wird. Der Bund Deutscher Frauenvereine vermißt jedoch die ausdrückliche Ermächtigung für den Arzt, die Schwangerschaft zu unterbrechen, wenn nach dem pflichtgemäßen Ermessen des Arztes (unter den erforderlichen, von den Ärzten festzustellenden Sicherungen) die Vollendung der Schwangerschaft mit Gefahr für Leben und Gesundheit der Mutter verbunden ist. Bei dieser medizinischen Indikation sind die sozialen Verhältnisse zu berücksichtigen“. Begründet wurde dieser letzte Satz mit dem Argument: „Was Pflichtverletzung ist gegenüber dem noch nicht zum Erdenleben erwachten Kinde, kann Pflichterfüllung gegen die schon vorhandenen Kinder sein.“²⁰⁾ Zwar wurde das Strafmaß herabgesetzt; jedoch vermochte der Bund Deutscher Frauenvereine die medizinische und soziale Indikationslösung nicht durchzusetzen, trotz Unterstützung sehr unterschiedlicher Gruppierungen und öffentlicher Persönlichkeiten, zu denen auch Ärzte und Ärztinnen gehörten. 1931 organisierte z.B. sogar Heinrich Dehmel ein öffentliches Selbstbeichtigungskomitee mit

dem Slogan: „Ich habe abgetrieben!“²¹⁾

Darüber hinaus widmete sich der Bund Deutscher Frauenvereine auch der Frage der verheirateten berufstätigen Mütter, wobei er insofern eine konservative Stellung einnahm, als viele Frauen damals bereits nicht mehr die Alternative von Beruf und Familie anerkannten und anerkennen wollten, wie sie die organisierte Frauenbewegung verfocht.²²⁾ Agnes von Zahn-Harnack, zu jener Zeit die erste Vorsitzende des Bundes Deutscher Frauenvereine, versuchte eine vermittelnde Haltung einzunehmen. Sie schreibt: „Der einzelnen Persönlichkeit muß die Freiheit gegeben werden, nach dem Maß ihrer Kräfte oder nach innerster Überzeugung Beruf mit Ehe und Mutterschaft zu vereinigen, und es wird immer Frauen geben, die körperlich so kräftig und seelisch so reich sind, daß sie das Recht haben, eine doppelte Last auf sich zu nehmen. Bei der großen Mehrzahl der Frauen aber wird man in zahlreichen Berufen sagen müssen, daß sie besser unverheiratet bleiben. Dazu ist jedoch unbedingt erforderlich, daß es der Frauenbewegung gelingt, der unverheirateten Frau sozial und gesellschaftlich eine ganz andere Stellung zu verschaffen, als sie sie heute noch in vielen Kreisen hat. Und es gehört weiter dazu, daß die unverheiratete Frau in ihrem Beruf auch wirklich den Mittelpunkt und die Kraftquelle ihres Lebens sieht. Es kommt uns bei dieser Betrachtung der Gedanke, wie lebensklug die katholische Kirche ist, wenn sie der Jungfräulichkeit, sei es auch aus Gründen, die sich nicht rechtfertigen lassen, eine besonders bevorzugte Stellung gibt. Wir brauchen im Aufbau unserer Gesellschaft unverheiratete, durch keine Rücksicht auf Haus und Familie gebundene Frauen (und auch Männer, aber das erst in zweiter Linie), die sich einer Sache ganz widmen können und die die Erfahrung gemacht haben, daß sachliche Arbeit ein Leben beglückend füllen und tragen kann. Dazu gehört allerdings eine neue Einstellung in der Erziehung auf den Beruf, in den die Frau nicht einsteigen soll wie in einen Eisenbahnzug, mit der Absicht, ihn bei der nächsten Haltestelle wieder zu verlassen, sondern in den man einziehen soll wie in ein Haus, in dem man wohnen und das man mit seiner Persönlichkeit ganz erfüllen und durchdringen will. Das ist mehr als eine Tugend machen aus der Not, in der die junge Frauengeneration heute stärker denn je steht; es ist der Anfang einer neuen Berufsethik, zu der wir den Weg suchen müssen.“²³⁾

Folgerichtig ergab sich aus dieser Einstellung, daß nunmehr erstmals die Forderung aufgestellt wurde, die Hausarbeit als Beruf anzuerkennen. Im Jahre 1905 veröffentlichte Käthe Schirmacher eine Studie über die Wertung der Hausfrauenarbeit als Berufsleistung, in der sie die ökonomische, rechtliche und soziale Seite dieser Bewertung behandelte.²⁴⁾

Gleichzeitig sahen sich Angehörige der bürgerlichen Frauenbewegung immer wieder öffentlich diffamiert, schon dann, wenn sie die Probleme der Arbeitsteilung in der Familie lediglich thematisierten, ohne sie deswegen prinzipiell in Frage zu stellen. Besonders anschaulich wird eine derartige öffentliche Auseinandersetzung zwischen Professor Arnold Runge, Universität Heidelberg und Mitglied des „Bundes zur Bekämpfung der Frauenemanzipation“, und Marianne Weber in dem Artikel von Barbara Guttman²⁵⁾ durch Analyse von damaligen Zeitungsartikeln dokumentiert. Arnold Runge schrieb u.a.: „Die Frauenbewegung heute ... ist eine Bewegung, die sich zusammensetzt aus alten Mädchen, sterilen Frauen, Witwen und Jüdinnen, die aber, welche Mütter sind und die Pflichten der Mütter erfüllen, sind nicht dabei.“ Barbara Guttman berichtet: „Die Auseinandersetzung zog sich monatelang hin, beschäftigte die Philosophische Fakultät der Heidelberger Universität und mündete schließlich in einen Rechtsstreit mit Max Weber, der sich in seiner (sic!) Ehre als Universitäts-Dozent gekränkt fühlte. Sicher kann die Polemik Runges nicht als repräsentativ für die (männliche) Öffentlichkeit gelten, war er politisch doch auf der äußersten Rechten angesiedelt, doch inhaltliche Zustimmung zu seiner Position erhielt er von vielen Seiten.“ Sie schließt ihren Artikel zusammenfassend: „Wenn uns auch heute die Forderung und die politische Praxis der 'Gemäßigten' der bürgerlichen Frauenbewegung oft als zu radikal (eben gemäßigt) erscheinen, zeigt doch diese Auseinandersetzung, welchem Anpassungsdruck und Legitimationszwang die Mitglieder der Frauenbewegung ... ausgesetzt waren.“²⁶⁾ ... Schon die Tatsache, daß es nicht, wie in der Diskussion der Frauenfrage in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts, darum ging, für ledige Bürgertöchter eine angemessene Erwerbsarbeit zu finden, sondern nur für verheiratete Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefordert wurde, wurde von den 'Antifeministen' als Bedrohung für das bürgerliche Familienideal und damit für die Position des Mannes in der Gesellschaft gesehen.“²⁷⁾

Auf Anregung des Bundes Deutscher Frauenvereine wurde dann im Jahre 1915 ein Verband deutscher Hausfrauen gegründet²⁸⁾ - ein Versuch, das Prestige der Hausarbeit in einer Zeit anzuheben, in der die Schrumpfung der bürgerlichen Haushalte immer mehr zunahm und die bürgerlichen Hausfrauen immer öfter ihre eigenen Hausangestellten ersetzen mußten. Ferner wurde in der Ernährungskrise des Ersten Weltkrieges²⁹⁾ an die Geschicklichkeit und den Erfindungsreichtum der Hausfrau appelliert und ihr Wert für die gesamte Volkswirtschaft herausgestellt. In den 20er Jahren stimmte die Frauenbewegung der Forderung nach einem Dienstjahr für junge Frauen zu. In dieser Forderung verbündete sie sich nunmehr

mit den ehemaligen, noch zahlreich vorhandenen Gegnern der Frauenbewegung, welche die Frau allein auf den häuslichen oder karitativen Bereich verwiesen wissen wollten.

Die Haltung der organisierten bürgerlichen Frauenbewegung zum politischen Wahlrecht ³⁰⁾ war im ersten Viertel dieses Jahrhunderts gleich der des vorigen Jahrhunderts (vgl. 5. 20, 21, 25). Auch jetzt wurde diese Forderung als eine primäre nur von kleinen Frauengruppierungen verfochten. 1902 wird der „Verband für Frauenstimmrecht“ gegründet, dessen leitende Mitglieder dem radikalen Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung angehörten (Anita Augspurg, Lida Gustava Heymann, Minna Cauer, Helene Stöcker). Ihnen gelang es, gegen den Widerstand von Helene Lange und anderer Frauen eine Resolution durchzusetzen, in der das Frauenstimmrecht dringend erwünscht und gefordert wird. ³¹⁾ Aber diese Resolution blieb sogar in den eigenen Reihen ohne Nachhall. Erst als in der gesamten Öffentlichkeit der Streit um das künftige preußische Wahlrecht 1917 einsetzte, meldeten auch die Frauen ihre Forderungen entschiedener an. Der Bund Deutscher Frauenvereine verfaßte eine Denkschrift über die „Stellung der Frau in der politisch-sozialen Neugestaltung Deutschlands“, in der er die volle Mitbestimmung forderte.

Er wurde unterstützt von mehreren politischen Parteien, die seit der Aufhebung des Vereinsverbots auch weibliche Mitglieder besaßen. Selbst in konservativen Kreisen war man nicht einhellig gegen eine Veränderung. So schrieb z.B. eine konservative kirchliche Zeitung: „Es gibt gute Gründe gegen das Frauenstimmrecht, aber auch schwerwiegende dafür. Warum soll z.B. eine Ärztin nicht wählen dürfen, wohl aber ihr Hausknecht?“ ³²⁾ Dagegen trat 1917 der „Deutsch-Evangelische Frauenbund“ aus dem „Bund Deutscher Frauenvereine“ aus, weil er die Forderung nach dem Frauenstimmrecht nicht bejahen konnte. ³³⁾

Erst der Krieg brachte - wie auch in vielen anderen europäischen Staaten - einen durchgreifenden Wandel in der Einstellung gegenüber den politischen Rechten der Frau. ³⁴⁾

Nach Kriegsende, am 12. November 1918, erhielten die Frauen per Dekret des Rates der Volksbeauftragten (SPD und USPD) das Wahlrecht. ³⁵⁾ Bei der Verabschiedung der Weimarer Verfassung versuchte keine Partei mehr, das Frauenstimmrecht anzutasten. Diese Verfassung schrieb erstmals gleiche Rechte und Pflichten für Männer und Frauen fest.

Letztlich waren damit bis 1919 - trotz anfänglicher Mißerfolge - die formal-juristischen Möglichkeiten geschaffen und die Hauptforderungen erfüllt, die die ersten Frauenrechtlerinnen vor etwa 70 Jahren angestrebt hatten: gleiche Bildungs- und Berufsmöglichkeiten, gleiche politische Rechte und Pflichten und damit Verantwortung. Agnes von Zahn-Harnack schreibt: „Aufgabe der folgenden Generation wird es nun sein, zu erwerben, was sie besitzen.“ ³⁶⁾

2.2 Die proletarische Frauenbewegung

Die proletarische Frauenbewegung hatte weiterhin immer wieder nach außen hin und gleichzeitig in ihren eigenen Reihen für das Recht auf Erwerbsarbeit zu kämpfen. So konnte sich ab 1914 innerhalb der Arbeiterorganisation erneut die Auffassung durchsetzen, daß Frauenerwerbsarbeit lediglich ein „kapitalistisches Übel“ sei, das es abzuschaffen gelte. ³⁷⁾ Edmund Fischer, der Wortführer dieser neuen „antifeministischen Bewegung“ und Diskussionsgegner von Clara Zetkin, rechtfertigte seine Stellungnahme mit der Überzeugung, zum Wohle der Frauen und gemäß ihrer „Wesensbestimmung“ ihre Beschränkung auf den Haushalt und die Kindererziehung fordern zu müssen. ³⁸⁾

Clara Zetkin verlor ab 1905 immer mehr an Macht und Einfluß über die proletarische Frauenbewegung und mußte diese - trotz starker Gegenwehr - unaufhaltsam an Luise Tietz abtreten. ³⁹⁾ Noch 1911 hatte sie sich auf dem Internationalen Frauentag gegen den Krieg und für ein Festhalten an der revolutionären Theorie eingesetzt, wodurch sie auch die Unterstützung der sozialdemokratischen Parteiführung verlor. Solange Clara Zetkin noch Herausgeberin der Zeitschrift „Gleichheit“ war, benutzte sie diese Möglichkeit, ihre politischen Überlegungen - im Rahmen des damals Möglichen - einem breiten Leserkreis vorzustellen. Jedoch kam es im August 1915 zur Verhaftung von Clara Zetkin und zur Gegenreaktion der Partei gegen die „Gleichheit“. ⁴⁰⁾ Diese prangerten das hohe Niveau der Zeitung an, das vielen Frauen den Zugang zur sozialistischen Zielsetzung und damit zur Frauenorganisation versperrt hätte. ⁴¹⁾ Clara Zetkin mußte letztlich die Schriftleitung niederlegen. 1917 schloß sie sich dem linken Flügel der Partei (Spartakus) an. Mit der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands im

Jahre 1918 wurde auch die Spaltung der proletarischen Frauenbewegung vollzogen.⁴²⁾

Trotz des Wechsels der führenden Vertreterinnen der proletarischen Frauenbewegung zur KPD und ihrer Mitarbeit im Räteregime blieb der Anteil der Frauen in der kommunistischen Frauenbewegung und in den Arbeiterräten sehr gering.⁴³⁾ Gundula Bölke schreibt: „Da die Mehrheit der Frauen wieder aus dem Produktionsprozeß entfernt wurde, stellte sich die Frage nach ihrer Organisierung, denn man konnte auf die Mitarbeit dieser Schicht Frauen nicht verzichten, ebenso würde ihre Ausschließung im Gegensatz zu der Arbeiterdemokratie der Räte stehen. Die organisatorische Erfassung sollte in Hausfrauenräten geschehen. Da Voraussetzung für das Wahlrecht zu den Räten die produktive, gesellschaftlich nützliche Arbeit war, mußte die Tätigkeit der Nur-Hausfrauen eine positive Aufwertung erfahren. Dieser Konflikt der sozialistischen Emanzipationstheorie spiegelte sich in den widersprüchlichen Aussagen zur Berufstätigkeit der Frau und zum Haushalt.“⁴⁴⁾ In der folgenden Zeit wurde nun immer wieder die Forderung nach Bildung von Hausfrauenräten und der prozentualen Vertretung der Geschlechter in den Betriebsräten gestellt. Auch der 1. Parteitag der KPD 1925 stellte fest, daß es nicht gelungen sei, genügend Frauen für die KPD zu gewinnen. 1925 wurde deshalb der Rote-Frauen- und Mädchen-Bund (RFMB) gegründet, der 1926 35.000 Mitglieder zählte. Doch auch der RFMB konnte nach Aussage von Gisela Brandt, Johanna Kootz und Gisela Steppke in Konkurrenz mit den vielen bürgerlichen und sozialdemokratischen Frauenorganisationen keine breitere Basis finden.⁴⁵⁾

Auch innerhalb der Sozialdemokratie blieb die Beteiligung von Frauen an der aktiven Mitarbeit und vor allem an den Parteiämtern unzulänglich. Darauf wiesen einige weibliche Parteimitglieder wiederholt hin, ohne sich jedoch durchsetzen zu können. Der sozialdemokratischen Frauenbewegung wurde innerhalb der SPD als Tätigkeitsdomäne vornehmlich die Wohlfahrtspflege zugewiesen. Werner Thönnessen schreibt zu dieser Entwicklung: „Mit zunehmender Arbeitslosigkeit gewann die 'Arbeiterwohlfahrt' an Bedeutung. Jedoch dürfen diese Leistungen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Beschränkung der Frauen auf die Sozialarbeit eine Fortsetzung der Diskriminierung mit anderen Mitteln darstellt.... Damit, daß man den Frauen eine Spezialfunktion in der Sozialverwaltung zuschiebt, integriert man sie wieder in die bestehende Gesellschaft, aus der politisch auszubrechen sie sich anschickten, und hält den Schaden für die Männer so niedrig wie möglich.“⁴⁶⁾

-
- 1 U. Gerhard, a.a.O., 1995a, S. 156.
 - 2 D. Beavan und B. Faber, a.a.O., 1987, S. 81.
 - 3 U. Gerhard, a.a.O., 1995a, S. 160.
 - 4 I. Meseberg-Haubold: Einzelne Hospitantinnen seh' ich gerne ... Zur Frage der Anfänge des Frauenstudiums in Deutschland; in: Religion im Wandel, hrsg. v. W. Weiß, Oldenburg 1996, S. 31ff.
 - 5 vgl. hierzu E. Boedeker, a.a.O., 1969, S. 5 und 8ff. - R. Nave-Herz, a.a.O., Kap.: Sozialgeschichtlicher Abriss des Grund- und Hauptschullehrerinnenberufes, 1977, S. 7ff. - R. Nave-Herz, a.a.O., 1975, S. 106ff. - I. N. Sommerkorn: Frauen als Lehrende und Lernende an der Hochschule; in: Identität und Hochschule, hrsg. v. I. N. Sommerkorn, Hamburg 1981, S. 74f. - B. Sommerhoff: Frauenbewegung, Hamburg 1995, S. 24.
 - 6 R. J. Evans, a.a.O., 1979, S. 102. - Leider sind in den verschiedenen Quellen unterschiedliche Zahlenangaben zu finden: 328.000 bis 500.000. Doppelmitgliedschaften waren wohl durch die Formen des Verbandszusammenschlusses möglich; vgl. U. Gerhard, a.a.O., 1995a, S. 170.
 - 7 A. von Zahn-Harnack, a.a.O., 1928, S. 22 und 23.
 - 8 vgl. hierzu E. Weingarten-Guggenheim: Die deutsche jüdische Frauenbewegung 1904 - 1938; in: Ariadne - Almanach des Archivs der deutschen Frauenbewegung - 1987, H. 7, S. 4ff.
 - 9 vgl. hierzu die ausführliche Darstellung von B. Kerchner: Beruf und Geschlecht - Frauenberufsverbände in Deutschland 1848 bis 1908, Göttingen 1992.
 - 10 A. von Zahn-Harnack, a.a.O., 1928, S. 25.
 - 11 R. J. Evans, a.a.O., 1979, S. 102.
 - 12 E. Dauzenroth: Frauenbewegung und Frauenbildung: aus den Schriften von Helene Lange, Gertrud Bäumer, Elisabeth Gnauck-Kühne, Bad Heilbrunn 1964, S. 121, gibt das Gründungsjahr 1906 an, dagegen A. von Zahn-Harnack 1912.
 - 13 Ch. Wickert: Helene Stöcker 1869 - 1943 - Frauenrechtlerin, Sexualreformerin und Pazifistin - eine Biographie, Bonn 1991.
 - 14 G. Pinkus, Frauenbewegung bis 1920; in: Frauenoffensive, 1978, Nr. 10, S. 36.
 - 15 vgl. hierzu ausführlicher P. Schmackpfeffer: Frauenbewegung und Prostitution, Oldenburg 1989.
 - 16 A. von Zahn-Harnack, a.a.O., 1928, S. 35.
 - 17 Eine gute systematische Zusammenstellung über die „Chronik des § 218“ von 1871 bis 1993 gibt B. Sommerhoff, a.a.O., 1995, S. 36ff.
 - 18 A. von Zahn-Harnack, a.a.O., 1928, S. 88.
 - 19 vgl. M. Merfeld, a.a.O., 1972, S. 78 - Sehr ausführlich geht R. J. Evans auf diese mit dem Bevölkerungsrückgang verbundenen ambivalenten öffentlichen und parteipolitischen Einstellungen ein, insbesondere auf die „Gebärestreit-Debatte“ der unmittelbaren Vorkriegsjahre; vgl. R. J. Evans, a.a.O., 1979, S. 244ff. - vgl. hierzu auch A. Bergmann: Frauen, Männer, Sexualität und Geburtenkontrolle. Zur „Gebärestreitdebatte“ der SPD 1913; in: Frauen suchen ihre Geschichte, hrsg. v. K. Hausen, a.a.O., 1983, S. 81ff.
 - 20 A. von Zahn-Harnack, a.a.O., 1928, S. 95ff.
 - 21 Zu entnehmen aus der Wanderausstellung „Unter anderen Umständen“. Zur Geschichte der Abtreibung. Eine Ausstellung des Deutschen Hygiene-Museums Dresden im Stadtmuseum Oldenburg vom 02. 06. bis 28. 07. 1996. Gefördert von der Frauenbeauftragten der Region Oldenburg.

- 22 vgl. z.B. das zur Erleichterung der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit bereits 1901 entworfene Modell der Haushaltsgenossenschaft von Lily Braun (in: Frauenarbeit und Hauswirtschaft, Berlin 1901). - Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Biographie von Hermine Heusler-Edenhuizen (verheiratet, zwei Kinder), der ersten in Deutschland ausgebildeten Fachärztin für Gynäkologie und Geburtshilfe, a.a.O., 1996.
- 23 A. von Zahn-Harnack, a.a.O., 1928, S. 75f.
- 24 vgl. hierzu K. Schirmacher: Die Frauenarbeit im Hause - ihre ökonomische, rechtliche, soziale Wertung, Berlin 1905.
- 25 B. Guttman: „Diese Frauenbewegung ist allmählich ein Skandal...“ - Eine Auseinandersetzung zwischen Marianne Weber und Arnold Runge; in: Ariadne - Almanach des Archivs der deutschen Frauenbewegung, 1989, H. 13.
- 26 vgl. hierzu auch E. Meyer-Renschhausen, a.a.O., 1985.
- 27 B. Guttman, a.a.O., 1989, S. 12f.
- 28 E. Boedeker, a.a.O., 1969, S. 11 - In Berlin war bereits 1873 von Lisa Morgenstern ein Hausfrauenverein gegründet worden, jedoch mit anderer Zielsetzung, z.B. durch genossenschaftlichen Zusammenschluß billigere Lebensmittelpreise zu erreichen, Dienstboten zu vermitteln, Fortbildungsschulen für Mädchen zu fordern usw. (G. Bäumer, a.a.O., 1901, S. 62).
- 29 Über die unterschiedliche Haltung und Einstellung zwischen den Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung berichtet das Heft „Heldenbraut und Vaterlandsverräterinnen - Frauen im 1. Weltkrieg“; in: Ariadne - Almanach des Archivs der deutschen Frauenbewegung, 1986, H. 4.
- 30 vgl. hierzu ausführlicher „Neue Töne - Alte Melodie“; in: Ariadne - Almanach des Archivs der deutschen Frauenbewegung, 1988, H. 12.
- 31 H. Schenk, a.a.O., 1980, S. 39.
- 32 zit. bei A. von Zahn-Harnack, a.a.O., 1928, S. 285. - vgl. hierzu auch die „Einleitung: Soziologische 'Ortsbestimmung' zu Hermine Edenhuizens Ausbildungs- und Berufszeit“ von R. Nave-Herz; in: Hermine Heusler-Edenhuizen, a.a.O., 1996.
- 33 Informationen für die Frau 1988, Folge 11f., S. 6.
- 34 Lexikon der Frau, a.a.O., 1953, S. 104.
- 35 Einen vergleichenden Überblick über den Beginn des Wahlrechts in anderen europäischen Staaten gibt 1. Blättel in ihrem Aufsatz „70 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland“; in: Informationen für die Frau 1989, Folge 1, S. 7ff.
- 36 A. von Zahn-Harnack, a.a.O., 1928, S. 285.
- 37 vgl. W. Thönnessen, a.a.O., 1958, S. 115.
- 38 G. Brandt, J. Kootz und G. Steppke: Zur Frauenfrage im Kapitalismus, Frankfurt/Main, 1973, S. 31 und 37. - Der Krieg jedoch ließ Fischers Vorstellungen und die seiner Anhänger gegenstandslos werden. Die Frauen wurden in den Produktionsprozeß einbezogen, arbeiteten vor allem in der Elektroindustrie und in den Munitionsfabriken und hatten - aller Weiblichkeitsideologie zum Trotz - Schwerst- und Untertagearbeit zu verrichten.
- 39 R. J. Evans, a.a.O., 1979, S. 181.
- 40 W. Thönnessen, a.a.O., 1958, S. 73.
- 41 G. Brandt u.a., a.a.O., 1973, S. 37.
- 42 M. Merfeld, a.a.O., 1972, S. 77. - J. Menschik, a.a.O., 1976, S. 21.
- 43 C. Zetkin: Frauen für die Räte, die Frauen in die Räte; in: Arbeiterbewegung und Frauenemanzipation 1889 - 1933; Neudruck zur sozialistischen Theorie und Gewerkschaftspraxis, Bd. 3, Frankfurt 1973, S. 42ff.
- 44 G. Bölke, a.a.O., 1971, S. 57.
- 45 G. Brandt u.a., a.a.O., 1973, S. 33.
- 46 W. Thönnessen, a.a.O., 1958, S. 126 und M. Merfeld, a.a.O., 1972, S. 78

3. Zusammenfassender Rückblick

Trotz unterschiedlicher Organisationsformen und gesamtgesellschaftlicher Zielsetzungen (die hier nicht noch einmal beschrieben zu werden brauchen) lassen sich Parallelen und Ähnlichkeiten zwischen der bürgerlichen und proletarischen Richtung der deutschen Frauenbewegung feststellen: Die Führerinnen der bürgerlichen und der proletarischen Frauenbewegung kamen größtenteils aus dem Bürgertum, also kaum aus der Arbeiterschicht, dem Großgrundbesitztum oder dem Adel.¹⁾ Die meisten von ihnen hatten eine Lehrerinnenausbildung absolviert (Clara Zetkin, Auguste Schmidt, Helene Lange, Gertrud Bäumer, Hedwig Dohm).²⁾ Die beiden Gründerinnen (Louise Otto-Peters und Clara Zetkin)³⁾ waren an den politischen Fragen und Auseinandersetzungen jener Zeit besonders interessiert, und indem sie sich für bestimmte gesamtgesellschaftliche Veränderungen einsetzten, wurde ihnen die große Diskrepanz zwischen dem, was sie forderten, und der tatsächlichen Lage der weiblichen Bevölkerung offenkundig. Ebenso wurden sie nicht nur wie die ihnen gleichgesinnten Männer in ihren politischen Aktivitäten behindert, sondern diese wurden ihnen noch besonders erschwert, allein dadurch, daß sie Frauen waren (z.B. öffentliches Redeverbot, lange Zeit keine Versammlungsfreiheit, Lächerlichmachung durch Gegner).

Die bürgerliche und die proletarische Frauenbewegung verfochten trotz ihrer verschiedenen gesamtgesellschaftlichen Konzeptionen auch gleiche Ziele: Sie setzten sich für die politische Gleichberechtigung, für die Forderung nach gleichem Lohn bei gleicher Arbeit, für bessere Arbeitsbedingungen, für den Mutterschutz, für die privatrechtliche Gleichstellung, für gleiche Bildungschancen und für das Recht auf Erwerbsarbeit ein. Die Forderung nach Recht auf Arbeit seitens der Frauen verschärfte auf allen Ebenen die Konkurrenzsituation auf dem Arbeitsmarkt. So kämpfte die bürgerliche Frauenbewegung um die Neuaufnahme von ledigen Frauen in mittlere und höhere Berufspositionen, die proletarische gegen Ausschluß der Arbeiterinnen vom Arbeitsprozeß, wie es von einigen Vertretern sogar innerhalb der eigenen Arbeiterorganisation gefordert wurde.

Ihre Prioritäten in den Agitationen setzten die bürgerliche und die proletarische Frauenbewegung unterschiedlich. Die bürgerliche Frauenbewegung hatte sich vor allem in der Bildungsfrage engagiert und hoffte ferner, durch Bewährung und Pflichterfüllung zu Rechten zu gelangen. Das Wahlrecht forderte sie nur zaghaft. Die proletarische Frauenbewegung konzentrierte ihre Arbeit auf die Gebiete der Sozialpolitik, des Wahlrechts und der Massengewinnung für die proletarische Bewegung.⁴⁾ Als oberstes Ziel galt hier: den Arbeiterinnen Einsicht in ihre Klassenlage zu vermitteln, ein Klassenbewußtsein zu schaffen, das nach gesamtgesellschaftlicher Veränderung drängt. Clara Zetkin schreibt wörtlich: „Als Frauen-befreiende Kraft wird der Sieg der Revolution auch das Werk der kommunistischen Frauenbewegung sein.“⁵⁾

Um die Jahrhundertwende und in den Jahren danach, insbesondere seit Aufhebung des Vereinsverbots, steigen überall die Mitgliederzahlen. Dies begünstigt - wie bereits ausgeführt - gleichzeitig das Entstehen eines retardierenden Moments auf bürgerlicher und auch auf proletarischer Seite. Die Arbeit der Frauenbewegung konzentriert sich von nun an ganz wesentlich auf die Wohlfahrts- und Fürsorgearbeit und wendet sich den Hausfrauen zu (sie stellt z.B. die Forderung nach gesellschaftlicher Anerkennung der Haushaltstätigkeit oder nach Bildung von Hausfrauenräten usw.). Die bürgerliche Frauenbewegung versteht sich zudem als Bewahrerin der bürgerlichen Moralvorstellungen. Sie unterstützt keine radikaleren bürgerlichen Gruppierungen. Einige männliche Wortführer innerhalb der proletarischen Bewegung (z.B. Edmund Fischer) kämpfen ebenso für die Gewinnung bürgerlicher Familienformen. - In der proletarischen Frauenbewegung kommt es zur Spaltung, da die führenden Kräfte aufgrund parteiinterner Auseinandersetzungen sich dem radikalen linken Flügel anschließen. Sie bilden hier nur eine verschwindende Minderheit und können auch im Laufe der Zeit keine breitere Basis unter den Frauen gewinnen.

Wenn die Frauen in dieser Epoche formaljuristisch auch viele wichtige Rechte erhielten, so ist dieser Erfolg jedoch nicht der organisierten Frauenbewegung allein zuzusprechen. Mit verursachend dafür war die sich in immer breiteren Kreisen durchsetzende Idee von Gleichheit, Mündigkeit und Selbständigkeit der Menschen, ferner unterstützte den Wandel die gesamtpolitische Situation (vornehmlich der Erste Weltkrieg zeigte, wie sehr man auf die Frauen angewiesen war)⁶⁾ und schließlich forcierte die wirtschaftliche Entwicklung die Veränderung der sozialen Lage der Frauen (insbesondere die Ausweitung des tertiären Wirtschaftssektors mit seinem Anstieg an kaufmännischen und Verwaltungstätigkeiten, dem Ausbau des Bahn-, Post- und Fernmeldewesens mit entsprechenden Berufspositionen

und der Zunahme aller Arten von Assistentinnen berufen). Aber auch umgekehrt gilt: Ohne Zusammenschluß von gleichgesinnten Frauen, ohne ihr Durchstehvermögen (trotz Spott, Hohn und der stärksten gegen sie gerichteten Waffe: das Lächerlichmachen), ohne ihre immer wieder erneut in der Öffentlichkeit vorgetragenen Forderungen (trotz vieler Niederlagen) wäre ein Wandel vermutlich nie ausgelöst worden.

- 1 Allein Gertrud Guillaume-Schack hatte dem Adel angehört.
- 2 M. Twellmann, a.a.O., 1972, S. 96.
- 3 Clara Zetkin war die Tochter eines sächsischen Dorfschullehrers und Louise Otto-Peters eines sächsischen Gerichtsdirektors. Beide verloren ihre Ehemänner frühzeitig, die sich ebenso wie sie, aktiv an den politischen Auseinandersetzungen ihrer Zeit beteiligt hatten.
- 4 G. Bölke, a.a.O., 1971, S. 32.
- 5 C. Zetkin, a.a.O., 1973, S. 235.
- 6 vgl. hierzu ausführlicher die kritische Analyse von S. Hering: Die Kriegsgewinnlerinnen, Pfaffenweiler 1990.

4. Die Zeit von 1933 bis 1945

Schon 1932 hatte Adolf Hitler seine patriarchalisch-autoritäre Haltung gegenüber den Frauen, auch den im Erwerbsleben stehenden, offen betont; Joseph Goebbels schrieb: „Der Führer entwickelt ganz neue Gedanken über unsere Stellung zur Frau. ... Die Frau ist Geschlechts- und Arbeitsgenossin des Mannes. Sie ist das immer gewesen und wird das immer bleiben. Auch bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen muß sie das sein. Ehedem auf dem Felde, heute auf dem Büro. Der Mann ist Organisator des Lebens, die Frau seine Hilfe und sein Ausführungsorgan.“¹⁾ Joseph Goebbels verteidigte dann 1933 die Maßnahme, keine weiblichen Abgeordneten in die Parlamente zu senden, mit dem Hinweis, „daß Dinge, die dem Mann gehören, dem Mann auch verbleiben müssen, und dazu gehört die Politik und die Wehrhaftigkeit des Volkes“, und der völkische Staat zeichnete sich gerade dadurch aus, daß die „natürliche“ Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern wieder ins Recht gesetzt und Männer- und Frauenräume klar voneinander getrennt würden.²⁾

Über die Zeit von 1933 - 1945 schreibt Gabriele Strecker: „Grundsätzlich wichtig ist es, wenn wir feststellen, daß alle Organisationen rein politische Einrichtungen waren, um in dem reinen Männerstaat des Nationalsozialismus die Frau nach Maßgabe der jeweiligen Gegebenheiten in die Maschinerie des totalen Staates zu zwingen. Man kann all diese nationalsozialistischen Organisationen überhaupt nicht mit der Frauenbewegung vergleichen, sie gingen ja nicht von Frauen aus, sondern von Männern. Die führenden Männer der Parteien standen im Kampf gegen die Alte Frauenbewegung, die logischerweise in ihrer überkommenen Form durch den Nationalsozialismus vernichtet werden mußte.“³⁾

Aber auch viele Frauen begrüßten die „politische Wende“ und unterstützten die NSDAP nach Kräften und sahen ihre Zeit gekommen für eine Abrechnung mit der bürgerlichen Frauenbewegung und dem Sozialismus sowie Kommunismus, zu der die sozialistische zählte. Über die Rolle der Frauen im Nationalsozialismus ist gerade in den letzten Jahren sehr viel geschrieben worden, so daß dieses Thema hier vernachlässigt werden kann, zumal es nicht direkt das Thema „Frauenbewegung“ betrifft; es sei aber auf die diesbezügliche Literatur verwiesen.⁴⁾

Der Bund Deutscher Frauenvereine löste sich frühzeitig, 1933, selbst auf, um der Gleichschaltung zu entgehen.⁵⁾ Anlaß der Auflösung war die Aufforderung der Reichsfrauenführerinnen der NS-Frauenschaft, Lydia Gottschewski, sich in die „Deutsche Frauenfront“ einzureihen. Die Vorsitzende des BDF, Agnes von Zahn-Harnack, wurde in einer Besprechung von Lydia Gottschewski über die Bedingungen einer Aufnahme in die „Deutsche Frauenfront“ informiert. Folgende Bedingungen wurden dem BDF gestellt, die das Protokoll der Gesamt-Vorstandssitzung des BDF vom 15. Mai 1933 („vertraulich!“) hierzu festgehalten hat:

1. Bedingungslose Unterstellung unter den Führer der NSDAP.
2. Anerkennung der Aufgaben, die der nationalsozialistische Staat den Frauen stellt.
3. Entfernung nicht-arischer Mitglieder aus den Vorständen.
4. Wahl der nationalsozialistischen Frauen in die prominenten (herausragenden) Positionen.⁶⁾

Der BDF beschloß mit sofortiger Wirkung (eine Gegenstimme) die Selbstauflösung und konnte sich dabei auf formale Gründe berufen, da die BDF-Satzung keinen Anschluß an eine andere Organisation erlaubte und in seinen Grundsätzen die Überparteilichkeit bzw. „parteiliche Neutralität“ verankert war. Ihre Vertreterinnen haben keineswegs - wie häufig der Anschein erweckt wird - kampflos aufgegeben.⁷⁾

Die Selbstauflösung des Bundes Deutscher Frauenvereine bedeutete das Ende einer eigenständigen Frauenbewegung in Deutschland und die Lösung aus internationalen Verflechtungen, z.B. aus dem International Council of Women (= ICW).⁸⁾ Andere Frauenvereine dagegen - wie z.B. der „Deutsch-Evangelische Frauenbund“, die „Haus- und Landfrauenvereine“, der „Frauenbund der Deutschen Kolonialgesellschaft“ oder der „Königin-Luise-Bund“ kamen der Aufforderung nach, einer unter nationalsozialistischer Leitung stehenden Gesamtorganisation deutscher Frauen beizutreten.⁹⁾

Schließlich gründete Rudolf Heß, damals der Stellvertreter des Führers, das Deutsche Frauenwerk, welches zusammen mit der NS-Frauenschaft die endgültige Form der gleichgeschalteten

Frauenorganisationen darstellte.¹⁰⁾ Damit verlor aber auch die NS-Frauenschaft - die parteipolitische Frauengruppierung - selbst ihren eigenständigen Charakter.¹¹⁾

Zum Leiter ernannte Rudolf Heß zunächst einen Mann, den nationalsozialistischen Landrat Krummacher. Ab 1934 wurde die Leitung Gertrud Scholtz-Klink übertragen, die schließlich eine Reihe von weiteren Ämtern übernahm. So war sie u.a. Leiterin der NS-Frauenschaft sowie des Frauenamtes der Deutschen Arbeiterfront (DAF). Dörte Winkler kommt aufgrund einer Brief- und Berichtsanalyse aus jener Zeit zu dem Schluß: „Heß und seine Berater haben sicherlich mit Berechnung gerade eine Frau wie Gertrud Scholtz-Klink zur Nachfolgerin statt der militanten NS-Frauenschaftsführerinnen der 'Kampfzeit' gemacht, da sie weder direkten Zugang zum Führer noch eine 'Hausmacht' in der NSDAP hatte. Zudem besaß sie keine eigenwilligen Ideen zur Frauenarbeit der Partei - ihre Reden und Schriften waren eine treuliche Wiederholung von Parteipropaganda und Hitlerzitaten. Die Frauengeschäftsführerin selbst war jedoch die beste Propaganda - mit der hochgeschlossenen Hemdbluse, der Haarkranzfrisur und ihren elf Kindern wurde sie zum Markenzeichen der 'deutschen Frau und Mutter'.¹²⁾ Trotz Kritik aus den eigenen Reihen über ihren Führungsstil und über ihr fehlendes frauenpolitisches Engagement blieben ihr alle Ämter bis Kriegsende übertragen. Wie gering ihr öffentliches politisches Wirken war, wurde ihr sogar nach dem Kriege durch ein Gerichtsverfahren bescheinigt. Denn sie wurde zwar wegen ihrer Position als Reichsfrauenführerin mal als Hauptschuldige eingestuft, doch das Gericht stellte gleichzeitig fest, daß sei keine verbrecherischen Handlungen begangen habe, und sie ging straffrei aus. wurde also postum nochmals illustriert, welch relativ unwichtiger Winkel dem Frauenwerk und der NS-Frauenschaft im Dritten Reich zugewiesen worden war.¹³⁾

Schließlich verloren sogar die Frauen nach 1933 einige hart erkämpfte Rechte: Ihr wurde das passive Wahlrecht genommen und die Zulassung zur Habilitation an Universitäten und Hochschulen. Die Zahl der Studentinnen wurde auf 10% beschränkt. Weiterhin wurden Frauen nicht mehr neu zum Beruf als Richterinnen und als Rechtsanwältinnen zugelassen. Auf Antrag durften sie u.U. als Büroarbeiterinnen im gehobenen mittleren Dienst eingestellt werden.¹⁴⁾ Ferner galt der Lohngleichheitsgrundsatz zwischen Männern und Frauen nicht, obwohl die DAF seit 1933 dafür plädiert hatte, gleiche Arbeit gleich zu entgelten. Z.B. Facharbeiterinnen verdienten 33% und Hilfsarbeiterinnen 30% weniger als ihre männlichen Kollegen, und weibliche Angestellte hielten aufgrund von Tarifverträgen einen Lohnabzug von 10% bis 20%.¹⁵⁾

Demgegenüber wurde die sich seit Anfang dieses Jahrhunderts in der deutschen Frauenbewegung bereits immer stärker vollziehende Betonung und Wertschätzung des Hausfrauen- und Mutterberufes von der nationalsozialistischen Regierung mit ganzer Vehemenz und Einseitigkeit verfolgt. Die Frauen konnten nur als Mütter und Hausfrauen Ansehen und Wertschätzung erwerben. Hitlers Bezeichnung des Wochenbettes als „das Schlachtfeld der Frau“ ist hierfür symptomatisch. Er selbst hielt im übrigen die Frauenemanzipation schlechthin nur für eine Ausgeburt jüdischen Intellekts.¹⁶⁾ Der bewußt gewollte Männerstaat, nach dem Führerprinzip organisiert, brauchte die Frau nur wegen ihrer biologischen Funktionen; das Angewiesensein des Staates auf diese Funktionen allein verschaffte ihr Ansehen, reduzierte sie aber auch gleichzeitig auf einen rein biologischen Wert.¹⁷⁾

Diese Ideologie konnte zudem arbeitsmarktpolitisch besonders gut eingesetzt werden. Eine erste diesbezügliche Maßnahme, gleichzeitig verknüpft mit einem bevölkerungspolitischen Ziel, war die Einführung des Ehestandsdarlehens am 1. Mai 1933. Es war Teil des am 1. Juni 1933 erlassenen „Gesetzes zur Verminderung der Arbeitslosigkeit“ und wurde durch die sog. „Junggesellensteuer“ (eingeführt am 1. Mai 1933) finanziert.¹⁸⁾ Ferner versuchte man durch propagandistisch großangelegte Feiern zum Muttertag sowie durch die Verleihung des Mutterkreuzes¹⁹⁾ die Mutterschaft nicht nur aus der familiären Sphäre zu rücken und zum Gegenstand öffentlichen Interesses zu deklarieren, sondern sie zudem durch die Übernahme militärischer Rituale als Pflichtleistung gegenüber der Volksgemeinschaft einzufordern.²⁰⁾

Schließlich wurde das in den 20er Jahren bereits diskutierte Pflichtjahr für junge Frauen und Mädchen 1938 obligatorisch eingeführt. Das bedeutete, daß junge Frauen unter 25 Jahren ein Jahr lang im Haushalt oder in der Landwirtschaft arbeiten mußten, bevor sie ihre erste Stelle antreten durften. Ab September 1939 kam dann noch die Pflicht zum Arbeitsdienst hinzu. Nach Jill Stephenson haben jedoch viele Frauen mit den erfinderischsten Ausreden versucht, diesen von vielen ungeliebten Diensten zu entgehen.²¹⁾

Auch die Aktivitäten des Frauenwerkes und der NS-Frauenschaft konzentrierten sich immer stärker auf den „weiblichen Bereich“. So wurden vor allem Lehrgänge des Reichsmütterdienstes, der

Reichsbräuteschulen, des Frauenhilfsdienstes für Wohlfahrts- und Krankenpflege durchgeführt, die sich insbesondere auf die Tätigkeiten der Hausfrau und Mutter oder auf karitative Aufgaben bezogen. Denn auch die Wohlfahrtspflege galt im Dritten Reich als ein genuin weibliches Arbeitsfeld und wurde als „wesensgemäß“ für Frauen definiert. Insbesondere hinter diesem „Wohlwollen“ läßt sich die diskreditierende Frauenpolitik unschwer erkennen. Robert Schreiber und Rita Süßmuth betonen: „Der 'wesensgemäße' Einsatz reduziert das weibliche Berufsbild auf geschlechtsspezifische Handlungsmuster der Mutter- und Familienrolle: pflegen, behüten, erziehen, gemütgeleitet auf der Basis menschlicher Wärme handeln, mit derartigen Wertorientierungen - ergänzt durch die 'wahren Aufgaben' wie Kochen, Hauswirtschaft und Nähen - sind die nationalsozialistischen Vorstellungen weiblicher Ausbildung und Erziehung durchdrungen“²²⁾ gewesen.

Der hauswirtschaftliche Bereich wurde zwar als gesellschaftlich wichtig immer wieder öffentlich anerkannt, aber den dort Tätigen, den Hausfrauen, wurde jede direkte politische Einflußnahme verweigert. Kenntnisse und Fähigkeiten hierfür vermittelte man ihnen kaum. Andererseits stießen derartige Bildungsvorhaben auch auf wenig Resonanz, was an den geringen Teilnehmerinnenzahlen ablesbar ist.²³⁾

Dennoch sind viele Historiker und Historikerinnen sich darüber einig, daß die massive Propagierung der Mutterschaft auf die Bevölkerung - jedenfalls was das generative Verhalten anbetraf - kaum Einfluß hatte. Von 1933 bis 1939 stiegen zwar die absoluten Zahlen der Geburten. Auch die Geburtenquote nahm in dieser Zeit zu. Aber Eberhard Aleff und Tim Mason weisen nach, daß sich aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge, die in jener Zeit ins Heiratsalter vorrückten, die höheren Geburtenzahlen erklären lassen. Durchschnittlich wurden sogar weniger Kinder pro Familie geboren, so daß die nationalsozialistische Propaganda der Vier-Kinder-Familie überhaupt keinen Erfolg gehabt hatte.²⁴⁾

Kurz vor dem Krieg und während des Krieges und nur deshalb, weil die Regierung auf die Mitarbeit und Unterstützung der Frauen angewiesen war, änderte sie - soweit es notwendig war - ihren Kurs: So wurde z.B. 1937 das bis dahin geltende Arbeitsverbot für Frauen, die ein Ehestandsdarlehen erhalten hatten, aufgehoben, und „im Juni 1941, zwei Tage vor dem Überfall auf die UdSSR, erging ein geheimer Erlaß Hermann Görings an die Ministerien, alle unterhaltsberechtigten Frauen, die nach Kriegsbeginn ihre Berufstätigkeit aufgeben hatten, wieder zur Arbeit heranzuziehen. ... Vorher sollten sie aber in 'freundlicher Weise' auf ihre 'vaterländische Pflicht' hingewiesen werden.“²⁵⁾ Zu Recht betonen Gisela Brandt u.a.: „Je nach Bedarf der Wirtschaft wird den familialen oder den produktiven Aufgaben der Frau eine besondere Bedeutung zugesprochen. Bei Arbeitslosigkeit der Männer wird die Frau aus dem Produktionsprozeß verdrängt, bei gesteigertem Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft wird sie durch 'Arbeitszwang' dem Produktionsprozeß einverleibt.“²⁶⁾ (Diese Verfahrensweise wurde allerdings bereits vor dem „Dritten Reich“ praktiziert, und auch heute noch ist leider insbesondere die wirtschaftliche und politische Situation bestimmend für das Bild von der Frau, das sich jeweils durchzusetzen vermag).

Die führenden Kräfte in der deutschen Frauenbewegung, auch der bürgerlichen, vor und während der Weimarer Zeit wie Helene Lange, Gertrud Bäumer, Elisabeth Lüders hatten die nationalsozialistische Partei - auch am Anfang - einerseits keineswegs unterstützt, sondern gehörten anderen Parteien an; andererseits teilten sie aber auch manche ihrer Auffassungen, so z.B. das „seelische Anderssein der Frau“ und den Grundsatz, daß Frauenrechte und -interessen dem Gesamtinteresse unterzuordnen seien. Sie plädierten ebenso wie die NS-Frauenschaft für die Schaffung eines weiblichen Arbeitsdienstes.²⁷⁾ Dennoch wurden während der Herrschaft des Nationalsozialismus viele von ihnen disqualifiziert und aus ihren Ämtern entlassen. Zum Teil verließen sie Deutschland; manche schlossen sich dem Widerstand an.²⁸⁾

-
- 1 zit. bei 5. Bajohr: Die Hälfte der Fabrik - Geschichte der Frauenarbeit in Deutschland 1914 bis 1945, Marburg 1979, S. 219.
 - 2 U. Frevert, a.a.O., 1986, S. 201.
 - 3 G. Strecker: 100 Jahre Frauenbewegung, Stuttgart 1951.
 - 4 vgl. u.a. U. Frevert, a.a.O., 1986. - C. Koonz: Das 'zweite' Geschlecht im 'Dritten Reich'; in: Feministische Studien 1986, S. 14ff. - H. Schmidt-Waldherr: Emanzipation durch Professionalisierung? Politische Strategien und Konflikte innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung während der Weimarer Republik und die Reaktion des bürgerlichen Antifeminismus und des Nationalsozialismus, Frankfurt/Main 1987. - U. Benz (Hrsg.): Frauen im Nationalsozialismus - Dokumente und Zeugnisse, München 1993.
 - 5 U. Gerhard: National und International - Die internationalen Beziehungen der deutschen bürgerlichen Frauenbewegung; in: Feministische Studien, 1994a, H. 2, S. 46.
 - 6 H. Schmidt-Waldherr, a.a.O., 1987, S. 190ff. - U. Gerhard, a.a.O., 1995a, S. 377.
 - 7 vgl. H. Schmidt-Waldherr, a.a.O., 1987, S. 193.
 - 8 Chr. Klausmann, R. Schäfer, E. Schüller und U. Wischermann, a.a.O., 1994, S. 103.

- 9 U. Frevert, a.a.O., 1986, S. 205.
- 10 E. Boedeker, a.a.O., 1969, S. 4ff. - D. Winkler: Frauenarbeit im „Dritten Reich“, Hamburg 1977, S. 38ff.
- 11 1942 wurden dann beide Organisationen aus praktischen Gründen zusammengeschlossen (vgl. J. Stephenson: Nationalsozialistischer Dienstgedanke, bürgerliche Frauen und Frauenorganisationen im Dritten Reich; in: Geschichte und Gesellschaft, 1981, H. 3f., S. 562. - D. Karsten: Frauenfragen im heutigen Deutschland; in: Die Frau in unserer Zeit - ihre Wandlung und Leistung, Hamburg 1954, S. 106.
- 12 D. Winkler, a.a.O., 1977, S. 40. - vgl. hierzu auch U. Benz, a.a.O., 1993, S. 16.
- 13 D. Winkler, a.a.O., 1977, S. 41.
- 14 E. Scheffler: Die Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft im Wandel der Rechtsordnung seit 1918, Berlin 1970. - E. Boedeker, a.a.O., 1969, S. 16. - B. Sommerhoff, a.a.O., 1995, S. 27.
- 15 U. Frevert, a.a.O., 1986, S. 217.
- 16 16 D. Frandsen, a.a.O., 1974, S. 12.
- 17 vgl. hierzu: D. Koepcke, a.a.O., 1981 - Ch. Burghardt: Die deutsche Frau, Münster 1978. - M. A. Macciocchi: Jungfrauen, Mütter und ein Führer - Frauen im Faschismus, Berlin 1976.
- 18 S. Dammer und C. Sachse: Nationalsozialistische Frauenpolitik und weibliche Arbeitskraft; in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, 1981, H. 5, S. 112. - G. Bock: Frauen und ihre Arbeit im Nationalsozialismus; in: Frauen in der Geschichte, hrsg. von A. Kuhn und G. Schneider, Düsseldorf 1979, S. 113. - 5. Bajohr, a.a.O., 1979, S. 219.
- 19 Dieses „Ehrenkreuz der deutschen Mutter“ gab es in Gold, Silber und Bronze, und auf der Rückseite war der Spruch eingraviert: Das Kind adelt die Mutter. Es verpflichtete die HJ-Jugendlichen zu einem offiziellen Gruß. Vgl. hierzu S. Dammer und C. Sachse, a.a.O., 1981, S. 112.
- 20 S. Dammer und C. Sachse, a.a.O., 1981, S. 112.
- 21 J. Stephenson, a.a.O., 1981, S. 560.
- 22 R. Schreiber und R. Süßmuth: Frauen im Nationalsozialismus - Beiträge zum Frauenwiderstand, zur Mädchenerziehung und zur sozialen Berufsarbeit; in: IFG-Frauenforschung, 1983, H. 2, S. 4.
- 23 J. Stephenson, a.a.O., 1981, S. 569.
- 24 E. Aleff: Das Dritte Reich, Hannover 1980. - T. Mason: Zur Lage der Frauen in Deutschland 1930 bis 1940; in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxistischen Theorie 6, Frankfurt 1976, S. 118ff. - M. Lehker: Frauen im Nationalsozialismus, Frankfurt 1984, S. 66ff.
- 25 D. Winkler, a.a.O., 1977, S. 109.
- 26 G. Brandt u.a., a.a.O., 1973, S. 35.
- 27 H. J. Arendt: Die „Gleichschaltung“ der bürgerlichen Frauenorganisationen in Deutschland 1933/1934; in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1979, H. 7, S. 618.
- 28 E. Boedeker, a.a.O., 1969, S. 17.

5. Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg

Das Ende des Zweiten Weltkrieges war für viele Frauen zunächst keine Zeit des inneren und äußeren Friedens. Das Kriegsende bedeutete Aufatmen und Angst zugleich. Wenn viele Männer in jener Stunde die Abrechnung, Vergeltung usw. fürchteten, so galt dies ebenso für Frauen. Auch sie waren politisch tätig gewesen, waren in politische Führungspositionen aufgestiegen (wenn auch ihre Zahl im Vergleich zu der der Männer gering war), waren als Aufseherinnen in den verschiedensten Lagern eingesetzt worden. Ferner war 1945 für Frauen insofern auch keine „Stunde Null“ im Sinne eines Neuanfanges, wie das Ende des Zweiten Weltkrieges auch genannt wird, weil sie die Wirkungen des Krieges nicht einfach „abschütteln“ konnten. Über die psychischen Auswirkungen hinaus waren weiterhin ihre faktischen Lebenslagen durch ihn geprägt, und zwar stärker als bei den Männern: Die hohe Zahl der männlichen Kriegsgefallenen und -vermißten sowie in Kriegsgefangenschaft sich befindender Männer hatte das quantitative Verhältnis zwischen den Geschlechtern damals - vor allem in bestimmten Altersgruppen - völlig verschoben. Wenn in der Statistik auf diesen disproportionalen Bevölkerungsaufbau jener Zeit hingewiesen wird, klingt in diesen Aussagen wenig an von den vielen persönlichen Einzelschicksalen, die damals die Frauen zu überwinden hatten, die verheirateten, die verlobten und ledigen. Die Folge ist, daß man eigentlich nicht von der Frau in der Nachkriegszeit sprechen kann¹⁾, zu verschieden waren die sozialen Lagen von Frauen. Zwar waren sie alle gleichermaßen den Auswirkungen des Krieges ausgeliefert gewesen, davon betroffen waren sie aber in unterschiedlicher Weise: je nachdem, in welchem Alter sie sich befanden, wie ihre politische Beteiligung während des Dritten Reiches gewesen war, in welcher Region in Deutschland sie gelebt oder ob sie Bombenangriffe, Flucht, Vertreibung erlebt hatten, welchen Familienstand sie besaßen, ob sie für Kinder zu sorgen hatten und zu welcher Schicht sie gehörten. Im Hinblick auf die Familienstruktur der letzten Kriegsjahre und der ersten Nachkriegszeit wird in der Literatur von einem „erzwungenen Matriarchat“ gesprochen.²⁾ De facto fehlte in und nach der „Stunde Null“ nicht nur in vielen Familien der Vater, und die Mutter allein war „Familienoberhaupt“, sondern auch die heimgekehrten Väter waren - wie Hilde Thurnwald in ihrer empirischen Studie aus dem Jahr 1946/47 feststellte - häufig zunächst Fremde für ihre eigenen Kinder und oft „in gedrückter und irritierter Seelenverfassung“, hatten Anpassungsschwierigkeiten an die veränderte wirtschaftliche und politische Situation, waren häufig arbeitslos, mußten sich vielfach auf neue Berufe umstellen³⁾; manche wurden auch gewerbsmäßige Schwarzhändler.

In vielen vollständigen (wie in allen „unvollständigen“) Familien lag aus den verschiedensten Gründen in jener Zeit die Hauptlast der Erziehung, der Kleider-, Brennstoff- und Nahrungsversorgung bei den Frauen. Die Lebensmittelrationen waren unmittelbar nach dem Kriegsende regional sehr unterschiedlich. Sie verschlechterten sich mit dem Verbrauch der örtlichen Vorräte.⁴⁾ Im März 1947 wurde die hundertste Lebensmittelkarte ausgegeben, womit sogleich ein Tiefstand in der Lebensmittelversorgung verbunden war. In Süddeutschland z.B. wurden folgende Rationen für Grundnahrungsmittel, die für eine Woche für den „Normalverbraucher“ zu reichen hatten, aufgerufen: 100g Fleisch, 50g Fett, 1500g Brot, 185g Zucker, 15,5g Käse⁵⁾. Der Hausfrau wurde in der damaligen Zeit überlegte Haushaltsführung und ein hohes Maß an Kunstfertigkeit im Kochen sowie Phantasie und Selbstkontrolle abverlangt.⁶⁾

Also nicht nur in den Bombennächten des Zweiten Weltkrieges, auf der Flucht, sondern auch in der Nachkriegszeit haben die Frauen eine sehr bedeutende Rolle gespielt. Vor allem beim Wiederaufbau wurden an alle Frauen derart hohe Erwartungen und Forderungen gestellt, wie Disziplin, Aktivität, Organisationstalent, Durchstehvermögen, Härte, psychische Kräfte etc. (die Trümmerfrau wurde zur Symbolfigur), daß der Widerspruch zwischen dem, was Frauen de facto vermögen und dem ihnen zugeschriebenen Bild von „Weiblichkeit“ und vom „weiblichen Wesen“ offensichtlich wurde. Erna Scheffler schreibt: „Es bedurfte zweier Weltkriege, um uns die Chance zu geben, durch Leistungen im Krieg und in den desolaten Jahren danach zu beweisen, daß wir Berufsarbeit im allgemeinen ebenso gut verrichten können wie die Männer, und daß wir sogar in außergewöhnlicher Gefahr und Not für uns und unsere Kinder einzustehen vermögen. Unter dem frischen Eindruck dieser Leistungen konnte man nicht umhin, uns 'für voll zu nehmen' und uns deshalb auch volle eigene Rechtspersönlichkeit zuzugestehen.“

Schon 1945 entstanden in Ost und West die ersten - zunächst regional begrenzten - Frauenverbände, zumeist Nachfolgeorganisationen aus der Zeit vor 1933, z.B. 1945 der „Berliner Frauenbund 1945 e.V.“ und die „Antifaschistischen Frauenausschüsse“, 1946 die „Arbeitsgemeinschaft katholischer Frauenverbände und -gruppen“, 1947 der Deutsche Staatsbürgerinnenverband sowie der

Juristinnenverband, 1948 der Deutsche Landfrauenverband. Die Aufnahme der Arbeit einer Frauenvereinigung war damals abhängig von der Zustimmung der Besatzungsmächte, die jede Art von Verbandsgründung streng und skeptisch überwachten.⁷⁾

Doch mit der unterschiedlichen ökonomischen und sozialen Lage und der Entwicklung der vier Besatzungszonen sowie durch deren verschiedene politische Anbindung an die jeweiligen Siegermächte beginnen sich schon bald die Interessenvertretungen für die Frauen „auseinanderzuidividieren“. 1947 schlossen sich einige Frauenbände zum „Demokratischen Frauenbund Deutschland“ zusammen. In den drei westlichen Besatzungszonen und in West-Berlin wurde 1949 der „Deutsche Frauenring e.V.“ (DFR) in Bad Pyrmont gegründet als Dachverband der verschiedensten konfessionellen, berufsständischen, kulturellen Frauenverbände. Er verstand sich selbst als Nachfolger des „Bundes Deutscher Frauenvereine“ von 1894.⁸⁾

An den internationalen Frauenkongressen der frühen Nachkriegszeit - so betonen Christina Klausmann et al. - „läßt sich ablesen, wie, wann und mit welchen Vorbehalten die neu entstandenen deutschen Frauenorganisationen nach den Ereignissen des Nationalsozialismus auf internationalem Parkett akzeptiert wurden“. Zum Pariser Gründungskongreß - 1945 - der „Internationalen Demokratischen Frauenföderation“ (IDFF), dem Dachverband der kommunistischen Frauenvereinigungen, waren keine deutschen Frauen eingeladen worden. Erst 1948 wurde der ein Jahr zuvor in der Sowjetischen Besatzungszone gegründete „Demokratische Frauenbund Deutschlands“ (DFD) nach anfänglich starken Bedenken - wegen damals vielfältig vorhandener antideutscher Haltung - aufgenommen. Der Deutsche Frauenring trat 1951 in Athen dem ICW bei, was ebenso nicht unproblematisch gewesen zu sein scheint.⁹⁾

-
- 1 vgl. hierzu S. Meyer und E. Schulze: Von Liebe sprach damals keiner - Familienalltag in der Nachkriegszeit, München 1985, S. 348.
 - 2 A. Sachs und O. Wörner-Heil: Berufliche und soziale Situation von Frauen in der Nachkriegszeit (1945 - 1960) - Expertise (unveröff. Manuskript), Institut Frau und Gesellschaft, Hannover 1983, S. 1.
 - 3 H. Thurnwald: Gegenwartsprobleme Berliner Familien - Eine soziologische Untersuchung an 498 Familien, Berlin 1948, S. 150ff.
 - 4 Th. Berger und K. H. Müller: Lebenssituation 1945 - 1948, Hannover 1983, S. 34.
 - 5 Süddeutsche Zeitung vom 29.03.1947.
 - 6 vgl. hierzu R. Nave-Herz: Frauen in der „Stunde Null“; in: Frauen zwischen Tradition und Moderne, Bielefeld 1992, S. 168ff. - B. Meyer: Viel bewegt - auch viel erreicht?; in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1989, S. 833ff.
 - 7 vgl. die Sonderausgabe der Information für die Frau zum 40jährigen Bestehen des Deutschen Frauenrates, hrsg. v. Deutschen Frauenrat, Bonn 1991.
 - 8 G. Strecker: Gesellschaftspolitische Frauenarbeit in Deutschland, Opladen 1970, S. 10. - E. Boedeker, a.a.O., 1969, S. 21ff. - Kritisch mit dem Deutschen Frauenring setzt sich U. Frevert auseinander (a.a.O., 1986, S. 275ff.).
 - 9 Chr. Klausmann, R. Schäfer, E. Schüller und Ch. Wischermann, a.a.O., 1994, S. 104.

6. Die Frauenverbände und die Neue Frauenbewegung in West-Deutschland

1949 trat in der Bundesrepublik Deutschland das Grundgesetz in Kraft und damit auch der Artikel 3 (Abs. 2 und 3). Elisabeth Selbert¹⁾ (Mitglied der SPD) hatte den Antrag auf diesen neu zu formulierenden Artikel 3 gestellt, der zunächst im Hauptausschuß des Parlamentarischen Rates von der Mehrheit abgelehnt wurde. Nach Siegfried Jenkner haben sich alle vier „Mütter des Grundgesetzes“, Elisabeth Selbert, Helene Wessels (Zentrum), Helene Weber (CDU) und Friederike Nadig (SPD), engagiert für die Durchsetzung des Gleichberechtigungsgrundsatzes eingesetzt. Mit Hilfe der Öffentlichkeit, an die sie sich wandten, setzten sie sich schließlich durch, wenn zunächst auch erst eine Übergangsregelung geschaffen wurde.²⁾ So wurde im Artikel 117 des Grundgesetzes eine Frist bis zum 31. März 1953 gesetzt, bis zu der die gesetzlichen Bestimmungen, die der Frau nicht das gleiche Recht wie dem Manne gewährten, verändert werden sollten.

Gleichzeitig (1950) wurde auf Beschluß der Bundesregierung mit Billigung aller Parteien des Bundestages ein Frauenreferat im Bundesministerium des Innern geschaffen, das beauftragt war, den Frauen bei der Überwindung kriegsbedingter Notstände und bei der praktischen Verwirklichung der Gleichberechtigung zu helfen.³⁾ Der Deutsche Frauenring hatte diese Entwicklung mit beeinflußt.

6.1 Der Deutsche Frauenrat und die Frauenverbände

Wie bereits erwähnt, wurde 1949 der Deutsche Frauenrat als Dachverband der verschiedensten Frauenverbände (z.T. Wiedegründung, z.T. Neuzusammenschlüsse) errichtet.⁴⁾ Erste Vorsitzende (bis 1952) und Gründerin war Theanolte Bänisch; zweite Vorsitzende wurde Agnes von Zahn-Harnack. 1951 wurde der „Deutsche Frauenring“ als Vollmitglied in den „International Council of Women“ (ICW) in Athen aufgenommen: 1952 in die „International Lyons Alliance of Women“ (IAW).⁵⁾

Der Deutsche Frauenring begriff sich selbst - nach Gabriele Strecker⁶⁾ - als Lobby bei den Parteien des Bundestages. Die Eingaben und Resolutionen an Kommunal-, Länder- und Bundesparlamente betrafen aber nicht nur die unmittelbare Situation der Frauen. Einerseits gingen sie darüber hinaus, andererseits - vornehmlich in bezug auf Arbeits- und Berufsfragen - beschränkten sie sich überwiegend auf die Anliegen bestimmter Berufsgruppen. Dabei wurde, ähnlich wie bei der bürgerlichen Frauenbewegung in den Jahren vor 1933, die Situation der Arbeiterinnen und der unteren Angestellten sowie die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zunächst kaum behandelt.⁷⁾ Neben der Öffentlichkeitsarbeit versuchte der DFR durch die Schaffung von informellen Kontakten und durch die Herstellung von Personalunionen zu politischen Vereinen und Verbänden seine Ziele zu erreichen. Besondere Aufmerksamkeit widmete der DFR von Anfang an den internationalen Beziehungen, er ist Mitglied verschiedenster internationaler Verbände.

1951 wurde ein „Informationsdienst für Frauenfragen e.V.“ gegründet und 1958 zum „Informationsdienst und Arbeitskreis deutscher Frauenverbände und Frauengruppen gemischter Verbände e.V.“ erweitert. Seit 1969 trägt er den Namen „Deutscher Frauenrat - Bundesvereinigung deutscher Frauenverbände und Frauengruppen gemischter Verbände e.V.“.⁸⁾ Als sein Ziel formulierte Hedda Heuser, Präsidentin des Deutschen Ärztinnenbundes, auf der öffentlichen Veranstaltung des Deutschen Frauenrats im November 1979 in Mainz unter anderem:

„Die vorwiegend vom Biologischen abgeleitete Vorstellung von der Frau als einem gebärenden, hütenden, sorgenden Wesen hat hartnäckig alle sonstigen emanzipatorischen Entwicklungen der Gesamt-Gesellschaft überdauert.... Innerhalb der Familie genauso wie innerhalb der Gesellschaft ist der Anspruch, den das Kollektiv gegenüber dem Individuum Frau auf Einschränkung, Beschränkung, Bereithaltung, Opfer erhebt, größer als gegenüber dem Individuum Mann.... Die Improvisationskraft der Frauen, die sich ihr ganzes Leben über auf neue und für sie belastende Situationen einstellen mußten, darf nicht weiterhin mißbraucht werden.... Meine Damen und Herren Abgeordneten, Minister und Staatssekretäre - soweit das Grundgesetz Sie dazu verpflichtet, den Gleichberechtigungsgrundsatz zu verwirklichen, haben Sie dies - mit Ausnahme des Nachholbedarfs bei der Alterssicherung der Frau - getan oder angegangen. Was wir nun fordern, ist, daß Sie Ihre Grundhaltung darlegen. Sind Sie bereit, Ihr Angebot auf Mitwirkung der Frau auch wirklich in die Praxis umzusetzen? Nicht mit der Krücke von Quotierungen, sondern durch

persönlichen Einsatz oder Vorbild? Sind Sie wirklich bereit, Rollenklischees zu überprüfen, Männerprivilegien aufzugeben? Oder wird es wieder so sein, daß man uns voraussagt, genau dies werde geschehen, um hinterher wieder zu erklären, warum es nicht geschehen konnte? Wir Frauen sind es leid, der Nagel zu sein, an den der Witzbold seine Späße, der Prediger seinen Text, der Zyniker seinen Spott und der Sünder seine Rechtfertigung hängt. Und ich für meine Person bin froh, daß junge Frauen dies ganz ungeniert sagen. Ich stimme Ihnen darin zu. Nicht so sehr um mich für die Frauen zu beklagen, sondern im Anspruch auf einen qualitativ besseren, einen gerechten Anteil an Verantwortung und Partnerschaft. Noch verhalten sich Frauen wie eine Minderheit, obwohl sie eine Mehrheit sind. Noch tun sie das..."⁹⁾

Heute sieht der „Deutsche Frauenrat“ sich als „Spitzenverband“ zur Erfüllung folgender Aufgabe:

- Vertretung gemeinsamer Forderungen der Mitgliedsverbände; Informierung über aktuelle Fragen der Politik; - Koordinierung von Aktivitäten der Mitgliedsverbände;
- Förderung staatsbürgerlicher Bildung zur Sicherung der Demokratie, Toleranz und Völkerverständigung;
- Beobachtung aller mit der Stellung der Frau zusammenhängenden Entwicklungen auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem, rechtlichem und kulturellem Gebiet;
- Durchführung gemeinsamer Aktionen und Unterstützung der Vorhaben seiner Mitgliedsverbände im Hinblick auf die gesetzgebenden Körperschaften in Bund und Ländern.
- Er vertritt insbesondere folgende gemeinsame Forderungen: - gleiche Rechte und gleiche Chancen für die Frau; - Partnerschaft in Familie, Beruf und Gesellschaft;
- Beteiligung der Frau an den Entscheidungsgremien in Politik, Wirtschaft und Verwaltung;
- gleiche Bildung und Ausbildung für Mädchen und Jungen; - gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit; Steuergerechtigkeit;
- Entlastung erwerbstätiger Mütter;
- Ausbau des Beratungswesens u.a.m."¹⁰⁾

Monatlich gibt der Deutsche Frauenrat die Zeitschrift „Informationen für die Frau“ heraus. Ferner tritt er nicht nur als öffentlich-politische Vertretung für alle Fragen und Forderungen nach Gleichberechtigung auf, sondern wird auch von offizieller (staatlicher) Seite hierzu angehört. Ein anschauliches Bild, kennzeichnend für die Heterogenität seiner Mitglieder, bietet die bereits erwähnte Monatsschrift des Deutschen Frauenrats: Unterschiedliche Zielsetzungen und Vorhaben werden dargestellt; sowohl eher „konservative“ als auch progressive Stimmen kommen zu Wort. Gesetzliche Vorhaben und Maßnahmen im nationalen und internationalen Bereich werden diskutiert u.a.m. Für alle seine Mitgliederverbände gilt es zu versuchen, sich für die Verwirklichung der Gleichberechtigung einzusetzen und spezielle Probleme der Frauen in den eigenen Gruppen oder durch Öffentlichkeitsarbeit aufzugreifen, teilweise auf bestimmte Berufsgruppen beschränkt. Entsprechend ihrer Zielsetzung versuchen sie, politischen Einfluß zu nehmen durch Beratung, Eingaben, Kontaktaufnahmen usw. Sie wollen systemimmanente Veränderungen in Richtung auf die Gleichheit der Geschlechter bewirken und die Frauen ermutigen, ihre erreichte juristische Gleichberechtigung zu verwirklichen und zu nutzen. Ihr Ziel ist die Inanspruchnahme des gleichen Rechtes und die Bewährung der Frauen als gleichberechtigte und verantwortungsbewußte Partner im politischen wie im beruflichen Bereich.

Der Deutsche Frauenrat umfaßt 47 Mitgliedsverbände, von denen vier selbst Dachverbände oder Arbeitsgemeinschaften sind. Bundesweit sind etwa 80 Organisationen mit rund 11 Millionen Mitgliedern in ihm vertreten.¹¹⁾ Darüber hinaus gibt es aber in der Bundesrepublik Deutschland noch weitere Frauenverbände, Frauengruppen vermischter Verbände, Arbeitskreise, schließlich Frauennetzwerke u.a.m. Ihre genaue Zahl ist unbekannt. Auf der Ebene der Bundesländer bestehen ebenfalls Zusammenschlüsse, zumeist bezeichnet mit „Landesfrauenrat“.

In einer vom Forschungsinstitut Frau und Gesellschaft (Hannover) durchgeführten Untersuchung wird die heutige Vielfältigkeit der Ziele, Aufgaben, des Selbstverständnisses, der Organisationsformen aller

bestehenden Frauenverbände und -gruppen deutlich. Die Mehrzahl der Frauenorganisationen knüpfte - wie berichtet - an ihrer Tradition vor dem Dritten Reich an; neue Arbeitsgruppen und -kreise sind in den letzten Jahrzehnten im Laufe der Entwicklung der Neuen Frauenbewegung entstanden. Die Neue Frauenbewegung unterschied sich jedoch in ihren Anfängen stark in ihrer Zielsetzung und Strategie von den damals bestehenden Frauenverbänden und grenzte sich von diesen auch bewußt ab.

6.2 Die Neue Frauenbewegung

6.2.1 Ihre Entstehung

Der Anfang der Neuen Frauenbewegung geht zurück auf die Studentenbewegung von 1967/68. Beide sind zwar in den USA entstanden, lassen sich aber dennoch nicht als einfache „Importartikel“ beschreiben, da ihre Entstehung in der Bundesrepublik durch ganz spezifische politische und wirtschaftliche Situationen ermöglicht wurde und hierdurch ihre besondere Ausprägung erhielt.

Politisch hatte sich in jener Zeit (1966) die große Koalition gebildet, d.h. CDU/CSU und SPD bildeten zusammen die Regierung, um der damals herrschenden wirtschaftlichen Rezession gemeinsam zu begegnen. Infolge dieser Koalitionsbildung fehlte aber eine wirksame Opposition im politischen Bereich. Es entstand 1967 die sogenannte „Außerparlamentarische Opposition“ (APO) und kurze Zeit danach auch die Studentenbewegung. Eine bis dahin nicht geführte und deshalb desto heftiger ausgetragene Diskussion begann. Sie beschränkte sich nicht allein auf den Hochschulbereich, sondern schloß innen- und außenpolitische Probleme ein und deckte Widersprüche auf zwischen Anspruch und Realität der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland. Unterschiedlichste überlieferte Werte und Normen wurden auf ihre Gültigkeit hinterfragt. Der Abbau aller autoritären Strukturen, die antiautoritäre Erziehung, eine liberale Einstellung zur Sexualität u.a.m. wurden innerhalb der Studentenbewegung vehement gefordert.

1968 kam es im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), der sowohl Studentinnen als auch Studenten umfaßte und als einer der Wortführer der Studentenbewegung galt, zu ersten Spannungen zwischen den beiden Geschlechtern. Denn die Studentinnen begannen plötzlich zu merken, daß ihre männlichen Kommilitonen zwar nach außen antiautoritäre Verhaltensmuster forderten, sich selbst aber im Innenbereich - und somit den Studentinnen und Ehefrauen bzw. Partnerinnen gegenüber - recht autoritär verhielten. Die studentischen Gruppierungen erschienen ihnen als Abbild der gesamtgesellschaftlichen Strukturen. So gingen ihre männlichen Kommilitonen zu Demonstrationen, Vorträgen und diskutierten untereinander, entwarfen Flugblätter usw. und diktierten den Frauen ausführende Arbeiten zu: Frauen durften die Flugblätter abtippen, Kaffee kochen und die Kinder während der öffentlichen Aktionen betreuen. Auf den Versammlungen kamen sie kaum zu Wort oder ihre Äußerungen wurden milde belächelt, zumindest blieben sie ohne Wirkungen. Sie hatten nur einen abgeleiteten Status als Frau oder Freundin eines SDS-Mannes. Als den Studentinnen dies bewußt wurde, fingen sie an, sich dagegen zu wehren und bildeten eigene Gruppen. So entstand als erster Zusammenschluß im Januar 1968 in West-Berlin der „Aktionsrat zur Befreiung der Frau“, gegründet von sieben Frauen des SDS.¹²⁾ Sie legten auf der nächsten SDS-Konferenz, die in Hannover stattfand, zum ersten Mal eine Resolution vor, in der den männlichen Mitgliedern repressives Verhalten vorgeworfen wurde und die eigenständigen Gruppierungen begründet wurden; ab Punkt 5 hieß es dazu wörtlich:¹³⁾

5. „Die klassenmäßige Aufteilung der Familie mit dem Mann als Bourgeois und der Frau als Prolet - Herr und Knecht - impliziert die objektive Funktion der Männer als Klassenfeind. Die Verleugnung des Führerprinzips im SDS ist blanker Hohn, weil jeder verheiratete oder im festen Verhältnis lebende SDS-ler Führer und damit gleichzeitig Ausbeuter einer Familie oder familienähnlichen Gruppe ist. Die Begriffe Klasse, Klassenfeind, Ausbeuter sind Hilfskonstruktionen, die den Frauen dazu dienen, sich auf den Begriff zu bringen, das heißt, ein Maß an geschlechtsspezifischer Solidarisierung zu erreichen, das erlaubt, die sinnliche Erfahrung dieser patriarchalischen Gesellschaft im politischen Kampf gegen diese zu wenden.
6. Dies impliziert nicht die 'Politisierung' des Privatlebens, sondern die Aufhebung der bürgerlichen Trennung von Privatleben und gesellschaftlichem Leben: es gilt, die Unterdrückung im Privatleben nicht als private zu begreifen, sondern als politisch ökonomisch bedingte. Es gilt, Privatleben qualitativ zu verändern und die

Veränderung als politische Aktion zu verstehen. Dieser kulturrevolutionäre Akt ist ein Teil des Klassenkampfes.

7. Daraus ergibt sich, daß die Revolution als Ziel des Klassenkampfes weniger eine Frage der Machtübernahme ist als eine Frage der Verwirklichung dessen, was sich in der bestehenden schlechten Gesellschaft antizipatorisch als Gegengesellschaft abzeichnet. Dies beinhaltet, daß der Anspruch auf Glück, jetzt abgetrennt in die Privatsphäre, aber nicht einmal dort befriedigt, in gesellschaftlicher Aktion eingelöst werden muß.
8. Persönliche Entfaltung muß also identisch werden mit einer Praxis, die jetzt schon mögliche Momente einer zukünftigen Gesellschaft vorwegnimmt, einer Gesellschaft, die sowohl alle Lebensverhältnisse erotisiert, als auch Aggressionen produktiv macht.
9. Dieser Anspruch des SDS widerspricht seiner individuellen und offiziellen Praxis.
10. Mit diesem Anspruch kann man nur ernst machen, wenn man ihn organisatorisch verwendet.
11. Für alle Frauen im SDS kommt es darauf an, diese Thesen nicht nur anzuerkennen, sondern sie auch in verbindlicher Aktion einzulösen. Nur die Frauen sind 'interessiert' genug, nur sie bieten die Gewähr, daß sich im Verband etwas ändert, daß wenigstens hier das autoritäre Vernunftprinzip der patriarchalischen Gesellschaft durchbrochen wird. Dafür ist vorläufig Isolation nötig. Das ist keine Isolation, die mit der Illusion verbunden ist, man könne sich auch unabhängig von den Männern emanzipieren, sondern der notwendige erste Schritt, seine eigenen Bedürfnisse zu artikulieren. Gegen unkritische, auf Verdrängung beruhende Widerstände werden wir Kampfmaßnahmen ergreifen. Wir lassen uns die Methoden des Kampfes nicht vorschreiben."

Zu den besonders starken Spannungen zwischen den weiblichen und männlichen Delegierten kam es auf der 23. Tagung des SDS in Frankfurt (September 1968). Hier wurden die berühmt gewordenen Tomaten geworfen, die als Ankündigung der Neuen Deutschen Frauenbewegung gelten. Zuvor hatte eine Vertreterin des Berliner Aktionsrates erneut betont: „... Wir stellen fest, daß der SDS innerhalb seiner Organisation ein Spiegelbild gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse ist. Dabei macht man Anstrengungen, alles zu vermeiden, was zur Artikulierung dieses Konfliktes zwischen Anspruch und Wirklichkeit beitragen könnte, da dies eine Neuorientierung der SDS-Politik zur Folge haben müßte. Diese Artikulierung wird auf einfache Weise vermieden. Nämlich dadurch, daß man einen bestimmten Bereich des Lebens vom gesellschaftlichen abtrennt, und ihm den Namen Privatleben gibt... Die Tabuisierung hat zur Folge, daß das spezifische Ausbeutungsverhältnis, unter dem die Frauen stehen, verdrängt wird, wodurch gewährleistet wird, daß die Männer ihre alte, durch das Patriarchat gewonnene Identität noch nicht aufgeben müssen...“ Sie schloß mit den Worten: „Genossen, wenn ihr zu dieser Diskussion, die inhaltlich geführt werden muß, nicht bereit seid, dann müssen wir allerdings feststellen, daß der SDS nichts weiter ist als ein aufgeblasener konterrevolutionärer Hefeteig. Die Genossinnen werden dann die Konsequenzen zu ziehen wissen.“¹⁴⁾ Eine der Teilnehmerinnen erboste sich über die Nonchalance, mit der die Genossen über die Rede hinweggehen wollten, und ließ die Tomaten „sprechen“. SDS-Frauen schrieben später über diese Situation: „Ganz im Gegensatz zu der allgemein herrschenden Vorstellung war dies nicht eine Revolte der Frauen im SDS - im Gegenteil: die meisten SDS-Frauen fanden unseren Auftritt eher peinlich. ... Dennoch sollte eben diese 'peinliche' Tomate gerade für die intellektuellen SDS-Frauen zum Fanal werden.“¹⁵⁾

In der Tat entstanden nach dieser spektakulären Tomatenwurfaktion auch außerhalb von West-Berlin in anderen Städten Frauengruppen, so z.B. der „Frankfurter Weiberrat“ (November 1968), der ebenfalls aus dem SDS hervorging. Er löste sich zwar 1969 auf, wurde aber 1970 wieder gegründet.¹⁶⁾

Doch der sprunghafte Anstieg der Frauengruppen ab 1968/69 ist nur zum Teil aus Abspaltungen vom SDS bewirkt worden. Er ist überwiegend zurückzuführen auf das veränderte politische Bewußtsein, vornehmlich der Studentinnen der 68er Jahre, auf eine veränderte sexuelle Einstellung (die letztlich innerhalb der Frauenbewegung zur Enttabuisierung der Homosexualität führte), auf die antiautoritäre Bewegung und letztlich auf die Kampagnen gegen den § 218. Der Ausbreitungsprozeß von Frauengruppen verstärkte sich 1971 durch die bundesweite „Selbstbeziehungsaktion“. 374 z.T. prominente Frauen befürworteten die Streichung des § 218 und bekannten öffentlich, daß sie selbst abgetrieben hätten, wie dies zuvor französische Frauen getan hatten. Im Juni 1971 veröffentlichte die Zeitschrift „Stern“ diese Selbstbeziehungserklärungen. In den ersten Wochen nach dem Erscheinen wurde der Text von mehreren Tausenden von Frauen unterschrieben und auch Männer solidarisierten sich; so bekannten 230 Ärzte und Professoren: „Ich war Komplize einer Abtreibung“. Eine andere Parole kam damals auf: „Mein Bauch gehört

mir!"¹⁷⁾ Jetzt entstanden überall Frauengruppen, so daß nunmehr zu Recht vom Beginn einer breiten Frauenbewegung gesprochen wurde.

Die quantitative Entwicklung der Frauengruppen nachzuzeichnen, ist leider nicht möglich. Nur die Basis, die regionalen Frauenzentren, besaßen eine Institutionalisierung. Man verfügte und verfügt über keinen Dachverband, und es gab und gibt nur zum Teil lockeren Kontakt untereinander. Das Fehlen einer festen übergeordneten Organisationsstruktur war Absicht. Denn von Anfang an bestand in der gesamten Neuen Frauenbewegung eine große Skepsis gegenüber jeder traditionellen Organisationsform, weil diese bisher immer einigen Mitgliedern Macht über andere gegeben hat.¹⁸⁾ So wurden alle Aktivitäten aufgrund der Initiative einzelner verschiedener Mitglieder geplant und zusammen oder in kleinen Gruppen durchgeführt. In den Plenen, an denen möglichst alle Frauen teilnehmen sollten, wurde hierüber berichtet, wurden neue Interessen, Wünsche und Organisationsfragen miteinander besprochen. Die Frauen trafen sich zunächst häufig privat oder in Räumen anderer Organisationen. Aber bald wurden Wohnungen angemietet, und damit entstanden in vielen Städten Deutschlands sog. „Frauzentren“. Hier wurden Diskussionsabende, Gruppenaktivitäten usw. geplant und durchgeführt. Diese Frauenzentren waren auch gleichzeitig als „Anlaufstellen“ für neue Mitglieder gedacht. Bis Ende der 70er Jahre entwickelte sich in der Bundesrepublik - neben der Schweiz - das dichteste Netz von Frauenzentren in Europa.¹⁹⁾ Im Juni 1971 fand die erste Delegiertenkonferenz aller am Kampf gegen den § 218 interessierten Gruppen in Düsseldorf statt, die einen Monat später in Frankfurt fortgesetzt wurde. Die „Aktion 218“ wollten sich weiterhin nur als loser Zusammenschluß „reiner Frauengruppen“ verstehen. Sie rief auch später den ersten Bundes-Frauen-Kongreß im März 1972 in Frankfurt aus.²⁰⁾

6.2.2 Die Phase der betonten Selbsterfahrungs-Gruppenbildung

Die Neue Frauenbewegung umfaßte Frauen mit sehr unterschiedlichen politischen (oder parteipolitischen) Richtungen. Doch Einigkeit herrschte in dem Willen nach Veränderung der sozialen Lage der Frau durch die Frauen selbst, d.h. unter Ausschluß von Männern. Diese Haltung hat der Neuen Frauenbewegung oft - ähnlich wie der ersten Frauenbewegung - den Vorwurf der Männerfeindlichkeit eingebracht. Insofern ist die Neue - wie die erste - Frauenbewegung feministisch. Doch bedeutet Feminismus in der Neuen Frauenbewegung noch mehr: Die Frauen besinnen sich auf sich selbst und ihre Stärke; sie versuchen zu einer eigenen Weiblichkeit zu finden, und nicht zu der, wie sie Männer durch Jahrhunderte geprägt und Frauen sie übernommen haben. Schwesterlichkeit, Zärtlichkeit unter Frauen und Solidarität waren vor allem in jener Zeit besonders anerkannte Werte; so halfen und unterstützten sie sich unter Ausschluß von Männern. Ingrid Schmidt-Harzbach, eine Vertreterin der Neuen Frauenbewegung, schreibt darüber hinaus: „Feminismus ist nicht nur eine politische Überzeugung. Es ist eine neue Lebensform, die wir uns Schritt für Schritt erkämpfen müssen. Deshalb haben wir auch nichts Fertiges zu bieten. Den Frauen soll nichts von außen aufgesetzt werden, weder politisches Wissen noch Engagements für andere. Sie sollten vielmehr sich selbst in den Mittelpunkt stellen, ihre eigene Unzufriedenheit benennen und mit anderen betroffenen Frauen zusammenarbeiten.“²¹⁾ Zu diesem Zweck standen im Mittelpunkt der Frauenzentren zunächst die „Selbsterfahrungsgruppen“. In diesen Kleingruppen versuchten die Frauen über ihren eigenen Entwicklungsprozeß und über ihre eigene derzeitige Lage, ihre Bedürfnisse und Ängste zu reflektieren (häufig nach dem amerikanischen Vorbild des „consciousness-raising“), um diese nicht nur als individuelle, sondern auch als kollektive zu begreifen und Strategien, die vornehmlich die Solidarität unter den Frauen betonten, zu entwickeln. Diese Form der Selbsterfahrungsgruppen richtete sich vor allem an neu eintretende Mitglieder. Die Lebensdauer einzelner Gruppen betrug wenige Wochen bis zu einem Jahr.²²⁾

Idealerweise sollte in Frauen-Selbsterfahrungsgruppen ein vierphasiger Prozeß ablaufen:

1. sich selbst darstellen,
2. Erfahrungen teilen,
3. analysieren,
4. abstrahieren.

In der Anfangsphase sollte jede Frau von sich und ihrer Situation sprechen. Der Akzent lag in der ersten Phase auf der Darstellung von Gefühlen, in der zweiten Phase auf dem Berichten von Erlebnissen.

Dazu ist ein „aktives Zuhören notwendig, d.h. ein verstehendes Nachfragen wie: „Kannst du dafür ein Beispiel geben?“, „Du meinst also, daß...“, „Verstehe ich dich richtig, daß...?“ Anschließend wurde die einzelne Erfahrung durch die der anderen in einem Reihum-Gespräch ergänzt. In der dritten Phase wurden die Erfahrungen analysiert und nach Ursachen gefragt. Im letzten Schritt wurde versucht, die verschiedenen Einzelanalysen in einen Zusammenhang zu bringen und eine umfassende Strategie der Veränderung zu entwickeln. Die hier modellhaft dargestellte Abfolge der vier Phasen war nicht zwingend. Wichtig war nur, daß die subjektive Betroffenheit der teilnehmenden Frauen Ausgangs- und Angelpunkt des Prozesses sein mußte.²³⁾ „Bei einem guten Verlauf der Selbsterfahrungsgespräche sollte zum einen eine „Sensibilisierung“ stattgefunden haben, die den Frauen ermöglichte, nicht mehr den Mann als zwanghaften Maßstab für sich anzusetzen, zum anderen sollten sie in der Lage sein, kollektiv an einem Thema weiterzuarbeiten.“²⁴⁾

Es wurden ferner Gruppen gebildet, die ausgewählte politische Texte oder Texte von „Klassikerinnen“ der Frauenbewegung (so z.B. von Simone de Beauvoir, Betty Friedan usw.) besprachen oder bestimmte Themen bearbeiteten, wie Sexualität und Herrschaft, das Mutter-Tochter-Verhältnis, Krebsvorsorge, Märchen und Sagen usw. In Gruppen vermittelten die Frauen anderen Frauen eine Fülle von Fertig- und Fähigkeiten, wie z.B. Selbstverteidigung, technische Kenntnisse (z. B. Kfz-, Fahrrad- und Haushaltsreparaturkurse) usw. Es entstanden Mal- und Theatergruppen, eigene Theater- und Musikabende wurden organisiert und in den Frauenzentren Frauenfeste arrangiert. Gerade die Frauenfeste sind bis heute Ausdruck des neuen Selbstbewußtseins von Frauen. Eine Frau aus dem „Frankfurter Weiberrat“ beschrieb die neue Situation: „Das erste Frauenfest im Januar 1972 war phantastisch! Wir hatten uns bis dahin nicht vorstellen können, daß Feste ganz ohne Männer wirklich möglich sind, daß wir keine Männer brauchen, um ausgelassen sein zu können, tanzen zu können. So übertraf das Fest alle unsere Hoffnungen: wir erlebten es als wirkliche Befreiung, uns endlich einmal bewegen zu können, ohne ständig überlegen zu müssen, wie wir wohl gerade 'wirken', ohne ständig um die Aufmerksamkeit irgendwelcher Männer konkurrieren zu müssen. Die Männer reagierten auf das Fest neidisch, wütend, höhnisch, jedenfalls aber stark verunsichert: viele fühlten sich zum ersten Mal richtig ausgeschlossen.“²⁵⁾

Die Selbsterfahrungsgruppenarbeit blieb nicht unkritisiert. Vor allem wurde der Vorwurf erhoben, hier würde auf laienhafte Weise Psychoanalyse betrieben und die mit einem solchen Vorgehen verbundenen Gefahren verkannt. Auch würden die Gruppen häufig zu „Zufluchtsorten“, statt daß hier Kräfte zur Auseinandersetzung mit der Realität gestärkt würden. Zu viele Gruppen scheiterten außerdem an gruppendynamischen Schwierigkeiten.

Von „linker“ Seite wurde kritisiert, man arbeite und wirke für die Mitglieder eher gruppentherapeutisch als revolutionär-politisierend. Dieser Vorwurf war falsch, denn die Bildung und Stärkung eines veränderten Bewußtseins bedeutete bereits gesellschaftliche Veränderung. Ferner sahen die Frauenzentren die Öffentlichkeitsarbeit und die politische Arbeit im vorparlamentarischen Raum als besonders wichtig an. Um die Öffentlichkeit auf bestimmte aktuelle Probleme von Frauen (z.B. auf den § 218, die Diskriminierung weiblicher Bewerber bei Stellengesuchen), auf das veränderte Bewußtsein von Frauen (z.B. bei Protesten gegen „Miß-Wahlen“, gegen den „Mutter-Tag“) aufmerksam zu machen, wurden zuweilen pressewirksame Aktionen durchgeführt. Frauen sollten dadurch auf die Frauenbewegung aufmerksam gemacht werden, um so auch bei anderen Frauen einen Bewußtwerdungsprozeß einzuleiten und letztlich die Mobilisierung von immer mehr Frauen zu erreichen, die dann stärkeren Druck auf den Staat ausüben könnten.

Gerade in der Zeit, in der die Frauenzentren immer stärker zunahmen, nämlich ab 1972, kam es jedoch zu Konflikten in einigen Frauenzentren mit den orthodoxen Marxistinnen, die den anderen Frauen „Theorielosigkeit“ vorwarfen. Die erste Frauengruppe, nämlich der „Aktionsrat zur Befreiung der Frau“ in Berlin, änderte nach marxistischen Schulungskursen sein Selbstverständnis, was er durch die Umbenennung in „Sozialistischer Frauenbund West-Berlin“ dokumentieren wollte.²⁶⁾ Aus der zweiten Gründung, dem „Frankfurter Weiberrat“, traten einige Frauen aus; die Verbliebenen arbeiteten am Aufbau eines Frauenzentrums mit.²⁷⁾ In anderen Städten bildeten die orthodoxen Marxistinnen und die der DKP nahestehenden Frauen gesonderte Gruppen. Als letzte Vereinigung konstituierte sich 1976 die Demokratische Fraueninitiative (DFI) in bewußter Ablehnung der Frauenzentren, die ebenfalls gegen deren „Theorielosigkeit“ opponierte.²⁸⁾ Wie keine andere Frauengruppe fand sie in der Presse der DKP große Beachtung und uneingeschränkte Zustimmung, umgekehrt unterstützte sie auch alle öffentlichen politischen Aktionen der DKP.²⁹⁾

Die Neue Deutsche Frauenbewegung wurde aber nicht allein von diesen Gruppen getragen oder

politisch bestimmt.

Die vielen einzelnen Gründungsinitiativen und Frauenzusammenschlüsse in jenen 70er Jahren aufzuzählen, ist nicht möglich.³⁰⁾ In ihrer politischen Grundrichtung waren sie z.T. - wie erwähnt - sehr verschieden (gemäßigt feministisch, sozialliberal, stärker sozialistisch usw.), die meisten von ihnen legten Wert darauf, Frauen aller politischen Richtungen zu umfassen, die sich lediglich der Frauenbewegung zugehörig fühlen sollten. Für alle Gruppierungen (außer den orthodox-marxistischen) galt die beschriebene feministische Sichtweise. Innerhalb dieser feministischen Grundausrichtung bildete sich - ebenso seit Anfang der 70er Jahre - eine radikal-feministische Position heraus. Die Gruppen unterschieden sich voneinander in ihrer Abgrenzung zu den Männern. Die radikale Richtung verhielt sich völlig ablehnend den Männern und männlichen Verhaltensmustern gegenüber und verband damit die Proklamation einer weiblichen Gegenkultur. Radikal meinte in diesem Zusammenhang, daß sich die Frauen nicht nur auf ihr Geschlecht besannen, gemeinsame Forderungen aufstellten und ihre Probleme gemeinsam unter Ausschluß der Männer diskutierten, sondern daß sie darüber hinaus einen Beitrag zur Gesellschaft leisten wollten, der - wie einige von ihnen sogar annahmen - ein besserer sein würde als der der Männer. Die Unterdrückung der Frau sahen die radikalen Feministinnen vornehmlich auf der Ebene der Sexualität; für sie war primärer Feind das Patriarchat.³¹⁾ Gegen diese radikal feministische Richtung wandte sich eine der berühmtesten Vertreterinnen der Neuen Frauenbewegung, die sich selbst auch als Feministin bezeichnete, nämlich Simone de Beauvoir: „Männerhaß geht bei manchen Frauen so weit, daß sie alle von den Männern anerkannten Werte verwerfen und alles ablehnen, was sie, die Frauen, als 'männliches Modell' bezeichnen. Ich kann dem nicht zustimmen, da ich nicht glaube, daß es spezifisch feminine Eigenschaften, Werte oder Lebensweisen gibt. Daran zu glauben hieße, die Existenz einer weiblichen Natur anzuerkennen, mit anderen Worten: einem Mythos anzuhängen, der von den Männern eigens erfunden wurde, um die Unterdrückung der Frau aufrechtzuerhalten. Es geht für die Frau nicht darum, sich als Frau zu bestätigen, sondern als ganzes vollständiges menschliches Wesen anerkannt zu werden.“³²⁾

Rein quantitativ kam der radikalen Richtung innerhalb der Neuen Frauenbewegung keine ausschlaggebende Bedeutung zu. So zeigt auch eine Analyse der von 1968 bis 1973 erschienenen Emanzipationsliteratur (darunter sind jene Bücher oder Buchartikel zu verstehen, die eine Veränderung der sozialen Lage der Frauen in unserer Gesellschaft forderten) ihre geringe Verbreitung auf dem Buchmarkt.³³⁾

Unterschiedliche Auffassungen kristallisierten sich ebenfalls Anfang der 70er Jahre innerhalb der Frauenbewegung und innerhalb der Frauenzentren heraus in der Frage des Verhältnisses zur Homosexualität. Zögernd zunächst bekannten sich einzelne Frauen als Lesben und lösten damit vielfach Hilflosigkeit, Verhaltensunsicherheit und Aggression bei anderen Frauen aus. Mit steigender Besinnung der homosexuellen Frauen auf ihre Bedürfnisse und mit steigendem Selbstbewußtsein nahmen sie dann für sich in Anspruch, die höchste Entwicklungsstufe des Feminismus erreicht zu haben. Denn - da in unserer Gesellschaft „normale“ Weiblichkeit vor allem über die sexuelle Attraktivität für Männer definiert wird - würde Lesbianismus die totale Zurückweisung dieses Kriteriums als Maßstab für Weiblichkeit bedeuten, wären allein lesbische Frauen nicht nur ökonomisch gegenüber den Männern autonom, sondern auch emotional und sexuell; ihre Identität wäre von der Beziehung zu Männern unabhängig.³⁴⁾ Diese Haltung rief vielerorts derartige Spannungen hervor, daß sich eigene Lesbengruppen bildeten.³⁵⁾ Das öffentliche Bekenntnis zur Homosexualität führte in der Öffentlichkeit bei denen, welche die Neue Frauenbewegung nicht aus eigenem Erleben kannten, zuweilen zu einer Gleichsetzung von Feminismus und Lesbianismus und damit zu einer pauschalen Etikettierung und Ablehnung der Neuen Frauenbewegung.

Trotz aller positionalen Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppierungen innerhalb der Neuen Frauenbewegung waren diese jedoch nicht so groß wie die Differenzen zwischen ihr und den etablierten Frauenverbänden. Dies zeigte sich z.B. sehr deutlich auf zwei Tagungen (1974 und 1975 in der Evangelischen Akademie Loccum), zu denen beide Richtungen zu einem gemeinsamen Gespräch eingeladen worden waren. Sowohl im Ziel als auch im Weg erwiesen sich die Anschauungen der „etablierten“ und vieler Gruppierungen der Neuen Frauenbewegung als konträr: Die Verbesserung der Situation der Frauen schien den einen im Rahmen der in der Gesellschaft bestehenden Organisationen und Institutionen, z.B. durch mehr Mitarbeit von Frauen in Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Verbänden, möglich, den anderen, neuen Gruppierungen damals aber nur außerhalb der bestehenden Ordnung, evtl. noch durch eine eigene Frauenpartei im Parlament. Bei ihnen war und ist das feministische Bewußtsein Ausgangs- und Zentrierungspunkt.³⁶⁾

Dennoch wurde das aufeinander Angewiesensein betont. Inge Sollwedel, Vizepräsidentin des Verbandes berufstätiger Frauen, formulierte es so: „Die Gruppen der Neuen Frauenbewegung haben

den Zugang zur Basis; die zum großen Teil personal ausblutenden, traditionellen Frauenverbände haben den Zugang zur Spitze, zu den Geldtöpfen, zu den politischen Machtzentren. Hier sich zu ergänzen, scheint nach Loccum für Frauen in der alten und der Neuen Frauenbewegung ein lohnendes Ziel. Zunächst kann es allerdings nur darum gehen, Informationen auszutauschen und die auf beiden Seiten vorhandene Gesprächsbereitschaft zu institutionalisieren.“³⁷⁾ Dieses Ziel wurde auf einer 2. Loccumer Tagung (13.4.1975) nochmals erneuert. Die Abgrenzung (bis hin zur gegenseitigen Ablehnung) blieb aber bestehen, wenngleich es vereinzelt und auf verschiedenen Ebenen durchaus Kontakte gab.

Wie stark dennoch inzwischen die Notwendigkeit einer Veränderung der Situation der Frauen in das allgemeine öffentliche Bewußtsein gedrungen war, wird daran deutlich, daß der Deutsche Bundestag am 8. November 1973 auf Antrag der CDU/CSU-Fraktion erstmalig eine Enquete-Kommission „Frau und Gesellschaft“ einsetzte. Sie wurde am 19. Juni 1974 konstituiert und legte 1976 einen Zwischenbericht³⁸⁾ und am 29.8.1980 den Abschlußbericht (Drucksache 8/4461) vor.

Ferner brachten zwei Ereignisse in diesem Zeitabschnitt die Neue Frauenbewegung und einige Gruppen der traditionellen Frauenverbände einander näher, wenn auch keine direkte Zusammenarbeit zwischen beiden gegeben war. So führte die breite Kampagne gegen den § 218, die von sämtlichen Frauengruppen der Neuen Frauenbewegung und Frauen aus nahezu allen Parteien (abgesehen von der CDU/CSU) sowie aus den Gewerkschaften getragen wurde, dazu,³⁹⁾ daß am 26.4.1974 die Einführung der Fristenregelung beschlossen wurde. Jedoch erklärte das Bundesverfassungsgericht diese 1975 wieder für verfassungswidrig.⁴⁰⁾ 1976 trat dann schließlich die Indikationslösung in Kraft.⁴¹⁾

Das Internationale Jahr der Frau, 1975, brachte eine noch stärkere Verbreitung der Ziele der Neuen Frauenbewegung und ihr Anwachsen mit sich, so daß auch viele der etablierten Verbände, die ebenfalls das Internationale Jahr der Frau unterstützten, sich gleichzeitig damit in eine Auseinandersetzung mit den Ideen dieser neuen Bewegung verwickelt sahen. Die Zahl der Sympathisantinnen für die Neue Frauenbewegung stieg, wenn es auch immer „Gegner“ der Emanzipationsbewegung gab und gibt. Diese rekrutieren sich nicht nur aus den Reihen der Männer, sondern auch aus Frauen, die durch die neuen feministischen Ideen ihr jetziges Dasein und ihr Selbstverständnis und damit ihr Selbstbewußtsein in Frage gestellt sehen und somit absichtlich oder unbewußt Veränderungen zu verhindern trachten.⁴²⁾

6.2.3 Die Phase der feministischen Projekte

Zu Recht weist Herald Schenk darauf hin, daß die zeitliche Abgrenzung zwischen den verschiedenen Phasen der Neuen Frauenbewegung schwer zu ziehen ist, da die Entwicklung in den verschiedenen Städten mit unterschiedlicher Geschwindigkeit erfolgte. Zudem wurde die „alte“ Arbeit, z.B. auch die Gründungen von Selbsterfahrungsgruppen (wenn auch nicht mehr in dem ursprünglichen Umfange), fortgesetzt. Dennoch haben sich Zielrichtung und Arbeitsschwerpunkte während der zweiten Hälfte der 70er Jahre verschoben. Neu hinzugekommen sind die sogenannten Frauenprojekte, wodurch die Neue Frauenbewegung ein beachtliches Spektrum an Aktivitäten und Initiativen hervorgebracht hat.⁴³⁾ Manche dieser feministischen Projekte gingen auf Anregungen der englischen oder amerikanischen Frauenbewegung zurück.

Die ältesten Projekte sind die feministischen Gesundheitszentren, die nach amerikanischen Vorbildern errichtet wurden. Dort sollen Frauen nicht nur über Schwangerschaftsverhütung und Schwangerschaft beraten und über Möglichkeiten des Abbruchs informiert werden, sondern darüber hinaus gynäkologische Selbstbeobachtung und Selbstuntersuchung praktizieren.⁴⁴⁾

Ebenfalls aus den USA stammt die Idee der feministischen Therapie. Hierzu schreibt eine Gruppe von Psychologinnen: „Wir als Psychologinnen sahen die Ähnlichkeit in der Sozialisation und unserer gesellschaftlichen Situation als Frauen und der daraus folgenden psychischen Strukturen und kamen zu dem Schluß: nur Frauen können Frauen verstehen! Konsequenterweise auf Therapie angewendet, heißt das für uns, daß nur Frauen Frauen therapieren können. Diese Erkenntnis - zusammen mit der Kritik der herkömmlichen Therapiemethoden - führten an vielen Orten zu einer Diskussion darüber, wie wir diese neue Form der Frauentherapie schaffen können, welche Ziele wir definieren, welche Methoden wir anwenden können. Gleichzeitig sahen wir mit neuen Augen in unserer praktischen Arbeit mit Frauen die Ursache für viele Störungen und Leiden der Frauen, insbesondere auf sexueller und Kontaktebene, immer mehr in der Beschränkung auf die herkömmliche Rolle der Frau, die im Widerspruch zu den Wünschen und Bedürfnissen der Frauen steht. Früher suchten wir die Störungen aus der frühen Kindheit

abzuleiten, oder aus den entfremdeten kapitalistischen Lebensbedingungen, jetzt beachten wir mehr die frauenspezifische Unterdrückung - ohne jedoch die anderen Faktoren außer acht zu lassen. Vor allem das Buch von Phyllis Chesler „Frauen - das verrückte Geschlecht“ regte viele von uns an, darüber nachzudenken, wie das Eingezwängtsein in die rigide Rolle der Frau als Dienerin des Mannes Frauen verrückt und neurotisch macht.“⁴⁵⁾

Am bekanntesten und sehr verbreitet sind die Frauenhausprojekte; sie wurden in der breiten Öffentlichkeit auch am stärksten diskutiert und beachtet.⁴⁶⁾ Das erste Frauenhaus wurde in England eröffnet; das erste deutsche in West-Berlin. Es wurde als Modellversuch für drei Jahre von der Bundesregierung anerkannt und zu 80% vom Bund und zu 20% vom Berliner Senat, seit 1980 allein vom Senat, finanziell unterstützt.⁴⁷⁾ In den Frauenhäusern - es kann sich hierbei de facto um Häuser, aber auch um abgeschlossene Wohnungen handeln - finden von ihren Ehemännern mißhandelte Frauen mit ihren Kindern Aufnahme. Ihnen wird hier nicht mehr als eine Zwischenstation geboten, ein gewaltfreier Raum, der Zeit zum Nachdenken und Neuorientierungen bieten soll.⁴⁸⁾ Der Zutritt ist Männern versagt. Die Frauen, denen hier nicht in der herkömmlichen Sozialarbeitsweise geholfen wird, sollen in Selbstverwaltung lernen, ihre eigenen Angelegenheiten zu regeln - einschließlich die der jetzigen Wohngemeinschaft - und ihre Zukunft eigenständig in die Hand zu nehmen, wobei ihnen Frauen aus der Frauenbewegung beratend zur Seite stehen, mit ihnen z.B. Behördengänge erledigen, Anwälte aufsuchen usw. Erst durch diese Frauenhausgruppen wurde in der Öffentlichkeit, vornehmlich in den Medien und in wissenschaftlichen Abhandlungen, überhaupt das Problem „Gewalt in der Ehe“ diskutiert.⁴⁹⁾ Inzwischen sind in vielen Städten der Bundesrepublik derartige Häuser eingerichtet worden und haben die Skepsis vieler Gemeindevertreter widerlegt, die den Bedarf anzweifelten. Schließlich haben auch Verbände der freien Wohlfahrtspflege eigene Frauenhäuser gegründet, deren Organisation allerdings - im Gegensatz zu den Frauenhäusern der Neuen Frauenbewegung - zum Teil mehr an der üblichen Form von Sozialarbeit orientiert ist. Diese nicht-feministischen Häuser haben sich inzwischen in einer „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Frauen- und Kinderschutzhäuser“ zusammengeschlossen.⁵⁰⁾

Konflikte entstanden in einigen Gemeinden bei der Gewährung finanzieller Unterstützung für die feministischen Frauenhausprojekte, da diese mit der Möglichkeit der staatlichen Kontrolle, einschließlich der Registrierung der mißhandelten Frauen, verknüpft werden sollte. Auf einem Kongreß in Göttingen im Herbst 1979, an dem 32 Frauenhausgruppen und -initiativen aus dem gesamten Bundesgebiet teilnahmen, wurde eine gemeinsame Resolution gegen derartige Forderungen erstellt.⁵¹⁾ Wegen der finanziellen Zuwendungen mußten sie ferner zumeist die Organisationsform des e.V. wählen.

Seit einigen Jahren widmet sich die Neue Frauenbewegung verstärkt auch dem Problem der Vergewaltigung, keinem - schon rein quantitativ gemessen - geringen, wie die polizeiliche Kriminalstatistik zeigt. Da viele Frauen aus Scham und Angst eine Vergewaltigung nicht anzuzeigen wagen, bieten nunmehr verschiedene Frauengruppen Beratung, Hilfe und Unterstützung für die betroffenen Frauen an. Ebenfalls nach englischem Vorbild wurde im Januar 1978 in West-Berlin das erste Projekt dieser Art auf deutschem Boden gegründet, der „Notruf für vergewaltigte Frauen“.⁵²⁾ 1981 gab es bereits zehn solcher Stellen, 1989 waren es fast dreißig.⁵³⁾ Ihre aktuelle Zahl ist leider unbekannt.

Die Diskussion über sexuelle Gewalt gegen Frauen hat dieses früher tabuisierte Problem so stark öffentlich werden lassen, daß endlich auch die Frage nach einem rechtlichen Schutz der Ehefrauen gegen sexuelle Vergewaltigung in der Ehe gestellt werden konnte und nunmehr ein entsprechendes Gesetz vorliegt. Zum Schutz von Mädchen vor sexueller Gewalt wurden und werden in vielen Städten Beratungsstellen für Mädchen (die Vereine „Wildwasser“) initiiert. Viele „Mädchenprojekte“ haben Zufluchtswohnungen und Mädchenhäuser eingerichtet.

Auch im kulturellen Bereich wurden neue Initiativen entwickelt. So entstanden eine Reihe von Frauenverlagen (z.B. „Frauenoffensive“ in München, „Orlanda Frauenverlag“ in Berlin, „Zeichen und Spuren“ in Bremen, „Kore Verlag GmbH“ in Freiburg, „Daphne Verlag“ in Göttingen usw.). Nach dem Aral Taschenbuch der Frauenpresse (Remagen-Rolandseck 1996) gibt es z.Z. insgesamt 26 Frauenverlage und 31 Frauenbuchläden (zuweilen gekoppelt mit Tee- oder Kaffeestuben, in denen häufig auch Diskussionsabende oder Autorinnen-Lesungen stattfinden). Ferner wurden feministische Zeitschriften gegründet, sowohl theoretische bzw. stark wissenschaftlich orientierte als auch solche, die zu bestimmten aktuellen Themenkomplexen Stellung nehmen und sich an eine breite öffentliche Leserschaft wenden. Am bekanntesten in dieser Hinsicht wurde die Zeitschrift „EMMA“, die vor fast 20 Jahren (im Februar 1977) von Alice Schwarzer begründet wurde.⁵⁴⁾ Ferner erscheinen seit den 70er Jahren auch Frauenjahrbücher und Frauenkalender in verschiedensten Ausführungen und in

unterschiedlicher politischer Grundausrichtung. Daß gerade im Verlagswesen ein großer Bedarf an feministischer Literatur bestand und bisher weiter besteht, haben die traditionellen Verlagsanstalten zunächst nur als eine vorübergehende Modeerscheinung interpretiert. Inzwischen sind einige dazu übergegangen, eigene Buchreihen für Frauen herauszugeben in Konkurrenz zu den feministischen Unternehmungen (so z.B. Rowohlt, Herder)⁵⁵⁾ und auch wissenschaftliche Zeitschriften (z.B. die Feministischen Studien, zunächst im Beltz-, jetzt im Deutschen Studienverlag). Frigga Haug betont zu Recht, die Neue Frauenbewegung habe eine richtige Lesekultur entwickelt.⁵⁶⁾

Alle diese feministischen Projekte, die zu wirtschaftlichen Unternehmungen wurden, „haben den Anspruch, sich ökonomisch weitgehend selbst zu unterhalten, d.h. auch, daß versucht wird, die Arbeit einer oder mehrerer im Projekt arbeitenden Frauen zu finanzieren. Außerdem bestehen bestimmte Ansprüche an die Arbeitsorganisation: die Arbeit soll möglichst von einer Gruppe geleistet werden, die gemeinschaftlich entscheidet und das finanzielle Risiko gemeinschaftlich trägt.“⁵⁷⁾

Weiterhin sind Frauenbands, Frauentheater und -filmgruppen sowie Frauenkabarets entstanden. Frauen, tätig in verschiedenen kulturellen Bereichen, haben sich zusammengeschlossen: so die „schreibenden“ Frauen, die Frauen in den offiziellen Medien.⁵⁸⁾ Letztere haben auf ihrem 3. bundesweiten Medienfrauen-Treffen nach gezielter systematischer Programmbeobachtung verschiedener Sender durch Frauengruppen den Wanderpokal „Saure Gurke“ verliehen. Dazu schreiben sie: „Nach mühevoller Entscheidungsfindung ehren wir mit dieser Auszeichnung eine Sendung, die sich in besonderer Weise der Belange der Frauen angenommen hat. Der Preis geht an das „Streitgespräch § 218“ (20. Dezember 1979), Moderation: Theo M. Loch, Redaktion: Johannes Kaul, Gesprächsteilnehmer: Josef Kardinal Ratzinger und Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel. Begründung: Frei von aller bei diesem Thema zu befürchtenden weiblichen Emotionalität verhandelten die drei älteren Herren mit der gebotenen Distanz und Nüchternheit das Problem, das 17 Mill. Frauen bewegt.“⁵⁹⁾ In diesem Jahr, 1996, wurde der Wanderpokal „Saure Gurke“ an den Intendanten des WDR, Fritz Pleitgen, für die Moderation einer Presseclub-Sendung über die größte UN-Konferenz aller Zeiten, nämlich die UN-Weltfrauenkonferenz in Peking vergeben.⁶⁰⁾

Ferner entstanden Frauen-Freizeit- und Frauen-Ferienhäuser auf dem Lande, die von Frauengruppen getragen werden, Frauen-Reiseveranstaltungen nehmen immer stärker zu. Seit Ende der 80er Jahre gibt es das erste Frauenhotel in Berlin.⁶¹⁾ In vielen Städten finden sich Frauencafés und Frauenkneipen, zu denen Männern der Zutritt verwehrt ist.⁶²⁾

Auch auf wissenschaftlichem Gebiet sind verschiedene Projekte initiiert worden. Besondere Ausstrahlungskraft besaß die „Sommeruniversität“ in Berlin (erstmalig durchgeführt 1976), gemessen an der hohen Teilnehmerinnenzahl (jedes Jahr mehrere Tausende). Nicht nur die studierende, sondern jede interessierte Frau kann sie besuchen. Verschiedenste Themen wurden behandelt: Frauen und Wissenschaft (1976), Frauen als unbezahlte und bezahlte Arbeitskräfte (1977), Frauen und Mütter (1978), Autonomie und Institution (1979), Biederer Alltag - Radikale Träume (1980). Nunmehr werden auch in anderen Städten regelmäßige Tagungen zu bestimmten frauenspezifischen Themen organisiert, z.B. in Hamburg, Bremen, Dortmund.

Die Sommeruniversität trug auch zur Gründung einer „AG: Frauen und Schule“ bei, wobei es den Gründerinnen (Uta Enders-Drägässer und Ilse Bremer) nicht nur um spezifische Probleme der Lehrerinnen und Schülerinnen ging, sondern auch um die Situation der Mütter. Rückblickend schreibt Uta Enders-Drägässer: „Was uns mit der 'Gründung' der 'AG: Frauen und Schule' damals vorschwebte, war eine bundesweit agierende Arbeitsgemeinschaft als Koordinationsstelle für Frauen mit ganz unterschiedlichen Bezügen zur Institution Schule, aber einem gemeinsamen Interesse an sowohl theoriebezogener als auch praxisorientierter und damit auch frauenpolitischer Auseinandersetzungen mit dem Sexismus im Schulwesen.“⁶³⁾ Die von der „AG: Frauen und Schule“ organisierte erste Frauenfachtagung fand 1982 in Gießen statt, mit ca. 200 Teilnehmerinnen, die folgende in Bielefeld (1983), dann in Berlin (1984), in Frankfurt (1985), in München (1986), in Kiel (1987), in Dortmund (1988), in Hamburg (1991)⁶⁴⁾, in Esslingen (1995) und die letzte, also der 10. Bundeskongreß „Frauen und Schule“, in Oldenburg (1996), mit dem Thema „FrauenStärken - Schule verändern“, an dem über 700 Frauen aus dem gesamten Bundesgebiet teilnahmen und ca. 400 Schülerinnen.⁶⁵⁾

Selbst ein alle zwei Jahre stattfindender internationaler Frauenkongreß ohne strenge Organisationsform hat sich etabliert. Er trägt den Namen „International Interdisciplinary Congress on Women“ und fand bisher in Israel, in den Niederlanden, in Irland, in New York, in Puerto Rico und

1996 in Australien statt. Hier treffen sich vornehmlich Frauen, die in höhere Positionen der Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung aufgestiegen sind und einen wissenschaftlichen Erfahrungsaustausch suchen.

Im Jahre 1978 wurde der Verein „Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V.“ gegründet. Ihm gehören überwiegend Frauen an, die im pädagogischen oder sozialen Bereich - im weitesten Sinne, eingeschlossen: Medizin, Architektur, Stadtplanung, Geschichte - arbeiten bzw. studieren (Lehrerinnen, Sozialwissenschaftlerinnen, Diplom-Pädagoginnen, Kindergärtnerinnen usw.). Ziel dieser Organisation ist es: „Interdisziplinäre Forschung, Lehre und Praxis auf nationaler und internationaler Ebene durch wissenschaftliche Diskussion, Koordination von Projekten, Informationsaustausch und Veröffentlichungen zu fördern“. Dabei möchte man ein „Verständnis von Frauenforschung durchsetzen, ... das die Trennung zwischen Frauen als Wissenschaftlerinnen und Frauen als Gegenstand von Wissenschaft inhaltlich und tendenziell“ aufhebt und Theorie und Praxis als aufeinander bezogen begreift. Ferner sollen die beruflichen Interessen von Sozialwissenschaftlerinnen „wirkungsvoller durchgesetzt werden.“⁶⁶⁾ Auch dieser Verein veranstaltet regelmäßig Tagungen; so fand 1978 in Köln ein Kongreß mit dem Thema „Feministische Theorie und Praxis in sozialen und pädagogischen Berufsfeldern“ statt, an dem 2.000 Frauen teilnahmen, und 1979 in Dortmund das erste „Frauenforum im Revier“, bei dem erstmalig die praktischen Lebensbedingungen von Frauen im Ruhrgebiet behandelt wurden. Die Teilnehmerzahl betrug 5.000. Darüber hinaus werden kleinere Workshops und Mitgliederversammlungen organisiert und Rundbriefe sowie die Buchreihe „Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis“ herausgegeben. Erst langsam konnten sich innerhalb der traditionellen Erwachsenenbildungsinstitutionen frauenspezifische Themen durchsetzen, obwohl das Thema auf theoretischer Ebene frühzeitig eine starke Resonanz gefunden hatte.⁶⁷⁾

Innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Soziologie wurde 1979 eine Sektion „Frauenforschung“ etabliert, ein wissenschaftliches Diskussionsforum mit regelmäßigen Sektionssitzungen für Sozialwissenschaftlerinnen. Beide sozialwissenschaftlichen Vereinigungen, die Sektion und der Verein, gehen letztlich auf eine Fraueninitiative vom 18. Soziologentag in Bielefeld 1976 zurück. In dieser Vorgründungsphase sind unter den Initiatorinnen „immer wieder Auseinandersetzungen um die Alternative geführt worden, ob frau das Prestige angesehener Organisationen (wie der DGS) ausnutzen soll, um mit deren Hilfe Frauenforschung endlich 'hoffähig' zu machen, oder ob es mehr darum geht, feministische Frauenforschung in einer autonomen Organisationsform sichtbar zu machen und weiterzuentwickeln.“⁶⁸⁾ Denn Frauengruppen innerhalb traditioneller Vereinigungen könnten Gefahr laufen, ihre Autonomie zu verlieren und lediglich zu einem „Anhängsel“ zu werden, dem die Struktur von der gesamten Organisation „aufgedrückt“ würde, wodurch z.B. Analysen weiblicher Lebenszusammenhänge, gemessen an männlichen Maßstäben, nur defizitär erscheinen könnten. Schließlich bezeichnete sich die Neue Frauenbewegung bewußt als „autonome“ und legte gerade auf diese Organisationsstruktur - wie in 6.2.1 beschrieben und begründet - besonderen Wert. Die Gründerinnen entschlossen sich, zweigleisig zu verfahren und beide Vereinigungen zu starten.⁶⁹⁾

Im Zusammenhang mit der Neuen Frauenbewegung entstand in der Bundesrepublik Deutschland auch die Frauenforschung. Ute Gerhard schreibt: „Beide verfolgen das Ziel, zur Emanzipation der Frauen beizutragen und soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit im Geschlechterverhältnis aufzuheben: die Frauenbewegung durch die Mobilisierung von Anhängerinnen und durch den Versuch, politisch Einfluß zu nehmen - die Frauenforschung als kritische Wissenschaft, die die Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen prüft und die Ursachen anhaltender Diskriminierung und struktureller Benachteiligung aufdecken sowie die Erfahrungen und Erkenntnisinteressen von Frauen in den wissenschaftlichen Diskurs einbringen will. Darüber hinaus will Frauenforschung die Perspektive von Frauen auf die Welt auch durch ihre Teilhabe an Forschung und Lehre absichern.“⁷⁰⁾

Vorbehalte wurden jedoch bei der Diskussion um die Einrichtung von Frauenforschungszentren an Universitäten geäußert, wie sie in den USA inzwischen weit verbreitet sind, dagegen in der Bundesrepublik Deutschland damals erst zaghaft in Angriff genommen wurden (so in West-Berlin und Bielefeld). Ebenso hatten in jener Zeit bei uns universitäre „Frauenprojekte“, „Seminare“ und Ringvorlesungen noch nicht die Institutionalisierungsform gefunden, wie an den nordamerikanischen Hochschulen (hierauf wird später noch einmal eingegangen).⁷¹⁾

Zahlreiche Forschungsprojekte mit den verschiedensten frauenspezifischen Themen wurden in der Bundesrepublik Deutschland ab den 70er Jahren durchgeführt.⁷²⁾ Ferner begannen Feministinnen der

Geschichts- sowie Literaturwissenschaft bedeutende historische Frauengestalten wiederzuentdecken oder geschichtliche Ereignisse neu zu interpretieren.⁷³⁾ Weiterhin wurden Frauenarchive gegründet.⁷⁴⁾ Selbst eine feministische Theologie⁷⁵⁾, eine feministische Pädagogik und Ansätze zu einer feministischen Kritik von Naturwissenschaft sowie Technik⁷⁶⁾ und eine feministische Wissenschaftstheorie mit ihrem Postulat der Parteilichkeit - sie steht dem aktionstheoretischen Ansatz sehr nahe⁷⁷⁾ - wurden von Wissenschaftlerinnen konzipiert. Auf den Feminismusbegriff, der - bei aller Unterschiedlichkeit zwischen den einzelnen Autorinnen - ihren Überlegungen dennoch gemeinsam zugrunde liegt, wurde bereits eingegangen.

Ebenso entstand eine feministische Pädagogik⁷⁸⁾, in der in den letzten Jahren erneut die Frage der Chancengleichheit und Koedukation problematisiert wird, worauf hier nicht näher eingegangen werden kann.⁷⁹⁾ Gleiches gilt für die umfangreiche Diskussion über die Gewalt in der Schule. Eine ihrer neuen Forderungen ist, die Mädchen nicht nur defizitär zu betrachten und die sozialen Kompetenzen bei Jungen zu fördern.⁸⁰⁾

Inzwischen wurden auch zwei Graduiertenkollegs durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert: seit 1992 in München (Thema: Geschlechterdifferenz und Literatur) und seit 1993 in Dortmund (Thema: Geschlechterverhältnis und sozialer Wandel, Handlungsspielräume und Definitionsmacht von Frauen).

Durch diese knappe und notwendigerweise selektive Übersicht über die verschiedensten feministischen Projekte, mit denen in jener Zeit - also vor über 20 Jahren - begonnen wurde und die im Laufe der Zeit ausgebaut wurden und in großer Vielfalt heute bestehen, sollte die Aktivität und Kreativität der Vertreterinnen der Neuen Frauenbewegung verdeutlicht werden; ihre Vielzahl wird im übrigen jährlich dokumentiert mit Adressenangaben im „Frauenkalender“.⁸¹⁾

Zusammenfassend sei die Einteilung der verschiedensten Frauenprojekte in drei große Gruppen von Renate Wiggershaus wiedergegeben:

1. Unternehmungen, die sich mit Aufklärung, Weiterbildung, Selbstverwirklichung, feministischer Gegenkultur und der Politisierung von Frauen befassen, z.B. Frauenzentren, Frauenbuchläden, Frauenverlage, Frauenforschung, Frauenwerkstätten, Frauenbands;
2. Einrichtungen, die sich gegen „Gewalt gegen Frauen“ richten, z.B. Frauenhäuser für mißhandelte Frauen, Notruf-Büros für vergewaltigte Frauen und Mädchen;
3. Örtlichkeiten, wo Frauen gemeinsam ihre Freizeit verbringen, ernst oder heiter, mit oder ohne Kinder, wie z.B. Frauencafes, Frauenkneipen, Frauenferienhäuser.⁸²⁾

Die Projektphase wird in ihrer Wirkung auf die Neue Frauenbewegung selbst unterschiedlich bewertet. Einerseits wurden durch die stärkere Öffnung nach außen die Ideen der Neuen Frauenbewegung in breitere Kreise der Öffentlichkeit getragen, als dies zuvor in der ersten Phase geschehen war. Andererseits barg die Verschiedenartigkeit der Initiativen und die Notwendigkeit intensiver Mitarbeit in sich die Gefahr der Verselbständigung der Projekte, ihrer Abkapselung und damit der Zersplitterung und „Entpolitisierung“ der Frauenbewegung durch fehlende Rückkoppelung zu den Frauenzentren - und in der Tat ging die Teilnahme an den Plenen in vielen Frauenzentren zurück; schließlich mußten diese immer stärkere Auflösungserscheinungen registrieren.⁸³⁾ Dennoch bleibt, daß diese vielfältigsten Projekte bis heute - z.T. in veränderter Organisationsform und/oder Personalbesetzung - lebendig geblieben sind; vielleicht hätten manche ihrer Initiatorinnen damals in den 70er/Anfang 80er Jahren diese Entwicklung selbst nicht vermutet.

6.2.4 „Gegenströmungen“ oder eine „innere Wende“ in der Neuen Frauenbewegung?

In den 80er Jahren tauchten - wiederum aus den USA kommend - zwei gegenläufige Strömungen auf: So bestand eines der ursprünglichen Veränderungsziele der Neuen Frauenbewegung darin, gegen die als biologisch begründeten „Wesensunterschiede“ zwischen Männern und Frauen anzukämpfen. Jetzt machte sich innerhalb mancher Projekte ein gegenläufiger Trend kund: Durch die Forderungen nach radikaler Ablehnung „männlicher Denkstrukturen“ und „männlicher Verhaltensweisen“, nach einem neuen „Weiblichkeitsmythos“, der die Bedeutung von Körpererlebnissen wie Mutterschaft,

Schwangerschaft, Geburt, Stillen usw. als zentralen Teil des Frauseins betonte.⁸⁴⁾ Nicht das Ziel, z.B. Ablehnung „männlicher Verhaltensweisen“, das Erlebenlassen von Körperlichkeit, war eine „Kehrtwendung“ innerhalb der Neuen Frauenbewegung, sondern die Art der Begründung, der das alte biologistische Denken zugrunde lag, und die Radikalität, nämlich die totale Ablehnung von Werten und Verhaltensweisen, nur weil sie „männlich“ sind.

Eine besonders extreme Ausformung dieser Entwicklung stellte der in den USA entstandene und auch in England existierende „Feministische Spiritualismus“ dar. Ihre Vertreterinnen betonten nicht nur eine natürliche Überlegenheit der Frauen, sondern wollten sogar die Astrologie neu interpretieren, legten den Tarot, zelebrierten feministische Rituale zu Geburt, Tod und Menstruation, praktizierten Meditation und Yoga, ernährten sich nur von natürlichen Substanzen, da sie sich abhängig von den übrigen Teilen der Biosphäre begriffen usw., usw. Sie schrieben: „Durch die Frauenbewegung haben wir gelernt, daß wir unsere Befreiung nicht erreichen, indem wir männlichen Normen nacheifern, sondern eher, indem wir unsere innere Stärke und unsere göttlichen Qualitäten erkennen. ...“⁸⁵⁾

In der Bundesrepublik Deutschland hatte diese Richtung zu keiner Zeit eine sehr große Anhängerschaft, und Alice Schwarzer schrieb bereits 1983 über diese Entwicklung: „Die schlimmsten Phasen der biologistischen Argumentation - vom Natur-Mythos bis zur neuen Mütterlichkeit - sind überwunden. Frauen werden wieder kämpferischer, viele haben erkannt, daß wir unsere Rechte, die wir uns mühsam erkämpft haben, nicht mit Hilfe der Mondgöttin verteidigen können. Dennoch bleibt die Sorge ... vor einem Rückfall in den neuen/alten Weiblichkeitswahn gerade in Zeiten der Millionen-Arbeitslosigkeit und lautstarker Propagierung einer 'heilen Familie' und der 'weiblichen Rolle' leider hochaktuell.“⁸⁶⁾

Die zweite „Gegenströmung“ (wenn auch vielleicht von ihren Befürworterinnen nicht bewußt so gesehen) wurde eingeleitet mit der Forderung nach „neuer Mütterlichkeit“. Damit wurde nämlich nicht mehr die Aufhebung der polar zugeordneten Verhaltens- und Einstellungszuschreibungen gefordert (wie am Anfang der Frauenbewegung) und damit sämtliche - den Männern sowie den Frauen - zugeordneten Verhaltensweisen hinterfragt und gerade die Geschlechterpolarisierung als Unterdrückungsmechanismus bekämpft, sondern lediglich der eine „Pol“ als erstrebenswert erklärt. Eine ähnliche Entwicklung wie innerhalb der ersten bürgerlichen Frauenbewegung schien sich hier anzubahnen, wenn auch bei einem kleinen Teil der Neuen Frauenbewegung.

Auch das Erziehungsgeld-Gesetz, das Müttern (oder Vätern) eine finanzielle Unterstützung gewährt, die aus dem Erwerbsleben nach der Geburt ihres Kindes ausscheiden oder bereits ausgeschieden sind, unterstützt vor allem jene traditionelle Frauenrolle. Erziehungsurlaub (bei weitgehendem Kündigungsschutz) und Bundeserziehungsgeldgesetz (ab 01.01.1986, seitdem schrittweise erweitert) sollen es zwar Müttern oder Vätern erleichtern, ihre Erwerbstätigkeit nach der Geburt ihres Kindes ganz oder teilweise zu unterbrechen, und Hausfrauen bzw. „Hausmännern“ wird die Erziehungsleistung nach der Geburt des Kindes finanziell anerkannt, jedoch nehmen fast ausschließlich Frauen diese Regelungen in Anspruch.

Andererseits wird mit solchen Gesetzen einer Forderung von Teilen der Frauenbewegung ein Stück weit entsprochen: der Forderung nach „Lohn für Hausarbeit“.⁸⁷⁾

Die Forderung nach „Lohn für Hausarbeit“ kam Mitte der 70er Jahre aus Italien und England. Er sollte entweder vom Staat oder vom Ehepartner demjenigen gezahlt werden, der die Hausarbeit verrichtet.⁸⁸⁾ Innerhalb der Frauenbewegung war diese Forderung ebenfalls immer sehr umstritten. Einige Vertreterinnen sahen darin die Chance für Frauen, speziell für Mütter und Hausfrauen, daß ihre unbezahlte, aber gesellschaftlich notwendige Arbeit endlich Anerkennung findet, andere befürchteten die weitere Festschreibung der traditionellen, geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und eine noch größere Abhängigkeit vom Ehemann. Ihre Befürworterinnen beantworteten weder die Frage, wie die Regelung bei Alleinstehenden (z.B. bei alleinerziehenden Eltern) erfolgen sollte, noch berücksichtigten sie die unterschiedliche Belastung durch Hausarbeit und durch Kinder während der einzelnen Familienzyklen, noch wurde überhaupt eine Trennung zwischen der Hausfrauen- und Mutterrolle gezogen. Derartige Pläne, die die - lediglich historisch determinierte - Art von Arbeitsteilung in der Familie festschreiben wollen, gab es schon immer.

In der Realität dienten derartige Maßnahmen jedoch häufig nur dazu, die Frauen vom Arbeitsmarkt fernzuhalten (so z.B. die Ehedarlehen im NS-Staat, vgl. 6.2.1).

Eine besonders lebhaft diskutierte Forderung rief das sog. „Mütter-Manifest“, von einem Teil der Frauen der Partei der Grünen 1987 verfaßt, hervor, sowohl innerhalb ihrer eigenen Reihen als auch in der gesamten

Öffentlichkeit.⁸⁹⁾ Unterstützung fanden ihre Verfasserinnen vor allem gerade von Angehörigen (weiblichen wie männlichen) der CDU/CSU. Wieder einmal wurde damit - wie schon des öfteren in der Geschichte der Frauenbewegung - die Kinderfrage zur Frauenfrage (und nicht zur Menschheitsfrage) umdefiniert, konnte wieder den Frauen durch die Mutterrolle eine besondere gesellschaftliche Wertschätzung und die Möglichkeit der „Selbstverwirklichung“ versprochen werden. Gleichzeitig schien sich damit erneut die Spaltung der Frauen in Mütter und Kinderlose anzubahnen.

Die Mehrzahl der Frauen aber wandte sich weiterhin gegen die Festschreibung der Frauen auf die Mutterrolle, was innerhalb der Neuen Frauenbewegung sichtbaren Ausdruck auch in den Protestaktionen gegen den Muttertag fand. Ursprünglich aus den USA kommend, wo ihn Ann Jarvis im Angedenken an ihre Mutter ausgerufen hatte, verbreitete sich der Muttertag ab 1914 in Europa. In Deutschland wurde er erstmalig 1922/23 genannt und 1933 offiziell auf den 2. Maisonntag gelegt.

Statt dieses Tages fand - seit den 80er Jahren - der Internationale Frauentag immer größere Verbreitung. Auch er kam ursprünglich aus den USA, wurde von der proletarischen Richtung der ersten Frauenbewegung aufgegriffen und erstmalig am 19. März 1911 in Deutschland mit Demonstrationen begangen. Wiederbelebt wurde dieser Tag - nunmehr der 8. März - zunächst nur in der DDR und anderen kommunistischen Staaten, dann von einzelnen gewerkschaftlich orientierten Frauen seit den 70er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland. Die „Abteilung Frauen“ des DGB rief 1980 zu einem allgemeinen Internationalen Frauentag auf, um hierdurch auch frauenpolitische Forderungen in die Öffentlichkeit zu tragen. Die Durchführung des Internationalen Frauentages löste jedoch ungeahnte, innergewerkschaftliche Konflikte aus. Die Spitzenvertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes sträubten sich vehement, den Internationalen Frauentag anzuerkennen. Inzwischen ist auf Druck der Frauen hin dieser Tag nicht nur durch die Gewerkschaften anerkannt worden, sondern - seit 1982 zunehmend - zu dem Aktionstag für alle Frauen und Frauengruppierungen in der Bundesrepublik Deutschland geworden, gleichgültig, zu welcher politischen Richtung sie sich selbst zählen. Am 8. März stellen die Frauen - ob jung oder alt, berufstätig, erwerbslos oder Familienfrau - gemeinsam ihre Forderung nach sozialer, rechtlicher, wirtschaftlicher und politischer Gleichheit, führen verschiedenste öffentliche Aktionen durch und feiern gemeinsam. Wegen seiner Internationalität fördert dieser Tag auch die Vernetzung von Frauen aller politischen Gruppierungen über die nationalen Grenzen hinaus.⁹⁰⁾

Die wieder „aufkeimende Mutterideologie“ setzte die Neue Frauenbewegung seit Ende der 70er Jahre durch eine Zersplitterung außerdem der „Gefahr“ der Auflösung aus. Frauen engagierten sich in Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen, vor allem auch in der Friedensbewegung, in Parteien, insbesondere bei den „Grünen“. Einerseits hatte der Aufstand der weiblichen 68er Früchte getragen, was dazu geführt hatte, daß die Frauen insgesamt kritischer, politischer und aufgeklärter wurden, ihre Rechte selbstverständlicher in Anspruch nahmen und sie auch deutlicher forderten.⁹¹⁾ Andererseits fiel ihre Mitarbeit in der Frauenbewegung durch Teilnahme an anderen politischen Aktivitäten, vor allem der Friedensbewegung, ganz oder zum Teil aus.⁹²⁾

Mit Sorge kommentiert Alice Schwarzer diese Entwicklung: „Daß wir diesen Frieden nicht mit Petitionen (zum Beispiel) erbitten können, sondern mit all unserer Kraft erkämpfen müssen - das zumindest hat uns dieses erste Jahrzehnt Neue Frauenbewegung gelehrt. Um so erstaunlicher ist es, daß Frauen wieder einmal - zum wievieltenmal in der Geschichte eigentlich? - ihre Sache im Namen des 'großen Anliegens' zurückstellen oder gar nicht erst in Angriff nehmen. Mehr noch: daß selbst Feministinnen das mitmachen und damit die Sache der Frauen verraten. Denn die augenblicklich vorherrschende - und als erstes vor einigen Jahren ausgerechnet von den Parteien lancierte! - Ideologie von 'Frauen und Frieden' suggeriert Frauen nicht nur, Emanzipation sei Nebensache (vor dem Hauptanliegen der drohenden Kriegsgefahr), sondern weist Frauen innerhalb dieser Friedensbewegung auch noch den althergebrachten Platz zu: Frauen seien von Natur aus friedlich; Frauen seien von Natur aus mütterlich und darum zuständig für das Leben; Frauen seien die eigentlich besseren Menschen, berufen, diese männlich zerstörte Welt zu retten. Und damit das weibliche Geschlecht zu eben dieser Rettungsaktion schreiten kann, drückt man ihm nicht etwa die Hebel der Macht in die Hand, sondern die lieben Kleinen auf den Arm. Die neue Mystifizierung unserer vorgeblich natürlichen Friedfertigkeit einerseits und die neue Glorifizierung der Mutterschaft andererseits gehen Hand in Hand, denn so haben die Männer uns gerne: schön friedlich und dabei ach so liebevoll rund um die Uhr beschäftigt.... Das Alarmierendste dabei ist nicht etwa, daß die Männergesellschaft diesen müden Trick wieder einmal versucht, sondern daß Frauen, ja sogar so manche Feministinnen dabei mitmachen.“⁹³⁾

Ein anderes Problem, was die Frauen- und Mädchenprojektarbeit anbetrifft, analysierte Margit Brückner: „Das Experimentelle der Projekte, zunächst eine Quelle ihrer Produktivität, kann nicht konserviert werden.“

Wird es dennoch versucht, besteht die Gefahr, daß die Arbeit leitende Wertvorstellungen zu fundamentalistisch anmutenden Prinzipien gerinnen, die einer als unzulänglich wahrgenommenen Realität und alltäglichen Erfordernissen entgegengehalten werde. Die Flüchtigkeit des Neuen und des damit einhergehenden Enthusiasmus ist häufig begleitet von einem Verlust der Lust, dem Ende anfänglicher Leidenschaft für die Sache, solange sie vor allem Idee war. Im Laufe der Jahre und zunehmender Praxiserfahrung wird Projektarbeit vorwiegend zu einer beruflichen Tätigkeit mit vielen sich wiederholenden Elementen, eine Tätigkeit, die sich hinter dem Rücken der Akteurinnen zur sozialen, pädagogischen oder psychologischen Arbeit transformiert und nicht selten das Beiwort 'nur' erhält. Für die Mitarbeiterinnen problematisch daran ist, sich in der Nähe derjenigen - der Mainstream-Professionellen und der Sozialinstitutionen - wiederzufinden, von denen frau sich mit dem Projekt ja eigentlich absetzen wollte. Dann muß Enttäuschung verarbeitet werden, um befriedigende Alltäglichkeit im gewandelten Projekt leben zu können, oder die Enttäuschung wird festgehalten und damit die Wut über den Verlust, manchmal mutiert sie zu endlosen Klagen. Darüber hinaus gilt es, mangelnde gesellschaftliche Anerkennung zu verwinden, die in der häufig schwierigen ökonomischen Situation vieler Projekte ihren Ausdruck findet und zusätzlich gravierende Probleme schafft. Die Diskussionen über die bedrückende Finanznot dient in den Projekten aber häufig auch dem Verdecken inhaltlicher und organisatorischer Verunsicherungen, die zeitgleich zu bewältigen sind. An diesem Punkt der Entwicklung steht die Trennung von alten Überzeugungen und Idealen an, doch nicht als unfreiwillige Aufgabe und auch nicht als einfaches Brechen mit früheren Werten, sondern als aktive Neuorientierung, die eine öffentliche Sichtbarkeit dieses Prozesses einschließt. Zu einem derartigen neuerlichen Aufbruch gehört, sich nicht nur mit den Begrenzungen abzufinden, sondern trotz schwieriger Umstände den Arbeitsalltag weiterhin kreativ zu gestalten und offen zu bleiben für sozialpolitische Fragen und gesellschaftliche Probleme von Frauen und Mädchen. Auf der inhaltlichen Ebene heißt das, eine Balance zu finden zwischen dem feministischen Anspruch einer 'anderen' beruflichen und politischen Praxis einerseits und einer professionellen Bewältigung anfallender sozialpädagogischer und organisatorischer Aufgaben andererseits. Auf der emotionalen Ebene bedeutet das, diese Balance auch psychisch zu vollziehen: sich weder ganz der Enttäuschung zu überlassen oder sich gekränkt zurückzuziehen, noch jenseits aller Erfahrungen eisern an Bewegungsidealen festzuhalten oder sich innerlich von allem einst Verfochtenen zu verabschieden." ⁹⁴⁾

Die genannten Gegenströmungen ⁹⁵⁾ und Probleme haben es jedoch nicht vermocht - trotz aller „Unkenrufe“, selbst aus den eigenen Reihen ⁹⁶⁾ -, die Anziehungskraft der Frauenbewegung insgesamt in Frage zu stellen; sie hat es sogar geschafft, Veränderungen - ja Unruhe - in bestehende Organisationen hineinzutragen.

6.2.5 Die Phase der zunehmenden Institutionalisierung

Die Frauenbewegung hat - wie beschrieben - von ihren Anfängen an immer gleichzeitig die verschiedensten Strömungen umfaßt, und das gilt auch für die Gegenwart. Eine neue Linie zeichnet sich seit Jahren insofern ab, als - entgegen der bewußten Intention früherer Positionen in der Neuen Frauenbewegung, die jegliche Art von fester Organisation ablehnte - sich immer mehr Frauen durchsetzten, die die verschiedenartigsten Institutionalisierungsformen zur Verwirklichung ihrer Ziele forderten und ihre Verwirklichung schließlich geschafft haben. ⁹⁷⁾

6.2.5.1 Die Institutionalisierung von Frauenforschung

Die Diskussionen über Gefahren und Chancen derartiger Entwicklungen wurden bereits erstmalig Ende der 70er Jahre geführt. Damals wandten sich viele Frauen - vor allem im wissenschaftlichen Bereich - dagegen, in den herkömmlichen Organisationsformen (z.B. im Rahmen der traditionellen wissenschaftlichen Gesellschaften und in den Universitäten) Frauenforschung zu betreiben. Einige lehnten sogar überhaupt jede Art von Institutionalisierung ab - auch die außerhalb der Universitäten. Diese Diskussion ist längst beendet und die Gegenforderung hat sich durchgesetzt: Verstärkung der institutionalisierten Frauenforschung. ⁹⁸⁾

Inzwischen wurde die Forderung nach Lehrstühlen für Frauenforschung und „Women Studies“ immer vehementer öffentlich gestellt. Mehrere spezielle Lehrstühle gibt es bereits; häufig bezieht sich die Denomination auf eine Disziplin mit betreffendem Zusatz, z.B. Soziologie mit dem Schwerpunkt: Frauenforschung. Der größte Teil der Professuren entstand in der Soziologie, gefolgt von den

Erziehungswissenschaften einschließlich Sozialpädagogik, Berufspädagogik und Sonderpädagogik, Sprach- und Literaturwissenschaften, Geschichtswissenschaft, Sozialpsychologie, Frauengesundheitsforschung, Rechtswissenschaft, Politikwissenschaften, Raumplanung/Baugrundlagen, Theologie sowie einzelnen Professuren in Betriebswirtschaftslehre, Journalismus, Theater-, Film- und Fernstudienwissenschaft, Japanologie, Jüdische Studien, Afrikanistik, Sportwissenschaft, Kulturanthropologie und Kulturwissenschaft.⁹⁹⁾ Bei den meisten Professuren handelt es sich um C3-Stellen (=Stand 71), nur 22 sind C4-Stellen und 11 C2-Stellen.¹⁰⁰⁾ Auch ist die Institutionalisierung von Professuren für Frauenforschung bisher in den einzelnen Bundesländern in sehr unterschiedlichem Ausmaße erfolgt, während in Schleswig-Holstein, Hamburg (= Stand 1996) und den neuen Bundesländern (Ausnahme Brandenburg) bisher keine Professur für Frauenforschung eingerichtet ist, gibt es dagegen in Nordrhein-Westfalen allein 47.¹⁰¹⁾ An den Fachhochschulen gibt es 17 Frauenforschungsprofessuren, verteilt auf 14 Hochschulen.¹⁰²⁾

In Hamburg gibt es seit über 10 Jahren eine Koordinationsstelle „Frauenstudien/Frauenforschung“. 1985 schlossen die Universität, die Fachhochschulen und die Hochschule für Wirtschaft und Politik einen Kooperationsvertrag zur Förderung von Frauenstudien und Frauenforschung. In Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen gibt es einen lockeren Zusammenschluß zwischen Wissenschaftlerinnen, sog. Arbeitskreise.¹⁰³⁾ Der Senat von Berlin, das Land Hessen, Baden-Württemberg und das Saarland haben größere Etatmittel zur Förderung von Frauenforschungsprojekten zur Verfügung gestellt.¹⁰⁴⁾

Nicht nur wissenschaftsimmanente Überlegungen liegen den Forderungen nach Frauenlehrstühlen und „Women Studies“ zugrunde, sondern auch arbeitsmarktpolitische: Da für Frauen im Hochschulbereich der Aufstieg schon immer sehr schwierig war und eine wissenschaftliche Karriere durch die universitären Stellenstreichungen für Frauen heute so gut wie unmöglich ist, wird über diese neu einzurichtenden Stellen der Aufstieg versucht (noch immer beträgt der Anteil der Frauen an den C4-Lehrstühlen im gesamten Bundesgebiet 3,7%)¹⁰⁵⁾. Gleichzeitig wird aber hiermit die Gefahr der Ghettoisierung geschaffen, aus der heraus dann ein breiter sozialer Wandel schwieriger wird.

Wie stark das öffentliche Interesse an der Frauenforschung inzwischen ist - trotz auch weiterhin ihr gegenüber zu findender Skepsis - wurde u.a. durch Anfragen im Bundestag (1984 und 1990/Drucksache 10/2513 und 11/8144) und durch die Empfehlungen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (1989) dokumentiert sowie durch die Einrichtung eines „European Network for Women Studies“ auf Europaratssebene, das dem länderübergreifenden Austausch von Frauenforschungsergebnissen und der Diskussion und Weiterentwicklung von Theorie und Methodik der Frauenforschung dient. Ferner hat der Senat der Deutschen Forschungsgemeinschaft in seiner Sitzung am 26.04.1990 eine Senatskommission für Frauenforschung eingerichtet, deren Aufgabe es war, Forschungsdefizite der empirisch-orientierten sozialwissenschaftlichen Frauenforschung zu ermitteln und wichtige Forschungsaufgaben zu benennen sowie Vorschläge zur Verbesserung der Förderung von Frauenforschung vorzulegen.¹⁰⁶⁾

Auch außerhalb von Universitäten haben sich Institutionalisierungsformen von Frauenforschung gebildet. So werden heutzutage einerseits Frauenforschungsprojekte in etablierten außeruniversitären Forschungsinstitutionen durchgeführt, wie z.B. in dem Landesinstitut „Sozialforschungsstelle Dortmund“, im „Institut zur Erforschung sozialer Chancen“, Köln, „Institut für Sozialpädagogik und Sozialarbeit“ in Frankfurt, im „Deutschen Jugendinstitut“, München: hier ist eine eigene Abteilung für „Mädchen- und Frauenforschung“ eingerichtet worden. Weiterhin haben sich eigenständige Forschungsinstitute gebildet: als erste Einrichtung dieser Art wurde 1978 das Frauenforschungs-, -bildungs- und -informationszentrum e.V. (FFBIZ) in Berlin gegründet. Historisch gesehen folgte darauf die Gründung des Instituts Frau und Gesellschaft (IFG) in Hannover, das 1981 aufgrund einer Initiative der Niedersächsischen Landesregierung (damals CDU) errichtet wurde, aber parteiunabhängig ist. Es wird vom Land Niedersachsen, zu einem geringen Teil auch von den Bundesländern Berlin und Hessen sowie vom Bundesministerium für Frauen und Jugend institutionell gefördert. Das IFG ist ein unabhängiges, politisch offenes Forschungsinstitut und führt grundlagen- und anwendungsorientierte Frauenforschung durch. Es hat die Aufgabe, die traditionellen Benachteiligungen von Frauen in allen Lebensbereichen und die wirksamen gesellschaftlichen Strukturen und sozialen Mechanismen geschlechtsspezifischer Diskriminierung forschungsmäßig zu erfassen und praxisrelevante Veränderungsvorschläge zu formulieren und Modellprojekte zu initiieren und zu begleiten. Dabei sind auch die bislang häufig noch unterbewerteten Leistungen von Frauen sowie ihr Beitrag zum politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Wandel zu verdeutlichen. Die Tätigkeiten des Instituts sind vielfältig. Neben der Planung und Durchführung von empirischen Forschungsprojekten gibt das IFG verschiedene Veröffentlichungsreihen heraus.

Darüber hinaus werden Tagungen, Symposien, Workshops u.a. veranstaltet. Forschungsmäßig ist das

IFG bei aller Breite und Vielfältigkeit der bisher behandelten Themen vor allem ausgewiesen in den Schwerpunkten „Frauen und neue Technologien“, „Frauen und Politik“ und „Frauen in besonderen Lebenslagen“. Das IFG gibt die „Zeitschrift für Frauenforschung“ (zuvor: „IFG-Frauenforschung“) sowie die Buchreihen „Theorie und Praxis der Frauenforschung“, „Materialien zur Frauenforschung“ und „Bibliographien zur Frauenforschung“ heraus.¹⁰⁷⁾

1983 folgten die Gründungen des Feministischen Interdisziplinären Forschungsinstituts (FIF) in Frankfurt¹⁰⁸⁾ und 1984 die Gründung des Vereins zur Förderung einer Frauenakademie München (F.A.M.). Auch das 1983 gegründete Berliner Institut für Sozialforschung und sozialwissenschaftliche Praxis e.V. (B.I.S.) ist zu den außeruniversitären Frauenforschungseinrichtungen zu zählen.¹⁰⁹⁾ Zum Teil sind seit den Gründungen personelle Änderungen erfolgt, aber es gab keine Auflösung dieser Institutionen.

Die Frauenforschung ist nicht auf bestimmte Themen begrenzt, sondern gerade durch ihre Vielfältigkeit in der Fragestellung gekennzeichnet und durch eine Pluralität. Auch der Begriff Frauenforschung ist nicht eindeutig festgeschrieben. Einige Forscherinnen wollen ihn nur für Forschungen verwendet wissen, die eine bewußte Parteinahme für Frauen postulieren, und wo nur „Frau“ (nicht „Mann“) und sie nur „Subjekt“ (und nicht „Objekt“) von Forschung ist. Andere benutzen ihn für alle Forschungsaktivitäten, die einen Beitrag zur Aufhebung der sozialen Ungleichheit zwischen den Geschlechtern zu leisten vermögen und betonen in diesem Sinne ebenfalls die Parteilichkeit von Frauenforschung.¹¹⁰⁾

In den letzten Jahren wird versucht, den sozialen Mechanismen der Geschlechtsunterschiede in den Einstellungs- und Verhaltensbereichen, in der sozialen Lage usw. über eine sog. „Männerforschung“ nachzuspüren, wobei diese nun nicht etwa allein - jedoch auch - von männlichen Forschern durchgeführt wird.¹¹¹⁾

6.2.5.2 Internationale und nationale Einrichtungen zur Gleichstellung der Frau

Stärker als in der Forschung haben auf politischer Ebene die Institutionalisierungsformen zur Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern in den 80er Jahren zugenommen.

Interessant ist, daß gerade im Zuge dieses Prozesses die Unterschiede zwischen den Frauen der Neuen Frauenbewegung und denen in den Parteien und Verbänden immer mehr verwischt wurden bzw. heute weniger offenbar sind. Der Prozeß verlief beidseitig. So nahmen einerseits die Frauenverbände sowie Frauen in Parteien, Gewerkschaften und Kirchen die Ziele der Neuen Frauenbewegung auf, und andererseits gingen die Vertreterinnen der Neuen Frauenbewegung in nationale und internationale Organisationen und Institutionen, um dort ihre Ideen durchzusetzen.

Zunächst sollen einige erste internationale Entwicklungen, dann die nationale Situation beschrieben werden.

Wie eingangs dargelegt, hat sich die Neue Frauenbewegung von Nordamerika aus weltweit ausgebreitet. In einigen Staaten wurde sie radikaler geführt als in der Bundesrepublik Deutschland und errang größeren Einfluß auf den Bewußtseinsveränderungsprozeß breiterer Bevölkerungskreise und auf den Wandel gesellschaftlicher Strukturen (so z.B. in Skandinavien und in den USA). Bei vielen Unterschieden zwischen den Frauenbewegungen in den einzelnen Ländern und Regionen aufgrund der unterschiedlichen Lebenslagen von Frauen, von Religionen und Kulturen, sind global geltende gemeinsame Ziele feststellbar. Nur durch ihre weltweite Verbreitung hat die Frauenbewegung erreichen können, daß sich die offiziellen internationalen Organe für „Frauenfragen“ öffneten und sich ihrer annahmen. So organisierte 1975 die UN unter dem Einfluß der neuen Emanzipationswelle eine Weltkonferenz in Mexiko über „die Rolle der Frau in der nationalen und internationalen Gesellschaft“. Auf dieser Konferenz wurde der Zeitraum 1975 bis 1985 zur „Dekade der Frau“ erhoben und ein „globaler Aktionsplan zur Verbesserung der Stellung der Frau“ erarbeitet und angenommen, der dann im Herbst des gleichen Jahres von der Vollversammlung der Vereinten Nationen angenommen wurde. Um die ersten fünf Jahre der damals ausgerufenen Dekade der Frau bewerten zu können, wurde im Sommer 1980 in Kopenhagen erneut eine UN-Weltkonferenz einberufen, auf der sich zeigte, daß einerseits zwar bestimmte Fortschritte zu verzeichnen waren, daß andererseits aber in einigen Entwicklungsländern sich die Lage der Frauen sogar verschlechtert hatte.¹¹²⁾ Die Konferenz beschloß, den Aktionsplan von Mexiko weiter zu verfolgen und sich auf bestimmte Bereiche zu konzentrieren, so auch die Verbesserung der sozio-ökonomischen Rolle der Frau, die Verbesserung der Stellung der Frau im Bildungs- und Gesundheitswesen, die Verbesserung des Rechtsstatus der Frau und die Einführung von

Sonderaktionen zugunsten besonders benachteiligter Gruppen von Frauen.¹¹³⁾ Ferner wurde im Dezember 1979 eine spezielle „Konvention zur Beseitigung jeglicher Diskriminierung der Frau“ ausgearbeitet, die von gut 50 Ländern, darunter sieben Länder der Europäischen Gemeinschaft, unterzeichnet wurde.¹¹⁴⁾

1985 ging die Frauendekade mit einem Weltkongreß in Nairobi zu Ende.¹¹⁵⁾ Hierüber schreibt Christa Randzio-Plath in ihrem Kommentar: „Sicherlich war die Frauendekade kaum mehr als eine Idee, die dazu beitrug, Frauen einen höheren Stellenwert im öffentlichen Problembewußtsein einzuräumen. Insofern ist das Ende des Frauenjahrzehnts wohl erst der Anfang zur Gleichberechtigung von Frau und Mann und zur Umsetzung der Dekadeziele Gleichheit, Entwicklung, Frieden. Aber die Frauen lassen sich nicht mehr verdrängen, nachdem sie sich aufgedrängt haben. Weltweit sind die Bedürfnisse und Probleme der Frauen aufgrund der internationalen Berichtspflicht artikuliert worden. Jetzt müssen Lösungen angeboten werden, um bis zum Jahr 2000 den Dekadeplan mit den 'vorwärtsweisenden Strategien', die von der Weltfrauenkonferenz in Nairobi wider Erwarten im Konsensverfahren verabschiedet sind, umzusetzen. Darauf pochen die Frauen.“¹¹⁶⁾ Die letzte, die vierte Weltfrauenkonferenz fand vom 04.-15. September 1995 in Peking/China statt. Auch hier - wie bereits in Nairobi - gab es die Versammlung der öffentlichen Repräsentanten der Regierungen und daneben die der NGO (Non-Governmental Organizations).

Ein Bündel von Maßnahmen für die Gleichstellung von Frau und Mann bis zum Jahre 2000 wurde aufgestellt und als Empfehlungen der Aktionsplattform der Weltfrauenkonferenz von den offiziellen Vertreterinnen bzw. Vertretern von 189 Staaten unterschrieben.

Auf dem Weg zum Jahrhundert der Frau Die Aktionsplattform von Peking auf einem Blick

„Armut: Zwei Drittel der rund 1,3 Milliarden Menschen in extremer Armut weltweit sind Frauen. Viele sind Familienoberhaupt und müssen zahlreiche Kinder allein ernähren. Frauen soll ein besserer Zugang zu Krediten, Landbesitz, Technologie und Ausbildung verschafft werden. Arbeitslosigkeit soll durch Beschäftigungsprogramme bekämpft werden, auch in Industrieländern. Unbezahlte Frauenarbeit in Heim, Familie und Nachbarschaft soll aufgewertet und in einer Art Nebenrechnung zum Bruttosozialprodukt in Geldwert ausgedrückt werden.

Bildung: Weltweit können 60 Millionen Mädchen, vor allem in Schwarzafrika, überhaupt nicht zur Schule gehen. Mehr als zwei Drittel der 960 Millionen Analphabeten sind Frauen. Bis zum Jahr 2005 soll Gleichstand zwischen Mädchen und Jungen in der Schule erreicht sein. Frauen soll lebenslang berufliche Bildung ermöglicht werden. Stereotype Frauenbilder sollen aus Unterrichtsmaterialien getilgt werden.

Gesundheit: Frauen und Mädchen sollen die bestmögliche Gesundheitsversorgung kostenlos oder zu erschwinglichen Gebühren in alle Stadien ihres Lebens erhalten. Familienplanung muß ermöglicht werden. Frauen und Mädchen sind in Aidsprogramme einzubeziehen.

Abtreibung: Abtreibung darf niemals Mittel der Familienplanung sein. Wo der Schwangerschaftsabbruch erlaubt ist, muß er unter sicheren Umständen für die Frauen ermöglicht werden. Nach Abtreibungen sollen Frauen Zugang zu medizinischer Betreuung erhalten. Die Bestrafung wegen illegaler Abtreibungen soll in den Staaten, wo es geschieht, überprüft werden.

Sexualität: Die Menschenrechte der Frauen schließen ihr Recht ein, die Kontrolle und die freie und verantwortliche Entscheidung über alle Angelegenheiten ihrer Sexualität zu haben, einschließlich sexuelle und reproduktive Gesundheit, frei von Zwang, Diskriminierung und Gewalt. Gleichberechtigte Partnerschaft zwischen Mann und Frau erfordert gegenseitigen Respekt vor Körper und Persönlichkeit sowie Einvernehmen auch über die Zahl der Kinder. Ein ausdrückliches Diskriminierungsverbot wegen Homosexualität ('sexueller Orientierung') wurde gestrichen.

Gewalt: Gewalt gegen Frauen in jeder Form ist eine Menschenrechtsverletzung und muß bekämpft werden. Dazu zählen Vergewaltigung als Kriegstaktik, aber auch in der Familie, aber auch sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, Rassismus, ethnische Säuberungen, religiöser und antireligiöser Extremismus, Frauenhandel, Zwangsprostitution.

Menschenrechte: Menschenrechte sind das unveräußerliche Geburtsrecht aller Menschen. Die Staaten sind verpflichtet, diese Rechte zu schützen und zu fördern. Die Universalität, das heißt die allgemeine Gültigkeit überall, wie auf der Weltmensenrechtskonferenz in Wien 1993 bekräftigt, darf nicht in Frage gestellt werden. 'Frauenrechte sind Menschenrechte' betonte die 'Erklärung von Peking'.

Gleichstellung: Die Beteiligung von Frauen an der Macht, an Entscheidungsprozessen in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft soll auf allen Ebenen gefördert werden. Das Ziel der Gleichstellung von Frau und Mann muß ein zentrales Anliegen der ganzen Gesellschaft werden. Bei den Vereinten Nationen soll eine hochrangige Position für Gleichstellungsfragen eingerichtet werden.

Mädchen: Die Plattform widmet der Situation von Mädchen ein ganzes Kapitel. Afrikanische Frauen haben das Thema auf die Agenda gebracht. Die gezielte Abtreibung weiblicher Föten wird ebenso verurteilt wie die Verstümmelung der Genitalien. Die lebensbedrohliche Diskriminierung von Mädchen in den ersten Lebensjahren bei Ernährung und Gesundheit sowie bei der Bildung muß überwunden werden.

Entwicklungszusammenarbeit: Neue Mittel für die Frauenförderung in der Entwicklungszusammenarbeit sind nicht zu erwarten, obwohl das immer noch weit entfernte Ziel, die Industrieländer sollen 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfe bereitstellen, erneut bekräftigt wird. Die 20/20-Initiative, nach der Entwicklungsländer 20 Prozent ihres Staatshaushaltes und Industrieländer 20 Prozent ihrer Entwicklungshilfe für soziale Zwecke ausgeben sollen, wird wie auf dem Sozialgipfel in Kopenhagen im Frühjahr als Vereinbarung zwischen Geber- und Empfängerland empfohlen. Geplant sind Umschichtungen zugunsten der Frauen. Die Aktionsplattform stellt fest, daß Strukturanpassungsprogramme in Entwicklungsländern weiter notwendig sind, aber die Auswirkungen auf Frauen und Mädchen schon im Vorfeld miteinbezogen werden müssen. Auch die Weltbank und der Internationale Währungsfonds sowie die multilateralen regionalen Entwicklungsbanken werden zur Prüfung von Schuldenerlassen aufgefordert, insbesondere gegenüber den ärmsten und hochverschuldeten Ländern Afrikas."

Quelle: Bevölkerung und Entwicklung; in: Informationsdienst der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), Nr. 26, Oktober 1995, abgedruckt in BIB-Mitteilungen, Wiesbaden 1995:19.

Es heißt zwar in der offiziellen Pressemitteilung der Frauenministerin (Claudia Nolte) vom 11.03.1996: „Die 4. Weltfrauenkonferenz war ein Erfolg. Es ist gelungen, die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf die Situation von Frauen zu richten. Mit der Deklaration und der Aktionsplattform von Peking liegt erstmals ein in sich geschlossenes Konzept zur Gleichberechtigung vor, auf das sich Frauen weltweit berufen können. Die Regierungskonferenz in Peking und das NGO-Forum¹¹⁷⁾ in Huariou haben nicht nur die Kraft, sondern auch die Geschlossenheit, das Selbstbewußtsein und die Kreativität der Frauen in der Welt dokumentiert. Die Frauen der Welt haben gezeigt, daß mit ihnen zu rechnen ist, daß an ihnen kein Weg vorbeigeht. Jetzt gilt es, die Signale aufzunehmen und auf Deutschland zu übertragen. Gemeinsam mit allen Verantwortlichen in unserer Gesellschaft will ich nationale Strategien zur Umsetzung der Beschlüsse der 4. Weltfrauenkonferenz entwickeln und bis zum Jahresende vorlegen“¹¹⁸⁾, aber völkerrechtlich ist das Dokument allerdings nicht verbindlich.

Besonders die UNESCO hat immer wieder Tagungen und Workshops über Probleme der Benachteiligung von Frauen und ihrer Überwindung organisiert und Wissenschaftlerinnen, Politikerinnen und in der Verwaltung Tätige aus den verschiedensten Ländern zusammengeführt.

Auch der Europarat hat verschiedene Tagungen und Expertenseminare über Fragen der Möglichkeit von sozialen Veränderungen durchgeführt, z.B. zur Situation der Frau in der Berufsausbildung, zu Fragen der Aufhebung geschlechtsspezifischer Sozialisation, speziell durch die Schulen usw. Wenn bereits 1957 die EWG den Artikel 119 in ihren Vertrag aufgenommen hatte, der besagt: „Jeder Mitgliedstaat wird während der ersten Stufe den Grundsatz des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher Arbeit anwenden und in der Folge beibehalten“, so ging es damals zunächst nicht um eine Verbesserung der sozialen Lage der Frau in der Europäischen Gemeinschaft, sondern um die Korrektur von Wettbewerbsverzerrungen durch unterschiedliche Bezahlung. Außerdem brauchte man die Arbeitskraft der Frau. Aber im Zuge der Neuen Frauenbewegung zogen Frauen aus der Europäischen Gemeinschaft (insbesondere aus Belgien) gerade diesen Artikel vielfach heran zur Forderung nach gleich hohen Löhnen. Er wurde sogar beim Gerichtshof der EG mit Erfolg eingeklagt.¹¹⁹⁾ Ab 1975 verabschiedete das Parlament der EG dann eine Reihe von neuen Richtlinien zugunsten der Frauen, so die Richtlinie über „Gleiches Entgelt“ (1975), über „Gleichbehandlung im Beschäftigungssystem“ (1976), über „gleiche soziale Sicherheit“ (1976).

Ferner hat das europäische Parlament 1979 eine Ad-hoc-Kommission „Rechte der Frau“ eingesetzt, die am 11. Februar 1981 ihren 162 Seiten umfassenden Bericht vorlegte. Ihre Aufgabe war es, die Rechte der Frauen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft zu vergleichen, zu katalogisieren und zu analysieren und „eine Parlamentsdebatte über die Stellung der Frau in der Europäischen Gemeinschaft vorzubereiten.“¹²⁰⁾ Vorsitzende des Ausschusses war die französische Sozialistin Yvette Rony, Berichterstatterin die niederländische Christdemokratin Hanja Maij-Weggen. Mit dem Bericht wurde dem Parlament „ein Instrumentarium einer umfassenden europäischen Politik zur Verbesserung der Position der Frau“ vorgeschlagen. Der Entschließungsantrag, die Auflistung von Vorschlägen zur Verbesserung bereits bestehender Maßnahmen und zu ihrer Ergänzung, umfaßte allein 23 Seiten. Der Kommissionsbericht wurde durch das Plenum des Europäischen Rates angenommen.¹²¹⁾

In der Bundesrepublik Deutschland bestand zunächst beim Bundesministerium des Inneren seit 1950 ein Referat für „Verfassungsrechtliche Belange der Frauen“. Es sollte

- alle einschlägigen Vorhaben der Bundesregierung auf ihre Bedeutung für Frauen untersuchen,
- von sich aus Vorstellungen dazu entwickeln, wie den Belangen von Frauen wirkungsvoll Rechnung getragen werden konnte und diese Vorstellungen als Anregungen an die fachlich zuständigen Ressorts herantragen,

- die Entwicklung der Situation von Frauen durch systematische Auswertung der vorhandenen wissenschaftlichen Untersuchungen und Daten beobachten, Forschungs- und Modellvorhaben anregen und durchführen, um weitere Möglichkeiten zum Abbau der Benachteiligung von Frauen zu finden,
- übergreifende frauenpolitische Belange der Bundesrepublik Deutschland auf internationaler Ebene mitvertreten.¹²²⁾

Im Jahre 1972 wurde dem Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit durch Organisationserlaß des Bundeskanzlers die Zuständigkeit für Frauenfragen übertragen. Das darauf geschaffene Frauenreferat wurde 1979 zu einem Arbeitsstab „Frauenpolitik“ ausgeweitet, dessen Hauptaufgabe die Koordinierung frauenpolitischer Fragen innerhalb der Bundesregierung im Rahmen der gegebenen Zuständigkeit war. Es wurde 1986 in eine Abteilung Frauenpolitik umgewandelt, die ab dem 01. Januar 1987 aus acht Referaten und 33 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestand. Durch Organisationsakt vom Juli 1987 erhielt das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit neue Zuständigkeiten im Bereich Frauenpolitik. Hinzu kamen besondere geschäftsordnungsmäßige Rechte, wie das Rederecht im Parlament und in seinen Ausschüssen neben dem federführenden Ministerium bei frauenpolitischen Angelegenheiten von besonderer Bedeutung, das Vetarungsrecht im Kabinett bei mangelnder Beteiligung des Ministeriums, bei frauenpolitischen Angelegenheiten von besonderer Tragweite und die frühzeitige Beteiligung und Herstellung des Einvernehmens mit der Ministerin in Angelegenheiten von frauenpolitischer Bedeutung.

Am 18.01.1991 wurde durch Teilung des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit ein selbständiges „Ministerium für Frauen und Jugend“ (BM-FJ) eingerichtet. Aber bereits nach der Bundestagswahl 1993 wurde es wiederum mit dem Ministerium für Familie und Senioren zusammengelegt, unter der Bezeichnung: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

In allen anderen Bundesministerien gibt es Arbeitseinheiten, die sich besonders mit Frauenfragen im Rahmen der jeweiligen Ressortzuständigkeit befassen.¹²³⁾

Auf die einzelnen Frauenreferate und ihre Entstehungsgeschichte im Rahmen aller übrigen Bundesministerien in dieser Abhandlung eingehen zu wollen, würde zu weit führen. Aber nicht unbeteiligt an ihren Entstehungen war das Aufbegehren so vieler Frauen, die die Neue Frauenbewegung als aktive Mitglieder oder auch als Sympathisantinnen umschloß. Wenn I. Hoffmann schreibt: „Eine größere allgemeine Offenheit für Frauenbelange ist nicht zuletzt ablesbar an ihrer Institutionalisierung“, ¹²⁴⁾ so muß allerdings hinzugefügt werden, daß die ebenso lediglich ein „Beruhigungsinstrument“ darstellen kann; letztlich kommt es auf die dort Tätigen und ihre Träger an.

Auch Frauenförderung wurde und wird seitdem zunehmend thematisiert ¹²⁵⁾, denn der weibliche Anteil an Führungspositionen in Wirtschaft, Wissenschaft, Politik ist noch immer eklatant niedrig. Vor allem die Quotierungsfrage bestimmte und bestimmt zur Zeit die Diskussion. Diesbezügliche Programme für die verschiedensten Institutionen sind inzwischen z.T. schon festgelegt. Unter den Frauen ist diese Strategie umstritten: Von einigen Frauen wurde und wird diese vehement gefordert, von anderen ebenso entschieden abgelehnt, die darin u.a. die Möglichkeit einer erneuten Diskriminierung von Frauen vermuten.

Nachdem jahrzehntelang alle Parteifrauen gleichberechtigtes Mitwirken in Parteigremien und Parlamenten gefordert haben, jedoch mit wenig Erfolg, stellte die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF), Inge Wettig-Danielmeier, z.B. fest: „Der Versuch, mit dem Appell an unsere Tradition, an unsere über ein Jahrhundert alte Programmatik, die Gleichstellung von Mann und Frau in den eigenen Reihen aus eigener Kraft durchzusetzen, muß 70 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts als gescheitert angesehen werden“. ¹²⁶⁾ Aus dieser Erkenntnis heraus begann in der AsF seit 1985 die Diskussion über die Quotenregelung. Nach heftigen parteiinternen Auseinandersetzungen wurde schließlich 1988 beschlossen, daß in einem Dreistufenmodell bis 1998 alle Parteigremien und Wahllisten bis zu 40% mit Frauen besetzt sein sollen. Sigrid Latka-Jöhning schreibt hierzu: Das war „ein Anspruch, mit dem die Grünen von vornherein angetreten waren. Hier forderten die Frauen von Anfang an die Hälfte der Macht, also die Hälfte aller Positionen und Mandate. Die Wahllisten wurden im Reißverschlussprinzip mit Frauen und Männern besetzt. Und 1984 übernahmen sechs Frauen den Fraktionsvorstand. Das war ein 'Coup', der die Frauenfrage auch in den anderen Parteien voranbrachte.“ ¹²⁷⁾

Hinzu kommt, daß das Bundestagspräsidentenamt von einer Frau (Prof. Dr. Rita Süßmuth) ausgeübt wird. Auch die Präsidentschaft des Bundesverfassungsgerichtes ging an eine Frau (Prof. Dr. Jutta Limbach)

über. Man kann also von einem gewissen Einbruch der Frauen in die politischen Spitzenpositionen sprechen, dennoch ist bisher insgesamt kein gravierender Wandel im politischen Bereich feststellbar. Der Anteil der weiblichen Mitglieder in den Parteien ist unterschiedlich hoch; sie bilden aber überall die Minorität: CDU 23 Prozent, FDP 25 Prozent, SPD 26 Prozent und die Grünen 33 Prozent.¹²⁸⁾ Die Wahlbeteiligung, gerade von jungen Frauen zwischen 18 und 25 Jahren, hat sogar abgenommen, während der an Politik interessierte männliche Anteil gestiegen ist. Nicht politisches Desinteresse ist hier allein die Ursache, sondern - im Gegenteil - auch ein hohes politisches Engagement und Protestverhalten.¹²⁹⁾

Im Bundestag beträgt z.Z. die Zahl von Frauen im Vergleich zu denen der männlichen Abgeordneten bei der CDU/CSU 42 von insgesamt 294, bei der SPD 85 von insgesamt 252, bei der FDP 8 von 47, bei der PDS 13 von 30 und bei der Bündnis 90/Grüne 29 von 49.¹³⁰⁾

Die Institutionalisierung hinsichtlich einer Gleichstellung der Frau hat vor allem auf Länder- und kommunaler Ebene stetig zugenommen. In den Bundesländern sind seit Mitte der 80er Jahre Leit- und Zentralstellen für die Gleichstellung der Frau gegründet oder Frauenbeauftragte ernannt oder ein Referat für Frauenfragen in den jeweiligen Sozial- oder anderen Ministerien eingerichtet worden. Trotz unterschiedlicher Organisationsformen haben sie alle die gleiche Aufgabe: die Gesetzesüberprüfung, die Koordinierung, die Erarbeitung von Vorschlägen und/oder die Durchführung von frauenpolitischen Maßnahmen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und schließlich die Funktion der Beschwerdestelle.¹³¹⁾ Seit 1982 (Köln) und in den letzten Jahren verstärkt sind Gleichstellungsstellen (zuweilen als Frauenbüros) im kommunalen Bereich in vielen Städten, Gemeinden und Kreisen eingerichtet worden. Ihre Zahl beträgt z.Z. über 1.000 (einschl. der in den neuen Bundesländern).¹³²⁾ Die personelle Ausstattung und die Organisationen sind sehr unterschiedlich: z.T. nehmen hauptamtliche, z.T. ehrenamtliche Personen, zuweilen eine Ratsfrau oder eine ABM-Kraft diese Aufgabe wahr.¹³³⁾ Am 01.09.1994 trat § 15 (1) des 2. Gleichstellungsgesetzes in Kraft; darin heißt es: „In jeder Dienststelle mit regelmäßig mindestens 200 Beschäftigten ist aus dem Kreis der Beschäftigten nach vorheriger Ausschreibung oder geheimer Wahl eine Frauenbeauftragte zu bestellen.“ Private Unternehmen sind jedoch bisher nicht verpflichtet, Frauenbeauftragte einzusetzen. Dennoch gibt es sie bereits in einigen Betrieben. Art und Umfang ihrer Kompetenzen sind, je nach Unternehmen, sehr unterschiedlich.¹³⁴⁾

Auch in anderen Institutionen (Verbänden, Universitäten u.a.m.) sind Gleichstellungsstellen eingerichtet bzw. Frauenbeauftragte ernannt worden. Als erstes Bundesland hatte Nordrhein-Westfalen für alle Hochschulen Frauenbeauftragte gesetzlich verankert. Inzwischen verfügen alle Universitäten in der Bundesrepublik Deutschland über Gleichstellungsstellen.¹³⁵⁾

Über die Auswirkungen ihrer Arbeit auf die Lage der Frauen, aber auch über die Ursachen dieses „Gründungs-Booms“ kann nur spekuliert werden.¹³⁶⁾ Möglicherweise haben sowohl Überlegungen in bezug auf zukünftige politische Wahlen als auch die Erkenntnis ihrer Notwendigkeit zusammen zum jeweiligen Beschluß geführt. Barbara Riedmüller vermutet: „Weil sich die Frauenfrage aber mit anderen gesellschaftlichen Konflikten verbindet, entstehen neue Allianzen, wird die Frau als Objekt staatlicher Politik interessant.“¹³⁷⁾

Einige Mitglieder und auch Gegner der Neuen Frauenbewegung haben diese neuen Formen der Institutionalisierung hart kritisiert: wegen ihres möglichen Alibi-Charakters, ihrer „Spielwiesenform für Allround-Emanzen“, der damit verbundenen Kosten, der Schaffung von Konkurrenz zu anderen Verwaltungsstellen.¹³⁸⁾ Zu Recht betont Monika Gotzes: „Die Einsicht ... allein verbessert die Situation von Frauen noch nicht. Aber sie verbessert die Voraussetzungen für eine aktive Frauenpolitik.“¹³⁹⁾

Ferner zeigt die Entstehung derartiger Institutionen, daß die Neue Frauenbewegung nicht mehr den Status einer isolierten Fraktionierung besitzt, daß also die Scheidbarkeit (hier: Neue Frauenbewegung; dort: etablierte Parteifrauen oder Frauenverbände) zunehmend aufgehoben wurde.

-
1. H. Wieder. Dr. Elisabeth Selbert; in: Ariadne, 1986, H. 5, S. 14ff. - A. Dertinger: Leitbild - Zum 100. Geburtstag und zum zehnten Todestag von Elisabeth Selbert; in: Informationen für die Frau 1996, S. 19. - Ihr zu Ehren stiftet seit 1982 für eine Leistung, die „die besondere Situation der Frauen ins Bewußtsein der Öffentlichkeit rückt“, das Land Hessen einen jährlichen Förderpreis, genannt Elisabeth-Selbert-Preis, von DM 20.000. Im Wechsel wird ein Wissenschafts- und ein Journalistinnenpreis vergeben.
 2. S. Jenkner wendet sich mit Hinweis auf das Jahrbuch des Öffentlichen Rechts der Gegenwart NF 1/1951 gegen die Behauptung, daß nur Frau Selbert der Erfolg allein zukomme, wie sie z.B. vertreten wird von S. Latka-Jöhning: 40 Jahre Grundgesetz Art. 3, Abs. 2 - Kritischer, politischer und aufgeklärter ...; in: Informationen für die Frau, Febr. 1989, S. 3ff.
 3. D. Karsten, a.a.O., 1954, S. 94 und 108.
 4. vgl. hierzu ausführlicher R. Wiggershaus: Geschichte der Frauen und der Frauenbewegung in der Bundesrepublik

- Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik nach 1945, Wuppertal 1979, S. 89ff.
5. R. Wiggershausen, a.a.O., 1979, S. 93.
 6. G. Strecker, a.a.O., S. 24.
 7. vgl. die Angabe über Eingaben und Anfragen des DFR in: G. Strecker, a.a.O., S. 42f.
 8. Deutscher Frauenrat, Handbuch Deutscher Frauenorganisationen, 5. Aufl., Bonn 1989, S. 7ff. (letzte Ausgabe 1995).
 9. Deutscher Frauenrat - Bundesvereinigung deutscher Frauenverbände und Frauengruppen gemischter Verbände e.V. (Hrsg.): „Mehr Frauen in die Parlamente“. Informationen für die Frau, Sonderheft 4, Bonn 1980, S. 10ff.
 10. Deutscher Frauenrat a.a.O., 1980, S. 10. - G. Beckmann-Kircher: Der Deutsche Frauenrat, Münster 1981. - vgl. auch die Beschlüsse der Mitgliederversammlung 1988; in: Informationen für die Frau, 1989, Folge 1, S. 3ff. - Deutscher Frauenrat (Hrsg.): Handbuch deutscher Frauenorganisationen, 5. Aufl., Bonn 1989, S. 9ff.
 11. R. Schreiber, M. Grunwald und C. Hagemann-White: Frauenverbände und Frauenvereinigungen in der Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bd. 112, Stuttgart/Berlin/Köln 1996.
 12. L. Doormann (Hrsg.): Keiner schiebt uns weg - Zwischenbilanz in der Bundesrepublik, Weinheim 1979, S.23.
 13. abgedruckt in: U. Linnhoff: Die neue Frauenbewegung: USA - Europa seit 1968, Köln 1974, S. 42f.
 14. abgedruckt in: Frauenjahrbuch 1, hrsg. von Frankfurter Frauen, 2. Aufl., Frankfurt 1975, S. 10 und 15. - H. Sander: Rede des Aktionsrates zur Befreiung der Frauen, gehalten auf der 23. Delegiertenkonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) im September 1968 in Frankfurt; in: Mein Kopf gehört mir - 20 Jahre Frauenbewegung -, hrsg. v. H. Schlaeger, München 1988, S. 12ff. - H. Sander: Rede des „Aktionsrates“ zur Befreiung der Frauen; in: Schlüsseltexte der Neuen Frauenbewegung seit 1968, hrsg. v. A. Anders, Frankfurt 1988, S. 39ff.
 15. A. Schwarzer: So fing es an: Die neue Frauenbewegung, Köln 1981, S. 13. - vgl. hierzu auch I. Schmidt-Harzbach: „Frauen erhebt Euch“ - Als Frau im SDS und im Aktionsrat; in: Mein Kopf gehört mir, a.a.O., 1988, S. 54.
 16. H. Schenk, a.a.O., 1980, S. 49 und 85.
 17. L. Doormann: Wartet nicht auf bess're Zeiten - Frauenpolitik aus Bonn und Alternativen der Frauenbewegung, Köln 1980. - J. Menschik: Feminismus - Geschichte, Theorie, Praxis, Köln 1977, S. 93. - S. Latka-Jöhning, a.a.O., S. 4ff.
 18. Arbeitskollektiv der sozialistischen Frauen Frankfurt (Hrsg.): Frauen gemeinsam sind stark, Frankfurt 1972, S. 18.
 19. Autorinnengruppe: Internationaler Frauenkongreß Paris - Pfingsten 1977; Verlag Frauenpolitik Münster 1977, S. 126.
 20. Frauenhandbuch 1, hrsg. von Frankfurter Frauen, 2. Aufl., Frankfurt 1977, S. 39 und 40.
 21. Dokumentation: Erste Berliner Frauenkonferenz der traditionellen Frauenverbände und der autonomen Frauengruppen, Berlin 1978, S. 39.
 22. H. Schenk, a.a.O., 1980, S. 92.
 23. vgl. hierzu: Frauen gemeinsam sind stark, a.a.O., 1972, S. 18. - B. Sudan: About My Consciousness Raising; in: Voices from Women's Liberation, hrsg. v. B. Tanner, New York 1971, S. 238ff. - H. Schenk, a.a.O., 1980, S. 90. - Bericht aus einer Selbsterfahrungsgruppe; in: Frauenjahrbuch '79, Naumburg/Eitenberg 1980, S. 54ff. - Frauengruppe Freiburg: Kleingruppen-Erfahrungen und Regeln, Frauenjahrbuch 1, 2. Aufl., München 1975, S. 184 ff. (nochmals abgedruckt in: Schlüsseltexte der Neuen Frauenbewegung seit 1968, hrsg. v. A. Anders, Frankfurt 1988, S. 94ff.).
 24. J. Menschik: Feminismus, a.a.O., 1975, S. 95.
 25. Frauenjahrbuch 1, a.a.O., 1975, S. 42.
 26. J. Menschik: Grundlagentexte ..., a.a.O., S. 36.
 27. H. Schenk, a.a.O., 1980, S. 86.
 28. L. Doormann, a.a.O., 1980, S. 64.
 29. vgl. hierzu: A. Matthiae: Maßgeschneidert für die DKP - Offener Brief an die Demokratische Fraueninitiative; in: Courage, 1979, H. 4, S. 33ff.
 30. vgl. hierzu u.a.: H. Schenk, a.a.O., 1980, S. 92. - U. Linnhoff, a.a.O., 1974, S. 38ff. - L. Doormann (Hrsg.), a.a.O., Weinheim 1979 und die einzelnen Frauenjahrbücher.
 31. U. Linnhoff, a.a.O., 1974, S. 9f.
 32. Simone de Beauvoir: Alles in allem, Hamburg 1974, S. 464ff.
 33. R. Nave-Herz, R. Brand, H.-D. Burkert, M. Handels, G. Schaab und D. Schädlich: Die Ziele der Frauenbewegung - Eine Inhaltsanalyse der Emanzipationsliteratur von 1968 bis 1973; in: Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ vom 13.12.1975. - Gleichzeitig wird durch diese Literaturanalyse das wachsende Interesse an Themen der Frauenbewegung deutlich. 205 Bücher und Buchartikel sind in diesem fünfjährigen Zeitraum erschienen; die Zahl der Neuerscheinungen stieg sprunghaft 1970/1971 an und zeigt damit das wachsende Interesse an der Neuen Frauenbewegung und ihre zunehmende Verbreitung.
 34. H. Schenk, a.a.O., 1980, S. 128.
 35. Redaktionskollektiv: Die neue Frauenbewegung - eine historische Epoche?; in: Frauenjahrbuch '79, Naumburg/Eitenberg 1980, S. 7ff. - Jahrbuch 1, hrsg. von Frankfurter Frauen, 2. Aufl., Frankfurt 1975, S. 43. - Come out, Gespräche mit lesbischen Frauen, München 1978.
 36. Informationen für die Frau, Nr. 4, 1975, S. 15.
 37. Korrespondenz „Die Frau“, H. 7/8, 1974, S. 21.
 38. Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, Drucksache 8/4461 vom 29.8.1980, S. 3.
 39. L. Doormann: Wartet nicht auf bess're Zeiten, a.a.O., 1980, S. 36.
 40. Zur damaligen Situation vgl. den Bericht der Kommission zur Auswertung der Erfahrungen mit dem reformierten § 218 des Strafgesetzbuches, Stellungnahme der Bundesregierung vom 31.1.1980, Drucksache 8/3630.
 41. vgl. hierzu K. Oeter und A. Nohke: Der Schwangerschaftsabbruch - Gründe, Legitimationen, Alternativen; Schriftenreihe des BMJFFG, Bd. 123, Stuttgart 1982. - Zur weiteren Chronologie des § 218 vgl. B. Sommerhoff: Special-Frauenbewegung, Hamburg 1995, S. 36ff.
 42. vgl. hierzu ausführlicher in R. Nave-Herz: Das Dilemma der Frau in unserer Gesellschaft. Der Anachronismus in den Rollenerwartungen, 2. Aufl., Neuwied 1975, S. 58ff. - R. Nave-Herz: Veränderungschancen der femininen Rolle - Konsequenzen rollentheoretischer Überlegungen; in: Reform in der Demokratie: Theoretische Ansätze - Konkrete Erfahrungen - Politische Konsequenzen, hrsg. v. W. Schulenberg, Hamburg 1976, S. 285ff.
 43. vgl. „Frauenkalender“ 1989, hrsg. v. der Zeitschrift „Emma“, Köln o.J.
 44. H. Schenk, a.a.O., 1980, S. 95. - vgl. Kofra: Gynäkologie und Selbsthilfe, Nr. 41, April 1989.
 45. A. Blessing, G. Buchetmann, P. Hilsenbeck und R. Ostermann: Anmerkungen zur feministischen Therapie; in: Frauenjahrbuch '77, 1977, S. 195. - vgl. hierzu auch den Artikel von H. Bilden: Frauen und Psychotherapie oder verlangt massenhaftes psychisches Leiden von Frauen nur nach Frauentherapie/feministischer Therapie?; in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, München 1979, H. 2, S. 102ff. - M. Kestler: Feminismus und Psychotherapie, Basel 1978. - R. Burkard: Wie Frauen „verrückt“ gemacht werden, Berlin 1978.
 46. vgl. Zweiter Frauenhausbericht vom BMJFFG 181/1988.
 47. L. Doormann: Wartet nicht auf bess're Zeiten, a.a.O. - H. Schenk, a.a.O., 1980, S. 96ff.
 48. M. Meister: Das Frauenhaus als Zwischenstation; in: Botschaft und Dienst - Zeitschrift für Erwachsenenbildung, 1980, H. 1, S. 33ff. - F. Haffner: Gewalt in der Ehe und was Frauen dagegen tun, Berlin 1976. - Frauen gegen Männergewalt, Berliner Frauenhaus für mißhandelte Frauen, Berlin 1978.
 49. vgl. hierzu z.B. C. Bernard und E. Schläffer: Die ganz gewöhnliche Gewalt in der Ehe - Test zu einer Soziologie von Macht und Liebe, Hamburg

1977. - Th. Held: Soziologie der ehelichen Machtverhältnisse, Neuwied 1978. - M. Markefka und I. Billen-Klingbeil: Machtverhältnisse in der Ehe und ihre Folgen; in: Handbuch der Familien- und Jugendforschung, hrsg. v. R. Nave-Herz und M. Markefka, 2 Bde., Bd. 1: Familienforschung, Neuwied 1989.
50. E. Schulze-Gattermann: Arbeitsgemeinschaft Deutscher Frauen- und Kinderschutzhäuser; in: Informationen für die Frau, 1981, H. 3, S. 11. - R. Nave-Herz: Männerhäuser könnten Frauen vor Gewalt schützen; Vortrag im Rahmen des 10jährigen Jubiläums des Arbeitskreises Niedersächsischer Frauen- und Kinderschutzhäuser e.V.; abgedruckt in: Informationen für die Frau 1996, H. 2, S. 11f.
51. vgl. Courage 1979, H. 7, S. 51.
52. L. Doormann: Wartet nicht auf bess're Zeiten, a.a.O., 1980. - vgl. hierzu auch: Hilfen für vergewaltigte Frauen - Theoretische Konzepte und praktische Hilfen, hrsg. v. C. Helferich und A. Hendel-Kramer, Freiburger Institut für Gesundheitswissenschaften, Staufen bei Freiburg 1995.
53. Frauenkalender 1989, Köln o.J., S. 251ff. - vgl. auch „Notruf-Telefon für vergewaltigte Frauen in Mainz“, in: Korrespondenz „Die Frau“, 1981, H. 1/2, S. 12ff.
54. L. Doormann: Die neue Frauenbewegung - Zur Entwicklung von 1968 bis Anfang der 80er Jahre; in: Geschichte der deutschen Frauenbewegung, hrsg. v. F. Herve, Köln 1988, S. 263. - Die ebenfalls sehr bekannte Zeitschrift „Courage“ startete 1978 in West-Berlin; sie wurde aber 1984 eingestellt.

55. vgl. hierzu die Aufsätze in: Informationen für die Frau, 1981, H. 4, S. 3ff. - ebenso das Kapitel „Gegenkultur“, in: Frauenjahrbuch 76, München 1976, S. 113ff.
56. F. Haug: Perspektiven eines sozialistischen Feminismus - 20 Jahre Frauenbewegung in Westdeutschland und West-Berlin; in: Frauenbewegung in der Welt, Bd. 1, hrsg. v. Autonomen Frauenredaktion, Argument Sonderband 150, Hamburg 1988, S. 36.
57. H. Schenk, a.a.O., 1980, S. 94. - A. Stahmer: Frauenprojekte - Frauengeschäfte; in: Frauenjahrbuch 77, München 1977, S. 124ff.
58. vgl. A. Reinsberg: Die Guten ins Töpfchen - die Schlechten in Kröpfchen. Zur Situation schreibender Frauen; in: Frauenjahrbuch 79, Naumburg, Eltenberg 1980, S. 11ff. - Etwa 200 Frauen haben sich vom 25.5. - 30.5.1981 in Amsterdam aus vielen Ländern, auch der dritten Welt, zu einem internationalen Film- und Video-Treffen zusammengefunden (aus: Korrespondenz „Die Frau“, 1981, H. 8, S. 39).
59. abgedruckt in: Courage, 1981, H. 1, S. 9.
60. B. Huhnke: Stammischgebahnen unter grauen Medienmännern; in: Frankfurter Rundschau vom 18.11.1996, S. 15.
61. Kofra - Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeitssituation e.V., Informationsdienst Nr. 41, 1989, S.23.
62. vgl. Anschriftenliste in: Frauenjahrbuch 79, a.a.O., S. 206. - Frauenkalender 1989, Köln o.J. - Blocksberg - for women only. Bericht aus einer Frauenkneipe; in: Frauenjahrbuch 76, München 1976, S. 126ff.
63. U. Enders-Dragässer: Zum 10. Mal Frauen- und Schule-Kongreß - mehr als ein Jahrzehnt Geschichte der „AG: Frauen und Schule“; in: FrauenStärken - ändern Schule, hrsg. v. A. Kaiser, Bielefeld 1996, S. 33f.
64. Luca, R.; Kahlert, H.; Müller-Balhorn, S. (Hrsg.): Frauen bilden - Zukunft planen – Dokumentation des 8. Fachkongresses Frauen und Schule, Bielefeld 1992.
65. A. Kaiser (Hrsg.): Frauenstärken - Schule verändern, Bielefeld 1996 (Zahlenangaben wurden mir mündlich von A. Kaiser mitgeteilt).
66. Rundbrief Nr. 1 - Mitteilungen über die Gründung eines Vereins für sozialwissenschaftliche Frauenforschung und -praxis e.V., Köln, 6.5.1978. - Zum Verein: Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen; in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, H. 2, München 1979.
67. vgl. hierzu E. Janssen: Der andere Teil der Frauenbewegung - Frauengruppen in der Erwachsenenbildung; in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, H. 2, 1979, S. 115. - vgl. hierzu: K. Derichs-Kunsmann (Hrsg.): Frauenbildungsarbeit Lernen und Arbeiten im Schatten. Theorie und Praxis der Frauenforschung, Schriftenreihe des Instituts Frau und Gesellschaft Hannover, Bd. 2, Bielefeld 1984. - C. Schiersmann: Der Erfahrungsbegriff in Konzepten der Frauenbildung; in: IFG/Frauenforschung, H. 3, S. 102ff. - W. Comelißen und C. Voigt (Hrsg.): Wege von Frauen in die Politik - Möglichkeiten und Grenzen von Kursen zur Qualifizierung für politische Aufgaben - eine empirische Untersuchung, Bielefeld 1995.
68. L. Gravenhorst: Sektion Frauenforschung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie; in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, H. 2, 1979, S. 139.
69. M. Mies: Info-Broschüre über den Verein „Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V.“ (hektographiert), Mai 1981, S. 2.
70. U. Gerhard: Frauenforschung und Frauenbewegung - Skizze ihrer theoretischen Diskurse; in: Deutsche Forschungsgemeinschaft (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Frauenforschung in der Bundesrepublik Deutschland - Bestandsaufnahme und forschungspolitische Konsequenzen, hrsg. v. d. Senatskommission für Frauenforschung, Bonn 1994, S. 12.
71. vgl. hierzu M. Nerad: Frauenzentren an amerikanischen Hochschulen - Eine Modeerscheinung?, Werkstattberichte, Bd. 5, Wissenschaftliches Zentrum für Berufs- und Hochschulforschung, Gesamthochschule Kassel, Kassel 1981. - Planungsgruppe für einen Frauenstudien- und -forschungsbereich beim Präsidenten der Freien Universität Berlin: „Ziele, Inhalte und Institutionalisierung von Frauenstudien und Frauenforschung, Internationale Konferenz vom 16. bis 18. April 1980 in Berlin, Berlin 1980. - The National Institute of Education: The Impact of Women's Studies on the Campus and the Disciplines, Washington 1980. - I. Stoehr: Strategien zur Durchsetzung von feministischen Interessen beim Lernen und Forschen; in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, H. 2, 1979, S. 135ff. - Asta-Frauengruppe und DF/Marburg: Ringvorlesung Frau und Wissenschaft, Marburg, WS 1979/80 und SS 1980/Selbstverlag. - B. Kroemer: Bildungsarbeit mit Frauen - Anmerkungen zu Frauenseminaren an Hochschulen; in: IFG/Frauenforschung, 1983, H. 1, S. 50ff.
72. So hatte z.B. die Deutsche Forschungsgemeinschaft einen besonderen Schwerpunkt „Die Integration der Frau in die Arbeitswelt“ ausgeschrieben. - Eine Übersicht über die aktuellen frauenspezifischen Forschungsvorhaben der einzelnen Bundesressorts ist vom Arbeitsstab Frauenpolitik beim Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit zusammengestellt worden (hektographiert).
73. G. Becker, S. Bovenschen, H. Brackert u.a.: Aus der Zeit der Verzweiflung. Zur Genese und Aktualität des Hexenbildes, Frankfurt 1977. - A. Kuhn und G. Schneider (Hrsg.): Frauen in der Geschichte, Düsseldorf 1979. - K. Hausen (Hrsg.): Frauen suchen ihre Geschichte, München 1983. - U. Frevert (Hrsg.): Bürgerinnen und Bürger, Göttingen 1988. - M. Heuser (Hrsg.): Frauensprache - Literatur, Paderborn 1981. - E. Ryan: Das Weibliche und das Männliche; in: Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie 8, Sprache und Geschlecht, 1/1978. - H. Schramm: Frauensprache - Männerprache, Pädagogisches Zentrum Berlin, 1980. - Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen: Frauengeschichte - Dokumentation des 3. Historikerinnentreffens, München 1981.
74. vgl. K. Schatzberg: Sicherung und Weitergabe an weiblichem Wissen - Zur Arbeit von Frauenarchiven und Frauenbibliotheken - ein Überblick; in: IFG/Frauenforschung, 1984, H. 3, S. 1ff. - K. Schatzberg (Hrsg.): Frauenarchive und Bibliotheken, Göttingen 1985.
75. C. Halkes: Gott hat nicht nur starke Söhne, Gütersloh 1980. - M. Daly: Jenseits von Gottvater, Sohn und Co., München 1980. - Zum Themenbereich Frau und Kirche vgl. die Reihe „Studien und Problemberichte aus dem Projekt 'Frauen als Innovationsgruppen' des Deutschen Nationalkomitees des lutherischen Weltbundes; hrsg. von G. Scharffenroth, G. Diestel und N. Hasselmann, Gelnhausen/Berlin (ab 1973). - M. Unger-von Reiche: Über die Konferenz über „Die Gemeinschaft von Frauen und Männern in der Kirche“ des ökumenischen Rates der Kirchen; beide Artikel in: Korrespondenz „Die Frau“, 1981, H. 8, S. 1ff.
76. vgl. hierzu S. Berghahn u.a. (Hrsg.): Wider die Natur? Frauen in Naturwissenschaft und Technik, Berlin 1984 - Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Frauen und neue Technologien, Hannover 1986.
77. vgl. hierzu: Feministische Gesellschaftstheorie und Methoden der Frauenforschung; in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, 1978, H. 1, S. 18ff. - E. Moltmann-Wendel: Was ist eine feministische Wissenschaftstheorie?; in: Informationen für die Frau, 1981, H. 4, S. 15ff. - Verwiesen sei auf die verschiedenen Artikel in der Zeitschrift „Die Eule“ - Diskussionsforum für feministische Theorie -, Münster: Verlag Frauenpolitik.
78. vgl. hierzu U. Edschmid: Was heißt Feminismus in der Schule; in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, H. 2, 1979, S. 81ff. - I. Brehmer: Der ganze vulgäre Sexismus in der Schule; in: betrifft erziehung, 1981, H. 5, S. 28ff. - I. Brehmer: Lehrerinnen - Mütter in der Schule; in: Lehrerinnen, München 1980. - A. Kaiser und M. Oubaid (Hrsg.): Deutsche Pädagoginnen der Gegenwart, Köln 1986. - H. Fleißner (Hrsg.): Aufbrüche - Anstöße - Frauenforschung in der Erziehungswissenschaft, Oldenburg 1995.
79. vgl. hierzu I. N. Sommerkorn: Soziologie der Bildung und Erziehung; in: Einführung in spezielle Soziologien, hrsg. v. H. Korte und B. Schäfers, Opladen 1993, S. 42ff. - H. Faulstich-Wieland: Bilanz der Koedukationsdebatte; in: IFG/Frauenforschung, 1993, H. 3, S. 33ff. - B. Hoeltje; K. Liebsch; I. N. Sommerkorn (Hrsg.): Wider den heimlichen Lehrplan - Bausteine und Methoden einer reflektierten Koedukation, Bielefeld 1995. - I. N. Sommerkorn: Das Geschlechterverhältnis als Bildungsaufgabe der Schule - die doppelte Lebensorientierung - ein notwendiges Thema im Unterricht; in: Familie im Brennpunkt von Wissenschaft und Forschung, hrsg. v. B. Nauck und C. Onnen-Isemann, Neuwied 1995, S. 259ff. - B. Volmerg u.a.: Ohne Jungs ganz anders? Bielefeld 1996.
80. vgl. hierzu u.a. die verschiedenen Aufsätze in: A. Kaiser (Hrsg.), a.a.O., 1996, über „Gewaltprobleme und Schule“, S. 51ff. und über „Förderung sozialer Kompetenz bei Jungen“, S. 207ff. - Ebenso A. Kaiser: Hausarbeit in der Schule?, Pfaffenweiler 1991, S. 120ff.
81. „Frauenkalender“, hrsg. von der Zeitschrift „Emma“, Köln.

82. R. Wiggershaus: Feministische Positionen; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1981, H. 45, S. 31.
83. vgl. Courage, Nr. 2/77, Nr. 1/78.
84. H. Schenk, a.a.O., 1980, S. 160ff.
85. K. Lindsey: Spare Rib über feministischen Spiritualismus - Hexenkräfte gegen Regierungsgewalt; in: Courage 1979, H. 6, S. 28ff.
86. A. Schwarzer, a.a.O., 1981, S. 10.
87. vgl. dazu: Bundesministerium für Frauen und Jugend (Hrsg.): Frauen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1992, S. 68f. und S. 99.
88. vgl. hierzu u.a.: S. Kontos und K. Walser: Hausarbeit ist doch keine Wissenschaft; in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, 1978, H. 1, S. 66ff. - A. Oakley: Sociology of Housework, London 1974. - M. Wunderle (Hrsg.): Politik der Subjektivität - Texte der italienischen Frauenbewegung; darin das Kapitel: Der Lohn als Hebel zur Macht, Frankfurt 1977, S. 79ff. - I. Ostner: Beruf und Hausarbeit, Frankfurt 1978. - R. Wiggershaus, a.a.O., 1979, S. 45.
89. vgl. auch I. Stoehr, a.a.O., 1979, S. 97ff. - D. Pass-Weingartz und G. Erler (Hrsg.): Mütter an die Macht, Die neue Frauen-Bewegung, Hamburg 1989.
90. vgl. hierzu u.a. ausführlicher: Der Internationale Frauentag, Dokumente und Berichte 8, hrsg. v. der Parlamentarischen Staatssekretärin für die Gleichstellung von Frau und Mann, Düsseldorf 1989.
91. S. Latka-Jöhring, a.a.O., S. 5.
92. vgl. hierzu auch F. Haug, a.a.O., 1988, S. 46.
93. A. Schwarzer, a.a.O., 1981, S. 8.
94. M. Brückner: Frauen- und Mädchenprojekte - Von feministischen Gewißheiten zu neuen Suchbewegungen, Opladen 1996, S. 269f. (die Anmerkungen und Literaturhinweise wurden im o.a. Zitat nicht berücksichtigt).
95. vgl. hierzu auch R. Nave-Herz und W. Cornelißen: Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland; in: Feminin - Maskulin. Konventionen, Kontroversen, Korrespondenzen, Friedrich Jahresheft VII, 1989, S. 55ff.
96. vgl. A. Gardiner-Sirtl: Gleichberechtigt? Was wir Frauen erreicht haben - und was zu tun bleibt, München 1982, S. 243.
97. Bei der Überarbeitung der 5. Auflage wurde von mir überprüft, ob die „Gründungen“ auch heute noch bestehen. Sehr viele Kolleginnen und Kollegen haben mir bei diesen Recherchen geholfen. Wegen ihrer Vielzahl ist es mir nicht möglich, ihnen einzeln zu danken. Es sei ihnen aber an dieser Stelle pauschal sehr herzlich gedankt!
98. vgl. hierzu C. Hagemann-White: Frauenforschung - der Weg in die Institution: Ideen, Persönlichkeiten und Strukturbedingungen am Beispiel Niedersachsens., Materialien zur Frauenforschung, Bd. 21, Bielefeld 1995.
99. Deutsche Forschungsgemeinschaft (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Frauenforschung in der Bundesrepublik Deutschland - Bestandsaufnahme und forschungspolitische Konsequenzen, hrsg. von der Senatskommission für Frauenforschung, Bonn 1994.
100. U. Bock: Frauenforschungsprofessuren an deutschen Hochschulen, Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauenstudien und Frauenforschung an der Freien Universität Berlin, 3. Aufl., Berlin 1996, S.20.
101. nach Auskunft von S. Metz-Göckel vom 20. 10. 1996.
102. U. Bock, a.a.O., 1996, S. 38.
103. vgl. dazu ausführlicher J. de Jong und A. Schlüter: Weib und Wissenschaft im Widerspruch? - Objektive und subjektive Reflexion über 10 Jahre Arbeitskreis - Wissenschaftlerinnen; in: Was eine Frau umtreibt; hrsg. v. A. Schlüter, Ch. Roloff und M. A. Kreienbaum, Pfaffenweiler 1990, S. 27ff.
104. vgl. Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Geschäftsstelle: Förderung von Frauen im Bereich der Wissenschaft; Bericht zur Sitzung am 09. Februar 1989.
105. Presseinformation des BMFSFJ vom 18. 04. 1996.
106. Deutsche Forschungsgemeinschaft, a.a.O., Bonn 1994.
107. Institut Frau und Gesellschaft (IFG): Erster Forschungsbericht: 1982 - 1988, Hannover 1989; Zweiter Forschungsbericht: Jan. 1989 - Apr. 1992, Hannover 1992.
108. U. Enders-Drägässer und B. Sellach: Autonome Frauenforschung - Reflexionen über ein Jahrzehnt; Frankfurter Institut für Frauenforschung; in: IFG/Frauenforschung, 1993, H. 1 und 2, S. 67ff.
109. Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Geschäftsstelle, a.a.O., S. 34.
110. Zur Frage der Definition von Frauenforschung vgl. auch das diesbezügliche Kapitel; in: Deutsche Forschungsgemeinschaft, a.a.O., Bonn 1994.
111. vgl. z.B. die Referate auf dem Soziologentag 1988 in Zürich (W. Zapf (Hrsg.): Gesellschaft und Kultur - Soziologentag 1988, Hamburg 1989.
112. vgl. Europäische Gemeinschaft: Europäische Sitzungsdokumente 1980/1981 (1/829/80/II); Bericht über die Stellung der Frau in der Europäischen Gemeinschaft, Teil 2: Begründung, S. 12.
113. Europäische Gemeinschaft, a.a.O., S. 15.
114. Europäische Gemeinschaft, a.a.O., S. 13.
115. Weltfrauenkonferenz vom 15. Juli 1985 bis 27. Juli 1985 in Nairobi, Kenia, Abschlussdokument; Zukunftsstrategien von Nairobi zur Förderung der Frau, hrsg. v. BMJFFG 1986. - Die Weltfrauenkonferenz von Nairobi, hrsg. von der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Nachtrag Nr. 24 zu Frauen Europas, Brüssel 1986.
116. Chr. Randzio-Plath: Frauen verändern die Welt - Nairobi 1985: Bilanz und Perspektiven des Frauenjahrzehnts der UNO; in: IFG/Frauenforschung, 1985, Heft 3, S. 121.
117. NGO ist ein Zusammenschluß von Frauen, die nicht zu den offiziellen politischen Delegierten der Weltfrauenkonferenz zählen.
118. Presseamt des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 11.03.1996.
119. Europäische Gemeinschaft, a.a.O., S. 15.
120. Europäisches Parlament: Sitzungsdokumente 1980 - 1981 vom 29. Januar 1981, Teil 2 Entschließungsantrag, Dokument 1/829/80-1, S. 2.
121. vgl. E. Jentsch: Die Stellung der Frau in der Europäischen Gemeinschaft; in: Informationen für die Frau, 1981, H. 3, S. 11.
122. Auf dem langen Marsch der kleinen Schritte - Wo und wie von Amts wegen die Weichen gestellt werden; in: Informationen für die Frau, 1981, H. 2, S. 5.
123. W. Cornelißen, U. Bosse und A. Pfuhlmann: Institutionelle Voraussetzungen für die Gleichberechtigung von Mann und Frau in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft - Kurzberichte-, hrsg. vom Institut Frau und Gesellschaft, Hannover 1988, S. 15ff.
124. I. Hoffmann: Auf dem langen Weg der kleinen Schritte, a.a.O., 1962, S. 3.
125. vgl. die Übersicht über die Frauenförderpläne; in: frauenpolitischer dienst - fpd - 1989, Folge 020ff.
126. zitiert bei S. Latka-Jöhring, a.a.O., S. 6.
127. S. Latka-Jöhring, a.a.O., S. 6f.
128. frauenpolitischer dienst - fpd - 1989, Folge 010, S. 4.
129. Untersuchung über Motive junger Nichtwählerinnen; in: Informationen für die Frau, 1989, Folge 4, S. 6.
130. B. Sommerhoff, a.a.O., 1995, S. 76.
131. U. Krautkrämer-Wagner: Läßt sich die Gleichberechtigung der Geschlechter staatlich fördern?; in: IFG/Frauenforschung, 1985, H. 1 u. 2, S. 13.
132. K. Gröning: Kommunale Gleichstellungsbeauftragte - Anmerkungen zu ihren institutionellen Handlungsbedingungen; in: IFG/Frauenforschung, 1992, H. 4, S. 20.

133. vgl. hierzu ausführlicher U. Bosse: Kommunale Gleichstellungsstellen und Frauenbeauftragte in Niedersachsen, hrsg. von der Landesbeauftragten für Frauenfragen, Hannover 1989. - K. Gröning, a.a.O., 1992, S. 20ff.
134. B. Sommerhoff, a.a.O., 1995, S. 52.
135. vgl. z.B. U. Boos-Nünning, L. Kaus und B. Schou: Frauenbeauftragte an der Universität - Gesamthochschule - Essen; Konzepte und Erfahrungen; in: IFG/Frauenforschung, 1987, H. 3, S. 223ff. - E. Manig: Verbandliche Gleichstellungsstelle bei der Arbeiterwohlfahrt; in: IFG/Frauenforschung, 1987, H. 3, S. 239ff. - J. de Jong und A. Schlüter, a.a.O., 1990, S. 36.
136. M. Gotzes: Kommunale Gleichstellungsstellen - Lobby für Frauen im Rathaus; in: IFG/Frauenforschung, 1985, H. 1 und 2, S. 40. - C. Vollmer: Kommunale Frauenbüros - Alibistelle oder Instrument der Veränderung?; in: IFG/Frauenforschung, 1987, H. 3, S. 5ff.
137. B. Riedmüller: Das Neue an der Frauenbewegung - Versuch einer Wirkungsanalyse der neuen Frauenbewegung; in: Frauensituation - Veränderungen in den letzten 20 Jahren, hrsg. v. U. Gerhard und Y. Schütze, Frankfurt 1988, S. 15. - vgl. zum Problem der zunehmenden Institutionalisierung auch U. Bock: Androgynie und Feminismus - Frauenbewegung zwischen Institution und Utopie, Weinheim 1988.
138. U. Krautkrämer-Wagner, a.a.O., 1985, S. 10. - M. Gotzes, a.a.O., 1985, S. 46.
139. M. Gotzes, a.a.O., 1985, S. 47.

7. Die Frauenfrage in der DDR ¹⁾

7.1 Die Frauenpolitik in der DDR und der Demokratische Frauenbund Deutschlands

Die Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen hatte zur Folge, daß der Ostteil Deutschlands unter den Einfluß allein der Sowjetunion gestellt wurde, die selbst durch Kriegsverwüstungen, Menschenverluste und eine zerstörte Wirtschaft gekennzeichnet war. Die sowjetische Besatzungszone (SBZ) hatte in den Nachkriegsjahren - trotz ihrer eigenen desolaten Wirtschaftslage - Reparationsleistungen an die UdSSR zu erbringen. Ferner wurde die zentralistische Planwirtschaft - dem Modell der Sowjetunion folgend - eingeführt, eine „Bodenreform“ durchgeführt (d.h. Grundbesitz über 100 Hektar enteignet) und Privatunternehmen zu Volkseigentum erklärt. Es existierten nunmehr drei Eigentumsformen nebeneinander: die volkseigenen, die genossenschaftlichen und die privaten Klein- und Mittelbetriebe. Weiterhin wurde das Schulsystem verändert u.a.m. Von Anfang an gehörte in der SBZ und später in der DDR die Gleichstellung der Frau zu den offiziellen Zielen der sozialistischen Gesellschaftspolitik. Schließlich hatte schon Karl Marx geschrieben: „Jeder, der etwas von der Geschichte weiß, weiß auch, daß große gesellschaftliche Umwälzungen ohne das weibliche Ferment unmöglich sind. Der gesellschaftliche Fortschritt läßt sich exakt messen an der gesellschaftlichen Stellung des schönen Geschlechts.“ ²⁾ Und Wladimir Iljitsch Lenin hatte betont: „Ohne die Heranziehung der Frauen zur selbständigen Teilnahme nicht allein am politischen Leben schlechthin, sondern auch an ständigen, von allen zu leistenden öffentlichen Diensten kann vom Sozialismus keine Rede sein, ja nicht einmal von einer vollständigen und dauerhaften Demokratie.“ ³⁾

Bereits 1946 formulierte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), die als Zwangsvereinigung der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei entstanden war, „Grundsätze und Ziele“, in denen die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz ohne Unterschied von Rasse und Geschlecht und die „Gleichberechtigung der Frau im öffentlichen Leben und Beruf“ gefordert wurde. ⁴⁾ Im August 1946 erließ die sowjetische Militäradministration (SMAD) einen Befehl „überegleiche Entlohnung von Arbeitern und Angestellten für gleiche Arbeitsleistung unabhängig von Geschlecht und Alter“ und weist die deutschen Verwaltungsorgane an, die Berufsnomenklatur zu überprüfen und nur die Berufe für Frauen auch weiter zu verbieten, die für diese „absolut gesundheitsschädigend sind“. Die Beseitigung der Diskriminierung der Frau und die Auseinandersetzung mit der traditionell den Frauen zugewiesenen Rolle gilt - in der offiziellen Sprachregelung - als ein Bestandteil des „antifaschistischen demokratischen Aufbaus“. ⁵⁾ In dieser Zeit (1945) entstanden bereits auch die ersten Frauenausschüsse, die öffentliche Aufgaben von der Trümmerbeseitigung bis zur Flüchtlingsversorgung organisierten und die auch politisch-agitatorisch aktiv waren.

Diese „antifaschistischen Frauenausschüsse“ wurden jedoch bereits 1947 wieder aufgelöst, als der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD) gegründet wurde, der ihre Ressourcen übernahm. ⁶⁾

1949 wird in der ersten Verfassung der DDR das Prinzip der Gleichberechtigung von Mann und Frau aufgenommen. Alle Bestimmungen des alten BGB, die diesem Prinzip widersprechen, wurden aufgehoben.

Entsprechend der marxistischen Ideologie wurde vor allem in der DDR von Anfang an die Nichterwerbstätigkeit als der verursachende Faktor für die „Unterdrückung der Frau“ interpretiert und damit die Einbeziehung der Frauen in den Arbeitsprozeß begründet. De facto wurden sie aber auch für den Aufbau der Wirtschaft als Arbeitskräfte dringend gebraucht. Die Eingliederung von Frauen in die Betriebe durch regelrechte Kampagnen war typisch für die 50er Jahre. Insbesondere wurden Hausfrauen zeitweise zu Arbeitseinsätzen in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft verpflichtet; es wurden sog. Hausfrauenbrigaden gebildet.

Der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD) sah zu seiner Gründungszeit seine Hauptaufgabe gerade darin, „Frauen aus allen Schichten der Bevölkerung für die Arbeit in der Produktion zu gewinnen.“ ⁷⁾

Der DFD blieb bis zur politischen Wende die einzige offizielle Frauenorganisation der DDR. Daneben gab es seit Beginn der 50er Jahre Frauenausschüsse in den Betrieben, die 1965 zu Kommissionen der Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) wurden und damit in die Arbeit des betrieblichen „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) einbezogen waren. Im politischen Bereich existierten auf allen Ebenen des SED-

Apparates besondere Abteilungen und Kommissionen für Frauen; so gab es auch unter den 11 Ressorts an der Spitze des Parteiapparates eines für Frauenfragen.

Wenn der DFD, gemessen an der Mitgliederzahl von 1,4 Millionen, als Massenorganisation für Frauen in der DDR gelten kann, so war er weder eine reine Interessenvertretung der Frauen, noch etwa als eine Organisation „von unten“ beschreibbar, wie es für die Entstehung der traditionellen Frauenverbände und für die Neue Frauenbewegung charakteristisch war. Er hatte eine Zwitterstellung zwischen der Funktion, Mitgliederinteressen zu artikulieren, und der Funktion, Parteibeschlüsse und die marxistisch-leninistische Weitsicht bei den Mitgliedern zu propagieren, inne, die zum größten Teil keine SED-Mitglieder waren. Letzteres galt selbstverständlich nicht für die Inhaberinnen von Führungspositionen.⁸⁾ Insgesamt konnte der DFD natürlich nur solche Aktivitäten entwickeln, die ihn nicht in Opposition zur Partei brachten. Die straffe dogmatische Politik der SED rief zwar immer wieder zu „Eigeninitiativen“ auf, duldete aber keine, die nicht identisch mit den Zielen der SED waren.⁹⁾

Entstand evtl. nur deshalb in der DDR keine Neue Frauenbewegung, weil die SED-Parteispitze und mit ihr der DFD keine derartige Entwicklung zuließ und frühzeitig jedes Anzeichen unterdrückte? Oder wurde nicht nur in der politischen Ideologie, sondern auch von den Frauen selbst der Verfassungsauftrag, nämlich die Gleichheit von Männern und Frauen, als weitgehend eingelöst und die Frauenfrage in der Realität als beantwortet gesehen? Beide Bedingungen werden sich gegenseitig gestützt haben; um eine genaue Antwort geben zu können, ist jedoch detailliertere historische Forschung noch notwendig.

Jedenfalls neben der politischen Unduldsamkeit und dem politisch-proklamierten Gleichheitsanspruch der Geschlechter hatten im Laufe der 40jährigen DDR-Geschichte de facto viele Gesetze und politische Maßnahmen, wenn diese politischerseits auch überwiegend auf ökonomischen und bevölkerungspolitischen Überlegungen beruhten, die reale Lage der Frauen, insbesondere der Mütter, verbessert. Erwähnt sei z.B., daß bereits 1950 durch das „Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau“ sowie durch die Gesetze zur Arbeit die Grundlagen für einen erweiterten Mutterschutz, für Kinderbetreuung und für die berufliche Förderung geschaffen wurden. 1961, im Jahr des Mauerbaus, erschien das Kommuniqué „Die Frau - der Frieden und der Sozialismus“ des Politbüros der SED, in dem u.a. kritisiert wurde, daß der Anteil von Frauen in den Leitungsfunktionen zu gering wäre. Zahlreiche, vor allem Qualifizierungsmaßnahmen zur Veränderung dieser Situation wurden gestartet, z.B. Einrichtungen von Frauensonderklassen an Fachschulen, Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen von Frauen und Mädchen für technische Berufe und für die Übernahme von Leitungsfunktionen.¹⁰⁾ Zur Politikberatung wurde 1964 der Wissenschaftliche Beirat „Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft“ an der Akademie der Wissenschaften gebildet. Schließlich verabschiedete die Volkskammer 1965 das Familiengesetz, das u.a. die gleiche Verantwortung beider Partner für die Haushaltsführung und Erziehung der Kinder festlegte, das den Ehefrauen, gerade auch den nichterwerbstätigen, keinen Versorgungsanspruch (bzw. nur einen sehr stark zeitlich begrenzten) nach Scheidung oder nach Verwitwung bei Arbeitsfähigkeit zubilligte. Vor allem in den 70er Jahren wurden die verschiedensten sozialpolitischen Maßnahmen zur Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen ausgebaut; hierzu gehörte z.B. die Verlängerung des Wochenurlaubs, das bezahlte Babyjahr, eine Arbeitszeitverkürzung für Mütter, die Erhöhung des Kindergeldes, besondere Unterstützungen für studierende Mütter, der Ausbau von Kinderkrippen und -gärten¹¹⁾ u.a.m.

In der Realität zeitigten diese politischen Maßnahmen z.T. nicht intendierte, nämlich „frauenfeindliche“ und nicht gewollte arbeitspolitische Folgen. Hanna Behrend berichtet: „Während offiziell vom Mythos der bereits erfolgreich abgeschlossenen Emanzipation der Frau geschwafelt wurde, weigerte sich Leitungspersonal in den Betrieben, Frauen mit Kindern in bestimmte Positionen einzustellen, weil diese 'ineffektiv arbeiteten', 'ihre Privilegien mißbrauchten', 'ständig krank feierten', 'zu keiner Versammlung kämen' usw. Springerinnen, die den Ausfall von Frauen durch das mehrheitlich von ihnen wahrgenommene Mütterjahr (obwohl das Gesetz auch dem Vater oder den Großmüttern das Recht zustand, die Freistellung wahrzunehmen) bzw. durch Krankschreibungen wegen ihrer Kinder abdeckten, wurden selten oder gar nicht eingestellt. Die Folge war ein Entsolidarisierungsprozeß unter den Frauen. Besonders die alleinstehenden und älteren Kolleginnen, die in aller Regel die Arbeit der in Mütterurlaub befindlichen oder sonst abwesenden Frauen unbezahlt miterledigen mußten, waren auf die jungen Mütter nicht weniger schlecht zu sprechen als auf den DDR-Staat. Ein frauenemanzipatorisches Bewußtsein kam nicht auf, dazu fehlte es an einer frauenbewegten Öffentlichkeit. So gab es vor der Wende eine wachsende Zahl von Frauen, die Teilzeitarbeit anstrebten oder ein paar Jahre Nur-Hausfrau spielen wollten. Die älteren träumten sogar von einem früheren Rentnerinnen-Dasein, damit sie nicht mehr für die jungen die Arbeit mitzumachen brauchten. Selbst unter Akademikerinnen und Studentinnen mehrte sich die Zahl derjenigen, die auf Emanzipation verzichteten und wenigstens ein paar Jahre für ihre Kinder zu Hause bleiben wollten.“¹²⁾ Manche Mütter jedoch, die die Maßnahme des Babyjahres zuvor begrüßt und gerne in Anspruch genommen haben, berichten, daß sie sich

zunehmend isoliert und reduziert auf einen engen Lebensbereich fühlten. Die Rückkehr ins Erwerbsleben nach dem Babyjahr wurde aber auch von jenen jungen Frauen angestrebt und realisiert, die diese einjährige Berufsunterbrechung als angenehm und positiv empfanden.¹³⁾ Der politische Zwiespalt dieser „Mutti-Politik“ - sowohl gesamtgesellschaftlich als auch individuell - wegen fehlender flankierender Maßnahmen wurde empfunden, aber nicht „öffentlich gemacht“.

Rückblickend sind nach Karin Hildebrandt drei Phasen bzw. Leitbilder in der Frauenpolitik der SED festzumachen:

- Die Phase der Integration der Frau in den Arbeitsprozeß (1946-1965). Es dominierte das Leitbild der berufstätigen Frau.
- Die Phase der Konzentration auf Weiterbildung und Qualifizierung der Frauen (1963-1972): „In den Medien erschien das Bild der selbstbewußten, gut ausgebildeten und erfolgreichen 'Karrierefrau'. Familie, Kinder und Haushalt wurden entweder ignoriert oder als vereinbar dargestellt. Die berufstätige Frau mit Facharbeiter-, Fach- und Hochschulabschluß prägte das Leitbild in diesen Jahren. Die vielfältigen Belastungen der Frauen wurden nicht dargestellt.“
- Die Phase der Vereinbarkeit von Beruf und Familie (1971-1989). Bis zum Ende der DDR galt dann das Leitbild, das Berufstätigkeit und Mutterschaft als gleichwertig miteinander verband, wobei aber Müttern aufgrund dieser Funktion in der Erwerbsarbeit Sonderregelungen zuteil wurden. Die Forschung jener Jahre hatte die Aufgabe, den Wandel der SED von der Frauenpolitik zur Familien- und Bevölkerungspolitik zu legitimieren.¹⁴⁾

Zu fragen wäre, wie die Stellung der Geschlechter in der DDR-Gesellschaft schließlich ausgesehen hat. Da sich dieses Buch mit der Geschichte der Frauenbewegung beschäftigt, kann hier nur eine summarische Antwort auf diese Frage gegeben werden¹⁵⁾:

Auch in der DDR gab es weiterhin eine Konzentration von Frauen in bestimmten, für Frauen typischen Berufen, aber ihr Anteil in frauenuntypischen Berufsbereichen (wie im technischen und naturwissenschaftlichen) war hier höher als in der Bundesrepublik. Ebenso erreichten hier die Frauen, gemessen an ihrem jeweiligen Ausbildungsniveau, weit überwiegend nur jeweils die unteren Positionen in der Berufshierarchie. Doch wegen der großen Zahl bildungsmäßig qualifizierter Frauen war der Anteil vor allem auf der mittleren Ebene in manchen Bereichen, z.B. im Bankwesen, sehr hoch (z.B. 90% der Sparkassenleiter waren weiblichen Geschlechts)¹⁶⁾ und viel größer, verglichen mit dem Anteil von Frauen auf dieser Berufsebene in der Bundesrepublik. Sehr wenige Frauen (wenn auch wiederum vergleichsweise mehr als in der Bundesrepublik Deutschland) erreichten berufliche Spitzenpositionen.

Besonders deutlich wird dieser Sachverhalt auch im politischen Bereich. Das folgende Zitat von Renate Wiggershaus soll - rückblickend - nicht nur die statistische Unterrepräsentanz von Frauen im politischen Machtapparat dokumentieren, sondern gleichzeitig auch die gegebene Verwobenheit zwischen Familien- und Politikbereich illustrieren: „Während der Frauenanteil in den Bezirkstagen relativ hoch ist, sitzt im Ministerrat, der Spitze des Staatsapparates, nur eine einzige Frau: Margot Honecker, Minister für Volksbildung, die übrigens schon mit 23 Jahren Volkskammerabgeordnete war. (Der Ministerrat hat aber 42 Mitglieder, darunter 37 Minister). In den drei Jahrzehnten seit Bestehen der DDR gab es zwei Frauen im Ministerrat: Rita Kuckhoff (1950 - 1958 Präsident der Deutschen Notenbank) und Elli Schmidt (1953 vier Monate lang Vorsitzende der Staatlichen Kommission für Handel und Versorgung), sowie vier Ministerinnen: Else Zaisser (1952 - 1953 Minister für Volksbildung), Hilde Benjamin (1953 - 1967 Minister der Justiz), Margarethe Wittkowsky (Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats 1961 - 1967) und Margot Honecker (seit 1963 Minister für Volksbildung). Liest man dann in einer Propagandaschrift: 'Wie gut Frauen regieren können, beweist z.B. Margot Honecker', fragt man sich verwundert, warum sich die DDR dann mit einer einzigen Ministerin unter 37 Ministern begnügt. Denn in hohe Positionen aufgestiegene Frauen, die ihre Ämter verloren, wurden nicht wegen mangelnder Qualifikation, sondern in der Regel aus politischen Gründen abgelöst. Ihnen widerfuhr dieselbe Behandlung wie Männern, die sich nicht der Parteidisziplin beugten. Die Jüdin Margarethe Wittkowsky beispielsweise widersetzte sich dem durch eine dogmatische Anti-Israel-Haltung geprägten Parteikurs der SED. Offiziell trat sie aus gesundheitlichen Gründen zurück. Ähnliches spielte sich bei Hilde Benjamin ab, bei deren Ablösung vermutlich auch die Ablehnung der Pro-Arabischen-Politik der SED eine Rolle spielte. Else Zaisser wurde nach dem politischen Sturz ihres Mannes (Minister für Staatssicherheit, Mitglied des ZK und des Politbüros der SED) abgelöst. Und Elli Schmidt, eine der profiliertesten Politikerinnen der DDR, verlor ihren Posten, weil sie sich im Juni 1953 - zusammen mit anderen Mitgliedern des Politbüros (darunter vor allem Rudolf Herrnstadt, Else Zaisser und ihr geschiedener Mann, Anton Ackermann) - für eine Ablösung Walter Ullbrichts einsetzte.“¹⁷⁾ Auch bis zur Wende in der DDR gab es im Politbüro der SED kein weibliches Mitglied, allein zwei „Kandidaten“¹⁸⁾, und

nur einen „weiblichen Minister“, Margot Honecker, die Ehefrau des Generalsekretärs des ZK der SED und des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Erich Honecker.

Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern in den Qualifikations-, Berufs-, Einkommens- und politischen Teilnahmemöglichkeiten sind also im Laufe der DDR-Geschichte zwar stärker verringert worden als in der Bundesrepublik Deutschland, aber zu fragen bleibt, warum es - trotz der starken unterstützenden sozialpolitischen Maßnahmen zur Erleichterung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie - nicht zur Einlösung der politisch selbstgesteckten Forderung nach stärkerer, möglichst gleicher Partizipation der Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen und auf allen Berufsebenen kam.

Die „Emanzipation von oben“ - wie es Rainer Geissler¹⁹⁾ nannte - konnte bestimmte Traditionen und Belastungsmomente nicht verändern; dazu gehörten z.B.: die ungleiche Verteilung von hauswirtschaftlichen Arbeiten in der Familie bei gleichzeitig erhöhter Belastung durch Überbrückung von Versorgungsengpässen und sehr hohen Erwerbsarbeitszeiten trotz einer Arbeitszeitreduktion, die patriarchalischen Strukturen der Arbeitswelt, die fast ausschließliche Besetzung der wichtigsten Entscheidungsgremien mit Männern und das Weiterbestehen der geschlechtsspezifischen Sozialisation, was zwar im Widerspruch zur Programmatik sozialer Gleichheit stand, die aber dennoch überall in der Familie, Schule²⁰⁾ und in den Massenmedien - häufig sogar unbewußt - praktiziert wurde.²¹⁾ Für einen beruflichen Karriereprozeß war zudem die aktive politische Teilnahme auszuweisen, was für Frauen die Aufstockung der Doppel- in eine Dreifachbelastung bedeutete. Hinzu kam, daß, was in der DDR in jener Zeit als Frauenpolitik galt, de facto - wie bereits betont - Familienpolitik war.²²⁾ Der Wissenschaftliche Beirat für Frauenpolitik beim Bundesministerium für Frauen und Jugend schrieb deshalb über die sozialpolitischen Maßnahmen jener Zeit: „Diese Bestimmungen sind einerseits ein Zeichen dafür, daß Mutterschaft als soziale Funktion der Frau anerkannt wird. Andererseits wirkt sich die Konzentration der Frauenpolitik auf das Vereinbarkeitsproblem sehr negativ aus, weil sie das Klischee von der Hauptverantwortung der Mutter hierdurch stützt, und weil der Adressat dieser Leistungen ausschließlich Frauen als Mütter sind. Doch Ausgangspunkt einer Frauenpolitik kann nicht nur die Mutter sein, es ist die Frau, das weibliche Geschlecht, es ist das Geschlechterverhältnis und seine Veränderung ... Das heißt aber auch, daß die Reduktion der Frauenpolitik auf eine 'Muttipolitik' zur Vernachlässigung vielfältiger Themen führt, die mit einem Frauenleben verbunden sind.“²³⁾

Dennoch hatte die „Muttipolitik“ dazu geführt, daß die Mehrzahl der Frauen durch die ihnen gewährten Vergünstigungen keinen Grund zur Unzufriedenheit sahen und sie die Gleichberechtigung in der DDR als verwirklicht interpretierten. In der Öffentlichkeit war die Frage der Veränderungen der Geschlechterrollen kein Thema: „Die vielfältigen Benachteiligungen der Frauen in der Gesellschaft, im Beruf und in der Familie (keine Chancengleichheit für Leitungsfunktion, niedrige Lohnsätze in Wirtschaftsbereichen mit hohem Frauenanteil, monotone Arbeitsplätze, schlechte Arbeitsbedingungen, unzureichender Wandel der traditionellen Männerrolle u.ä.) fanden keine Aufmerksamkeit trotz zahlreicher Belege in der empirischen Forschung“.²⁴⁾

Ferner hatte der DFD aufgehört, ein Ort zu sein, an dem Frauen ihre Probleme austauschten und ihre Interessen vertraten. Insbesondere hatte er für die jüngeren Frauen jede Anziehung verloren. Die meisten Frauen sahen und spürten zwar eine Vielzahl politischer und ökonomischer Probleme, aber jene, die die gesellschaftliche Lage allein der Frau in der DDR betrafen, erkannten sie nicht. Kritische Stimmen, die auf die Notwendigkeit hinwiesen, z.B. das System der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern zu untersuchen und zu verändern, wurden als feministische Spinnereien lächerlich gemacht.²⁵⁾

7.2 Die Anfänge einer Neuen Frauenbewegung in der DDR

In den 80er Jahren nahmen jedoch stetig die Kritikerinnen, vor allem unter den jüngeren Frauen, zu und die Unzufriedenheit mit der Reduktion der Frauenpolitik auf eine „Muttipolitik“. So entstanden Anfang der 80er Jahre informelle Frauengruppen, vor allem im kirchlichen Raum und im Rahmen der neuen Friedens- und Alternativbewegung. Nach Samirah Kenawi waren hinsichtlich ihrer Organisationsstruktur zwei Hauptgruppen Anfang der 80er Jahre erkennbar: „Die nichthierarchisch organisierten Gruppen mit einem relativ festen Stamm an aktiven Frauen waren vor allem private oder am Rand der Kirche existierende Gruppen (also nicht notwendig Gemeindemitglieder und nicht notwendig Gemeindegruppen). Gruppen mit einer offiziellen und inoffiziellen Leiterin waren überwiegend mehr oder weniger fest an die Gemeinde oder die kirchliche Struktur angebunden, wie Frauen- bzw. Gesprächskreise der Gemeinden oder der Arbeitskreis 'Feministische Theologie', wobei letzterer nicht in allen Arbeits- und Untergruppen diesem Organisationsprinzip zugeordnet werden darf. Es gab aber auch private Frauengruppen, die sich inhaltlich und organisatorisch mehr um eine Frau gruppierten. Die Grauzone ist hier groß. Bisher sind ca. 100 Frauengruppen bekannt, die sich 'privat' oder unter dem vielzitierten Dach der Kirche getroffen haben. 'Privat' meint Wohnungen, aber auch für geschlossene Veranstaltungen

genutzte Gaststätten. Kirchliche Räume meint Gemeinderäume, Kirchen, aber auch Orte kirchlicher Veranstaltungen." Als erste war 1982 die Berliner Gruppe entstanden. Dann bildete sich diese Initiative in Halle, Leipzig, Eisenach, Weimar und Magdeburg. 1984 wurde das erste DDR-weite Frauentreffen in Halle durchgeführt.²⁶⁾ 1982 schlossen sich „Frauen für den Frieden“ zusammen, und zwar aus Protest gegen das neue Wehrdienstgesetz, das im § 3 Abs. 5 vorsah, im Verteidigungsfall auch Frauen in die allgemeine Wehrpflicht einzubeziehen. Zuvor hatte es bereits verschiedene, meist kirchenöffentliche Aktionen gegen Militärspielzeug, militaristische Erziehung im Unterricht und Diskussionen um die Logik der Hochrüstung gegeben, in denen sich viele Frauen engagiert hatten. Neu waren jetzt: die direkte politische Konfrontation, die überregionale Organisation und die - wenn auch begrenzte - öffentliche Artikulation.²⁷⁾ Neben öffentlichen Aktionen machten die „Frauen für den Frieden“ auch durch Eingaben, auf Flugblättern u.a.m. auf die mögliche Wehrdienstverweigerung im Ernstfall aufmerksam. Es kam in verschiedenen Städten zu Verhaftungen von Frauen, die in der beginnenden Bewegung sehr bekannt waren (z.B. Ulrike Poppe, Bärbel Bohley, Jutta Seidel). Sie wurden aber nur sehr kurzfristig inhaftiert.

Ab Mitte der 80er Jahre war in vielen größeren Städten der DDR die Gruppe „Frauen für den Frieden“ vertreten. Sie blieben über den Gründungsanlaß hinaus wegen der gemeinsam gewonnenen Erfahrung zusammen: „Die Arbeit an der Eingabe hatte uns eine wichtige Erfahrung gebracht, nämlich daß sich Frauen untereinander sehr ernsthaft und produktiv auseinandersetzen können - nicht nur über Strickmuster. Auch jene Frauen, die sonst nur ihre Männer reden lassen, hatten etwas zu sagen und konnten das auch in unserem Kreis. Deshalb wollten die meisten Frauen, daß wir auch weiterhin unter uns blieben und keine Männer zuließen.“²⁸⁾ Sie bearbeiteten Themen wie Sozialisation in der Familie, Geschlechtsrollen in Schulbüchern, Stellung der Frau in der Kirche und in der Gesellschaft der DDR, Fragen der Kindererziehung in der Schule, Gewalt gegen Frauen. Ab 1984 fanden jährlich Frauengruppen und Frauengruppentreffen statt, die nicht nur die „Frauen für den Frieden“, sondern auch andere Frauengruppen unter einem Arbeitsthema zusammenführten.²⁹⁾ Ferner wurden Anfang der 80er Jahre auch vereinzelt erste Seminare über Frauenthemen an verschiedenen Universitäten durchgeführt. 1987 erschien mit dem „Lila Band“ der erste Frauenrundbrief.³⁰⁾

Als sich die politische Krise in der DDR im Sommer 1989 durch die Ausreisebewegung zuspitzte, und die Opposition sich zu formieren begann, waren bereits an verschiedenen Orten politische Frauengruppen und weitere Initiativen entstanden, z.B. Selbsthilfe-, Selbsterfahrungs- und Diskussionsgruppen, wobei allerdings eine deutliche Konzentration in den südlichen Bezirken und Berlin zu erkennen war.³¹⁾ So zählte z.B. in Berlin zu den ersten Gründungen die „Lila Offensive“ (kurz: LILO genannt) und die „EWA“ (Erster Weiblicher Aufbruch); in Thüringen schlossen sich Frauen unter dem Namen „Frauen für Veränderung“ zusammen, um durch demokratische Erneuerung der Gesellschaft den „Sozialismus lebbarer zu machen“. Auch viele andere Gruppen waren - trotz ihres Oppositionscharakters - weiterhin stark an dem offiziellen politischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell orientiert, was z.B. an der „Standortbestimmung“ von LILO deutlich wird. So wird u.a. gefordert: „Wir Frauen der 'Lila Offensive' gehen davon aus, daß die Frauenfrage in der DDR nicht gelöst ist. Das bedeutet auch: die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise ist zwar eine Voraussetzung aber keine Garantie für die Aufhebung patriarchalischer Unterdrückung. ... Die Gleichstellung der Geschlechter gehört für uns zu den Grundwerten einer sozialistischen Gesellschaft. Das durch uns angestrebte alternative Gesellschaftsmodell sieht in den selbstbestimmten individuellen Entwicklungsmöglichkeiten für Frauen, Männer und Kinder das eigentliche Ziel... Wir wollen uns beteiligen am Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft“.³²⁾

Es gab aber auch andere politische Richtungen. In einem Flugblatt vom Dezember 1989 erklärte EWA: „Wenn wir jetzt nicht aus unserem Dornröschenschlaf erwachen, wird uns der Sozialabbau überrollen. Wir ... wollen eine neue Frauenpolitik. Wir wollen endlich ... selbst teilhaben an gesellschaftlichen Entscheidungen. Wir wollen Veränderungen bezüglich der realen Gleichstellung und Gleichwertigkeit von Frauen und Männern ... ein öffentliches Bewußtsein für unsere Probleme (und) Bedürfnisse ... schaffen. In diesem Sinne planen wir, ein EWA-Frauzentrum zu eröffnen als öffentlichen Anlauf-, Treff- und Konsultationspunkt im Stadtbezirk.“³³⁾

Am 08. Dezember 1989 kam es zur ersten Gründung eines „Zentrums für interdisziplinäre Frauenforschung (ZiF)“ an der Humboldt-Universität in Berlin. Zwar gab es bereits seit 1964 - wie berichtet - einen wissenschaftlichen Beirat mit dem Titel „Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft“ an der Akademie der Wissenschaften und seit 1966 am Pädagogischen Institut in Leipzig die Forschungsgemeinschaft „Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau“, aber ihre Arbeiten standen ganz im Dienste der SED.³⁴⁾ Ein Beleg hierfür ist die von der Forschungsstelle in Leipzig herausgebene zweibändige Chronik zur Rolle der Frau in der Geschichte (von 1980 -1981)³⁵⁾, die im übrigen nur von männlichen Autoren verfaßt wurde.

Die seit den 80er Jahren entstandenen informellen Frauengruppierungen ermöglichten letztendlich die Gründung des „Unabhängigen Frauenverbandes (UFV)“ in der Zeit der Wende. Ca. 1.200 Vertreterinnen von Frauengruppen und -initiativen waren am 03.12.1989 dem „Aufruf an alle Frauen“ in die Berliner Volksbühne gefolgt. Diese Aktion stand unter dem Motto „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen“. Auf diesem Kongreß wurde der Beschluß, sich zu einer gemeinsamen politischen Interessenvertretung zusammenzuschließen, gefaßt. Offizieller Gründungstag des Unabhängigen Frauenverbandes war der 17.02.1990.³⁶⁾

Der UFV ist als eine Sammlungsbewegung zu verstehen und dokumentiert den „feministischen Aufbruch in der DDR“. ³⁷⁾ Er wurde vor allem im politischen Umgestaltungsprozeß aktiv, weil er als eine der Oppositionsgruppen am Zentralen Runden Tisch der Bürgerbewegungen und der Vertretungen der „alten Macht“ Sitz und Stimme erhielt. ³⁸⁾ Er hatte einen nicht geringen Anteil an der Ausarbeitung der Sozialcharta (= Sicherung sozialer Rechte der DDR-Bürgerinnen und -Bürger beim Prozeß der Vereinigung beider deutscher Staaten) und des Konzepts für ein Ministerium für Frauen- bzw. Gleichstellungsfragen. ³⁹⁾ An der Volkskammerwahl am 18.3.1990 nach der politischen Wende beteiligte er sich gemeinsam mit der „Grünen Partei“; sie erhielten aber nur 1,6% der Stimmen und weil alle Listenplätze die „Grüne Partei“ besaß, bekam der UFV damit keinen Sitz in der Volkskammer. ⁴⁰⁾ Der Demokratische Frauenbund Deutschlands konnte sogar nur 0,3% aller Stimmen gewinnen. ⁴¹⁾

Die Frauen des Unabhängigen Frauenverbandes mußten sich nach diesen Wahlen bis zum 03.10.1991 aufgrund der Anwendung des bundesrepublikanischen Parteigesetzes entscheiden, ob sie sich als eine eigene Partei etablieren wollten oder nicht. Auf dem UFV-Kongreß Ende September 1991 in Weimar entschieden sich die Teilnehmerinnen mehrheitlich gegen eine Partei- und für eine Vereinsgründung. ⁴²⁾

7.3. Die Frauenbewegung nach der Wende

Die Ergebnisse der Wahl enttäuschten die betroffenen Frauen sehr und führte ihnen gleichzeitig ihre Illusion und Fehleinschätzung über ihre „Massenbasis“ vor Augen. Sie machten nach Irene Dölling deutlich, „daß die übergroße Mehrheit der Frauen in der DDR mit frauenemanzipatorischen bzw. feministischen Ideen und einer entsprechenden Praxis nichts anfangen kann, ja ihnen ablehnend gegenübersteht ... Ich denke, daß das ungewohnte, etwas aufmüpfige, sich um die gängigen Normen wenig kümmernde Auftreten und Sprechen seiner Vertreterinnen, aber auch deren Beharren auf der Autonomie von Frauen und ihrer Eigenaktivität, als fremd empfunden wurde und Ängste und Aggressionen hervorrief. Die sog. 'normalen' Frauen haben wohl nur diese für sie fremden Aspekte selektiv wahrgenommen.“ Zum anderen betont Irene Dölling, daß die abrupte Öffnung der Grenzen am 09. November 1989 und der erste Besuch „im Westen“ bei vielen Frauen einen Schock ausgelöst hätte, weil sie sich die Unterschiede im Konsumangebot und im Lebensstandard zwischen Ost- und Westdeutschland so groß nicht vorgestellt hatten. Hierdurch wurde ihnen erst ihre soziale Lage bewußt, die gekennzeichnet war durch das tägliche Sichbemühen um die Existenzsicherung wegen der bestehenden Mangelwirtschaft bei gleichzeitig ganztägiger Erwerbsarbeit. Der Angleichungswunsch an das Lebensniveau der Bundesrepublik - gerade auch im Hinblick auf die Kinder - war groß. Die Parteien der „Allianz für Deutschland“ waren aufgrund ihrer Wahlversprechungen dafür die besten Garanten. ⁴³⁾

Unter den politisch aktiven Frauen der Neuen Frauenbewegung in der DDR war die Wiedervereinigung umstritten. Ina Merkel, eine der Sprecherinnen des Unabhängigen Frauenverbandes, wehrte sich mit folgenden Argumenten gegen diese Entwicklung: „Wiedervereinigung hieße in der Frauenfrage drei Schritte zurück - es hieße überspitzt gesagt: Frauen zurück an den Herd. Es hieße, wieder kämpfen um das Recht auf Arbeit, kämpfen um einen Platz für den Kindergarten, um die Schulspeisung. Es hieße, vieles mühsam Errungene aufzugeben, statt es auf eine neue qualitative Stufe zu heben.“ ⁴⁴⁾ Sie schlug vor, trotz aller anderen drängenden Schwierigkeiten, „sich eine Frauenfrage zu leisten“. ⁴⁵⁾ Andere Frauen dagegen stellten wegen anderer dringender Probleme diese in den Hintergrund. Erdmute Horn und Birgit Sauer schreiben: „Auch die Oppositionsbewegung in der DDR sitzt, wie alle linken Bewegungen, dem Mythos vom Nebenwiderspruch 'Frau' auf: Das Geschlecht wird zwar vielfach thematisiert, aber nicht als Element oppositionell-emanzipatorischen Denkens begriffen. In einem Interview betonte Bärbel Bohley vom Neuen Forum, daß es gegenwärtig Wichtigeres gäbe als die Frauenfrage.“ ⁴⁶⁾

Doch wäre der Einigungsvertrag zwischen beiden Teilen Deutschlands an einer Frauenfrage und -forderung - nämlich am Paragraphen 218 - beinahe gescheitert. Man einigte sich schließlich auf die folgende Formulierung: „Im Einigungsvertrag wird festgelegt, daß bis zum 31.12.92 eine

gesamtdesische Regelung für Schwangerschaftsabbrüche gefunden werden muß. Bis dahin gilt in Ost- und West-Deutschland zweierlei Recht." ⁴⁷⁾

Mit der Wiedervereinigung veränderte sich in Ostdeutschland in der Tat die Lage gerade von Frauen besonders stark.

Die überproportionale Betroffenheit der Frauen von Arbeitslosigkeit hängt vor allem mit ihrer Konzentration gerade auf die Wirtschaftszweige ab, die von Produktionsabbau und von Rationalisierungsmaßnahmen betroffen waren (chemische Industrie, Textil- und Bekleidungsgewerbe, Landwirtschaft, Verwaltung) ⁴⁸⁾ und ergibt sich ferner durch die Umstrukturierungen und personellen Umbesetzungen in den Schulen. Gerade auch an den Universitäten traf die „Abwicklung“ die Frauen besonders stark; denn die geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächer, in denen vor allem Frauen vertreten waren, wurden aufgelöst bzw. neu organisiert. ⁴⁹⁾ Viele Untersuchungen zeigen, daß die Arbeitslosigkeit einen starken psychischen Belastungsfaktor für die Frauen darstellt, gerade weil die Berufsorientierung bei den ost-deutschen Frauen allgemein und weiterhin sehr hoch ist. ⁵⁰⁾

Es ist hier nicht der Ort, ausführlich auf den Wandel hinsichtlich der Frauen in ihrer Einstellung und in ihrer Lage im Erwerbsbereich und auf die Veränderungen in ihren sozialen Lagen in anderen gesellschaftlichen Teilbereichen in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung bis heute einzugehen. Doch kurz soll auf die These Bezug genommen werden, daß viele ost- und westdeutsche Autoren und Autorinnen aufgrund ihrer Analysen über die jetzige Partizipation der Frauen in der Arbeitswelt und den verschiedensten öffentlichen Bereichen die Frauen in Ostdeutschland als „Verliererinnen der deutschen Vereinigung“ bezeichnen. ⁵¹⁾ Differenzierter nimmt dagegen Hildegard M. Nickel (zu DDR-Zeiten Wissenschaftlerin an der Humboldt-Universität und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats „Die Frau in der Sozialistischen Gesellschaft“ an der Akademie der Wissenschaften; jetzt Professorin an der Humboldt-Universität Berlin) Stellung: „Ich habe meine Zweifel, daß dies in seiner Pauschalisierung stimmt. Was ist die Meßlatte? Ist es die soziale Lage von Frauen in der DDR? Ist es der Vergleich zu ostdeutschen Männern? Sind es die westdeutschen Frauen oder die in der Bundesrepublik lebenden Ausländer und Ausländerinnen? Oder ist - wie ich befürchte - ganz schlicht gemeint, daß es manchen ostdeutschen Frauen schlechter geht als anderen? Die Dichotomisierung und Zweiteilung verbaut den Blick auf die vielschichtige Wirklichkeit. Darüber hinaus unterstellt das Festhalten an der 'Verliererinnen-Gewinnerinnen-These', Frauen seien glücklose oder glückhafte Opfer eines jenseits ihres Zutuns ablaufenden Strukturprozesses. Das Gegenteil ist der Fall: Frauen wie Männer waren Akteure der 'Wende' in der DDR. Frauen wie Männer haben im Rahmen der ersten freien Wahlen in der DDR, im März 1990, mehrheitlich für eine schnelle Wirtschafts- und Währungsunion votiert. Jetzt zeigt sich jedoch mit aller Deutlichkeit, was viele zum damaligen Zeitpunkt nicht wahrhaben wollten: Die mit dem noch nicht vollzogenen Übergang in seine nachfordistische Phase zusammenhängende Transformationskrise des Westens trifft (Ost-)Frauen stärker als (Ost-)Männer.... Blickt man auf die 'Wende-Ereignisse' zurück, dann zeigt sich - auch wenn mancher Mythos es heute anders deuten will: Mit 'Exit und voice' (Wolfgang Zapf) und dem Beitritt zur Bundesrepublik haben DDR-Bürgerinnen und -Bürger ihr System zur Disposition gestellt, den 'Gleichstellungsvorsprung' der Frauen eingeschlossen.... DDR-Bürgerinnen und -Bürger waren aus der vormundschaftlichen Versorgungsgesellschaft ausgebrochen." ⁵²⁾ Hinzu kommt, daß die Frauen nicht um ihre beruflichen De-Qualifikationen in modernen Dienstleistungsgesellschaften wußten. Deshalb fährt Hildegard M. Nickel fort: „Die von den meisten Frauen individuell sehr schmerzhaft erfahrene Entwertung ihrer zu DDR-Zeiten erworbenen Qualifikationen und beruflichen Positionen hat - auch wenn die fachliche Nachqualifizierung mittlerweile erfolgreich abgeschlossen und die Position gut dotiert und relativ sicher ist - das Selbstbewußtsein der befragten Frauen und ihr Bild gelebter Gleichberechtigung erschüttert. ... Diese Verunsicherungen sind offenbar noch längst nicht von allen überwunden. Sie schlagen sich im Selbstbild der Frauen nieder, und zwar einesteiis in manchmal nostalgischen Bruchreflektionen (früher - heute), was vornehmlich ältere Kolleginnen betrifft; andernteils und mehrheitlich zeigt sich die Verunsicherung in Suchbewegungen und neuen Selbstvergewisserungen, seltener in Resignation. Die gemeinsame Erfahrung, den Umbruch - wenn auch mit großer persönlicher Kraftanstrengung - bewältigt zu haben, führt anscheinend zu einer neuen Konsolidierung von Selbstvertrauen und Selbstbewußtsein." ⁵³⁾

Die negative Entwicklung für die ostdeutschen Frauen im Vergleich zu den Männern hat jedoch bisher weder zu einem neuen kollektiven Protestverhalten, noch zu einer Stärkung der begonnenen Neuen Frauenbewegung in den neuen Bundesländern geführt. Noch immer sind die Vorurteile hier gegenüber den „Emanzen“ zu groß.

Die ostdeutsche Frauenbewegung erhielt nach der Wende und schließlich nach der Wiedervereinigung durch die Frauen der westdeutschen Frauenbewegung zunächst starke Unterstützung. Doch nach einer Phase „euphorischer Schwesterlichkeit“ traten auch Differenzen und Kommunikationsstörungen auf. ⁵⁴⁾ Die west-

deutschen Frauen erkannten, daß zwar auf beruflicher Ebene die Frauen im Osten eine bessere Stellung inne hatten, daß aber die Bewußtseinsebene noch dreißig Jahre „zurückhinkte“: die Sensibilität für das Erkennen subtiler Unterdrückungsmechanismen - die Hauptleistung der Neuen Frauenbewegung im Laufe ihrer 25jährigen Geschichte - war so gut wie gar nicht vorhanden. Manche westdeutsche Feministin warnte vor dem möglichen frauenpolitischen und „frauenbewegerischen“ Rückschritt im Zuge der Wiedervereinigung.⁵⁵⁾ Die ostdeutschen Frauen der Neuen Frauenbewegung empfanden dagegen häufig ihre westlichen Schwestern, wie Irene Dölling (Ost-Berlin) es formulierte: „Überheblich, besserwisserisch, nicht unähnlich dem 'Kolonialgebaren', das das allgemeine Verhalten der 'Wessis' gegenüber den 'Ossis' kennzeichnet“.⁵⁶⁾ Überspitzt sieht Christine Eifler sogar eine Polarisierung zwischen der west- und ostdeutschen Frauenbewegung sich entwickeln: „West-Emanzen gegen Ost-Muttis; Befreiungskämpferinnen einerseits, Fußfesseln der feministischen Bewegung andererseits.“⁵⁷⁾

Hildegard M. Nickel weist aufgrund von neueren empirischen Befunden auf einen langsam stattgefundenen Wandel im Osten hin: „Das vormals eher unreflektierte Stereotyp in der Selbstwahrnehmung von DDR-Frauen 'Wir sind gleichberechtigt' ist anscheinend, wenn auch zögerlich, ins Wanken geraten und die 'Geschlechtsblindheit' von DDR-Frauen einer Sensibilisierung gewichen, die freilich ungleich verteilt ist und sich nicht kämpferisch äußert. Und das zu DDR-Zeiten vergleichsweise wenig profilierte Frauenbewußtsein scheint von einigen Frauen heute zunehmend selbst als Defizit erkannt zu werden.“⁵⁸⁾

Wie schwer sich die Ideen der Neuen Frauenbewegung und eine veränderte Einstellung zu ihr in den neuen Bundesländern dennoch durchzusetzen vermag, wird auch bei der Umstrukturierung der Universitäten deutlich. Professuren für Frauenforschung gibt es in den neuen Bundesländern bisher nur eine an der Humboldt Universität und eine an der Universität Potsdam.⁵⁹⁾ Stärker konnte sich die Idee der Gleichstellungsstellen durchsetzen. Hier bestehen inzwischen zahlreiche sowohl auf kommunaler als auch auf institutioneller Ebene (z.B. an Universitäten). Ferner haben auch viele traditionelle Frauenverbände inzwischen Unterorganisationen in den neuen Bundesländern gegründet.⁶⁰⁾

Ferner gibt es inzwischen auch die verschiedensten Kontakt- und Begegnungsstätten für Frauen, Beratungsstellen, auch im Hinblick auf berufliche Fragen, Selbsthilfeinitiativen, eine Fraueninfothek in Berlin, Expertinnen-Beratungsnetzwerke im Wissenschaftsbereich u.a.m. Auch verschiedene Mütterzentren wurden eingerichtet und schließlich auch Frauenhäuser.

Damit wird ferner deutlich, daß auch für die Neue Frauenbewegung im Osten der schnelle Weg der Angleichung angesagt war: Die Phase der Selbsterfahrungs-Gruppenbildung, dann die Phase der feministischen Projekte, wie sie nacheinander für die Entwicklung der westdeutschen Neuen Frauenbewegung galt, wurde sofort verbunden mit der dritten Phase, dem zunehmenden Institutionalisierungsprozeß.

-
1. Ich danke Karin Hildebrandt (früher: Berlin (Ost), jetzt: Bonn) für die kritische Durchsicht dieses Kapitels und für ihre Anregungen.
 2. K. Marx und F. Engels: Gesammelte Werke, Bd. 32, Berlin 1965, S. 582.
 3. W. I. Lenin: Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution, ausgewählte Werke II, Berlin (Ost) 1961, S.64.
 4. R. Wiggershaus, a.a.O., 1979, S. 157.
 5. Wissenschaftlicher Beirat für Frauenpolitik beim Bundesministerium für Frauen und Jugend: Frauen im mittleren Lebensalter - Lebenslagen der Geburtskohorten von 1935 - 1950 in den alten und neuen Bundesländern, Bonn 1993, S. 223.
 6. A. Hampel: Arbeite mit, plane mit, regiere mit - Zur politischen Partizipation von Frauen in der DDR; in: Frauen in Deutschland 1945 - 1992, hrsg. v. G. Hellwig und H. M. Nickel, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 318, Berlin 1993, S. 292.
 7. R. Wiggershaus, a.a.O., 1979, S. 189.
 8. A. Hampel, a.a.O., 1993, S. 296.
 9. R. Wiggershaus, a.a.O., 1979, S. 191 und 193.
 10. vgl. hierzu ausführlicher: Wissenschaftlicher Beirat für Frauenpolitik beim Bundesministerium für Frauen und Jugend, a.a.O., 1993, S. 226 und 348ff.
 11. Auf das Problem, daß manche Einrichtungen qualitative Mängel aufwiesen, daß deswegen aber nicht jede institutionalisierte Kleinkindbetreuung als eine „Gefährdungsbetreuung“ zu interpretieren ist, kann hier nicht eingegangen werden. Ich verweise auf meinen Artikel: „Die institutionelle Kleinkindbetreuung - ein altes, doch weiterhin hochaktuelles Problem für Mütter“ in meinem Buch „Frauen zwischen Tradition und Moderne“, Bielefeld 1992.
 12. H. Behrend: Frauenemanzipation made in GDR; in: EigenArtige Ostfrauen - Frauenemanzipation in der DDR und den neuen Bundesländern, hrsg. v. B. Bütow und H. Stecker, Institut Frau und Gesellschaft/Hannover, Bielefeld 1994, S. 40.
 13. L. Bockmann-Schewe, A. Röhrig und Ch. Kulke: Berufsverlauf und weiblicher Lebenszusammenhang: Kontinuitäten und Brüche im Leben von Frauen in den neuen Bundesländern; in: Zeitschrift für Frauenforschung, 1993, H. 4, S. 55.
 14. K. Hildebrandt: Historischer Exkurs zur Frauenpolitik der SED; in: EigenArtige Ostfrauen - Frauenemanzipation in der DDR und den neuen Bundesländern, hrsg. v. Institut Frau und Gesellschaft/Hannover, Bielefeld 1994, S. 15ff.
 15. Zur Vertiefung vgl. G. Pfister: Die Grenzen der Emanzipation - Aufstiegsbarrieren für Frauen in der DDR; in: Elite in Wissenschaft und Politik, hrsg. v. D. Voigt, Berlin 1987, S. 217ff. - H. Radtke: DDR-Frau - quo vadis?; in: Familie und Recht, 1990, S. 344ff. - K. Hildebrandt: Abwicklung; in: Unterm neuen Kleid der Freiheit, hrsg. v. Ch. Faber und T. Meyer, Berlin

- 1992, S. 34ff. - R. Geissler: Soziale Ungleichheit zwischen Frauen und Männern im geteilten und im vereinten Deutschland; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitschrift „Das Parlament“, B 14-15/91 vom 29.03.91, S. 13ff.
16. H. M. Nickel: Frauenarbeit in der Wende; zit. bei Y. Schütze: Geschlechtsrollen; in: Zeitschrift für Pädagogik 1993, S. 559. - H. M. Nickel: Frauen im Umbruch der Gesellschaft; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1995, B 36/37, S. 28.
17. R. Wiggershaus, a.a.O., 1979, S. 186f.
18. In der DDR galten nur männliche Berufsbezeichnungen.
19. R. Geissler, a.a.O., 1991, S. 13.
20. vgl. z.B. D. Krüger: Gleichberechtigung der Geschlechter? - Die Darstellung von Geschlechts- und Berufsrollen in den Lesebüchern der DDR; in: Informationen für die Frau, 1983, S. 3ff. - vgl. hierzu auch K. Bayer: Zur Sozialisation in der Schule - Schulbücher aus Ost und West; in: EigenArtige Ostfrauen, a.a.O., 1964, S. 198ff.
21. vgl. ausführlicher z.B. G. Pfister, a.a.O., 1987, S. 229ff. - K. Hildebrandt, a.a.O., 1992, S. 37. - I. Dölling: Gespaltenes Bewußtsein - Frauen- und Männerbilder in der DDR; in: Frauen in Deutschland 1945-1992, hrsg. v. G. Hellwig und H. M. Nickel, a.a.O., 1993, S. 23ff. - J. Gysi und D. Meyer: Leitbild: Berufstätige Mutter - DDR-Frauen in Familie, Partnerschaft und Ehe; hrsg. v. G. Hellwig und H. M. Nickel, a.a.O., 1993.
22. P. Drauschke: Einige Gedanken zur Familienpolitik in der 40jährigen Geschichte der DDR; hrsg. v. Ch. Faber und T. Meyer, a.a.O., 1992, S. 44.
23. Wissenschaftlicher Beirat für Frauenpolitik beim Bundesministerium für Frauen und Jugend, a.a.O., 1993, S. 228.
24. K. Hildebrandt: Historischer Exkurs zur Frauenpolitik der SED, a.a.O., 1994, S. 28.
25. Wissenschaftlicher Beirat für Frauenpolitik beim Bundesministerium für Frauen und Jugend, a.a.O., 1993, S. 230.
26. S. Kenawi: Aufstieg einer Problemgruppe - Themen und Taktikwechsel der ostdeutschen Frauenbewegungen; in: Unter Hammer und Zirkel, hrsg. v. Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung der Humboldt-Universität Berlin, Pfaffenweiler 1995, S. 104f.
27. A. Hampele, a.a.O., 1993, S. 304. - K. Zimmermann: Neue DDR-Frauenbewegung im Übergang vom administrativen Zentralismus zum bürgerlichen Pluralismus; hrsg. v. C. Faber und T. Meyer, a.a.O., 1992, S. 159.
28. zitiert in: A. Hampele, a.a.O., 1993, S. 305.
29. A. Hampele, a.a.O., 1993, S. 306.
30. S. Kenawi, a.a.O., 1995, S. 106.
31. G. Schwarz : Aufbruch der Hexen; in: Aufbruch - Frauenbewegung in der DDR, Dokumentation, hrsg. v. C. Kahlau, München 1990, S. 21; I. Dölling: Zwischen Hoffnung und Hilflosigkeit - Frauen nach der Wende in der DDR; in: IFG/Frauenforschung: Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 1990, H. 4, S. 92.
32. abgedruckt in C. Kahlau (Hrsg.), a.a.O., 1990, S. 98ff.
33. zit. in: A. Hampele: Der unabhängige Frauenverband - Neue Frauenbewegung im letzten Jahr der DDR; in: Von der Illegalität ins Parlament, hrsg. v. H. Müller-Enbergs, M. Schulz und J. Wielgohs, Berlin 1991, S. 234f.
34. Ch. Eifler: Ein begrenzter Einstieg - Forschung über Frauen in der DDR; in: Zeitschrift für Frauenforschung, 1993, H. 1 und 2, S. 87. - B. Bütow und H. Strecker, a.a.O., 1994, S. 332.
35. H.J. Arendt und S. Scholze (im Auftrag der Forschungsgemeinschaft „Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau“): Bd. 1: Zur Rolle der Frau in der Geschichte des deutschen Volkes (1930 - 1945) - eine Chronik, Leipzig 1984; Bd. 2: Zur Rolle der Frau in der Geschichte der DDR (1945 - 1981), Leipzig 1987.
36. Offener Brief von P. Wunderlich/Unabhängiger Frauenverband; in: Informationen für die Frau, 1990, S. 22.
37. K. Zimmermann, a.a.O., 1990, S. 124 und 238.
38. Zur Entstehung und Arbeit des UFV vgl. die ausführliche Darstellung von A. Hampele, in: H. Müller-Enbergs, M. Schulz und J. Wielgohs, a.a.O., 1991, S. 221ff. - C. Kahlau (Hrsg.), a.a.O., 1990, S. 15ff.
39. I. Dölling, a.a.O., 1990, S. 92.
40. G. Schwarz, a.a.O., 1990, S. 23.
41. C. Kahlau (Hrsg.), a.a.O., 1990, S. 182.
42. K. Zimmermann, a.a.O., 1990, S. 170. Erst nach Überarbeitung der Auflage erschien das Buch „Frauengruppen in der DDR der 80er Jahre - ein Dokumentation“ von Samira Kenawi, Berlin 1995. Es ist als Lesebuch und Nachschlagewerk mit vielen Dokumenten konzipiert.
43. I. Dölling, a.a.O., 1990, S. 93.
44. I. Merkel: Ohne Frauen ist kein Staat zu machen, Berlin (Ost) 1989, S. 3.
45. C. Ochs: Nicht alles was die Partei der Frau zusammenbraute gehört gleich in den Gully der Vereinigung; in: WSI-Mitteilungen 1990, S. 289.
46. E. Horn und B. Sauer: Frauen im patriarchalen Staatssozialismus, Versuch einer Analyse; in: Perspektiven des demokratischen Sozialismus, 1990, S. 235.
47. Entnommen aus B. Sommerhoff, a.a.O., 1995, S. 38. - vgl. auch U. Gerhard: Westdeutsche Frauenbewegung: Zwischen Autonomie und dem Recht auf Gleichheit; in: Feministische Studien, 1992, H. 2, S. 50.
48. Ch. Schiersmann: Frauenbildung, Weinheim 1992, S. 225ff.
49. K. Hildebrandt, a.a.O., 1994, S. 34.
50. vgl. B. Bertram: Zur Entwicklung der sozialen Geschlechterverhältnisse in den neuen Bundesländern; in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitschrift „Das Parlament“, B6/93 vom 05.02.1993, S. 33. - H. Schambortski: 'Aber jetzt ist man ja echt gehandicapt, wenn man eine Frau ist' - Die Vereinigung Deutschlands aus der Sicht von Frauen aus der ehemaligen DDR. Eine Interviewstudie; in: IFG/Frauenforschung, 1992, H. 2, S. 86.
51. E. Kistler, D. Jaufmann und A. Pfaff, a.a.O., S. 42ff. - U. Schröter: Ostdeutsche Frauen im Transformationsprozeß; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 20/95, S. 40. - vgl. hierzu auch die Situationsanalysen der sozialen Lage von Frauen in und kurz nach der politischen Wende mit dem Titel „Vereinigung der Ungleichen - die Frauenfrage im deutschen Einigungsprozeß (Themenschwerpunkt)“; in: IFG/Frauenforschung, 1990, H. 4, S. 1ff.
52. H. M. Nickel: Frauen im Umbruch der Gesellschaft - Die zweifache Transformation in Deutschland und ihre ambivalenten Folgen; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1995, B 36f., S. 25ff.
53. H. M. Nickel, a.a.O., 1995, S. 29f.
54. I. Dölling: Aufbruch nach der Wende - Frauenforschung in der DDR und in den neuen Bundesländern. in: G. Hellwig und H. M. Nickel, a.a.O., 1993, S. 404. - C. Stephan: Emma in den Wechseljahren - Ein vorläufiger Abgesang auf die Frauenbewegung; in: Wir wollten alles, hrsg. v. U. Nuber, Zürich 1993, S. 27. - R. Schreiber, M. Grunwald und C. Hagemann-White, a.a.O. 1994, S. 124ff. - V. Penrose: Die drei Entwicklungsphasen der DDR - Frauenpolitik, in: Informationen für die Frau 1991, S. 8.
55. G. Erler; zit. in: B. Meyer: Frauenbewegung und politische Kultur in den achtziger Jahren; in: Die Bundesrepublik in den achtziger Jahren, hrsg. v. E. Süß, Opladen 1991, S. 219ff.
56. I. Dölling, a.a.O., 1993, S. 404.

57. Ch. Eifler (Hrsg.): Ein bißchen Männerhaß steht jeder Frau. Erfahrungen mit Feminismus. Berlin 1991, S.9.
58. H. M. Nickel, a.a.O., 1995, S. 19.
59. Bericht der DFG-Senatskommission für Frauenforschung: Sozialwissenschaftliche Frauenforschung in der Bundesrepublik Deutschland - Bestandsaufnahme und forschungspolitische Konsequenzen, Bonn 1993.
60. vgl. R. Schreiber, M. Grunwald und C. Hagemann-White, a.a.O., 1994, S. 99ff.

8. Gibt es eine Frauenbewegung im geeinten Deutschland?

Diese Frage wird in der Literatur sehr unterschiedlich beantwortet. Cora Stephan schreibt: „Man hört ... schon seit geraumer Zeit nicht mehr viel von ihr, von der Frauenbewegung, von jener, vielleicht stärksten und spektakulärsten Kulturbewegung seit dem großen Aufbruch in der Bundesrepublik Deutschland der 60er Jahre, die Sitten und Gebräuche in wenigen Bereichen aber dennoch nachhaltig verändert hat. Ihre Protagonistinnen, lassen wir einmal die schrillsten weg, melden sich seit der deutschen Einigung ebensowenig zu Wort wie viele andere Querdenker und Quertreiber der einstmaligen so bunten Szene der Gesellschaftsveränderer. Es ist, als ob der neue Ernst der Lage alle sozialen Experimente der Vergangenheit als Spielerei erscheinen lässt ... werden Frauenangelegenheiten, der Wucht der Ereignisse entsprechend, wieder als kostspieliger Luxus qualifiziert, den 'wir' uns nun 'nicht mehr leisten' können?“¹⁾ Dagegen vertritt Anja Meulenbelt eine andere Position: „Im Moment scheint die größte Aufregung vorbei zu sein. Einige nennen diese Zeit den Postfeminismus. Ich nicht. Die Frauenbewegung tritt zwar nicht mehr in Form großer Protestdemonstrationen in Erscheinung, aber sie existiert trotzdem. Ich sage dazu: Pop-Feminismus. Jede hat eine Meinung dazu, wie das Verhältnis zwischen Mann und Frau aussehen sollte, es gilt als progressiv, eine emanzipierte Frau zu sein, beziehungsweise für einen Mann, eine zu wollen, aber es ist nicht mehr 'in', sich als Feministin zu bezeichnen. Schlägt man eine x-beliebige Zeitung auf, so stößt man täglich auf zwei oder drei Artikel, die nicht darin gestanden hätten, wenn es keine Frauenbewegung gegeben hätte. Das Wort Feminismus kommt nur noch selten darin vor. Über das Verhältnis zwischen den Geschlechtern nachzudenken, ist normal geworden. Das Erreichte ist inzwischen alltäglich.“²⁾

Wieder anders bewertet Barbara Sommerhoff die Lage: „Knapp 30 Jahre später sind die Ziele längst nicht erreicht. Trotzdem ist von einer organisierten Bewegung derzeit nicht viel zu bemerken. Im Zuge einer allgemeinen Individualisierung der Gesellschaft kämpfen auch Frauen nicht mehr geschlossen als Interessengruppe, sondern - wenn überhaupt - in Splittergruppen oder jede für sich an ihrem Arbeitsplatz oder in der Familie. Ein erheblicher Teil der Frauen in Deutschland erfüllt immer noch - oder schon wieder - die traditionelle Rollenerwartung, nach der mit der Geburt von Kindern der Beruf zumindest teilweise zurückzustehen habe.“³⁾

Dieser fehlenden Gemeinsamkeit, der Zersplitterung und der abnehmenden Berufsorientierung mit feministischer Perspektive kann Astrid Kaiser nicht zustimmen. Sie hat mit ihrer Tagung „FrauenStärken ändern Schule“ eine andere Erfahrung gemacht: „Es ist noch nicht lange her, da wurden mir von wohlmeinenden Kollegen - und auch Kolleginnen - düstere Prophezeiungen gemacht. Es hieß: 'Die Frauenbewegung ist vorbei, Ihr lockt keine nach Oldenburg'. Oder: 'Lehrerinnen sind fortbildungsmüde.' Ich sagte damals: 'Die Frauenbewegung mag in der Presse und auf der Straße schwächer erscheinen, aber in der Praxis vorort ist sie stärker als je zuvor. Frauen wollen sich bilden und sich wie auch die Schule tatsächlich verändern.'“⁴⁾ Es gibt keinen besseren Beweis für ihre These als die große Zahl der Teilnehmerinnen an diesem Kongress.

Ebenso betont Barbara Holland-Cunz die Leistung von Frauen: „Nach 25 Jahren Neuer Frauenbewegung sind die Erfolge frauenpolitischer Anstrengungen keineswegs gering. Die Institutionalisierung feministischer Anliegen in Politik und Wissenschaft ist klar erkennbar, auch eine 'klimatische' Änderung zugunsten von Frauenförderung lässt sich, bei wohlwollender Betrachtungsweise, feststellen. Feministische Arbeit hat heute einen hohen Grad von Professionalisierung erreicht und hat sich sowohl im praktisch-politischen als auch im berufsspezifischen und schließlich im theoretischen Bereich vielfältig ausdifferenziert. Selbst im eher konservativen politischen Feld, das Silvia Kontor mit dem Terminus „Parteien- und Verbands-Feminismus“ gekennzeichnet hat, finden feministische Anliegen heute Gehör. So umstritten Quotenregelungen und Frauenförderpläne noch immer sind, so stehen sie doch immer wieder aufs Neue auf der Agenda institutioneller Politik. Die ostdeutsche Frauenbewegung schließlich, insbesondere der Unabhängige Frauenverband, war trotz der Umbrüche des Anschlusses in der Lage, relativ flächendeckend kommunale Gleichstellungsstellen in den neuen Bundesländern zu installieren. Auch sind in Ost-Deutschland in den vergangenen Jahren unzählige autonome Frauenprojekte gegründet und aufgebaut worden. Insgesamt betrachtet hat sich damit die Neue Frauenbewegung als ein starker Faktor nachhaltiger Modernisierung der bundesdeutschen gesellschaftlichen Öffentlichkeit der 70er und 80er Jahre erwiesen, vergleichbar vielleicht nur mit dem Erfolg der Ökologiebewegung.“⁵⁾ Und zu Recht betont Barbelies Wiegmann: „Das Ausstreuen von Gerüchten, wie z.B. die Frauenbewegung ist tot, ist keine neue Taktik. Geschichte lässt sich niemals zurückdrehen. Die feministische Frauenbewegung ist längst eine Bewegung in den Köpfen und Herzen unzähliger Frauen hierzulande, innerhalb von Institutionen und draußen im Alltag. Dies gilt auch, wenn zuweilen junge Frauen leichtfertig Feminismus als passé erklären, weil sie ihre Rechte und Freiheiten, die ihre Mütter und Großmütter erkämpften, schon als selbstverständlich betrachten.“⁶⁾

Die Vertreterinnen der Frauenbewegung sind pragmatischer, professioneller in ihren Handlungen geworden und sie haben erreicht, daß nicht nur materiell und gesetzlich sich vieles verändert hat, sondern auch ein Wandel in der Denkweise nicht mehr nur bei einer Minorität stattgefunden hat. Ferner hat sich der Anspruch der Frauen erhöht; sie stellen ihre Forderungen mit größerer Selbstverständlichkeit. Dennoch ist noch vieles nicht erreicht und mit Jutta Limbach gesprochen: „Für die Frauen im sog. 'gebärfähigen Alter' gilt nach wie vor, daß die 'Frauenfrage' eine 'Kinderfrage' ist. Sie rücken nicht in dem für das männliche Geschlecht üblichen Gleichschritt die Karriereleiter hinauf. Frauen müssen Lücken und Verzichte in ihrem Berufsweg einplanen; es sei denn, sie wollen auf Familie verzichten.“⁷⁾

Auch hat die zunehmende Institutionalisierung der Frauenbewegung in Form von Gleichstellungsstellen, Frauenbeauftragten usw. gerade dazu geführt, daß die Themen der (Alten und Neuen) Frauenbewegung - wie Frauenförderpläne, Gewalt gegen Frauen, frauenspezifische Qualifizierungsmöglichkeiten, Forderung nach Frauentaxis u.a.m. - in die Gleichstellungsstellen verlegt wurden bzw. von ihnen die Lösung gefordert wird, und sie die politischen Vertreter, die Verwaltung u.a.m. zur Diskussion über diese Probleme geradezu zwingen können. Manche Veränderungen wurden hierdurch bereits erreicht. „Der Marsch durch die Institutionen“ war das Schlagwort der 68er-Studentenbewegung; vielleicht ist die Neue Frauenbewegung nunmehr dabei - nachdem gerade sie zunächst jede Partizipation an formalen Organisationen vehement abgelehnt hat - mit dieser Strategie ihre Forderungen und die „gesellschaftliche Unruhe“ weiter aufrechtzuerhalten und sie schließlich einer Lösung zuzuführen.

Selbstverständlich müssen ihre Aktivitäten durch außerinstitutionelle Aktionen unterstützt und ideell „untermauert“ werden. Dieser zweifache Prozeß ist gegeben: denn neben den erwähnten Institutionen ist auch die Zahl der laufenden Frauenprojekte, der Veröffentlichungen hoch, und die theoretische Diskussion wird intensiv und auf hohem Niveau geführt. Eher besteht die Gefahr des Auseinanderdriftens zwischen einem Pragmatismus auf der Handlungsebene und einem hoch abstrakt geführten wissenschaftlichen Diskurs. Spektakuläre Aktionen sind seltener geworden.

Jedenfalls um eine **Frauen-Bewegung** handelt es sich noch immer. Denn eine „Bewegung“ ist gekennzeichnet vom Willen zur Durchsetzung bestimmter Veränderungen und dem Nicht-Hinnehmen-Wollen uneingelöster Forderungen. Und dieses Prinzip ist unter den Frauen - von einer Minderheit abgesehen - unangefochten. Die Realisierung dieses Anspruches wird aber nicht zuletzt auch davon abhängig sein, inwieweit sich die Solidarität unter den Frauen als tragfähig erweist, gerade auch zwischen den west- und ostdeutschen, deren Lebensweg und Sozialisation in den vergangenen 40 Jahren so unterschiedlich verlaufen ist.

-
1. C. Stephan, a.a.O., 1993.
 2. A. Meulenbelt: Pop-Feminismus: Die scheinbare Alltäglichkeit des Erreichten; in: Wir wollten alles ... was haben wir nun? Eine Zwischenbilanz der Frauenbewegung, hrsg. v. U. Nuber, Zürich 1993, S. 12ff.
 3. B. Sommerhoff, a.a.O., 1995, S. 7.
 4. A. Kaiser, a.a.O., 1991, S. 11.
 5. B. Holland-Cunz: Die Marginalisierung der deutschen Frauenbewegung nach 1989; in: Frankfurter Rundschau v. 06.12.1994, S. 18.
 6. Zit. bei L. F. Pusch: Wenn aus Schwestern Mütter werden: Die Frauenbewegung im reiferen Alter; in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, 1993, S. 43.
 7. J. Limbach: Frauen in bester Verfassung? Wie sich der Grundsatz der Gleichberechtigung umsetzen läßt; in: Wir wollten alles, was haben wir nun?, a.a.O., 1993, S. 83. - Sehr ausführlich, vor allem auch auf theoretischer Ebene, habe ich mich mit diesem Problem auseinandergesetzt in meinem Aufsatz: Zeitgeschichtliche Differenzierungsprozesse privater Lebensformen - am Beispiel des veränderten Verhältnisses von Ehe und Familie -; in: Gesellschaften im Umbruch. Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995, hrsg. v. L. Clausen, Frankfurt am Main 1996b, S. 60ff.

9. Zusammenfassung und Versuch einer Systematisierung der politischen Konzepte der Frauenbewegung

Die Erste Deutsche Frauenbewegung ist aus der Ablehnung des damaligen politischen Systems erwachsen. Ebenso ist ihre erneute Belebung, der Beginn der Neuen Frauenbewegung, Ende der 60er Jahre dieses Jahrhunderts, auf eine allgemein politische Protestbewegung zurückzuführen. Gleiches galt für die Entstehung der Neuen Frauenbewegung in der DDR.

So war Louise Otto-Peters, die Gründerin der deutschen Frauenbewegung - wie weite Frauenkreise in jener Zeit -, von der politischen Bewegung der 48er Jahre des 19. Jahrhunderts erfaßt worden. Sie hatte sich gegen die politischen Zustände ihrer Zeit gewandt und sich aktiv für eine politische Gesamtveränderung eingesetzt. Ebenso Clara Zetkin, die - im Unterschied zu Louise Otto-Peters und ihren Anhängerinnen - allein in dem ökonomischen System die Hauptquelle der Unterdrückung der Frauen und der Menschen allgemein sah. Auch viele Vertreterinnen der Neuen Frauenbewegung gehörten einer politischen Protestbewegung an und kamen ebenfalls erst sekundär zur Frauenfrage. Sie erkannten - wie die Gründerinnen der Ersten Frauenbewegung -, daß die politischen Werte, für die sie eintraten, für die Frauen allgemein und speziell für ihre eigene Situation am wenigsten eingelöst waren. Die Frauenbewegung in der DDR ging zunächst aus der allgemeinen Friedensbewegung hervor.

Die über 140-jährige Geschichte der Frauenbewegung ist gekennzeichnet einerseits durch eine Vielfältigkeit der Bestrebungen, andererseits durch die über ein Jahrhundert hinweg gleichgebliebene Aktualität vieler Forderungen, z.B. nach gleichem Lohn bei gleichwertiger Arbeit, nach Arbeitsschutzgesetzen, nach Namenskontinuität, nach Veränderung bzw. Abschaffung des § 218, nach politischer Partizipation. Insbesondere war der Berufs- und Bildungssektor zu allen Zeiten in allen Richtungen der Frauenbewegung (wenn auch mit unterschiedlicher Betonung) Gegenstand von Forderungen. Zunächst mußten die Frauen für die formal-juristischen Voraussetzungen kämpfen, für das Recht auf Erwerbsarbeit (selbst die proletarische Frauenbewegung in ihren eigenen Reihen) und für das Recht auf gleiche Bildungschancen, dann für die Inanspruchnahme dieser Rechte durch die Frauen. Erst im Zuge der Neuen Frauenbewegung setzte sich die Einsicht immer stärker durch, daß das formale Recht und der Appell an die Frauen, dieses Recht in Anspruch zu nehmen, nicht ausreichen, sondern daß veränderte Sozialisationsbedingungen geschaffen werden müßten. So bezogen sich die Ziele zunehmend auf eine Veränderung der familiären, schulischen und sexuellen Bereiche. Die Erkenntnis, daß es bestimmte, durch geschlechtsspezifische Sozialisation erzeugte psychische Dispositionen sind und nicht erworbene Fähigkeiten und Fertigkeiten, welche die Inanspruchnahme erkämpfter Rechte behindern und damit die Ungleichheit der Geschlechter bedingen und perpetuieren, ließ einige Gruppen (auch schon aus der Ersten Frauenbewegung) nicht nur Forderungen nach Veränderungen der familiären und schulischen Sozialisationsbedingungen aufstellen, sondern auch Forderungen in bezug auf die Veränderung der Beziehung zwischen Ehepartnern und der bürgerlichen Familienform mit ihrer traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung. Bei aller - häufig verblüffenden und vielen heutigen Vertreterinnen nicht bewußten - Gemeinsamkeit zwischen der Ersten und der Neuen Frauenbewegung besteht der radikale Unterschied zwischen beiden in der feministischen Sichtweise. Zwar war auch die alte bürgerliche Richtung feministisch orientiert (im Gegensatz zur proletarischen), aber nur in dem Sinne, daß Frauen unter Ausschluß von Männern sich organisierten; zum heutigen Feminismus zählt dagegen darüber hinaus ein ganz bestimmtes Bewußtsein und eine bestimmte Einstellung gegenüber anderen Frauen.

Innerhalb der Ersten und der Neuen Frauenbewegung gab es und gibt es - wie beschrieben - sehr viele unterschiedliche Gruppierungen, zwischen denen keine Übereinstimmung herrschte und herrscht über die Frage, wie die zukünftige Gesellschaftsordnung aussehen soll und wie, auf welchem Wege, die Veränderung zu erfolgen habe. Überblickt man zusammenfassend die Geschichte der deutschen Frauenbewegung, so ist es möglich - trotz der aufgezeigten Fülle und Vielseitigkeit von Zielsetzungen - diese in beiden Epochen auf nur vier Grundorientierungen zurückzuführen, die z. T. zeitlich nebeneinander bestanden und damit sowohl in der Ersten als auch in der Neuen Frauenbewegung vorfindbar sind.

Sie sollen benannt werden mit: 1. das humanistisch-aufklärerische Konzept, 2. das marxistisch- und radikal-sozialistische Konzept, 3. das radikal-feministische Konzept und 4. das Gleichberechtigungskonzept.¹⁾ Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei nochmals betont: diese vier verschiedenen politischen

Konzepte unterscheiden sich hinsichtlich ihrer primären Zielsetzung, d.h., daß die oberste Zielsetzung eines Konzepts u.U. das sekundäre oder tertiäre eines anderen sein kann.

1. Das humanistisch-aufklärerische Konzept

Verankert in der Tradition des deutschen Idealismus und der Romantik war für Louise Otto-Peters, der Gründerin der deutschen Frauenbewegung und ihre Anhängerinnen Sinn der Frauenbewegung, das „Werk der Welterlösung zu fördern“; für sie war Freiheit, Gleichheit und überhaupt jene „sittliche Höherentwicklung des Individuums, des ganzen Menschengeschlechts ... und zwar für alle Klassen der menschlichen Gesellschaft“ nur durch Bildung möglich.²⁾ Freiheit und Mündigkeit ist hier – ganz im Sinne der Aufklärung – Folge der Selbstbestimmung, Bildung die Hilfe.

Ebenso wird von den ersten Vertreterinnen der Neuen Frauenbewegung, der Frauengruppe des SDS, Freiheit und Mündigkeit als oberstes Postulat gesetzt. Insofern ist hier ein gleiches Grundkonzept wie bei den Gründerinnen der Ersten Frauenbewegung gegeben, wenn auch, in Anlehnung an die Kritische Theorie, dieses Ziel negativ formuliert wurde, d.h. im Sinne der Weigerung, Freiheit als Negation von Zwang. Dieses Konzept ist also dadurch gekennzeichnet, daß die jetzige Gesellschaftsform abgelehnt und eine neue gefordert wird, die freier sein und auf Mündigkeit ihrer Bürger beruhen soll.

2. Das marxistische und radikal-sozialistische Konzept

Dagegen trat Clara Zetkin und die proletarische Frauenbewegung von Anfang an für die Abschaffung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung als Quelle der Unterdrückung der Menschheit und damit auch der Frauen ein. Primäres Ziel war hier, ein Klassenbewußtsein zu schaffen, das zu gesamtgesellschaftlicher Veränderung drängt. Auch für die marxistische Richtung innerhalb der Neuen Frauenbewegung ist die Befreiung der Frau erst durch die Veränderung der Wirtschaftsordnung möglich. Hier wird also die Lage der Frauen verknüpft gesehen mit gesamtgesellschaftlichen Verhältnissen, d.h. konkreter: bedingt durch die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Völlige Emanzipation ist danach erst möglich beim Bestehen einer veränderten Gesellschaftsordnung, wenn auch bereits heute Teilziele avisiert werden können. Die Teilziele sind aber immer in übergreifende marxistisch-sozialistische Gesamtkonzepte eingebettet.

3. Das radikal-feministische Konzept

Innerhalb der Neuen Frauenbewegung hat sich - wie gezeigt wurde - eine neue Richtung herauskristallisiert, deren Vertreterinnen zwar auch die bestehende Gesellschaftsordnung verändern wollen, die aber vornehmlich das Patriarchat als primären Feind betrachten. Hier wird eine weibliche Gegenkultur zu der männlichen postuliert und der gemeinsame Klassenkampf - wie berichtet - nicht als ein vorrangiges politisches Anliegen betrachtet, sondern als „männliche Strategie, die nur die wahren Tatbestände verschleiert“, abgelehnt. Die radikalen Feministinnen meinen, daß man den Kampf auf einer sehr viel früheren Ebene der Unterdrückung führen müsse, nämlich auf der der Sexualität und der der patriarchalischen Verhaltensweisen, durch die alle Frauen durch alle Männer unterdrückt würden. „Für sie ist nicht der Kapitalismus der primäre Feind, sondern das Patriarchat.“³⁾

4. Das Gleichberechtigungskonzept

Die organisierte bürgerliche Frauenbewegung am Ende der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts und im ersten Viertel dieses Jahrhunderts, welche die größte Mitgliederzahl besaß, setzte sich für die gleichen Rechte der Frauen innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung ein. Auch heute verfolgen die fest organisierten und einige der locker strukturierten Frauengruppen der Neuen Frauenbewegung dieses Ziel. Hier wird also die Veränderung der Situation der Frau gefordert, ohne die Gesellschaftsordnung selbst in Frage zu stellen. Dabei wird nicht ausgeschlossen, daß die Vertreterinnen dieses Konzeptes eventuell gesamtgesellschaftliche Auswirkungen und Veränderungen mitsehen, aber sie sind Folge, nicht Ziele ihres Konzeptes.

Den Einfluß der Frauenbewegung auf die veränderte gesellschaftliche Stellung der Frau abzuschätzen, ist schwer. Zunächst fällt in einem kurz gerafften Rückblick auf, daß viele ihrer gestellten Forderungen von

den staatlichen Institutionen zunächst abgelehnt wurden, manche sogar mehrmals, daß sie in der Öffentlichkeit ob ihrer Zielsetzungen angegriffen, z.T. sogar verhöhnt oder lächerlich gemacht wurde und z.T. auf völliges Unverständnis stieß und heute noch stößt (nicht nur bei Männern, sondern auch bei Frauen). Andere Einflußgrößen erscheinen als Veränderungsfaktoren offenkundiger: Die letzten Kriege und das Angewiesensein auf Frauen und ihre Bewährung während dieser Katastrophenzeiten und danach, zudem die jeweilige wirtschaftlich-konjunkturelle Lage und die Konkurrenzsituation auf dem Arbeitsmarkt. Doch ohne die erste und die Neue Frauenbewegung, ohne die Zähigkeit und das Durchstehvermögen ihrer Vertreterinnen, trotz aller Mißerfolgserlebnisse bei z.T. hohen psychischen „Kosten“, hätte keine Problemdiskussion und damit keine Problemfindung zur Stellung der Frauen in unserer Gesellschaft in breiten Kreisen ausgelöst werden können; und wären die bisherigen Veränderungen - bei aller Kontinuität von bestimmten Problemen - nicht erreicht worden.

-
1. Die Herausarbeitung dieser vier Grundorientierungen oder Richtungen innerhalb der deutschen Frauenbewegung habe ich bereits früher unternommen in dem Aufsatz: Die Ziele der Frauenbewegung - Eine Inhaltsanalyse der Emanzipationsliteratur von 1968 - 1973; in Zusammenarbeit mit R. Brand, H.-D. Burkert, M. Handels, G. Schaab und D. Schädlich; Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ B 50/75 (13.12.1975).
 2. zit. bei M. Twellmann, a.a.O., 1972, S. 4f.
 3. U. Linnhoff, a.a.O., 1974, S. 11.

Autorenvita

Nave-Herz, Rosemarie, Prof. Dr. rer. pol., Dr. phil. h.c., Institut für Soziologie, Carl v. Ossietzky Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstr. 114-118, 26129 Oldenburg
Studium der Soziologie, Wirtschaftswissenschaften und Germanistik an der Universität Köln; 1963 Promotion; 1965 bis 1967 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin; 1967 bis 1971 Hochschuldozentin; 1971 bis 1974 Lehrstuhl für Soziologie/Universität Köln; seit Wintersemester 1974/75 Professur für Soziologie mit dem Schwerpunkt Familie, Jugend und Freizeit an der Universität Oldenburg; Frühjahr- und Sommersemester 1985 Gastprofessur an der University of Sussex/England. Mitglied verschiedener wissenschaftlicher Beiräte, Sachverständigenkommissionen und Kuratorien; in der Mitherausgeberschaft verschiedenster Fachzeitschriften.

Buchveröffentlichungen:

- Die Elternschule - Entwicklung und Stand im Rahmen der institutionalisierten Elternziehung in Westdeutschland und Westberlin, Neuwied 1964.
- Vorberuflicher Unterricht in Europa und Nordamerika - Eine Übersicht, Studien und Berichte des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin 1966.
- Modelle zur Arbeitslehre - Der vorberufliche Unterricht an den Comprehensive High Schools in den USA, an den Berufs- und Berufsfachschulen in Luxemburg und an den Allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschulen in der DDR, Weinheim 1971.
- Das Dilemma der Frau in unserer Gesellschaft: Der Anachronismus in den Rollenerwartungen, 2. Aufl., Neuwied 1975.
- Beruf - Freizeit - Weiterbildung, Darmstadt 1976.
- Die Rolle des Lehrers - Eine Einführung in die Lehrersozioogie und in die Diskussion um den Rollenbegriff, Neuwied 1977.
- Familie und Freizeit - Eine empirische Studie (in Zusammenarbeit mit B. Nauck), München 1978.
- Erwachsenensozialisation (Hrsg.), Weinheim 1981.
- Student sein - Ausländer sein. Eine empirische Studie zur Situation ausländischer Studenten am Beispiel der Universität Oldenburg (in Zusammenarbeit mit D. Beckhusen, S. Bolle, M. Göhler, U. Oßwald), Oldenburg 1983.
- Kinderlose Ehen - Eine empirische Studie über kinderlose Ehepaare und die Gründe für ihre Kinderlosigkeit, Weinheim 1988.
- Wandel und Kontinuität der Familie in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.), Stuttgart 1988.
- Herrin - Traumfrau - Arbeiterin? „Frauen-Rollen“/„Geschlechterrollenverhalten“ im Deutsch-Unterricht. Eine annotierte Bibliographie (in Zusammenarbeit mit S. Hauser), Düsseldorf 1988.
- Handbuch der Familien- und Jugendforschung (hrsg. zusammen mit M. Markefka), Bd. 1: Familienforschung, Bd. II: Jugendforschung, Neuwied 1989.
- Scheidungsursachen im Wandel. Eine zeitgeschichtliche Analyse des Anstiegs der Ehescheidungen in der Bundesrepublik Deutschland (in Zusammenarbeit mit M. Daum-Jaballah, S. Hauser, H. Matthias und G. Scheller), Bielefeld 1990.
- Frauen zwischen Tradition und Moderne, Bielefeld 1992.
- Ein-Eltern-Familien. Eine empirische Studie zur Lebenssituation und Lebensplanung alleinerziehender Mütter und Väter (in Zusammenarbeit mit D. Krüger), Bielefeld 1992.
- Familie heute - Wandel der Familienstrukturen und Folgen für die Erziehung, Darmstadt 1994
- Ausländische Studierende an der Universität Oldenburg. Eine Replikationsstudie (in Zusammenarbeit mit C. Onnen-Isemann u. U. Oßwald), Oldenburg 1994.
- Ehe und Familie in Krisensituationen (hrsg. zusammen mit F. W. Busch), Schriftenreihe der Carl v. Ossietzky Universität Oldenburg, Oldenburg 1996.
- Die hochtechnisierte Reproduktionsmedizin (in Zusammenarbeit mit C. Onnen-Isemann und U. Oßwald), Bielefeld 1996.
- Darüber hinaus über 100 Zeitschriften-, Handbuchartikel oder Beiträge in Sammelwerken.